

Das Argument

61

12. Jahrgang 1970

Klassenstruktur und Klassenbewußtsein. Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (I)

Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden: Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus 645

Heinz Jung: Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs »Arbeiterklasse« und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse 665

Frank Deppe und Hellmuth Lange: Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins. Ein kritischer Literaturbericht (1. Teil) 699

Frank Niess: Das Rechtskartell an der Universität und die Zukunft der angepaßten Wissenschaft. Bemerkungen zur Gründung des »Bundes Freiheit der Wissenschaft« 716

Besprechungen:

Jura (Rechtsgeschichte, Jugendkriminalität, politische Justiz); Arbeiterliteratur und Klassenbewußtsein 747

M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden

Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus

1. Schichtungsideologie und gesellschaftswissenschaftliche Klassen- und Entwicklungstheorie

Empirische Untersuchungen der Sozialstruktur der BRD gibt es bisher nur wenige. Die Studien von Janowitz, Moore/Kleining und Scheuch/Daheim, die nahezu ein Jahrzehnt oder länger zurückliegen, deuten die Sozialstruktur Westdeutschlands als ein Gefüge sozialer Schichten¹. Nach Kriterien wie Berufstätigkeit, Einkommen, Bildung oder Statusselbsteinschätzung, die meist mehr oder weniger kunstvoll miteinander kombiniert sind, werden die Bevölkerungsmitglieder vom Sozialforscher in eine prinzipiell willkürliche Rangfolge gebracht. Es werden also Verteilungen quantitativer und/oder qualitativer Merkmale der Elemente der Bevölkerung festgestellt, die in Form einer Schichtungshierarchie dargestellt zu werden pflegen.

Auch die Versuche der theoretischen Deutung der Sozialstruktur der BRD sind methodisch an diesem Modell orientiert, wenn auch die verschiedensten Akzentuierungen und Modifizierungen des Bildes der Schichtungshierarchie der einzelnen Sozialstrukturkonzeption jeweils eine persönliche Note verleihen. Bereits Theodor Geiger hatte in seiner Darstellung der „Sozialen Schichtung des deutschen Volkes“ von 1932 das Pyramidenschema sozialstatistischer „Lagen“ — von „Proletariat“ und „Proletaroiden“ über „Alten“ und „Neuen“ Mittelstand“ hin zu „Kapitalisten“ — unter Verwendung eines Begriffs der Schichtmentalität der gesellschaftlichen Wirklichkeit anzunähern versucht, so daß die „Schichten“ der genuinen „Kapitalisten“, der „Gehalts- und Lohnbezieher“ und der „mittleren bis kleinsten Besitzer“ entstanden². Auch die Deuter der Sozialstruktur der BRD pflegen das Modell der sozialstatistischen Schichtungspyramide anzureichern oder abzuändern oder wollen es gar überwinden, wobei sie sich freilich, im Unterschied zu Geiger, eher noch mehr von der Wirklichkeit entfernen. So bringt Schelskys ursprüngliche Konzep-

1 M. Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland. In: Kölner Zeitschr. f. Soziol. u. Sozialps. 10, 1958, S. 1—38; H. Moore und G. Kleining, Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland. In: Kölner Zeitschr. f. Soziol. u. Sozialps. 12, 1960, S. 86—119; E. Scheuch und H. Daheim, Sozialprestige und soziale Schichtung. In: Soziale Schichtung und soziale Mobilität, Sonderheft 5 der Kölner Zeitschr. f. Soziol. u. Sozialps. 1961, S. 65—103.

2 Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932, S. 137.

tion der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ durch Hervorhebung von Prozessen sozialer Auf- und Abstiegsmobilität das Schema der Schichtungspyramide, die hierdurch zu einer hauptsächlich mittelständischen Sozialstruktur umgeformt werden soll, in Bewegung³. So versucht Dahrendorf durch Hinweise auf Herrschafts- und Klassendifferenzierungen, die er als „produktive“ von einer „distributiven Ungleichheit“ unterscheiden möchte, die Starrheit der „distributiven“, auf ungleicher Güterverteilung beruhenden Schichtungspyramide zu überwinden⁴. So möchte Fürstenbergs Konzept der vieldimensionalen Sozialstruktur die gesamtgesellschaftliche Verteilung von Soziallagen durch die Analyse von Sektoren überschaubarer Verhaltensfelder ergänzen und „den sozialen Wandel berücksichtigen“⁵. Ungeachtet dessen aber halten diese Autoren ebenso wie jene Konzeptionen, in denen der Sozialstrukturbegriff durch Begriffslosigkeit ersetzt zu werden droht⁶, schließlich doch — wenn auch, um sie zu ergänzen oder zu verbessern oder gar in der Intention, sie zu überwinden — an der Idee übereinandergelagerter Schichten fest, in die die Bevölkerungsmitglieder anhand sozialstatistischer Merkmale einsortiert werden können.

Insofern teilen die Theoretiker der Sozialstruktur der BRD mit den genannten empirischen Forschern die Ideologie der von der Häufigkeitsverteilung sozialstatistischer Merkmale abzuleitenden sozialen Schichtung der Bevölkerungsmitglieder. Diese Ideologie aber verschleiert die gesellschaftliche Wirklichkeit. Diese erscheint als aus Individuen aufgebaut, die zu Schichten zusammengefaßt sind, welche ihrerseits in einem hierarchischen Zusammenhang gesehen werden. Eine solche elementaristische Betrachtungsweise muß das Substrat und den Prozeß sozialer Differenzierungen verfehlen. Die Häufigkeitsverteilungen der Schichtungsanalyse, die nur phänomenologische Merkmalsaufzeichnungen und statische Momentaufnahmen sein können, bieten von sich aus keinen Zugang zum Zusammenhang vergesellschafteter Praxis, der konstitutiv sowohl für die soziale Gliederung der Bevölkerung als auch für deren Veränderung ist. Im Unterschied zur elementaristischen Betrachtung ist der Systemzusammenhang vergesellschafteter Praxis Ausgangspunkt der historisch-materialistischen Sozialstrukturtheorie, für die soziale Differenzierungen Ausdruck der geschichtlichen Entwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse sind, von Momenten, die ihrerseits eine Einheit bilden.

Unter Sozialstruktur ist die Grundstruktur eines Systems der geschichtlichen Entwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse zu ver-

3 Vgl. H. Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart 1955, S. 218 ff.

4 Vgl. R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 94 ff.

5 Vgl. F. Fürstenberg, Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Köln und Opladen 1967, insbes. S. 12.

6 Vgl. K. M. Bolte, D. Kappe und F. Neidhardt, Soziale Schichtung, Opladen 1966, S. 83.

stehen. Es gehört zu den wichtigsten Postulaten der marxistischen wie der modernen theoretischen bürgerlichen Soziologie, die Analyse der Sozialstruktur auf die Grundverhältnisse und die Entwicklungsformen eines gesellschaftlichen Gesamtsystems zu beziehen. Der tatsächliche Zusammenhang von gesellschaftlichen Verhältnissen und gesellschaftlicher Entwicklung aber gründet im Prozeß der Produktion und Reproduktion des vergesellschafteten menschlichen Lebens. In diesem umfassenden gesellschaftlichen Prozeß gehen die Menschen bestimmte Verhältnisse zueinander ein und entfalten ihre materiellen und ideellen Produktivkräfte⁷. Die Erhaltung und Erneuerung des menschlichen Lebens aber beruht auf dem kombinierten Einsatz von menschlicher Arbeitskraft und gegenständlichen Produktionsmitteln. Dabei ermöglicht das Einschlagen von Produktionsumwegen eine Höherentwicklung der menschlichen Lebensverhältnisse; diese erhalten durch die jeweils gegebenen Beziehungen der gesellschaftlich arbeitenden Menschen zu den gegenständlichen Produktionsbedingungen ihre bestimmte Struktur. Die Verteilung der Arbeitskräfte auf die Produktionsarten und der Produktionsmittel auf die Gesellschaftsmitglieder — der Ursprung ihrer Spaltung in Klassen — strukturiert die gesellschaftlichen Verhältnisse: deren Umverteilung kennzeichnet den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß. Wir können daher die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen, insbesondere die Klassenverhältnisse, als die Gliederung des Prozesses der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion betrachten⁸, während historische Entwicklung die Gesamtgestalt dieses Prozesses ist. Die soziale Differenzierung einer Bevölkerung geht aus diesen Grundverhältnissen und Entwicklungslinien der materiellen Praxis, insbesondere der Dynamik der Klassenbeziehungen, hervor. Dabei verhalten sich Struktur und Prozeß vergesellschafteter Praxis nicht zufällig zueinander, sondern werden durch ein — von Gesellschaftsformation zu Gesellschaftsformation verschiedenes — Entwicklungsprinzip bestimmt⁹. Die Entwicklungsprinzipien, die die jeweiligen Gesellschaftsformationen charakterisieren, sind in dem tatsächlichen Verhalten der gesellschaftlich Produzierenden zu den Bedingungen ihrer Produktion zu suchen¹⁰. So macht der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Anwendung der Produktionsmittel und der privaten Aneignung der

7 Vgl. K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Marx, Engels, Werke 13, Berlin 1969, S. 5—160, hier: S. 8 f.

8 Vgl. K. Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Marx, Engels, Werke 13, Berlin 1969, S. 615—642, hier: S. 628.

9 Vgl. W. Eichhorn, Philosophische Probleme der Klassenentwicklung und der Klassenstruktur in der sozialistischen Gesellschaft. In: Philosophie und Sozialismus, Sonderheft der Deutschen Zeitschr. f. Philosophie, Berlin 1969, S. 73—96, hier: S. 79 ff.

10 Vgl. H. Taubert, Die führende Rolle, die Funktion und Struktur der Arbeiterklasse in entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus. In: Deutsche Zeitschr. f. Philosophie 16, 1968, S. 1293—1309, hier bes. S. 1297 f.

Bedingungen dieses Produktionsprozesses das grundlegende Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaftsformation aus, wobei lohnabhängige Produzenten und kapitalistische Produktionsmittelbesitzer die Hauptklassen dieser Gesellschaft bilden und der Antagonismus der Interessen von Lohnarbeit und Kapital die Haupttriebkraft ihrer Entwicklung ist. Im Unterschied zu diesem antagonistischen Entwicklungsprinzip beruhen die grundsätzliche Übereinstimmung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen als Haupttriebkraft sozialistischer Gesellschaftsentwicklung sowie das Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und den anderen Klassen und Schichten mit Kollektiveigentum in der sozialistischen Gesellschaftsformation auf dem Bewegungsgesetz der Übereinstimmung von gesellschaftlicher Anwendung der Produktionsmittel und gesellschaftlicher Aneignung der Produktionsbedingungen und -ergebnisse durch alle Produzenten¹¹. Dementsprechend muß die Analyse der Entwicklung von Sozialstrukturen die gesellschaftsspezifischen Arten der Beherrschung der Produktionsbedingungen zum Leitfaden nehmen.

2. Ansätze zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Sozialstrukturanalyse I:

Zur Angestelltenentwicklung im deutschen Imperialismus

Daß sich das Prinzip der privaten Akkumulation gesellschaftlich produzierter Werte als Gesetz der Dynamik der kapitalistischen Klassenbeziehungen in Bevölkerungsdifferenzierungen ausdrückt, kann am Beispiel der Veränderung der Zusammensetzung der Arbeiterklasse im deutschen Imperialismus studiert werden. Solche Differenzierungen sind vor allem als Entstehung und Entwicklung der Angestellten statistisch belegt. Deren Begriff hat Helmut Steiner gesellschaftswissenschaftlich in allgemeiner Form bestimmt: „Danach sind Arbeiter unmittelbar mit der Bearbeitung und Formveränderung des Arbeitsgegenstandes, also in der unmittelbaren Fertigung beschäftigt, während die Angestellten *vor*, *neben* und *hinter* dem unmittelbaren Fertigungsprozeß auf betrieblicher als auch entsprechend *vor*, *neben* und *hinter* dem Produktionsprozeß im Rahmen des gesamten Reproduktionsprozesses auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wirksam werden. Der Einkauf, die Materialbereitstellung und technische Arbeitsvorbereitung *vor* dem eigentlichen Fertigungsprozeß, die Leitung, Aufsicht und technische Überwachung *neben* ihm sowie der Absatz und die verwertungsmäßige Erfassung, Kontrolle und Abrechnung *hinter* ihm sind charakteristisch für Angestelltentätigkeiten auf betrieblicher Ebene. Entsprechend sind Bildungs- und Gesundheitswesen, Forschung und Entwicklung, Handel und Dienstleistungswesen, öffentliche Verwaltung und staatliche Autoritätsausübung Bereiche von Angestelltentätigkeiten *vor*, *neben* und *hinter* dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß im Rahmen des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Demnach sind Angestelltentätigkeiten den betrieblichen Fertigungs- und gesamt-

11 Vgl. ebd.

gesellschaftlichen Produktionsprozeß *vermittelnde Tätigkeiten* . . .^{12.}“ Spezifiziert für die kapitalistische Produktionsweise läßt dieses Konzept die Angestellten — wir nehmen die kleine Gruppe der „angestellten Unternehmer“¹³ stets aus der Betrachtung aus — als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängige Beschäftigte erscheinen, die spezifische Funktionen im kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozeß ausüben, welche sie von den Arbeitern unterscheiden. Erstens üben sie Hilfsfunktionen für den Kapitalisten im Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals aus, und zwar sowohl bei der Produktion als auch bei der Realisation von Mehrwert. Zweitens üben sie Hilfsfunktionen für das Gesamtkapital in der Produktion und Reproduktion des kapitalistischen Systems aus, und zwar sowohl bei der Entwicklung der Produktivkräfte als auch bei der Erhaltung der Produktionsverhältnisse. Während der Anstieg des Anteils der Angestellten an den Erwerbspersonen von etwa 3 % im Jahre 1882 auf etwa 29 % im Jahre 1969 die allgemeine Bedeutung der Angestelltenfunktionen für die Entwicklung des modernen Kapitalismus in Deutschland illustriert, haben die einzelnen Angestelltenfunktionen in den verschiedenen Entwicklungsphasen des Imperialismus doch ein unterschiedliches Gewicht. Schon in seinen frühen Phasen treten entsprechend ihren Hilfsfunktionen bei der Realisation und bei der Produktion von Mehrwert die Kategorien zunächst des Handelsangestellten, sodann des Industrieangestellten zahlenmäßig stark hervor¹⁴. Seit den Anfängen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der staatlichen Organisierung des Kapitalismus gewinnen die wissenschaftlichen und technischen Angestellten in den verschiedenen Sektoren der gesellschaftlichen Reproduktion sowie die Angestellten — und Beamten — überhaupt im Bereich der Dienstleistungen und des öffentlichen Dienstes besondere Bedeutung.

Zur sozialökonomisch relevanten Kategorie wurden Angestelltenfunktionen in der kapitalistischen Industrialisierung Deutschlands seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, insbesondere seit Überwindung der Krise von 1857, die zunächst durch die Erholung und Ausweitung des Handelskapitals, sodann durch den Aufschwung der Industrie nach 1866 bewerkstelligt wurde¹⁵. Ihre sozialökonomische Grundlage war der Ausbau des Handels- und Verkehrswesens, zunehmend in Form von Großbetrieben, sowie das gewaltige Wachstum der Industrieproduktion, zumal auf der Basis großbetrieblicher Aktiengesellschaften. Die entscheidende quantitative Zunahme der Angestellten fiel jedoch in die Zeit des Übergangs vom Konkur-

12 H. Steiner, *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus*, Berlin 1967, S. 160.

13 Vgl. G. Weisser, *Wirtschaft*. In: *Handbuch d. Soziologie*, hrsg. von W. Ziegenfuss, Stuttgart 1956, S. 970—1101, hier: S. 1063 f.

14 Vgl. Steiner, a.a.O., S. 34; ferner: E. Lederer, *Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung*, Tübingen 1912, S. 28.

15 Vgl. hierzu und zum folgenden H. Böhme, *Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1968, S. 54—69.

renzkapitalismus zum Monopolkapitalismus um die Jahrhundertwende, mit dem die Stagnation nach der großen Krise von 1873 überwunden wurde¹⁶. Sie hatte „das Fundament geschaffen, auf dem die großen Kapital- und Produktionsassoziationen aufbauen konnten“¹⁷. Die Angestelltenentwicklung in dieser Phase der Entfaltung des deutschen Imperialismus ist an den Volkszählungen von 1882 und 1907 abzulesen, denen zufolge sich die Zahl der Angestellten in dieser Zeit von 516 000 auf 1 871 000 erhöhte¹⁸.

Das Prinzip dieser Entwicklung war das der profitablen Kapitalakkumulation. Deren Mittel, die Methoden der Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisation, veränderten sich seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch die Intensivierung der Arbeit in den Sphären der Produktion und der Zirkulation des Kapitals¹⁹. Damit wurde eine Erhöhung der Profitraten zum einen durch die Verbesserung der Arbeitsproduktivität mit technischen und organisatorischen Methoden, die in der Warenproduktion eine Steigerung der Mehrwertrate impliziert, zum anderen durch die Beschleunigung des Kapitalumschlags erreicht, die — durch kommerzielle und administrative Aktivität bewirkt — eine Steigerung der Mehrwertmasse impliziert. Der verstärkte Einsatz dieser Methoden und Aktivitäten erforderte die Verselbständigung entsprechender kapitalistischer Leitungsfunktionen zu Funktionen von Lohnabhängigen im Dienste des Kapitals. Auf diese Verselbständigung hat Marx mit den Kategorien der „industriellen Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contre-maîtres)“ und der „kommerziellen Lohnarbeiter“ aufmerksam gemacht²⁰. Aus ihr gingen die „Archetypen“ der Angestelltentätigkeiten, die des Werkmeisters und die des Buchhalters, hervor²¹.

Die Erhöhung der Angestelltenzahlen in der Produktions- und Zirkulationssphäre in der Entfaltungsperiode des Imperialismus — so die Versiebenfachung der Angestellten in Bergbau und Industrie und die Verdoppelung der Handelsangestellten und des Verkaufspersonals von 1882 bis 1907 — war somit nicht bloße Funktion der Vergrößerung der Betriebseinheiten²². Sie war vielmehr Funktion des die

16 Vgl. hierzu: J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3, Berlin 1962, S. 128 ff.; F. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin (etc.) 1960, S. 450—452.

17 Vgl. Böhme, a.a.O., S. 73.

18 Nach den Volkszählungsergebnissen errechnete Werte. Vgl. Steiner, a.a.O., S. 12 f. und 31, Tabelle 1 und 4.

19 Vgl. J. Kuczynski, a.a.O., Bd. 2, Berlin 1962, S. 98.

20 K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx, Engels, Werke 23, Berlin 1968, S. 351; Bd. 3, in: Marx, Engels, Werke 25, Berlin 1969, S. 303 ff.; vgl. auch: F. Croner, Die Angestellten in der modernen Gesellschaft, Frankfurt/M., Wien 1954, S. 34 ff., vgl. auch ebd., Tabelle S. 103.

21 Vgl. S. Braun, Die gesellschaftliche Position der Angestellten und die soziale Differenz Arbeiter/Angestellte, Phil. Diss., Marburg 1963, S. 95 f.

22 Diese These Lederers wird durch seine eigenen Angaben über die Angestelltenquoten in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen in der Industrie widerlegt. Vgl. a.a.O., S. 34 f.

kapitalistische Produktionsweise dirigierenden Verwertungsprinzips. Es erforderte in der Industrie die zunehmende Mechanisierung und Organisierung der Produktionsprozesse auf der Basis des zentralisierten und konzentrierten Kapitals und somit (im Wirtschaftsbereich Bergbau, Industrie und Handwerk) eine überproportionale Zunahme des technischen Personals (von 1895: 49 000 auf 1907: 125 000) sowie der kaufmännischen und Büroangestellten (von 1895: 109 000 auf 1907: 318 000) im Vergleich zum Aufsichtspersonal (von 1895: 105 000 auf 1907: 241 000)²³. Im Handel, Bank- und Verkehrswesen erforderte es eine zunehmende Rationalisierung und Bürokratisierung der Zirkulationsprozesse und somit eine überproportionale Zunahme des Kontorpersonals (von 1895: 169 000 auf 1907: 353 000) gegenüber dem Ladenpersonal (von 1895: 298 000 auf 1907: 481 000)²⁴. Demnach wuchs in besonders starkem Maße der Umfang der Angestellten-tätigkeiten, welche die Warenerzeugung und der Warenabsatz auf der erweiterten Stufenleiter der kapitalistischen Produktion und Reproduktion erforderten. Kennzeichen dieser Entwicklungsphase war, daß der Anteil der Industrieangestellten der verschiedensten Funktionen an den Angestellten überhaupt beträchtlich zunahm (von 1882: 18,5 % auf 1907: 38,0 %), während der Anteil der — absolut zunehmenden — Handels- und Verkehrsangestellten zurückging (von 1882: 53,4 % auf 1907: 43,9 %). Darin fand das Prinzip monopolistischer Profitmaximierung vermittels vertikaler Kapitalzusammenfassungen und industrieller Absatzorganisation seinen Ausdruck²⁵.

Demgegenüber vollzog sich die Angestelltenentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg in einer veränderten Verfassung des deutschen Kapitalismus. Im Gefolge des Krieges hatte die Inflation eine Umverteilung der Vermögen zugunsten der großen Kapitale in der Industrie, insbesondere der Produktionsmittelindustrie sowie eine Überbesetzung und Ausweitung des Handelsapparats vermittelt²⁶. Indessen hatte die Nachkriegskonjunktur keinen Anlaß zur Weiterentwicklung der Techniken der Warenproduktion und des Warenabsatzes gegeben. Mit Einstellung der Inflation 1924, die die mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit demonstrierte, „traten schwere Absatzkrisen ein, die die Industrie . . . zur Anpassung an veränderte Verhältnisse zwangen“²⁷. Mit Hilfe neuer Produktionstechniken (Fließarbeit) und Antriebsenergien (Elektrizität) sowie ausländischer Kredite (Dawes-Plan) und öffentlicher Aufträge (Bauvorhaben) vollzog sich eine allgemeine Rationalisierung von Industrie und Handel, mittels derer „sich eine neue Konzentrationsbewegung in der deut-

23 L. Preller, *Praxis und Probleme der Sozialpolitik*, 2 Bde., Tübingen, Zürich 1970, Bd. 1, S. 10.

24 Vgl. Lederer, a.a.O., S. 41.

25 Steiner, a.a.O., S. 34; vgl. auch: P. Sweezy, *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Köln 1959, S. 221.

26 Vgl. L. Preller, *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1949, S. 100—107.

27 O. Bauer, *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*. Erster Band: *Rationalisierung — Fehlrationalisierung*, Wien 1931, S. 10.

schen Industrie [vollzog] . . . : . . . zu 93 Prozent war der Bergbau, zu 96 Prozent die chemische, zu 95 Prozent die Stahl- und zu 87 Prozent die Elektroindustrie in Konzernen, Kartellen oder in Trusts organisiert“²⁸. Mit den Anfängen der wissenschaftlichen Technisierung und der staatlichen Organisierung der kapitalistischen Produktion aber waren die wesentlichen Bedingungen gesetzt, unter denen sich das kapitalistische System auch nach der Weltwirtschaftskrise aufrechterhalten konnte. In dieser Periode wuchs die Zahl der Angestellten von fast 2 Millionen vor dem Ersten Weltkrieg auf 4,7 Millionen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Diese Entwicklung wurde durch einen der privaten Kapitalakkumulation immanenten Widerspruch regiert: die monopolistische Organisation der kapitalistischen Produktion, als Methode der Profit-sicherung vorangetrieben, stieß an die Grenze, daß die Rentabilität der angelegten Kapitalmassen und die Absetzbarkeit der ausgestoßenen Warenmassen nicht selbsttätig gegeben sind und die Profitrate daher gefährdet wird. Dieser Tendenz zum Profitratenfall wirkte nicht nur die Rationalisierung der Prozesse der Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisation entgegen, sondern vor allem auch die Verbilligung der Produktionsmittel durch den Einsatz verwissenschaftlichter Technik sowie die Förderung des Warenabsatzes durch die Nachfrage der öffentlichen Hand. Diese Reaktionen spiegelten sich in der inneren Differenzierung der Angestelltenschaft.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen wurde das relative Wachstum der Angestellten in Industrie und Handwerk gestoppt und der Rückgang des Anteils der Handelsangestellten an den Angestellten insgesamt zunächst verzögert und dann stark beschleunigt²⁹. In der Zeit von 1925 bis 1939 blieben die absoluten Zahlen für diese Gruppen hingegen annähernd konstant: die Angestellten in Industrie und Handwerk nahmen von 1,5 Millionen auf 1,7 Millionen zu, die in Handel und Verkehr von 1,7 Millionen auf knapp 1,8 Millionen³⁰. Diese Periode leitete zu einem neuen Bild der Angestelltenschaft über: dem relativen Wachstum der technischen Angestellten, vor allem in der Industrie, und dem rapiden Zuwachs der Angestellten im Dienstleistungssektor, insbesondere im Bereich des Staates. Der Anteil der Angestellten in diesem Sektor an den Angestellten überhaupt nahm von 15,2 % im Jahre 1925 auf 25,4 % im Jahre 1939 zu; in diese Zahlen sind die Beamten nicht eingeschlossen³¹. Der Anteil der technischen Angestellten an den Angestellten überhaupt, der jedenfalls bis Mitte der 20er Jahre auch in der Industrie — trotz der Verfünffachung der Zahl der technischen Angestellten von 1895 bis 1925 — durch das starke Wachstum des kaufmännischen und Büro-

28 Böhme, a.a.O., S. 118.

29 Vgl. Steiner, a.a.O., S. 34, Tabelle 5.

30 Ebd., S. 37, Tabelle 6.

31 Ebd., S. 34, Tabelle 5; zu den Beamten vgl. ebd., S. 22 ff.; vgl. auch: K. M. Bolte, F. Neidhardt, H. Holzer, Deutsche Gesellschaft im Wandel, Band 2, Opladen 1970, S. 330 ff.

personals verringert wurde, nahm in der nun einsetzenden Periode in der Industrie allem Anschein nach nicht mehr lange ab, sondern begann zuzunehmen³². Der relative Rückgang der Angestellten im Bereich des Industrie- und Handelskapitals widerspricht daher nicht der Begriffsbestimmung, daß die Angestellten Hilfsfunktionen bei der Produktion und Realisation von Mehrwert ausüben, sondern drückt nur den Sachverhalt aus, daß in der Periode der beginnenden wissenschaftlichen Technisierung und staatlichen Organisierung der kapitalistischen Produktion neuartige oder zusätzliche Angestelltenfunktionen nötig werden, die einerseits der Erhaltung der Produktionsverhältnisse, andererseits der Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus dienen.

3. Ansätze zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Sozialstrukturanalyse II: Zur Entwicklung der Klassenverhältnisse in der BRD

Eine Sozialstrukturanalyse der BRD nach dem Leitfaden des Entwicklungsprinzips der privaten Akkumulation gesellschaftlich produzierter Werte muß zeigen, wie in Westdeutschland die private Beherrschung der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen als Interessengegensatz von kapitalistischem Produktionsmittelbesitz und Lohnarbeit zunächst restauriert und dann ausgebaut und gesichert wurde. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß die kapitalistischen Produktions-, insbesondere Klassenverhältnisse der Weimarer Republik und des faschistischen Staates durch den Zusammenbruch des NS-Regimes keineswegs zerstört worden und daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte 1945 größtenteils erhalten geblieben waren. Die „wirtschaftliche Entwicklung“ in den westlichen Besatzungszonen stand keineswegs — wie R. Dahrendorf meint — vor einem „völligen Neubeginn“³³, sondern knüpfte an die reichlich vorhandenen Rohstoffquellen, an das hohe Qualifikationsniveau der Arbeiter und Angestellten und an die nur wenig zerstörten, hochentwickelten Produktionsanlagen³⁴ an, die — insbesondere in der Grundstoffindustrie, aber auch in bestimmten konsumnahen Leichtindustrien — nicht zuletzt auf Initiative der Industriearbeiter der jeweiligen Betriebe bald wieder in Gang gesetzt werden konnten.

Diese Entwicklung vollzog sich — bis 1948 mit starken Disproportionen und auf niedrigem Niveau — im Rahmen von Produktionsverhältnissen, die trotz der vorübergehenden Einschränkung der

32 Daten hierüber sind anscheinend nicht verfügbar; vgl. aber L. Preller, Praxis und Probleme der Sozialpolitik, a.a.O., S. 10 (Tabelle); K. M. Bolte, F. Neidhardt, H. Holzer, Deutsche Gesellschaft im Wandel, Band 2, a.a.O., S. 313 (Tabelle); G. Hartfiel, Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland, Berlin 1961, S. 50 (Tabelle).

33 R. Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 302.

34 Vgl. z. B. A. Grosser, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970, S. 92 f. und besonders R. Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 87 ff.

Monopolmacht kapitalistisch geblieben waren und die trotz der anfänglichen Koordinierung der Militärverwaltungen sich gegenüber der Wirtschaft der SBZ verselbständigten. Die gesellschaftliche Reproduktion in den Westzonen wurde durch eine antidemokratische und antinationale Besatzungspolitik gesteuert. Die Ziele dieser Politik wurden hauptsächlich durch zwei konkurrierende Fraktionen der Bourgeoisie Großbritanniens und der USA bestimmt, von denen die eine aus der Furcht vor der Konkurrenz deutscher Monopole auf eine Entindustrialisierung Westdeutschlands, die andere aus der Gegnerschaft gegen den sowjetischen Sozialismus auf eine Restauration des Imperialismus in Deutschland hinwirkte. Der Widerspruch beider Zielsetzungen drückte sich in der Wirtschaftspolitik der westlichen Besatzungsmächte zum Beispiel in der tendenziellen Ausrichtung der Industrieproduktion auf Rohstoffherzeugung einerseits und der tendenziellen Erhaltung kriegswirtschaftlicher Kapazitäten andererseits aus³⁵. Die eine wie die andere Richtung widersprach den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, das den demokratischen ökonomischen und politischen Aufbau Deutschlands auf nationalstaatlicher Grundlage vorsah. Die Mißachtung dieses Abkommens — das auch in entscheidenden Einzelpunkten wie der Forderung der Entflechtung von Großbanken und Industriekonzernen oder der Verpflichtung zur Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher nur sehr bruchstückhaft durchgeführt wurde — ermöglichte die imperialistische Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den Westzonen. Die Klasse der Kapitaleigentümer blieb als herrschende Klasse erhalten. „Besitzer von Produktionsmitteln blieben die Unternehmer, dieselben Unternehmer, die bereits vor [dem] und im Dritten Reich Besitzer des Produktionsvermögens gewesen waren“³⁶. Ungeachtet der Zerschlagung der Zentralinstanzen des faschistischen Staatsapparats verblieb auch die Masse der Staatsbeamten, von Teilen des leitenden Beamtenpersonals abgesehen, in den Positionen der weiter existierenden bzw. neu eingerichteten deutschen Verwaltungsorgane³⁷. Die ökonomischen Herrschaftspositionen des Kapitalismus und Teile seiner politischen Organisation blieben mithin erhalten. Der Klasse der Kapitaleigentümer und ihrer politischen Funktionäre stand daher nach wie vor die Masse der lohnabhängigen Arbeiter, Angestellten und kleinen und mittleren Beamten gegenüber. In der allgemeinen materiellen Notsituation der ersten Nachkriegsjahre gehörte die Masse der Lohnabhängigen in Westdeutschland in der Regel zu den Hauptleidtragenden. Die materielle Not eines großen Teils der Arbeiter und Angestellten wurde durch die wachsende Arbeitslosigkeit, die noch bis 1950 zunahm und dann

35 Vgl. Grosser, a.a.O., S. 91—100, sowie R. Badstübner, *Restauration in Westdeutschland 1945—1949*, Berlin 1965, S. 61—65.

36 J. Huffschild, *Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1969, S. 138.

37 Vgl. hierzu auch W. Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, München 1966, S. 145 ff.; vgl. auch Badstübner, a.a.O., S. 219.

mehr als 10 % betrug, wesentlich verschlimmert³⁸. Die durch die Arbeitslosigkeit geschwächte ökonomische Position der Arbeiterklasse gegenüber den Kapitalbesitzern wurde zudem dadurch verschlechtert, daß die Masse der in die Westzonen gewanderten Umsiedler aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches im Unterschied zu den Umsiedlern in der SBZ nicht in die Landwirtschaft integriert wurde, sondern das Potential der nichtlandwirtschaftlichen Lohnarbeiter vergrößerte³⁹. Außerdem wurde die Arbeiterklasse auch in diesen Jahren durch den Zustrom von ehemals selbständigen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft oder deren mit-helfenden Familienangehörigen vergrößert. Dieses Wachstum der Arbeiterklasse ließ die zeitweilige Vermehrung der Selbständigen im Bereich der einfachen Warenproduktion, insbesondere im Handwerk, und des Kleinhandels anteilmäßig nicht in Erscheinung treten⁴⁰.

Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse regulierte sich nicht selbst, sondern wurde durch die westlichen Alliierten und die westdeutschen Verwaltungsorgane mit staatlichen Mitteln organisiert. Hauptinstrument war zunächst die westzonale Währungsreform im Juni 1948, die die überkommene kapitalistische Verteilung von Arbeit und Produktionsmitteln bekräftigte. Bestimmte in der NS-Zeit oder im Gefolge des Krieges entstandene Disparitäten in der westdeutschen Sozialstruktur — z. B. die zeitweilige Überbesetzung des Handwerks oder der Entwicklungsrückstand bestimmter Wirtschaftszweige wie der Elektro- und der Textilindustrie⁴¹ — wurden im Wirtschaftswachstum der ersten Jahre nach der Währungsreform beseitigt. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 hat mit der — wenn auch potentiell eingeschränkten — verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie diese Produktionsverhältnisse sanktioniert. Wolfgang Abendroth weist darauf hin, daß „der Parlamentarische Rat ... sich nicht in ausreichendem Maße darüber klar [war], daß die vielfach vermutete Veränderung der Grundstruktur der Gesellschaftsordnung in Deutschland durch den Krieg und seine Folgen nur Schein war, und daß deren alte Konturen sich wieder abzeichnen mußten, sobald die Folgen der Währungsreform den ver-

38 Vgl. J. Kuczynski, a.a.O., Bd. 7 a, Berlin 1963, S. 215 f. sowie Sieben Berichte. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Erster Band, Frankfurt/M. 1970, S. 22.

39 Vgl. D. Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, Berlin 1964, S. 128 f., 154.

40 Vgl. Storbeck, a.a.O., S. 154 sowie E. Tuchtfeldt, Strukturwandlungen im Handwerk, in: H. König (Hrsg.), Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1963, S. 469—491, hier: S. 475 f.

41 Vgl. Tuchtfeldt, a.a.O., S. 476 und D. Mertens, Veränderungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik 1950—1960, in: König, a.a.O., S. 439—468, hier: S. 439.

hüllenden Schleier des inflatorischen Chaos weggezogen hatten“⁴². Aus dieser Feststellung zieht Urs Jaeggi zu Recht den Schluß: „So wurde diese Inaktivität des Trägers der provisorischen verfassunggebenden Gewalt zum Garanten der antidemokratischen und antisozialen Restauration“⁴³.

Auf dieser Grundlage entfaltete sich das Prinzip der privaten Akkumulation gesellschaftlich produzierter Werte. „Besonders hohe Zuwachsraten [der Gesamtgewinne der Kapitalgesellschaften] brachten die Jahre 1953, 1955 und 1960, in denen das Einkommen der Kapitalgesellschaften stärker zugenommen hat als das Volkseinkommen“⁴⁴. Vermittels einer gezielten staatlichen Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus, der zunächst durch Investitionsmittel aus den USA unterstützt und der durch eine staatliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten monopolitischer Akkumulation beschleunigt wurde, wurde in den fünfziger Jahren ein quantitativer und qualitativer Ausbau der Produktionskapazitäten erreicht, die zunehmend verjüngt und besser ausgenutzt wurden⁴⁵. Dabei wurde — im Zeichen des Kalten Krieges — angesichts des Zustroms qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR auf notwendige, langfristig wirksame Infrastrukturinvestitionen, besonders im Bildungswesen, zugunsten kurzfristig erreichbarer Erfolge in der Produktions- und Konsumgütererzeugung bewußt verzichtet. In der BRD wuchs das Bruttoanlagevermögen — das im selben Gebiet von 1914 bis 1950 (= 100) nur um 18 Punkte zugenommen hatte — in den Jahren von 1950 bis 1960 vom Indexwert 100 auf 162 an; im selben Zeitraum stieg der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung von 42,6 auf 47,5 % an⁴⁶. Gleichzeitig stieg in diesem Jahrzehnt die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in der Industrie (Nettoproduktionswert je Beschäftigter) jährlich durchschnittlich um 4,6 %, wobei in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre die erhöhte Ergiebigkeit des vermehrt eingesetzten fixen Kapitals (Nettoproduktionswert je Einheit Brutto-Anlagevermögen), in der zweiten Hälfte die gesteigerte Kapitalintensität selbst (Brutto-Anlagevermögen je Beschäftigter) auf der Basis stärker modernisierter Technik den Ausschlag

42 W. Abendroth, Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie. In: H. Sultan, W. Abendroth, Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, Hannover, Frankfurt/M. 1955, S. 59 bis 68, hier: S. 61.

43 U. Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt/M., Hamburg 1969, S. 94.

44 K.-D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach, Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, Tübingen 1965, S. 35.

45 Vgl. W. Kirner, Struktur und Strukturveränderungen des Anlagevermögens in der Bundesrepublik im Zeitraum 1950 bis 1960, in: König, a.a.O., S. 129—150, hier: S. 139.

46 Ebd., S. 136 sowie K. Horstmann, Bevölkerung und Arbeitspotential, in: König, a.a.O., S. 1—22, hier: S. 21.

gaben⁴⁷. Das durchschnittliche jährliche Wachstum der industriellen Nettoproduktion um 9,6 % in den fünfziger Jahren, das hieraus hervorging, ermöglichte jene — im Vergleich zu den übrigen Einkommen und den Gewinnen der Kapitalgesellschaften freilich unterdurchschnittliche — Steigerung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit⁴⁸, die zur Verschleierung der ökonomischen Polarisierung der beiden Hauptklassen der Gesellschaft der BRD propagandistisch ausgenutzt wurde.

Schon zu Beginn der fünfziger Jahre kam der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals wieder in Gang. In den Jahren bis 1960 nahm das Wachstum der großen Wirtschaftsunternehmen erheblich zu und beschleunigte sich die Zusammenfassung kleinerer wirtschaftlicher Einheiten zu Großunternehmen. Dieser Prozeß der wirtschaftlichen Machtzusammenballung läßt sich an den Umsatzanteilen zumal der größten Industrieunternehmen am Gesamtumsatz der Gesamtindustrie oder der Industriebranche ablesen. So ist der Anteil der jeweils 50 größten Industrieunternehmen am Gesamtumsatz der Industrie von 1954 bis 1963 von 25,4 % auf 36,2 % gestiegen, wobei sich der Umsatz dieser Unternehmen in absoluten Zahlen mehr als verdreifacht hat⁴⁹. Die Umsatzanteile der jeweils 10 umsatzgrößten Unternehmen in 30 verschiedenen Branchen haben sich von 1954 bis 1960 in 21 dieser Branchen — zum Teil stark — vergrößert, wobei z. B. in der Mineralölverarbeitung, im Fahrzeugbau oder in der eisenschaffenden Industrie die Umsatzanteile 1960 weit über 50 % lagen⁵⁰. Die Masse dieser Unternehmen existierte als Aktiengesellschaften, deren Kapital — ohnehin häufig der Kontrolle durch die Großbanken unterworfen — hauptsächlich Eigentum einer winzigen Minderheit der Bevölkerung geblieben ist⁵¹.

Im Zuge des Ausbaus der Produktionskapazitäten nahm die Arbeitslosigkeit kontinuierlich ab, so daß Ende der fünfziger Jahre der Zustand relativer Vollbeschäftigung eintrat. Von 1950 bis 1961 erhöhte sich die Zahl der Arbeiter von fast 10 auf über 13 Millionen, die Zahl der Angestellten von 3,2 auf fast 6,2 Millionen, die der Beamten von 850 000 auf über 1,6 Millionen (einschließlich Soldaten). Die Erhöhung des Anteils der Angestellten bzw. Beamten an der Arbeiterklasse besonders in den Bereichen Industrie, öffentliche und

47 D. Mertens, Veränderungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik 1950—1960, in: König, a.a.O., S. 439—468, hier: S. 467; für eine differenziertere Periodisierung vgl. Katzenstein, a.a.O., S. 134 ff.

48 Vgl. J. Kuczynski, a.a.O., Bd. 7b, Berlin 1963, S. 582 f.

49 Vgl. Huffschmid, a.a.O., S. 44.

50 Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, Bundestagsdrucksache IV/2320, Bonn 1964, S. 13.

51 Vgl. R. Berndsen, Das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften, in: Wirtschaft und Statistik, 1961, S. 282—285; ders., Der Depotbesitz an deutschen Aktien und festverzinslichen Wertpapieren, in: Wirtschaft und Statistik, 1961, S. 339—342; ders., Die soziologische Struktur des Aktien-Streubesitzes, in: Wirtschaft und Statistik, 1962, S. 264 bis 266.

private Dienste und Handel verweist auf die zunehmende Bedeutung der die Warenerzeugung und den Warenabsatz organisierenden Tätigkeiten sowie auf die Rolle der staatlichen Vermittlung der kapitalistischen Produktion und Reproduktion in dieser Entwicklungsphase. Diese Vergrößerung des Arbeitskräftevolumens ging vor allem auf die Einbeziehung qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR sowie auf die verstärkte Eingliederung von Frauen in den Arbeitsprozeß zurück. Mit der Zunahme der Konzentration der Arbeiter auf die technisch entwickelten Großbetriebe änderte sich die Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft: bei einer Abnahme der ungelerten und einer Zunahme der Facharbeiter in den Mittel- und Großbetrieben nahm dort vor allem der Anteil der angelernten Arbeiter in Folge der weiteren Mechanisierung und der Einführung von Halbautomaten für Teilprozesse zu⁵². Insgesamt verminderte sich in dieser Zeit der Anteil der Facharbeiter, zumal durch Abnahme der traditionellen Lehrberufe. Im Gefolge des Wirtschaftsaufschwungs dieser Jahre trat eine erhebliche Verbesserung des absoluten Lebensstandards der Familien der Lohnabhängigen ein. Sie war nicht zuletzt ein Resultat der Mitarbeit von mehreren Haushaltsangehörigen: 1960 trugen in mehr als der Hälfte aller Arbeiterhaushalte mehrere Angehörige zum Lebensunterhalt bei, was auch für einen beträchtlichen Teil der Angestellten- und Beamtenhaushalte galt⁵³. Indiz für die ungeachtet dessen fortwährende, ja verschärfte Ausbeutung der Lohnabhängigen ist das Ausmaß der Frühinvalidität, das in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre so zunimmt, daß „die Zugänge an frühinvalidisierten Rentnern bei der Sozialversicherung doppelt so hoch [sind] wie die Zugänge an Altersrentnern“⁵⁴.

Die zunehmende Polarisierung von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse in der ersten Entwicklungsphase der BRD drückte sich darin aus, daß der Anteil der unselbständig Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen insgesamt von 1950—1960 von 68 % auf 77 % stieg, während der Anteil ihres Nettoeinkommens am Volkseinkommen von 46 % auf 45 % sank⁵⁵. Im Zeitraum von 1950 bis 1963 war die Prokopf-Vermögensbildung bei den Selbständigen fast viermal so hoch wie bei den Unselbständigen, insbesondere bei den nichtlandwirtschaftlich Selbständigen mehr als zehnmals so hoch wie bei den Arbeitern⁵⁶. Das Wachstum dieser Disproportionen war, wie die sozialökonomische Gesamtentwicklung der BRD von Anfang an,

52 Vgl. J. Kromphardt, Strukturwandel und Einkommensverteilung, Tübingen 1969, S. 72 f. und W. Gerns, Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, in: Marxistische Blätter, 1969, H. 5, S. 54—64, hier: S. 56.

53 Vgl. Schmidt, Schwarz, Thiebach, a.a.O., S. 14 sowie R. F. Hamilton, Einkommen und Klassenstruktur. Der Fall der Bundesrepublik, in: Kölner Zeitschr. f. Soziol. u. Sozialps. 1968, S. 250—287, hier: S. 252 ff.

54 Metall vom 25. 3. 1959, zit. n. J. Kuczynski, a.a.O., Bd. 7 b, S. 616.

55 Huffschild, a.a.O., S. 14 f.

56 W. Krelle, J. Schunck, J. Siebke, Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Tübingen 1968, 2 Bde., Bd. 2, S. 489.

wesentlich durch Staatstätigkeit vermittelt und gesteuert. Zu den hervorstechendsten Mitteln dieser Regulierung der Einkommens- und Vermögensverteilung gehörten die Einkommensteuergesetzgebung, die das Produktionsmitteleigentum auf verschiedene Weise festigen und vermehren half, sowie die inkonsequenten gesetzgeberischen Maßnahmen gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die die weitere Zusammenballung von Kapital zuließen⁵⁷. Dieser Gesamtprozeß ließ den Bereich der einfachen Warenproduktion und des kleinen Einzelhandels nicht unberührt: Zwischen 1950 und 1960 ging der Anteil der Selbständigen an den Erwerbspersonen beträchtlich zurück, was insbesondere eine Folge der Vernichtung kleiner selbständiger Existenzen im Handwerk sowie in der Landwirtschaft war, in der zudem die Nebenerwerbstätigkeit zurückgedrängt wurde. Dementsprechend ging der Anteil der einfachen Warenproduktion am Umsatz in der materiellen Produktion — wenngleich dieser Prozeß im Interesse der Systemstabilität sichtlich mit politischen Mitteln gebremst wurde — zugunsten der rapiden Anteilssteigerung der Großbourgeoisie in den fünfziger Jahren erheblich zurück⁵⁸. Analoges galt für den Bereich des kleinbetrieblichen Handels. In all diesen Schichten war eine Tendenz der sozialökonomischen Polarisierung zu beobachten, die sich im Verschwinden von Klein- und Kleinstbetrieben bei Übergang der Berufszugehörigen in die Arbeiterklasse und in die Eingliederung größerer Unternehmen in die kapitalistisch beherrschte Produktions- und Zirkulationssphäre manifestierte⁵⁹.

Anfang der sechziger Jahre trat die BRD-Gesellschaft in einen neuen Entwicklungsabschnitt ein: auf die Phase einer überdurchschnittlich starken Expansion der materiellen Produktion folgte eine Phase, in der das wirtschaftliche Wachstum — trotz der zunehmenden Deckung des Ausrüstungsbedarfs der hochtechnisierten Bundeswehr durch die inländische Industrie — sich verlangsamte und zeitweilig sogar unterbrochen wurde. Die Stagnation der Bevölkerungsentwicklung und die Schließung der DDR-Grenze beschränkten das Potential der qualifizierten Arbeitskräfte, das nunmehr ganz in den Produktionsprozeß einbezogen wurde. An die Stelle des zugleich extensiven und intensiven Ausbaus der Produktion mußte daher — mit dem wachsenden Einsatz arbeitssparender Techniken — eine zunehmend kapitalintensive Produktion treten⁶⁰. Der Konkurrenzdruck zur zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktions-

57 Vgl. z. B. A. Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, Köln, Berlin 1968, S. 333 ff.; Huffs Schmid, a.a.O., S. 137 ff.; Katzenstein, a.a.O., S. 56 ff.

58 Vgl. *Imperialismus heute*, Berlin 1968, S. 107, Tabelle 12.

59 Vgl. R. Nieschlag, *Strukturwandlungen im Handel*, in: König, a.a.O., S. 493—524, hier: S. 501; Tuchtfeld, a.a.O., S. 478; H.-J. Seraphim, P.-H. Burberg, *Strukturwandlungen in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland*, in: König, a.a.O., S. 397—438, hier: S. 408.

60 Vgl. *Sieben Berichte*, a.a.O., S. 36 ff. sowie *Staat, Monopole, Wirtschaftsregulierung*, DWI-Forschungshefte, 4, 1969, 1, S. 19 f.

technik drängte ebenfalls auf eine Erhöhung des Kapitaleinsatzes⁶¹. Dieser Zwang zu immer höherer Kapitalausstattung, der sich in der erheblichen Zunahme des Anteils der Neuinvestitionen am Volkseinkommen seit Ende der fünfziger Jahre auswirkte, verminderte jedoch gesetzmäßig die Profitchancen⁶². Er hat infolgedessen — in Verbindung mit der Existenz der Überkapazitäten, die im Zuge des langen Wirtschaftsaufschwungs geschaffen und seit Anfang der sechziger Jahre sichtbar wurden — zum Ausbruch der Wirtschaftskrise von 1966/67 beigetragen⁶³. Diese wurde dazu benutzt, veraltete Produktionskapazitäten stillzulegen und die technische Basis der Produktion zu erhöhen.

Trotz Überwindung der Krise durch Modernisierung des Produktionsapparates wirkte der Zwang zur Erhöhung der Kapitalausstattung der Profitsteigerung tendenziell weiterhin entgegen: ihm konnte allenfalls durch einen zeitweiligen Verzicht auf weitere Technisierung ausgewichen werden⁶⁴; wirksam begegnet werden konnte ihm nur durch die Verwendung kapitalsparender Technik. Deren Einführung war jedoch nicht ohne weiteres realisierbar: Die Effektivität des Bruttoanlagevermögens nahm schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zeitweilig ab und fiel dann in den sechziger Jahren zunehmend⁶⁵. In dieser Tendenz zur „Verlangsamung des technischen Fortschritts“ drückte sich auch die wachsende Zunahme der Forschungs- und Entwicklungskosten in der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution aus, die das Leistungsvermögen selbst großer Konzerne übersteigen. Sie erforderte die Übernahme eines Großteils der Kosten für die wissenschaftliche Fundierung der Produktion durch den Staat: „Im Unterschied zu den Anfangsphasen der wissenschaftlich-technischen Revolution, als es ausreichte, große Summen zu investieren, um auf wichtigen Gebieten rasche Fortschritte in der Entwicklung der Wissenschaft und Technik zu erzielen, hängt ihr weiterer Verlauf nunmehr vom gesellschaftlichen Gesamtsystem ab⁶⁶.“ Die Sicherung der Verwertungsbedingungen des monopolistischen Kapitals war somit nur noch durch die — die Pro-

61 Vgl. dazu L. Zahn, Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf Veränderungen in der Kapitalstruktur, in: Konjunktur und Krise, 10, 1966, 1, S. 18—39, pass.

62 Vgl. Sieben Berichte, a.a.O., S. 124 ff.; Spätkapitalismus ohne Perspektive, Berlin 1969, S. 112 f.

63 Vgl. dazu Staat, Monopole, Wirtschaftsregulierung, a.a.O., S. 15 ff.; Ökonomie und Politik einer Krise, DWI-Forschungshefte, 1968, 2, S. 21 ff.; E. Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt/M. 1969, S. 9—15; Jahresgutachten 1967 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache V/2310, Bonn 1967, S. 59; Spätkapitalismus ohne Perspektive, a.a.O., S. 183 f.

64 Vgl. Sieben Berichte, a.a.O., S. 116 ff.

65 Vgl. ebd., S. 39; auch Spätkapitalismus ohne Perspektive, a.a.O., S. 115.

66 Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 43.

duktionsverhältnisse vermittelnde — Staatsaktivität zu bewerkstelligen. Das galt zumal für die Klassenverhältnisse der Gesellschaft der BRD. Die als Globalsteuerung bezeichnete staatlich-monopolistische Wachstums- und Strukturpolitik versucht, schon in die Primärverteilung des Volkseinkommens einzugreifen⁶⁷. Sie will systematisch eine Strategie des „stabilen“ wirtschaftlichen Wachstums realisieren, die wesentlich auf die Konkurrenz des sozialistischen Gesellschaftssystems mit dem Kapitalismus zurückzuführen ist. Die Strategie, die als dynamische Profitoptimierung gekennzeichnet wurde, dient der Durchsetzung des Prinzips, daß der Anteil der kapitalistischen Produktionsmittelbesitzer, insbesondere der Monopole, am Sozialprodukt rascher wächst als der Anteil der Arbeiterklasse⁶⁸.

Es lag im Sinne dieser Entwicklungsstrategie, daß sich in den sechziger Jahren die Polarisierung der beiden Hauptklassen entsprechend dem Bewegungsgesetz kapitalistischer Systeme verstärkt hat. Indiz dafür ist, daß bei weiterer Zunahme des Anteils der Unselbständigen an den Erwerbstätigen von 1960 bis 1968 deren Anteil am Volkseinkommen nahezu konstant blieb. Hieraus ergibt sich angesichts des Sachverhalts, daß die kleinen Einkommen fast völlig dem Individualkonsum dienen und nur die hohen Besitzeinkommen Vermögensbildung erlauben, daß auch für die sechziger Jahre die schlichte Wahrheit weiter gegolten hat, die Föhl für die fünfziger Jahre empirisch belegt hat: „Wer hat, dem wird gegeben!“⁶⁹. Vor allem aber ist die westdeutsche Arbeiterklasse in der Krise 1966/67, gegen deren Ende die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit dem Winter 1959/60 wieder die 1/2 Millionen-Grenze überschritt, in der Erfahrung der Arbeitsplatzunsicherheit wieder unmittelbar mit ihrer Grundsituation, Klasse kapitalabhängiger Lohnarbeiter zu sein, konfrontiert worden. Auch nach Überwindung der Krise „verstärkt sich die Gefahr, daß es trotz steigender Nachfrage nach hochqualifizierten und -spezialisierten Arbeitskräften — wofür das weitere Anwachsen der Angestelltenzahlen nur ein Ausdruck ist — zu einer Zunahme der Zahl der Arbeitslosen kommt, deren Arbeitskraft infolge des kapitalistisch angewandten wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht mehr verwertbar ist“⁷⁰.

Daneben sind die Differenzierungen innerhalb der Hauptklassen, deren Anfänge weit zurückreichen, in diesen Jahren immer deutlicher hervorgetreten. Innerhalb der Kapitalistenklasse intensivieren sich die Prozesse der Profitumverteilung zugunsten der Monopole und Oligopole, wodurch sich die Macht der marktbeherrschenden

67 Vgl. dazu und zum folgenden Huffschild, a.a.O., S. 121 ff., bes. S. 126 f.

68 Vgl. dazu Shonfield, a.a.O., S. 333 ff.; Spätkapitalismus ohne Perspektive, a.a.O., S. 98.

69 C. Föhl, Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Tübingen 1964, S. 40.

70 Spätkapitalismus ohne Perspektive, a.a.O., S. 184.

Unternehmen über die verbleibenden Mittel- und Kleinbetriebe — soweit diese nicht eingegliedert werden — erhöht⁷¹; zunehmend werden auch in der Sphäre der Warenzirkulation Kleinbetriebe durch Großunternehmen verdrängt oder von ihnen abhängig. Innerbetrieblich wirken diese Konzentrations- und Zentralisationsprozesse, zusammen mit dem Vordringen der Büroautomation, sich auch in einer Veränderung der unternehmerischen Leitungformen aus: die Rollen der leitenden Manager, seit vielen Jahrzehnten Organ und Repräsentant des Kapitals⁷², integrieren sich zu hocheffektiven, immer weitere Bereiche wirtschaftlicher Aktivität mit Hilfe der EDV-Technik zentral steuernden Lenkungssystemen⁷³. Zudem sprengt heute die Vergesellschaftung der Organisation der Wirtschaftstätigkeit den Bereich des Einzelkapitals; „entsprechend erweiterte sich auch die Vergesellschaftung der Leitung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, die in der sozialen Kategorie des obersten Managers ihren staatsmonopolistischen Ausdruck findet. Er ist demzufolge unabhängig vom konkreten Ort seiner Tätigkeit im einzelnen Monopol, in der Regierung, in den Parteien und Verbänden oder Massenkommunikationsmedien, Repräsentant des Gesamtkapitals beziehungsweise des alles beherrschenden Monopolkapitals“⁷⁴. Es ist Ausdruck einer parallelen Entwicklung des gesellschaftlichen Produktivkraftsystems, daß ein wachsender Teil der Arbeiterklasse von der unmittelbaren materiellen Produktion freigestellt wurde, wobei diese zunehmend durch geringer qualifizierte Arbeitskräfte aus der Reservearmee der südeuropäischen Länder in Gang gehalten und vermittelt wurde. Das Vordringen teilautomatisierter Aggregatsysteme verstärkte — unter den herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen — die Polarisierung der Industriearbeiterschaft in hoch qualifizierte Angelernte einerseits und einfache Hand- und Teilarbeiter andererseits, wobei auch die Gruppe der technischen Angestellten weiter wächst⁷⁵. Die Ausbreitung der Büroautomation führte im Bereich der Unternehmensbürokratien zu einer Polarisierung der Angestellten infolge des Abbaus mittlerer Qualifikationen und durch deren Differenzierung in eine schmale Schicht hochqualifizierter Spezialisten und eine breite Schicht einfacher „Büroarbeiter“⁷⁶.

Entsprechend dem geschilderten Entwicklungsgang stellten sich die Klassenverhältnisse in der Gesellschaft der BRD am Ende der sechziger Jahre wie folgt dar: Beherrscher des Prozesses der materiellen

71 Vgl. H. Arndt, *Recht, Macht und Wirtschaft*, Berlin 1968, S. 92.

72 Vgl. Jaeggi, a.a.O., S. 28, 51 ff.

73 Vgl. hierzu die Informationen und Materialien, in: *Strukturwandel der Wirtschaft im Gefolge der Computer*, hrsg. v. F. Scharpenack, Basel, Tübingen 1968, S. 66—192.

74 Steiner, a.a.O., S. 131.

75 H. Kern, M. Schumann, *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1970, Bd. 1, S. 138 f., 278 ff. und passim; Gerns, a.a.O., S. 57 ff.

76 Vgl. F. Schiefer, *Elektronische Datenverarbeitung und Angestellte*, Meisenheim-Glan 1969, S. 244 ff.

gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion sind die Produktionsmittelbesitzer, die durch die Aneignung und Anlage des von lohnabhängig Beschäftigten produzierten Mehrwerts die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Unternehmen bestimmen. Ihnen sind die angestellten direkten Funktionäre der Einzelkapitale in den verschiedenen Unternehmensbereichen zuzurechnen. Die Eigentümer und Leiter der kapitalistischen Unternehmen außerhalb der Produktionssphäre, die den Prozeß der Kapitalzirkulation vermitteln, sind selbstverständlich ebenfalls zur herrschenden Klasse der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu rechnen. Zu ihr gehört ebenfalls der Kreis des Führungspersonals im Staatsapparat und in den Institutionen der Vermittlung der Wirtschaft mit der Gesamtgesellschaft. Die Mitglieder dieser Klasse dürften, soweit sie nicht der Kategorie der Nichterwerbspersonen zuzurechnen sind, zwischen 1½ und 2 % der Erwerbspersonen der BRD von 1969 ausmachen⁷⁷.

Wesentlich getragen hingegen wird der Prozeß der materiellen Produktion und Reproduktion durch den Kern der Arbeiterklasse, die die Warenproduktion realisierenden Arbeiter und Angestellten. Diese Gruppe umfaßt neben den Arbeitern in der materiellen Produktion auch die wachsende Gruppe derjenigen Angestellten, die den unmittelbaren Produktionsprozeß im kapitalistischen Betrieb sach- und sozialtechnisch organisieren. Zu diesen Mehrwertproduzenten treten als weitere Angehörige der Arbeiterklasse der BRD diejenigen Arbeiter und Angestellten kapitalistischer Unternehmen, die — verschiedenen Wirtschaftsbereichen zugehörig — die Mehrwertrealisierung vermitteln. Zur Arbeiterklasse müssen auch diejenigen Arbeiter, Angestellten und Beamten gerechnet werden, die als Lohnabhängige im Bereich des öffentlichen Dienstes sowie des kapitalistischen Dienstleistungsgewerbes zum Funktionieren des kapitalistischen Gesamtsystems beisteuern. Darüber hinaus gibt es die Arbeiter und Angestellten im nicht spezifisch kapitalistischen Bereich der kleinbetrieblichen Warenproduktion, Warenzirkulation und Dienstleistungstätigkeit, die unter den Begriff des „Vorproletariats“ zusammengefaßt werden können⁷⁸. Der Umfang der Gesamtkategorie der abhängig Beschäftigten⁷⁹ beträgt 1969 gegen 81 % der Erwerbspersonen.

77 Errechnet bzw. geschätzt in Anlehnung an L. Preller, Praxis und Probleme der Sozialpolitik. Erster Halbband, a.a.O., S. 14 f. unter Zugrundelegung eines Anteilsatzes von 2 % der Angestellten und 3 % der Beamten sowie der gewerblich Selbständigen mit 10 und mehr Beschäftigten und der landwirtschaftlich Selbständigen mit 50 und mehr ha LN.

78 Hierzu kann von den Nichterwerbspersonen auch die Masse der Studierenden gerechnet werden (vgl. H. Hesselbarth, Aufbruch der „Vorproletarier“. Zur Soziologie der Studenten, in: *facit*, März 1970, S. 25—32). Das Verhältnis der Kategorien Arbeiterklasse und Vorproletariat zueinander stellt ein theoretisch und empirisch noch nicht bewältigtes Problem dar, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann.

79 Mit Ausnahme der Spitzengruppen der Angestellten und Beamten, vgl. Anm. 77.

Der Rest der Erwerbsbevölkerung verteilt sich auf die Erwerbsformen des kleinbetrieblichen selbständigen Handwerks, Handels, Gewerbes und der Klein- und Mittelbauern, in denen Produktionsmittel und Arbeitskraft noch nicht auf kapitalistische Weise eingesetzt sind, sowie auf die freiberufliche Intelligenz. Der Anteil der Selbständigen dieses Bereichs an den Erwerbspersonen dürfte 1969 insgesamt knapp 10 % betragen, wozu die Gesamtmasse der mithelfenden Familienangehörigen mit einem entsprechenden Anteil von gut 7 % zu rechnen ist.

Heinz Jung

Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse“ und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse*

I. Aktuelle Gesichtspunkte der Diskussion

Im April 1969 gab es in der BRD und in Westberlin 26 640 000 erwerbstätige Personen (ohne Soldaten 26,15 Mio). Von letzteren lebten 21,36 Millionen oder 81,6 % ausschließlich oder nahezu vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an private oder kollektive Kapitalisten oder an den kapitalistischen Staat. Sie übten als Arbeiter (12 403 000), Angestellte (7 540 000) oder Beamte (1 412 000; ohne Soldaten) eine abhängige Beschäftigung aus¹ und verfügten weder über die Ergebnisse ihrer Arbeit noch bestimmten sie über die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeit zu verrichten hatten.

Die Wohnbevölkerung betrug zum gleichen Zeitpunkt 60 711 000 Personen. Gegliedert nach der Art des Lebensunterhalts lebten 40,1 % überwiegend von Erwerbstätigkeit, 44,4 % vom Unterhalt durch Familienangehörige, 15,4 % überwiegend von Rente u. dgl. und 0,1 % von Arbeitslosengeld oder -hilfe².

Es kann davon ausgegangen werden, daß sich aus der sozialen Struktur der „Erwerbsbevölkerung“ auch die soziale Struktur der Gesamtbevölkerung erschließt. Mögliche quantitative Abweichungen der Struktur der Gesamtbevölkerung bleiben hier unberücksichtigt. Die statistischen Angaben über die Erwerbstätigen- und Beschäftigtenstruktur sind deshalb im folgenden die empirische Grundlage der Strukturanalyse der westdeutschen Arbeiterklasse.

Niemand kann bestreiten, daß Umfang und Anteil der Arbeit, die als Lohnarbeit verrichtet wird, mit der Entwicklung des Kapitalismus kontinuierlich zugenommen haben. Im Deutschen Reich betrug der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten 1882 = 63,5 % und 1925 = 66,2 %, in der Bundesrepublik 1950 = 70,9 % und 1969 = 81,6 % (siehe Tabelle 1) aller Erwerbspersonen. In den USA betrug ihr Anteil 1968 = 87,2 % und in Großbritannien 1966 = 93,2 %³. Wie im folgenden noch zu belegen sein wird, wuchsen vor

* Der Beitrag wurde am 1. 7. 1970 abgeschlossen.

1 Angaben nach: Wirtschaft und Statistik (Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden), H. 3/1970, S. 135 ff. (Im folgenden zitiert als „W.u.S.“.)

2 Ebenda, S. 136.

3 Siehe bei: Justina Marx, Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse in der wissenschaftlich-technischen Revolution; DWI-Berichte (Hrsg. DWI Berlin-DDR), Nr. 12/1969, S. 3.

allem die Anzahl und der Anteil der Gruppen der Angestellten und Beamten — schneller als Anzahl und Anteil der Arbeiter.

Vor allem dieser Prozeß ist der Hintergrund, vor dem die Diskussion um den Charakter des heutigen Kapitalismus hinsichtlich seiner Klassenstruktur geführt wird. Eine stärkere innere Differenzierung der Lohnabhängigen — mit dem offiziellen Terminus „Arbeitnehmer“ belegt — und gleichzeitige Verschiebungen in der Gruppe der Produktionsmittelbesitzer mit der Herausbildung der Monopole waren und sind der Ansatzpunkt der bürgerlichen Ideologie, um den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft in Abrede zu stellen und das Bild einer pluralistischen Gesellschaft zu propagieren.

Die Diskussion um den marxistischen Klassenbegriff im allgemeinen und den Inhalt des Begriffs der Arbeiterklasse im besonderen wird dabei unter zwei miteinander verbundenen Gesichtspunkten geführt: Erstens um im Gegensatz zur bürgerlichen Ideologie der pluralistischen Gesellschaft den antagonistischen Charakter der Sozial- und Klassenstruktur des spätkapitalistischen Systems herauszuarbeiten; zweitens um jene sozialen Kräfte zu bestimmen, die durch ihre objektive Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft die Hauptpotenz und führende Kraft sozialer Veränderungen zur Überwindung des Kapitalismus sind.

Was den *ersten Gesichtspunkt* betrifft, so wird er in diesem Zusammenhang nur am Rande untersucht. Es muß daran erinnert werden, daß die Entdeckung der Klassen eine Leistung der materialistischen bürgerlichen Geschichtsschreibung und der klassischen bürgerlichen Ökonomie war. Marx selbst schrieb: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen* der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet⁴.“

Lenin schließlich hat den Umstand wiederholt hervorgehoben, daß die Anerkennung des Klassenkampfes durchaus „in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik“ bleiben kann, daß die Lehre vom Klassenkampf von der Bourgeoisie geschaffen worden ist und „für die Bourgeoisie annehmbar“ ist, solange die historische Zielrichtung des Klassenkampfes, nämlich der Sturz der Bourgeoisie, ausgeklammert bleibt⁵.

Allerdings ist gegenwärtig, was die Bundesrepublik betrifft, schon die Anerkennung der Tatsache in ihrer nackten Form für die herr-

4 Brief an Joseph Weydemeyer vom 5. 3. 1852; Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin 1963, Band 28, S. 507/508.

5 W. I. Lenin, Staat und Revolution (1917); Werke, Berlin, Bd. 25, S. 424.

schende Klasse gefährlich, denn mit der Ausdehnung der Lohnarbeit und der objektiven sozialen Polarisierung wurde auch die soziale Basis der Herrschaft der Bourgeoisie eingengt. Sie muß diese Basis in den Lohnarbeitergruppen zu schaffen und zu festigen trachten und dabei die Relevanz der Stellung zum Eigentum an Produktionsmitteln von vornherein verschleiern. Diese praktischen Bedürfnisse der Systemstabilisierung spiegeln sich in den bis Mitte der 60er Jahre in der BRD vorherrschenden soziologischen Strömungen wider⁶. Diese bestimmen, was nicht übersehen werden kann, bis heute die bürgerliche Propaganda. Mit der Verschärfung des Klassenkampfes in Westeuropa treten allerdings Spielarten der Theorie des „sozialen Konflikts“ — mit den schon erwähnten Einschränkungen — als ideologische Plattform der Politik des Monopolkapitals in den Vordergrund.

Der *zweite Gesichtspunkt* erlangte in den letzten Jahren zunehmende Bedeutung: Einmal im Zusammenhang mit den sozialstrukturellen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die die sozialistische und kommunistische Bewegung zur Bestimmung des sozialen Standorts und der Potenzen der schnell wachsenden Lohnarbeitergruppen, wie zum Beispiel des wissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Personals in der Industrie und ihres Verhältnisses zur traditionellen Industriearbeiterschaft zwingen; zum anderen im Zusammenhang mit der Politisierung beträchtlicher Teile der Intelligenz und dem Problem ihrer politischen Orientierung. Die Diskussion der objektiven Struktur der Arbeiterklasse und ihrer historischen Rolle hat damit neue Akzente erhalten.

In den kommunistischen und Arbeiterparteien wird die Diskussion um die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse seit Beginn der 60er Jahre geführt⁷. Sie ist auch gegenwärtig noch nicht abgeschlossen und hat sich eher noch intensiviert. In einzelnen Parteien sind dabei die Akzente der Diskussion unterschiedlich. Eine Durchsicht neuerer Äußerungen zum Gegenstand zeigt, daß es vor allem um die Frage geht, ob und inwieweit ein Lohnarbeiterstatus entsprechende Personen zu Angehörigen der Arbeiterklasse macht oder nicht, welche Kriterien anzuwenden sind (Nichtbesitz von Produktionsmitteln, Verkauf der Arbeitskraft, Ausbeutung, produktive Arbeit, Beteiligung an der Mehrwertproduktion, Funktion im Verwertungsprozeß des Kapitals u. a.), und wie insbesondere die Gruppen der Lohnarbeiter, einschließlich der lohnabhängigen Intelligenz, die nicht unmittelbar in der materiellen Produktion tätig sind, einzuschätzen sind.

6 Siehe dazu Beiträge des Verfassers: Die Marxsche Klassentheorie und ihre Kritiker, in: *Marxismus in unserer Zeit; Marxistische Blätter* S 1/1968, Frankfurt/Main 1968, S. 50 ff.; *Der Marxsche Klassenbegriff — Instrument zur Analyse der kapitalistischen Gesellschaft von heute*, in: *Klassen und Klassenkampf heute; Marxistische Blätter*, S 2/1968, Frankfurt/Main 1968, S. 104 ff.

7 Siehe den Überblick bei: Helmut Steiner, *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus*, Berlin 1967, S. 98 ff.

Die Französische Kommunistische Partei betont für die soziale Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse neben dem Warencharakter der Arbeitskraft die unmittelbare Tätigkeit in der materiellen Produktion, den unmittelbaren Beitrag zur Mehrwertproduktion⁸.

In einer neueren sowjetischen Veröffentlichung⁹ wird auf den historischen Entstehungsprozeß der Arbeiterklasse verwiesen, die Intelligenz insgesamt als soziale Zwischenschicht (charakterisiert durch die Ausübung qualifizierter geistiger Arbeit und spezifischer Funktionen im Reproduktionsprozeß) angesehen, und es werden neben den Arbeitern auch die unteren Angestelltengruppen aller Wirtschaftsbereiche als der Arbeiterklasse zugehörig betrachtet. Für die Mehrzahl der Intelligenz wird die Lohnarbeit als wesentlich hervorgehoben und die Tendenz der Verschmelzung ihrer sozialen Interessen mit denen der Arbeiterklasse festgestellt.

In der theoretischen Zeitschrift der kommunistischen Partei Großbritanniens „Marxism today“¹⁰ wird in einer Klassenanalyse der britischen Gesellschaft neben der Betonung des „primären Kriteriums“, des „Verkaufs der Arbeitskraft gegen Lohn und Gehalt“¹¹, auf die Funktion im Prozeß der Produktion und der Realisierung des Mehrwerts hingewiesen. Entscheidend ist danach nicht der formelle Lohnarbeiterstatus, sondern ob die primäre ökonomische Funktion im Verkauf der Arbeitskraft als Ware oder in der Ausübung der Funktionen des Kapitalisten besteht. In der Sicht des britischen Autoren gehört auch der größte Teil der nichtmanuellen Lohnarbeiter zur Arbeiterklasse¹².

8 So Etienne Fajon im Diskussionsbericht des Parteitages der FKP im Februar 1970: „Man kann aber nicht die Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger mit der Arbeiterklasse identifizieren. Die Arbeiterklasse ist die Klasse der Lohnempfänger, die durch ihr Einwirken auf die materiellen Produktionsmittel direkt Mehrwert, Kapital, schafft. Der Arbeiterklasse gehören alle Werkstätigen an, die gleichzeitig keinerlei Produktionsinstrumente besitzen und im Sektor der materiellen Produktion tätig sind (das beinhaltet in der modernen Großproduktion manuelle Tätigkeit, aber auch in steigendem Maße intellektuelle Tätigkeit). Das heißt, daß die Arbeiterklasse außer dem Industrie- oder Landproletariat, das den Hauptkern bildet, auch Werkstätige umfaßt, deren Tätigkeit Mehrwert schafft, weil sie sich in die Vorbereitung der industriellen Arbeit einschalten (Produktionstechniker) oder zur Realisierung des Produktionsprozesses beitragen (Transport- und Verkehrsarbeiter).“

Danach gehörten 1968 3 von 5 Lohn- und Gehaltsempfänger der Arbeiterklasse an, bzw. 44,5 % der französischen Erwerbsbevölkerung (Lohnarbeiteranteil an der Erwerbsbevölkerung: 76 %).

Zitiert nach: Einheit, Berlin, Heft 4/1970, S. 527 (L'Humanite vom 5. 2. und 7. 2. 1970).

9 Siehe: A. Melnikow, Die Intelligenz der USA (russisch), in: Mirovaja ekonomika i mezhdunarodnye otnosenija, Moskau, Nr. 1/1970, S. 102—111.

10 Siehe: Alan Hunt, Die Klassenstruktur im heutigen Großbritannien (englisch), Marxism today, London, June 1970, S. 167 ff.

11 Ebenda, S. 171.

12 Ebenda, S. 170. „Insbesondere ist es notwendig, sich auf das funktionale Verhältnis zu konzentrieren, in dem die Mittelschichten zu den

Auch in den neueren Veröffentlichungen von marxistischen Autoren der DDR wird der Nichtbesitz an Produktionsmitteln und der Warencharakter der Arbeitskraft als entscheidendes Kriterium der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse angesehen¹³.

Diese Position wurde schon ausführlich dargelegt in „Imperialismus heute“¹⁴, wobei als „Kern der Arbeiterklasse“ die „Primärproduzenten des Mehrwerts“¹⁵ angesehen werden. Das Verhältnis von Primär- und Sekundärproduktion von Mehrwert wurde jüngst von Margit Gronau bei der Analyse der Intelligenz dargestellt und angewendet: „Primärproduzenten von Mehrwert sind eindeutig die Produktionsarbeiter. Sie setzen direkt durch ihre mehrwertschaffende Arbeit auch alle jene Arbeiten in Gebrauchswerte um, die in Form produktiver kapitalistischer Lohnarbeit auf den verschiedenen vorangegangenen Stufen des arbeitsteiligen Produktions- und Reproduktionsprozesses zu ihrer Herstellung erforderlich ist“¹⁶.

Es liegt auf der Hand, daß es sich dabei jeweils um eine engere oder um eine weitere Auffassung der zur Arbeiterklasse gehörigen Gruppen und um die Bestimmung ihres Kerns handelt. Daß die Arbeiter in der materiellen Produktion nach wie vor der Kern der Arbeiterklasse sind, ist dabei unbestritten. Es wird ebenfalls die Veränderung der Struktur der unmittelbar produktiven Arbeiter und die weitere soziale Zersetzung solcher sozialökonomisch heterogenen Schichten wie der Intelligenz in Betracht gezogen. Unterschiedlich ist die Position allerdings hinsichtlich der Beurteilung der in der Sphäre der materiellen Produktion tätigen Lohnarbeiter, die nicht unmittelbar in der materiellen Produktion, sondern in den diese vermittelnden Funktionen und im Bereich der Zirkulation des Kapitals beschäftigt sind sowie der in anderen Reproduktionsbereichen (Handel, staatliche und private Dienstleistungen u. a.) tätigen Lohnarbeitergruppen.

Diese Positionen können im Rahmen dieses Beitrages nur skizziert, nicht jedoch diskutiert werden. Zweifellos müßte dabei die

beiden Hauptklassen der britischen Gesellschaft stehen. Es ist dabei zu unterscheiden zwischen jenen, deren primäre ökonomische Aktivität die Ausübung der Funktionen des Kapitalisten ist und die schließlich auf Gedeih und Verderb mit dem Kapitalismus verbunden sind und jenen, deren erste Position der Verkauf ihrer Arbeitskraft ist“ (ebenda).

13 So Justina Marx, a.a.O.; S. 9: „Ihre (der Arbeiterklasse, d. Verf.) wichtigsten Abteilungen sind die Industriearbeiter, die Angestellten (einschließlich eines Teils der wissenschaftlich-technischen Intelligenz) in der Industrie und die Arbeiter und Angestellten in den nichtproduzierenden Bereichen.“

Ähnlich Hellmuth Kolbe: Die Arbeiterklasse und ihre neuen Kampfbedingungen, in: DWI-Forschungshefte (Hrsg. DWI/Berlin/DDR) Nr. 1/1970, S. 80 ff.

14 Imperialismus heute (Autorenkollektiv), Berlin 1967 (4. erweiterte Auflage); S. 605.

15 Ebenda, S. 613.

16 Margit Gronau, Intelligenz unter Monopolherrschaft, DWI-Forschungshefte a.a.O., Heft 3/1969, S. 48; siehe dazu auch Fußnote 30.

theoretische Analyse im Vordergrund stehen. Jedoch können derartige theoretische Analysen nur im Zusammenhang mit gründlichen empirischen Untersuchungen der die objektive Lage der einzelnen umstrittenen Gruppen bestimmenden Momente fruchtbar werden. Zusammenfassende und ausreichende Arbeiten marxistischer Autoren sind zur Zeit noch kaum vorhanden. Die klassenmäßige Eingruppierung der einzelnen Angestelltengruppen muß sich deshalb an sekundären (Einkommensniveau) oder nur sporadisch erfaßten primären Kriterien (etwa der Funktion im kapitalistischen Verwertungsprozeß, insbesondere hinsichtlich der Ausübung von Kapitalfunktionen) orientieren. In diesem Zusammenhang erscheinen dem Verfasser einige Bemerkungen zur Auffassung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, von produktiver und unproduktiver Arbeit¹⁷ und zur allgemeinen Charakterisierung der Klassen in der marxistischen Theorie angebracht.

II. Einige theoretische Probleme

Lohnarbeit und Kapital

Eine wesentliche Leistung des Marxschen Werks besteht in der wissenschaftlichen Darlegung der Tatsache, daß die Kapitalisten wie herrschende Ausbeuterklassen vorhergehender Gesellschaftsformationen von der Aneignung der Mehrarbeit und des Mehrproduktes der unmittelbaren Produzenten leben. Die spezifisch historische Form, in der sich diese Aneignung im Kapitalismus vollzieht, ist das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital.

Marx bezeichnete das „unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten — ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht“ als jenes Verhältnis, „worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion“ finden¹⁸. Diese Verhältnisse bestehen unabhängig vom Willen und den Vorstellungen der sie eingehenden Menschen. Es ist deshalb auch die Analyse dieser objektiven Verhältnisse, die den Schlüssel zur sozialen Struktur der Bevölkerung liefert — und nicht die Ideologien der einzelnen Gruppen.

Die Gesamtheit dieser Verhältnisse bilden die Produktionsverhältnisse der Gesellschaft „oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür

17 Siehe: ebenda, S. 46 ff.; sowie Joachim Bischoff u.a., Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse, in: Sozialistische Politik, Westberlin, H. 6—7/1970 (Die Autoren untersuchen diese Kategorien in ihrer Darstellung und Entwicklung im Marxschen Werk vor allem hinsichtlich der sozialen Stellung und revolutionären Potenzen der Intelligenz. Sie gelangen zu dem Resultat, daß der Schwerpunkt sozialistischer Strategie in der Orientierung auf die produktiven Arbeiter, die Industriearbeiterschaft in erster Linie, liegen müsse.)

18 Karl Marx, Das Kapital, Band III, Berlin 1953, S. 842.

ist“, die „Eigentumsverhältnisse“¹⁹. Unter den Bedingungen der Trennung des Eigentums an den Produktionsbedingungen von den Produzenten sind diese Produktionsverhältnisse antagonistisch im Sinne „eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorstechenden Antagonismus“²⁰. Im Kapitalismus handelt es sich dabei um den Antagonismus von Kapital und Lohnarbeit, Kapitalisten und Lohnarbeitern. Dieser Antagonismus wurzelt in den Bedingungen der materiellen Produktion, er setzt sich in allen Reproduktions- und Lebensbereichen der Gesellschaft fort.

Ein Zentralpunkt im Werk von Karl Marx ist der Nachweis, wie sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion die schon in der einfachen Warenproduktion angelegten Gegensätze und Widersprüche zum Grundwiderspruch des Kapitalismus und zum antagonistischen Klassengegensatz entfalten. Das Privateigentum findet schon in der einfachen Warenproduktion im Gegensatz von konkreter und abstrakter Arbeit, Gebrauchswert und Tauschwert ihren Ausdruck. „Der Kapitalismus ist das Entwicklungsstadium der Warenproduktion, in dem auch die Arbeitskraft zur Ware wird“²¹. Die Verwertung der Arbeitskraft durch das Kapital wird zur Quelle des Mehrwerts. Die Lohnarbeit ist die „unmittelbare Arbeit, die den Tauschwert als solchen produziert“²². Lohnarbeit und Kapital sind die Formen des „entwickelten Tauschwertes“²³. Lohnarbeit bedeutet, daß die Arbeitskraft als Ware verkauft und gekauft wird. Sie setzt den historischen Prozeß der Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln voraus (ursprüngliche Akkumulation) und die juristische Freiheit des Trägers der Lohnarbeit, des Lohnarbeiters, seine Arbeitskraft auf dem Markt — wie andere Waren auch — anbieten zu können (und ökonomisch dazu gezwungen zu sein).

Lohnarbeit umschließt das Verhältnis der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit durch ihren Käufer, denn es wird nicht die Arbeit, sondern der Wert der Arbeitskraft bezahlt, der sich wie der aller anderen Waren durch die zu ihrer Herstellung erforderliche gesellschaftliche Arbeitszeit bestimmt oder, anders ausgedrückt, durch ihre Reproduktionskosten. Der Lohn als Preis der Arbeitskraft folgt in seinen Bewegungen den allgemeinen Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion.

Damit ist bestimmt, daß Lohnarbeit Aneignung von Mehrarbeit bedeutet, aber nicht, daß diese Mehrarbeit in jedem Fall Mehrwert produzieren muß und die unmittelbare Basis des materiellen Reichtums ihrer Aneigner ist. Lohnarbeit umschließt aber auf jeden Fall

19 Karl Marx, Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Band 13, S. 9.

20 Ebenda, S. 9.

21 W. I. Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland; Werke, Band 3, S. 600.

22 Karl Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), (1857/58); Berlin 1953, S. 136.

23 Ebenda, S. 137.

das Verhältnis der Ausbeutung, der Aneignung von (unbezahlter) Mehrarbeit.

Schon bis zur Herausbildung des kapitalistischen Fabriksystems durchläuft die Lohnarbeit, und damit auch der Lohnarbeiter, verschiedene Entwicklungsstufen. Darauf haben sowohl Engels 1845 in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“²⁴ wie auch ein halbes Jahrhundert später Lenin in „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“²⁵ aufmerksam gemacht. Und diese Entwicklung ist auch mit der Herausbildung des kapitalistischen Fabriksystems nicht abgeschlossen, sondern mit der Entwicklung der kapitalistischen Fabrik selbst und dem Eindringen des großen Kapitals in Zirkulations- und Dienstleistungsbereiche, heute auch in die besonderen Sphären der geistigen Arbeit, treten Veränderungen und Modifizierungen der einmal erreichten Stufe auf.

Marx ging es jedoch in erster Linie darum aufzudecken, unter welchen Bedingungen die Verwertung der Arbeitskraft zur Entstehung des Mehrwerts führt. Vor allem in den Vorarbeiten zu seinem Hauptwerk „Das Kapital“ untersucht er diese Frage unter dem schon von der klassischen bürgerlichen Ökonomie aufgeworfenen Gesichtspunkt der produktiven und unproduktiven Arbeit.

Produktive und unproduktive Arbeit

Marx untersuchte die Frage der produktiven Arbeit unter zwei Gesichtspunkten:

1. Was ist produktive Arbeit vom Standpunkt der Verwertung des Einzelkapitals, unabhängig von seiner Anlagesphäre?
2. Was ist produktive Arbeit vom Standpunkt der Reproduktion des Gesamtkapitals und darin eingeschlossen, in welchen Arbeitsprozessen wird produktive Arbeit geleistet?

Der erste Punkt betrifft in unserem Zusammenhang das allgemeine Verhältnis der Lohnarbeit zum Kapital; der zweite die innere Struktur der Arbeiterklasse. Beide Gesichtspunkte gehen in der Marx'schen Untersuchung ineinander über.

Vom Standpunkt des Kapitals: „Nur die Lohnarbeit ist produktiv, die Kapital produziert“²⁶ und alle „vom eigentlichen Handarbeiter bis zum manager, engineer (als unterschieden vom Kapitalisten)“, die in der einen oder anderen Weise an der Produktion der Waren mitarbeiten, sind produktive Arbeiter²⁷. Marx hebt hervor, daß „das

24 MEW, Band 2, S. 225 ff.

25 W. I. Lenin, Werke, Band 3, S. 560 ff.

26 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert (1861 bis 1863), MEW Band 26, I, S. 122.

27 Ebenda, S. 127. Vom Gesichtspunkt der Produktionsmaschine des Ateliers oder der Fabrik trifft das auch auf den industriellen Kapitalisten als Leiter dieser Produktionsmaschine zu — im Unterschied zu den Rentier Kapitalisten. Marx schreibt: „Als Lenker des Arbeitsprozesses kann der Kapitalist *produktive Arbeit* verrichten, im Sinne, daß seine Arbeit in den Gesamtprozeß einbegriffen, der sich im Produkt verkörpert.“ In: Karl

Verhältnis jeder einzelnen dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinn das des produktiven Arbeiters ist“²⁸. Das bezieht sich sowohl auf Hand- wie auf Kopfarbeit und ist unabhängig von der Distanz der einzelnen Tätigkeiten bzw. Gruppen zur unmittelbaren Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes, also der unmittelbaren Produktion.

Die einzelnen und die einzelnen Lohnarbeitergruppen — vom Handarbeiter bis zum Dirigenten des Arbeitsprozesses — werden „nur ein Glied dieses Gesamtarbeiters“²⁹.

Produktive Arbeiter sind — in den Kategorien der heutigen Fabrik ausgedrückt — sowohl die manuellen Arbeiter wie aber auch Meister, Produktionsleiter, Ingenieure, Techniker, wissenschaftlich- und ingenieurtechnisches Personal in der Produktion, den vor- und nachgelagerten Bereichen, einschließlich der Forschung und Entwicklung.

„Produktive Arbeit ist“, in der Formulierung von M. Gronau, „Verausgabung von körperlicher und geistiger Arbeitskraft, die direkt oder indirekt auf die Herstellung der Produkte gerichtet ist, und die auf der Basis kapitalistischer Eigentumsverhältnisse in verschiedenen Formen und unterschiedlichem Grade zur Mehrwert-erzeugung beiträgt“³⁰.

Erst die kapitalistische Produktion auf den ihr eigenen Grundlagen (was Marx die „reelle Subsumtion“ des Arbeitsprozesses unter das Kapital nennt, im Unterschied zu der vorangehenden Etappe der „formellen Subsumtion“, wobei das Kapital sich vorkapitalistischer Arbeitsweisen bemächtigt und diese erst revolutioniert, also reell subsumiert) führt zur Herausbildung des „sozial kombinierten Arbeitsvermögens“, des „Gesamtarbeiters“ und damit auch zur Erweiterung des realen Ausmaßes und der Existenz auf der einen und des Begriffs der produktiven Arbeit und des produktiven Arbeiters auf der anderen Seite. Diese Gedanken sind vor allem bedeutsam hinsichtlich des Eindringens des großen Kapitals in neue Anlage-sphären, so z. B. der geistigen Arbeit oder der Dienstleistungen. Der

Marx: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt/Main, 1969, S. 74. Bei dieser Publikation handelt es sich um den Nachdruck eines im Moskauer Marx-Engels-Archiv 1933 veröffentlichten Marx-Manuskripts. Die Moskauer Herausgeber datierten die Entstehungsperiode dieses Manuskripts auf die Jahre 1863 bis 1864, also zeitlich nach den „Theorien über den Mehrwert“ (1861 bis 1863). Es handelt sich nach diesen Angaben um das erhalten gebliebene 6. Kapitel der vorletzten Variante für den 1. Band von „Das Kapital“. Der 1. Band erschien 1867.

28 In: Theorien . . . , a.a.O., S. 387.

29 Karl Marx, Resultate . . . , a.a.O., S. 66.

30 Margit Gronau, Intelligenz . . . , a.a.O., S. 46; dieses „direkt“ oder „indirekt“ unterscheidet bei der Autorin primäre und sekundäre Mehrwertproduzenten, nicht aber produktive oder unproduktive Arbeit. Sie hebt hervor, daß sich mit dem Eindringen der Wissenschaft in den Fertigungsprozeß „die Grenzen zwischen Sekundär- und Primärproduzenten zu verwischen beginnen“ (ebenda, S. 49).

formellen Subsumtion folgt auch hier die reelle Subsumtion, etwa in Großlabors, Firmen des Ingenieurwesens, der Verfahrenstechnik oder insgesamt der sogenannten „Software“-Produktion.

Es muß allerdings hinsichtlich des Charakters der Arbeit berücksichtigt werden: „Die Teilung der Arbeit, die Verselbständigung einer Funktion, macht sie nicht produkt- und wertbildend, wenn sie es nicht an sich, also schon vor ihrer Verselbständigung ist³¹.“

In diesem Zusammenhang muß ebenfalls der Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses Beachtung finden. Marx hat die Doppelseitigkeit des Charakters der produktiven Arbeit in den unmittelbaren Vorarbeiten zum 1. Band von „Das Kapital“ (aber auch schon in den „Theorien über den Mehrwert³²“) hervorgehoben:

1. Vom Standpunkt des Ziels der kapitalistischen Produktion, der Verwertung des Kapitals als „mehrwerthecker“ Wert, „ist nur die *Arbeit produktiv*, die, und nur der Ausüßer von Arbeitsvermögen ein *produktiver Arbeiter*, der, unmittelbar *Mehrwert produziert*, also nur die Arbeit, die direkt im Produktionsprozeß zur Verwertung des Kapitals *konsumiert* wird³³“.
2. „Der kapitalistische Arbeitsprozeß hebt die allgemeinen Bestimmungen des Arbeitsprozesses nicht auf. Er produziert Produkt und Ware. Insofern bleibt die Arbeit produktiv, die sich in Waren, als Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert, vergegenständlicht³⁴.“

Die Gegensätzlichkeit und Doppelseitigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozeß findet also in der doppelten Bestimmung der produktiven Arbeit ihren Niederschlag bzw. wird durch deren Doppelseitigkeit bestimmt. Da aber die stoffliche Bestimmtheit der Produktion im Kapitalismus nur die Grundlage der Verwertung des Kapitals ist, erfolgt die Bestimmung der produktiven Arbeit in erster Linie vom Standpunkt der Verwertung des Kapitals.

Somit umreißt der Begriff „produktive Arbeit“ ein bestimmtes Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft (oder wie es bei Marx 1863—65 noch heißt des „Arbeitsvermögens“): „Das spezifische Verhältnis zwischen der *vergegenständlichten* und *lebendigen* Arbeit, das die erste zu Kapital, macht die letztere zu *produktiver Arbeit*³⁵.“

Damit ist aber auch der Kern des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und die spezifische Bestimmung der Lohnarbeit in der kapitalistischen Warenproduktion umrissen.

Die Verwandlung der Lohnarbeit in Kapital erfaßt aber zwei Momente, die auch für die Bestimmung der einzelnen Lohnarbeiter-

31 Karl Marx, Das Kapital, Band II, Berlin 1953, S. 128.

32 Karl Marx, Theorien . . . , a.a.O., S. 385.

33 Karl Marx, Resultate . . . , a.a.O., S. 64.

34 Ebenda, S. 65.

35 Ebenda, S. 69.

gruppen bedeutsam sind. Der Akt des Kaufs und Verkaufs der Arbeitskraft in der Zirkulation enthält die Möglichkeit und die Voraussetzung der Aneignung von Mehrarbeit. Er ist die Oberfläche der Beziehung, der Austausch von Arbeit gegen Geld, ein Akt der Zirkulation. Erst die Verwertung der Arbeitskraft in der Produktion bringt tatsächlich Mehrwert und verwandelt Lohnarbeit in Kapital. Daraus ergibt sich: „Jeder produktive Arbeiter ist Lohnarbeiter, aber deswegen ist nicht jeder Lohnarbeiter produktiver Arbeiter“³⁶.

Macht also der Austausch von Arbeit und Geld den Arbeiter zum Lohnarbeiter, so erst der Austausch von Arbeit und Kapital zum produktiven Lohnarbeiter. Dieses Verhältnis würde sich nun überall dort ergeben, wo Kapital, oder genauer der variable Teil des Kapitals sich in Arbeitskraft tauscht und diese in den Prozeß der Kapitalverwertung eingeht, so etwa auch in den Sphären der Zirkulation. Diese Beziehung ergibt sich in der Tat von der Zielsetzung des Einzelkapitals aus, nicht aber vom Standpunkt des Reproduktionsprozesses des Gesamtkapitals.

Hinsichtlich der Dienstleistungen spricht Marx davon, daß mit dem Eindringen des Kapitals in alle Reproduktionsbereiche auch die Verrichter von Diensten zu Lohnarbeitern werden, „sie also diesen Charakter mit den produktiven Arbeitern gemein haben“³⁷. „Der Unterschied der produktiven und unproduktiven Arbeit besteht bloß darin, ob Arbeit gegen *Geld als Geld* oder gegen *Geld als Kapital* ausgetauscht wird“³⁸.

Private wie staatliche Dienstleistungen sind deshalb unproduktive Arbeit, weil sie sich nicht gegen Kapital, sondern gegen Revenue eintauschen, die also in der Konsequenz von Mehrwert oder Löhnen bezahlt werden.

Detailliert untersucht Marx die Funktion der im Zirkulationsprozeß tätigen Lohnarbeiter, der „kommerziellen Lohnarbeiter“. Damit wird das Problem der kapitalistischen Ausbeutung in den vom Standpunkt des Reproduktionsprozesses und der Warenproduktion unproduktiven Sphären untersucht. Die darin angelegten Kapitalé gehen jedoch in den Ausgleich der Profitraten ein. Im übertragenen Sinne gilt dies auch, nach Ansicht des Verfassers, für das in der Sphäre der Dienstleistungen und der geistigen Arbeit angelegte Kapital.

„Nach einer Seite hin ist ein solcher kommerzieller Arbeiter Lohnarbeiter wie ein anderer. Erstens insofern die Arbeit gekauft wird vom variablen Kapital des Kaufmanns, nicht von dem als Revenue verausgabten Geld, und daher auch nur gekauft wird nicht für Privatbedienung, sondern zum Zweck der Selbstverwertung des darin vorgeschossnen Kapitals. Zweitens sofern der Wert seiner Arbeitskraft und daher sein Arbeitslohn bestimmt ist, wie bei allen anderen Lohnarbeitern, durch die Produktions- und Reproduktionskosten sei-

36 Ebenda, S. 66.

37 Ebenda, S. 67—68.

38 Ebenda, S. 73.

ner spezifischen Arbeitskraft, nicht durch das Produkt seiner Arbeit³⁹.“

Der Unterschied: „Die unbezahlte Arbeit dieses Kommis, obgleich sie nicht Mehrwert schafft, schafft ihm aber Aneignung von Mehrwert, was für dies Kapital dem Resultat nach ganz dasselbe; sie ist also für es Quelle des Profits⁴⁰.“ Vom Standpunkt dieses Kapitals „ist auch die kommerzielle Arbeit, die es kauft, für es unmittelbar produktiv⁴¹“.

Somit ergibt sich, daß kapitalistische Lohnarbeit in jedem Falle die Quelle unbezahlter Arbeit für das Kapital und des Profits ist. Jedoch nur die Lohnarbeit in der materiellen Produktion ist sowohl Quelle des Mehrwerts wie des Profits. Somit ergeben sich unter dem Gesichtspunkt der produktiven und unproduktiven Arbeit Unterschiede für die einzelnen Lohnarbeitergruppen, oder die einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse, hinsichtlich der Direktheit oder Vermitteltheit des Ausbeutungsverhältnisses. Unterschiede der Glieder des produktiven „Gesamtarbeiters“ (Primär- und Sekundärproduzenten des Mehrwerts) wurden weiter oben erwähnt. Die Unterschiede bleiben bei weiterer Arbeitsteilung und Ausgliederung von Funktionen aus dem Gesamtarbeiter der Fabrik bestehen. Das gilt in ähnlicher Weise für die Vonselbständigkeit von Funktionen des „Gesamtarbeiters“ des Kaufmannskontors u. ä.

Das Problem der einfachen und komplizierten Arbeit⁴² und dessen Zusammenhang mit der Lohnhöhe spielt für die Frage der produktiven Arbeit keine Rolle, wohl aber, nach Ansicht des Autors, für die Eingruppierung einzelner Gruppen in die Arbeiterklasse oder ihrer Existenz als sozialer Zwischenschichten.

Die Bestimmung der Lohnarbeit vom Standpunkt der Verwertung des Kapitals, unabhängig von seiner Anlagesphäre, als produktive Arbeit verweist auf das Verhältnis, daß die Aneignung von (unbezahlter) Mehrarbeit die Quelle des Profits ist. Von diesem Gesichtspunkt ist nur jene Arbeit unproduktiv, selbst wenn sie in der Form der Lohnarbeit geleistet wird, die sich *unmittelbar* gegen Revenue (Profite oder Löhne) tauscht und direkt konsumiert wird. Vom Gesichtspunkt des materiellen Reichtums der Gesellschaft wird nur in der materiellen Produktion (Land- und Forstwirtschaft; Bergbau; Industrie; Bauwirtschaft; Verkehrswesen; Nachrichtenwesen; im Handel, soweit dort die Fortsetzung der Produktionsprozesse vollzogen wird, etwa in der Lagerung, Verpackung u. dgl.) produktive Arbeit geleistet.

39 Karl Marx, Das Kapital, Band III, Berlin 1963, S. 323.

40 Ebenda, S. 325.

41 Ebenda, S. 333.

42 Marx schrieb von den kommerziellen Lohnarbeitern, daß es sich um eine „besser bezahlte Klasse von Lohnarbeitern“ handele, „deren Arbeit geschickte Arbeit ist“. Er betonte aber, daß mit der Ausdehnung und Verwohlfilerung der Ausbildung ihr Lohn die Tendenz habe zu sinken, sich ihr Angebot vermehre und die Konkurrenz unter ihnen verstärke (ebenda, S. 331) — alles Momente, die sie in ihrer sozialen Lage erst den Arbeitern annähern und in die Arbeiterklasse eingliedern.

Neben den Lohnarbeitern sind daran auch die kleinen Warenproduzenten dieser Bereiche beteiligt. Es ist also Arbeit, deren Resultate Waren als Einheit von Tauschwert und Gebrauchswert sind. Kapitalistische Warenproduktion ist Schaffung des Mehrwerts in der materiellen Produktion.

Nach Ansicht des Verfassers kann die Bestimmung der Arbeiterklasse *nicht* auf den Begriff der produktiven bzw. unproduktiven Arbeit zurückgeführt werden. Diese Unterscheidung vertieft jedoch die Avantgardefunktion der Industriearbeiterschaft für den Kampf der gesamten Arbeiterklasse und im Bündnis mit anderen lohnabhängigen und werktätigen Schichten gegen die Herrschaft des Kapitals. Ausgangspunkte sind in erster Linie der vollentfaltete Warencharakter der Arbeitskraft und die Ausbeutung durch private oder kollektive Kapitalisten oder durch den kapitalistischen Staat sowie Momente, die im folgenden zu erläutern sind.

Arbeiterklasse in der Bundesrepublik

„Klassen sind“, nach Lenin, „Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft“⁴³. Damit sind die Hauptklassen der Gesellschaft, deren Verhältnis notwendigerweise antagonistisch ist, umrissen. Diese Klassen sind in der kapitalistischen Gesellschaft die Kapitalisten, deren innere Differenzierung mit dem Übergang zum Imperialismus hier unberücksichtigt bleiben muß, und die Arbeiterklasse, das Proletariat. Die Kapitalisten eignen sich die Mehrarbeit der Arbeiterklasse (aus produktiver und unproduktiver Arbeit) an. Nach Ansicht des Verfassers sind Neben- und Zwischenklassen für die Bundesrepublik nicht relevant. Von Bedeutung sind dagegen die innere Gliederung der Hauptklassen, die Schichten innerhalb der Hauptklassen und die Schichten neben und zwischen den Hauptklassen⁴⁴.

Für die Beurteilung der Zugehörigkeit einzelner Lohnarbeitergruppen bzw. -schichten zur Arbeiterklasse sind neben schon er-

43 W. I. Lenin, Die große Initiative (1919), Werke, Band 29, S. 410. Seine detaillierte Bestimmung lautet in den vorhergehenden Sätzen: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen“ (ebenda, S. 410).

44 Siehe zum Verhältnis Schicht — Klasse: Werner Hofmann: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Hamburg 1969, S. 34 ff. Schichten sind für Hofmann entweder 1. die „Feingliederung von Klassen“; 2. sie stehen zwischen den Klassen oder 3. „neben den Klassen“ (ebenda, S. 35). Für Hofmann erschließt sich die soziale Natur dieser Schichten erst aus der Klassenstruktur der Gesellschaft. Sie sind eine Erscheinung an der Oberfläche der Gesellschaft.

wählten Momenten Gesichtspunkte bedeutsam, die bereits Friedrich Engels in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845) in der Schilderung des Geburtsvorgangs des mit der kapitalistischen Großproduktion verbundenen modernen Proletariats und seiner einzelnen Abteilungen hervorgehoben hatte: Erst mit der Unmöglichkeit, den sozialen Standort zu wechseln, wurde das Proletariat „eine wirkliche, feste Klasse der Bevölkerung“. „Wer jetzt als Arbeiter geboren wurde, hatte keine andere Aussicht, als lebenslang Proletarier zu bleiben“⁴⁵. Die Entwicklung der Löhne, des Preises der Ware Arbeitskraft, ist an das Wertgesetz und die Auswirkung der Anarchie der kapitalistischen Produktion gebunden, ebenfalls die Beschäftigung, „... die Unsicherheit der Lebensstellung, die Notwendigkeit, vom Lohn aus der Hand in den Mund zu leben“ ist das, „was sie zu Proletariern macht“⁴⁶ — unabhängig davon, wie hoch oder niedrig auch jeweils der Lohn ist.

Die Arbeiterklasse ist in der Darstellung von Engels entsprechend ihrer Stellung und ihrer spezifischen Funktionen im Produktions- und Reproduktionsprozeß, ihrer Qualifikation, Einkommenshöhe, allgemeinen Lebenslage u. a. in sich gegliedert. Ein homogenes soziales Gebilde ist sie nur insofern, als die Bedingungen der Kapitalverwertung ihr feindlich gegenüberstehen, als ihre Angehörigen keine Produktionsmittel besitzen und ihre einzige Einkommensquelle der Verkauf ihrer Arbeitskraft ist.

Unter Berücksichtigung aller entwickelten Kriterien fassen wir unter der Arbeiterklasse der Bundesrepublik alle Personen und ihre Angehörigen, die keine Produktionsmittel besitzen, deren ausschließliche oder vorwiegende Einkommensquelle der Verkauf ihrer Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt ist, deren (unbezahlte) Mehrarbeit durch kollektive oder individuelle Kapitalisten oder den Staat angeeignet wird und direkt oder indirekt die Quelle des Profits für die Kapitalisten ist, die hinsichtlich der Funktions- und Qualifikationsgliederung der Arbeit im jeweiligen Bereich untere und mittlere Funktionen ausüben und deren Übergang in die Bourgeoisie als der Gegenklasse als relevanter Prozeß nicht möglich ist.

Dementsprechend werden zur Arbeiterklasse gerechnet die Arbeiter in der materiellen Produktion und den anderen gesellschaftlichen Bereichen, die unteren und der größte Teil der mittleren Angestellten (und Beamten)⁴⁷ in den produzierenden und nichtproduzierenden Bereichen, einschließlich der privaten und staatlichen Dienstleistungen (wobei die soziale Eingliederung der Beschäftigten der staat-

45 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, Band 2, S. 251.

46 Ebenda, S. 344.

47 Eine Erfassung bzw. exakte Abgrenzung dieser Gruppen von Lohnabhängigen, höheren Angestellten und Beamten, die sich zu einem bedeutenden Teil aus der Intelligenz rekrutieren, ist nach dem vorliegenden Material und dem Stand der theoretischen Untersuchung (vor allem hinsichtlich des Inhalts des Begriffs „Kapitalfunktionen“) schwierig. In den empirischen Darlegungen werden Angestellte und Beamte als Block

lichen Gewaltorgane — Militär, Polizei, Justiz — ein besonderes Problem ist, das weiterer Erörterung bedürfte.

Den Kern der Arbeiterklasse bilden die Primärproduzenten des Mehrwerts, in erster Linie die Industriearbeiterschaft.

III. Zu den Triebkräften der Strukturveränderungen

Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse betreffen die Verteilung ihrer Angehörigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und -zweige, die Proportionen zwischen produktiven und unproduktiven Arbeiten, soweit sie von Angehörigen der Arbeiterklasse durchgeführt werden, die Veränderung des Typs der in den jeweiligen Bereichen geleisteten Arbeit, die Verschiebung quantitativer Proportionen zwischen und innerhalb der einzelnen Gruppen und Schichten der Arbeiterklasse und anderes. Diese Veränderungen können nicht direkt, sondern nur vermittelt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf die Entwicklung der Produktivkräfte, deren wesentlichstes Moment ja die Arbeitskraft selbst ist, bzw. heute auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution zurückgeführt werden.

Die Verteilung der Arbeit auf die einzelnen Bereiche und die Struktur der Nachfrage hinsichtlich der Qualifikation und des Typs der von Lohnarbeitern zu leistenden Arbeit erfolgt entsprechend den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie und setzt sich vermittelt der Kategorien der kapitalistischen Warenproduktion durch. Diese Entwicklungen vollziehen sich heute im Rahmen monopolkapitalistischer Produktionsverhältnisse im allgemeinen und eines staatsmonopolistischen Herrschaftssystems (als Verschmelzung der Macht der Monopole und des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus) im besonderen.

Deshalb sind bei der Betrachtung der Strukturveränderungen der Arbeiterklasse wie auch bei anderen gesellschaftlichen Erscheinungen des heutigen Kapitalismus beide Seiten der kapitalistischen Produktionsweise einschließlich der Funktion des Staates in Rechnung zu stellen. Das Wachstum der Beschäftigten in der Zirkulationssphäre des Kapitals kann deshalb nicht allein das Resultat der erhöhten Stufenleiter der Produktion sein, sondern ist ebenso das Ergebnis der wachsenden für den Monopolkapitalismus typischen Widersprüche und Probleme bei der Realisierung der produzierten Waren. Wie sonst etwa könnte das Anwachsen des Werbe- und Marketingapparats erklärt werden?

Schließlich schlägt sich auch die Erweiterung der Aktivitäten des imperialistischen Staates in wachsenden Beschäftigtenzahlen des

erfaßt, und es wird nur ansatzweise auf die quantitativen Proportionen ihrer sozialen Differenzierung verwiesen. — Angestellte und Beamte werden in der vorliegenden Arbeit nur deshalb besonders aufgeführt, weil sie in der Statistik entsprechend erscheinen. Die zugrundeliegenden Unterschiede sind hauptsächlich arbeitsrechtlicher aber nicht sozialer Natur. Beamte sind in jedem Fall Beschäftigte des Staates.

Staates nieder. Ist aber die Hauptfunktion des kapitalistischen Staates heute die Sicherung der Verwertungsbedingungen für das Privatkapital und der Herrschaft der Bourgeoisie, so sind die aus dem wachsenden Vergesellschaftungsgrad bedingten Aktivitäten etwa hinsichtlich einer den modernen Bedingungen und Erfordernissen entsprechenden Reproduktion der Arbeitskraft (Bildung, Gesundheitswesen, Sozialwesen u. a.) den Hauptzielen untergeordnet; zum anderen zieht die Verschärfung der objektiven Widersprüche und ihre Aktualisierung in sozialen Spannungen und Konflikten die Erweiterung des unmittelbaren Repressionsapparats, das Auswuchern der staatlichen Bürokratie u. a. nach sich. Nicht zu übersehen sind dabei auch die Auswirkungen des Hauptgegensatzes unserer Epoche, des Gegensatzes zwischen Imperialismus und Sozialismus im Weltmaßstab (z. B. Rüstungssektor u. a.).

Unmittelbare Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution hinsichtlich der Veränderung der Nachfrage- und Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft sind deshalb in diesen Rahmen zu stellen. Der gesellschaftliche Gesamtarbeiter, ein Begriff, der zweifellos breiter als der der Arbeiterklasse ist, hat somit auch für die Bundesrepublik eine den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechende Struktur. Zweifellos beziehen sich die direkten Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution⁴⁸ nicht nur auf die Verteilung der Lohnarbeit auf die verschiedenen Bereiche, sondern auch einmal auf die Verschiebung der Proportionen zwischen manueller und geistiger Arbeit, ein Prozeß der zur Veränderung der Proportionen der einzelnen Schichten der Arbeiterklasse führt⁴⁹; und zum anderen auf eine wachsende gegenseitige Durchdringung von manueller und geistiger Arbeit, ein Prozeß, der zur Heraus-

48 So werden bei Justina Marx (Strukturveränderungen..., a.a.O., S. 1), hervorgehoben:

1. „Automatisierung der Fertigungsprozesse, Anwendung neuer Rohstoffe und anderer als Arbeitsgegenstand dienender Materialien sowie neuer Energieformen und -quellen“;
2. „Neue Organisationsmethoden, neue Formen der Arbeitsteilung und der Kooperation“ sowie Verwissenschaftlichung der Vorbereitung und Leitung der Produktion;
3. Anwendung und Eindringen der unter 1. und 2. genannten Momente in nichtproduzierende Bereiche („Verkehrswesen, Handel, Bank und Versicherungswesen, Staatsapparat, Kultur, Volksbildung und Gesundheitswesen“).

49 „Zu den Veränderungen in der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters gehört vorrangig die qualitative und quantitative Zunahme geistiger Arbeit und damit die Tendenz zur Angleichung bestimmter Tätigkeiten von Arbeitern, Angestellten und Intelligenz“ (Margit Gronau, Intelligenz..., a.a.O., S. 34). „Die wissenschaftliche Durchdringung der materiellen Produktion ist die entscheidende Ursache für die Entstehung der Tendenz zur weiteren sozialökonomischen Annäherung von Arbeitern, Angestellten und Intelligenz im Produktions- und Reproduktionsprozeß, die bis jetzt bei den verschiedenen Gruppen einen unterschiedlichen Intensitätsgrad aufweist“ (ebenda, S. 20).

bildung eines neuen Typs des Primärproduzenten des Mehrwerts, des hochqualifizierten Produktionsarbeiters, zur Angleichung der Situation einzelner Schichten der Arbeiterklasse und zur historischen Tendenz der Eingliederung, besser Verschmelzung, von Gruppen der lohnabhängigen Intelligenz, vor allem der wissenschaftlich-technischen Kader, in die Arbeiterklasse führt.

Diese Entwicklungen verlaufen außerordentlich widersprüchlich. Die Qualifikationsanforderungen, die den neuen Typ des Produktionsarbeiters schaffen, entwerten gleichzeitig die Berufsfertigkeiten und damit den Wert der Arbeitskraft von traditionellen Arbeiter- und Angestelltengruppen. Wächst auf der einen Seite der Wert der Arbeitskraft von Gruppen neuer Spezialisten, so erhöht sich die Existenzunsicherheit für andere Gruppen der Arbeiterklasse.

Nachfolgend sollen anhand des verfügbaren statistischen Materials die hier umrissenen Veränderungen für die Bundesrepublik belegt werden. Der häufig nur illustrative Charakter des angeführten Materials verweist auf die Notwendigkeit, in Zukunft umfassende und in sich geschlossene sozialstatistische Untersuchungen durchzuführen.

IV. Struktur und Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse

Das Anwachsen der Lohnarbeit

Die langfristigen Trends der Zunahme der Lohnarbeit und der Veränderung der quantitativen Proportionen der einzelnen Schichten der Lohnarbeiter werden aus Tabelle 1 ersichtlich.

Das Anwachsen der Erwerbstätigen seit 1950 um über 4 Millionen Personen geht ausschließlich zugunsten des Anwachsens der Lohnarbeitergruppen. Gleichzeitig verringert sich der Anteil der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen, vor allem in der Landwirtschaft. Die Selbständigen und ihre Angehörigen bilden ein Rekrutierungsreservoir der Lohnarbeiter. Ferner ist die Zunahme der Frauenbeschäftigung, vor allem der Frauen der Lohnarbeiter, beträchtlich.

Die soziale Polarisierung, die Zunahme der Lohnarbeit und die Abnahme der Selbständigen hat sich in den letzten 20 Jahren schneller vollzogen als in den davorliegenden 70 Jahren. In den letzten 20 Jahren haben die Lohnabhängigen um fast 6 Millionen Personen zugenommen und 1969 21,4 Millionen Personen erreicht.

Das schnelle absolute und relative Anwachsen der Gruppen der Angestellten und Beamten sowie die langfristige Abnahme des Arbeiteranteils ist offensichtlich. In den letzten 20 Jahren hat sich das Verhältnis der einzelnen Lohnarbeitergruppen Arbeiter, Angestellte, Beamte wie folgt entwickelt⁵⁰:

1950:	71.8 zu 22.6 zu 5.6
1969:	58.0 zu 35.4 zu 6.6

50 Quellen wie Tabelle 1.

Tabelle 1

Anteil der Lohnarbeiter und ihrer einzelnen Gruppen an der Erwerbsbevölkerung der BRD und Westberlins

	Erwerbsbevölkerung in 1000	Anteil an der Erwerbsbevölkerung in v. H.			
		Lohnarbeiter	Arbeiter	An-gestellte	Beamte
1882 ^{a)}	17 005	63,5	57,4	3,0	3,1
1925 ^{a)}	32 329	66,2	50,2	11,7	4,3
1950	22 074	70,9	50,9	16,0	4,0
1961	26 527	77,7	48,5	24,5	4,7
1965 ^{b)}	26 630	80,0	48,6	26,3	5,1
1968 ^{b)}	25 870	80,9	47,3	28,2	5,4
1969 ^{b)}	26 153	81,6 ^{c)}	47,4	28,8	5,4

a) Zahlen für das Deutsche Reich b) Ergebnisse des Mikrozensus für Mai bzw. April
 c) in absoluten Zahlen: 21,355 Mio

Quellen: Helmut Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 12 f.

Zahlen für 1968: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1969, S. 124.

Zahlen für 1969 nach: Wirtschaft und Statistik (Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden), H. 3, 1970, S. 135 ff. (abzüglich 487 000 Soldaten).

Die bürgerliche Statistik orientiert sich am arbeitstechnischen Status der Beschäftigten und nicht an ihrer Funktion im Reproduktionsprozeß. Da anderes Material nicht verfügbar ist, muß ein gewisses Fehlerintervall in Kauf genommen werden.

Dieser Trend wird sich in Zukunft fortsetzen, da die ihm zugrunde liegenden objektiven Faktoren (vor allem wissenschaftlich-technische Revolution, Ausbau der Absatz- und Marketing-Abteilungen der Monopole als unmittelbarer Ausdruck des sich verschärfenden Grundwiderspruchs, zunehmender Zwang zur staatsmonopolistischen Regulierung) weiterhin wirksam bleiben. In den USA hat schon 1955 die Zahl der Angestellten die der Arbeiter erreicht, 1965 um 21 % überschritten und wird sie nach Vorausschätzungen 1970 um 40 % übersteigen⁵¹. Für die Bundesrepublik wird der Termin des Gleichziehens auf 1980 gelegt⁵².

Anhaltspunkte zur sozialen Differenzierung liefern folgende Angaben: Nach dem Mikrozensus vom April 1969 hatten nur 0,9 v. H. aller Arbeiter ein monatliches Nettoeinkommen von über 1200 DM,

51 Angaben bei L. Greenberg, Chefstatistiker im US-Arbeitsministerium, auf der 3. Automationstagung der IG Metall vom 3. bis 8. März 1968 in Oberhausen. Konferenzmaterial, Dokument P 13/68, S. 11.

52 Angaben auf dem 6. Angestelltentag des DGB in Nürnberg (29./30. 10. 1968); (Nachrichten, Friedrichshafen, jetzt Frankfurt/M., Nr. 11/1968).

dagegen 15,7 % aller Angestellten und 35,2 % aller Beamten⁵³. Der hohe relative Anteil der oberen Einkommensgruppen bei Beamten kommt u. a. durch den beträchtlichen Umfang solcher Lohnarbeitergruppen wie Lehrer, die unmittelbar durch die Länder bezahlt werden, Richter und anderer zustande, also Gruppen der angestellten bzw. „verbeamteten“ Intelligenz.

Weitere Anhaltspunkte liefern Angaben über Laufbahngruppen bei Angestellten und Beamten (einschließlich Richtern) der Bundesbehörden, der Bundesbahn, der Bundespost und von Wirtschaftsunternehmen des Bundes. Es gehörten im Oktober 1969 an: dem einfachen Dienst 29,9 %, dem mittleren Dienst 54,0 %, dem gehobenen Dienst 13,8 %, dem höheren Dienst 3,0 % der erfaßten Personengruppen⁵⁴. Betrachtet man Bundesbahn und Bundespost gesondert, die in ihrer hierarchischen Gliederung und der Struktur ihres „Gesamtarbeiters“ am ehesten derjenigen privatkapitalistischer Wirtschaftsunternehmen vergleichbar sind, ergibt sich für die „gehobenen“ und „höheren“ Gruppen ein Anteil etwa zwischen 10 und 15 %.

Die Gruppe der Angestellten, die nach unserer Definition nicht zur Arbeiterklasse gehört, beträgt nach unserer Schätzung etwa 15 % aller Angestellten und die entsprechende Gruppe der Beamten über 30 %. Es muß nochmals betont werden, daß es sich hierbei um eine Schätzung handelt. Hiernach ergibt sich, daß etwa 1,6 Millionen Angestellte und Beamte (etwa 8 % aller Lohnarbeiter und etwa 6 % aller Erwerbstätigen) *nicht* zur Arbeiterklasse gehören, daß die Arbeiterklasse demzufolge etwa 75 % der Erwerbsbevölkerung umfaßt.

Verteilung der Lohnarbeiter auf die Wirtschaftsbereiche

Aus Tabelle 2 wird die Verteilung der Lohnarbeiter auf die Wirtschaftsbereiche ersichtlich.

Die bekannte Tatsache des Schrumpfens der Anzahl der Erwerbspersonen und besonders der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft wird hier nochmals deutlich. Der Anteil im produzierenden Gewerbe, dem Hauptgebiet der materiellen Produktion, blieb dagegen in den vergangenen 20 Jahren nahezu konstant. Die Umschichtung der Lohnarbeiter schlägt sich im Wachstum des Anteils von Handel und Verkehr sowie des Anteils des Sektors der staatlichen und privaten Dienstleistungen nieder.

Die relative Abnahme der produzierenden Bereiche insgesamt ergibt sich nahezu ausschließlich aus der abnehmenden Bedeutung des

53 Siehe: W.u.S.: Heft 3, 1970, S. 137; in den Zensus einbezogen waren 22,783 Millionen Erwerbstätige. Nicht einbezogen waren 2,8 Millionen Selbständige der Landwirtschaft, einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen aller Bereiche, sowie weitere 0,6 Millionen Erwerbspersonen (einschließlich Soldaten).

54 Siehe: W.u.S.: Heft 4/1970, S. 199. In den gleichen Behörden bzw. Institutionen waren 13,5 % der dort beschäftigten Angestellten im gehobenen oder höheren Dienst beschäftigt, von den beschäftigten Beamten waren es 17,7 %.

Tabelle 2

Verteilung der Lohnarbeiter (Arbeiter, Angestellte, Beamte) auf die Wirtschaftsbereiche (in v. H.) aller Lohnarbeiter

	Land-, Forst-, u. Fischerei- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe (Bergbau, Industrie, Prod. Handwerk, Baugewerbe)	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschafts- bereiche ^{a)}	
1950	7,2	54,6	14,9	23,3	= 100
1960	2,6	56,4	17,0	24,0	= 100
1968	1,4	54,4	17,5	26,6	= 100

a) Banken, Versicherungen, Staatsapparat, Volksbildung, Gesundheitswesen, private Dienstleistungen u. a.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1968, S. 125; WuS., H. 7/1969, S. 381 * (nach: J. Marx: Strukturveränderungen, a.a.O., S. 5).

Agrarsektors und zeigt sich auch an ihrem Anteil an der Gesamtheit der Erwerbspersonen, der von 67,3 % im Jahre 1950 auf 57,7 % im Jahre 1967 sank⁵⁵. Die entsprechende Quote für die USA betrug 1965 schon 41,5 %⁵⁶.

Agrarsektor: Schon 1966 betrug die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft nur noch 2,88 Millionen Personen und bis 1980 wird nicht nur mit einem Rückgang auf 1,95 Millionen gerechnet, sondern die Bonner Agrarpolitik ist an dieser Marke und entsprechenden Freisetzungsraten orientiert⁵⁷. Die Anzahl der Lohnarbeiter im Agrarsektor war von 990 000 im Jahre 1950 auf 304 000 im Jahre 1968 zurückgegangen⁵⁸.

Produzierendes Gewerbe (Industrie, Handwerk u. a.): Für April 1969 wurden für das produzierende Gewerbe 12,7 Millionen Erwerbstätige gezählt, darunter für Energiewirtschaft und Bergbau 0,57 Mio, für das verarbeitende Gewerbe (Industrie und produzierendes Handwerk) 10,03 Mio und für das Baugewerbe 2,08 Mio Personen⁵⁹.

Von Bedeutung ist besonders die Entwicklung der Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb der Industrie. Die Beschäftigtenzahl in der Industrie (Betriebe über 10 Beschäftigte; ohne Energiewirtschaft) be-

55 Angabe bei: Justina Marx, Strukturveränderungen..., a.a.O., S. 4 (auch Angabe für 1967).

56 Angabe bei Justina Marx, Strukturveränderungen..., a.a.O., S. 4.

57 Siehe: WWI-Mitteilungen, Köln, Nr. 10/1969, S. 280 ff.

58 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1968, S. 125; W.u.S., Heft 7/1969, S. 381.

59 W.u.S., Heft 3/1970, S. 136.

trug 1966 8,4 Mio Personen (davon Bergbau 0,4 Mio, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie 1,9 Mio, Investitionsgüterindustrie 3,6 Mio, Verbrauchsgüterindustrien 2,0 Mio, Nahrungs- und Genußmittelindustrien 0,5 Mio). Ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gestaltete sich wie folgt: Schleswig Holstein 0,2; Hamburg 0,3; Niedersachsen 0,7; Bremen 0,1; Nordrhein-Westfalen 2,8; Hessen 0,7; Rheinland-Pfalz 0,3; Baden-Württemberg 1,5; Bayern 1,3; Saarland 0,2 Mio Personen (Westberlin 0,3)⁶⁰.

Eine Untersuchung der IG Metall für die Periode 1961 bis 1966 macht den Trend der Veränderungen in der Industrie (42 Industriezweige) deutlich. Danach stieg in dieser Periode das Nettoproduktionsvolumen der Industrie um + 25,4 v. H., die Arbeitsproduktivität je Beschäftigtenstunde um + 31,9 v. H., die Beschäftigung insgesamt um + 0,8 v. H. (69 255 Personen), die Angestelltenbeschäftigung um + 17,7 v. H. (290 862 Personen), die Arbeiterbeschäftigung sank dagegen um 3,3 v. H. (221 607 Personen)⁶¹. Eine nähere Betrachtung der einzelnen Industriezweige zeigt, daß der technische Fortschritt in dieser Periode zur Freisetzung in erster Linie von Arbeitern und zur Umschichtung innerhalb der einzelnen Industriezweige und der Industrie insgesamt zugunsten der Angestellten geführt hat. Nur in 12 von insgesamt 42 Industriezweigen (darunter der chemischen Industrie, dem Fahrzeugbau, der elektrotechnischen Industrie, dem Maschinenbau), deren relatives Gewicht insgesamt zunahm⁶², stiegen auch die Arbeiterzahlen — allerdings langsamer als die der Angestellten (z. B. elektrotechnische Industrie : Arbeiter + 0,6 v. H.; Angestellte + 23,9 v. H.). In Industriezweigen mit Spitzenpositionen hinsichtlich des technischen Fortschritts stieg, wie zum Beispiel in der Mineralölverarbeitung, das Nettoproduktionsvolumen um + 81,5

60 Statistisches Jahrbuch für die BRD 1969, a.a.O., S. 195. Die Industriebeschäftigung 1969 (Monatsdurchschnitt) betrug 8,308 Millionen Personen, davon 6,284 Millionen Arbeiter. Im Handwerk waren im gleichen Jahr 3,787 Millionen Personen beschäftigt (einschließlich Bauhandwerk — mit 1,306 Millionen — und Dienstleistungshandwerk), im Bauhauptgewerbe 1,504 Millionen (davon 1,301 Millionen Arbeiter und gewerbliche Lehrlinge). Die Zahlen beruhen jeweils auf unterschiedlichen Erhebungen. Sie sind von Doppelzählungen und Überschneidungen nicht bereinigt. Nach: W.u.S., Heft 4/1970, S. 223*, 231*, 235*.

61 Nach: Anlage 1 zum Metallpressedienst (Hrsg. IG Metall-Vorstand) vom 28. 2. 1968 (Frankfurt/M.).

62 Von 1950 bis 1968 veränderte sich der Anteil folgender Industriezweige an der Gesamtbeschäftigtenzahl der Industrie:

1. Bergbau: von 11,7 auf 4,3;
2. Textilindustrie: von 11,5 auf 6,2;
3. Chemische Industrie: von 5,9 auf 6,8;
4. Maschinenbau: von 9,4 auf 13,3;
5. Straßenfahrzeugbau: von 3,9 auf 6,4;
6. Elektrotechnische Industrie: von 4,5 auf 11,7.

Die genannten Wachstumsindustrien (3.—6.) beschäftigten 1950 erst $\frac{1}{4}$ aller Industriebeschäftigten, 1968 dagegen schon fast 40%. (Siehe: J. Marx, Strukturveränderungen . . . , a.a.O., S. 6.)

v. H., die Arbeitsproduktivität um + 80,2 v. H., die Beschäftigung insgesamt um + 5,0 v. H., die Beschäftigung der Angestellten um + 32,8 v. H., die Arbeiterbeschäftigung sank dagegen um 7,7 v. H.⁶³.

Die Konzentration der Industriebeschäftigung illustriert folgender Vergleich: In Betrieben mit über 1000 Beschäftigten arbeiteten 1951 33,6 v. H. aller Industriebeschäftigten, 1961 jedoch schon 40,9 v. H. (die betreffenden Betriebe umfaßten nur 2 % der Anzahl aller Betriebe)⁶⁴.

Beschäftigte des Staates: Die amtliche Statistik gibt den Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1967 mit 2,958 Mio Beschäftigten an (darunter Gebietskörperschaften, d. i. Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden im engeren Sinne 1,974 Mio, Bundespost 0,401 Mio, Bundesbahn 0,422 Mio)⁶⁵. Hinzugerechnet werden muß das Militärpersonal (Bundeswehr und Bundesgrenzschutz) mit etwa 0,470 Mio sowie die staatl. Betriebe mit schätzungsweise 0,750 Mio Beschäftigten⁶⁶. Der tatsächliche Personalstand des Staates liegt somit bei etwa 4,2 Mio Beschäftigten. — Von den 2,958 Mio in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Beschäftigten waren 1,344 Mio Beamte, 0,824 Mio Angestellte und 0,791 Mio Arbeiter⁶⁷.

Rekrutierungsquellen

Quellen der Zunahme der Erwerbstätigkeit und insbesondere der Lohnarbeit waren in der Nachkriegsperiode neben der normalen Eingliederung der Jugend in den Arbeitsprozeß der Ruin von Selbständigen (einschließlich der Freisetzung der mithelfenden Familienangehörigen), die zunehmende Einbeziehung von Frauen in das Erwerbsleben (4,75 Mio 1950, fast 8 Mio 1966)⁶⁸, der Abbau der Arbeitslosenarmee (1950 noch 1,58 Mio), die Einbeziehung der Arbeitsfähigen der 5,6 Mio Umsiedler, die Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR (Zugang von etwa 3 Mio Personen) und in den 60er Jahren zunehmend das Arbeitskräftepotential anderer Länder⁶⁹.

63 Nach: Anlage 1 zum Metall-Pressedienst, a.a.O.

64 Angabe in: Imperialismus heute, a.a.O., S. 103.

65 Statistisches Jahrbuch . . . 1969, a.a.O., S. 402.

66 Nach: Der Fischer Weltalmanach 1970, Frankfurt/M. 1969, S. 57 (Militärpersonal) und Imperialismus heute, a.a.O., S. 632 (Staatliche Betriebe). Die letzte Gruppe kann nur annäherungsweise ermittelt werden; problematisch ist vor allem, inwieweit die Beschäftigten jener Betriebe zu berücksichtigen sind, an denen der Staat nur beteiligt ist. Ende 1965 verwaltete das Bundesschatzministerium allein rd. 300 Gesellschaften mit wesentlicher staatlicher Beteiligung; vgl. Bundesschatzministerium (Hrsg.): Das industrielle Bundesvermögen im Jahr 1964/1965, Köln 1966, S. 246 ff. Dieser Bericht enthält nur sehr unvollkommene Angaben über den Personalbestand.

67 Statistisches Jahrbuch . . . 1969, a.a.O., S. 402.

68 Angaben bei H. Kolbe, a.a.O., S. 88.

69 Angeführte Zahlen siehe: Heinz Jung, Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse der Bundesrepublik, Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Nr. 7/1964, S. 26 (Bruttozugang der Beschäftigten 1950 bis 1961 8,5 Millionen).

Die sprunghaft zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte hängt einmal mit den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR am 13. August 1961, aber auch mit der Verlangsamung des Zustroms ruinierter kleiner Warenproduzenten u. a. zusammen. Die Internationalisierung des Arbeitsmarktes hat dazu geführt, daß dem Proletariat der industriell schwächer entwickelten kapitalistischen Länder die Rolle der klassischen industriellen Reservearmee aufgezwungen wurde. Die Quoten der Ausländerbeschäftigung (Anteil an allen abhängig Beschäftigten) stiegen von 1959/60 = 0,8; 1961 = 2,5 auf 1966 = 6,1; sie sank 1967 auf 4,7 und stieg 1968 auf 5,2 und ist 1969/70 wieder sprunghaft angestiegen.

Es muß berücksichtigt werden, daß der größte Teil der ausländischen Arbeitskräfte in der Industrie und im Baugewerbe als Arbeiter und dort wiederum mit Arbeiten der unteren Qualifikationsgruppen beschäftigt ist. Von den Hauptgruppen (nach der Staatsangehörigkeit Italiener, Griechen, Spanier, Türken, Portugiesen; die ebenfalls große Gruppe der Jugoslawen ist hier nicht erfaßt) waren 1968 noch nicht 2 v. H. als Angestellte beschäftigt, 98 v. H. dagegen als Arbeiter.

Die ausländischen Arbeiterinnen dieser Gruppen waren nahezu ausschließlich als Ungelernte (61 v. H.) und Angelernte (35 v. H.) beschäftigt; von den männlichen ausländischen Arbeitern dieser Gruppen waren 43 v. H. Ungelernte, 41 v. H. Angelernte und 13 v. H. Facharbeiter. Die unteren Qualifikationsgruppen sind damit hier weit größer als bei den Arbeitern westdeutscher Staatsangehörigkeit. Im März 1970 wurden 1,670 Mio ausländische Arbeitskräfte in der BRD beschäftigt, davon 0,5 Mio Frauen. Der Stand von März 1968 belief sich auf 0,951 Mio. Nach den Herkunftsländern sind die Hauptgruppen Italiener, Jugoslawen, Türken, Griechen, Spanier⁷⁰.

Das schnelle Wachstum der Arbeiterklasse nach 1945 und die Umgruppierung ihrer einzelnen Abteilungen mußten notwendigerweise zu Faktoren werden, die die Formierung der Arbeiterklasse zur „Klasse für sich“ retardierten.

Die Arbeiterschaft

Aus Tabelle 3 wird die Entwicklung der Zahl und des Anteils der Arbeiter an allen Lohnarbeitern ersichtlich.

Den Angaben in Tabelle 3 muß hinzugefügt werden, daß sich der Anteil der Arbeiterinnen an allen Arbeitern seit 1882 (33,8 v. H.) verringert hat und in der Periode 1950 (28,5 v. H.) bis 1965 (28,3 v. H.) jedoch relativ konstant geblieben ist. Noch 1882 war der Anteil der Arbeiterinnen an allen Lohnarbeiterinnen höher (96,2 v. H.) als der Gesamtanteil der Arbeiter (männlich und weiblich) an allen Lohn-

⁷⁰ Angabe nach: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Nürnberg, Nr. 5/1970, S. 340 ff. und 362 ff.; sowie Beilage (Ausländische Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1968) zu ANBA 4/1969, besonders S. 3 u. S. 20.

Tabelle 3

Arbeiter in der BRD

	in 1 000	Wachstums- index	Anteil der Arbeiter an allen Lohnarbeitern in v. H.
1882	9 762	100	90,4
1925	16 225	166	75,8
1950	11 229	212	71,8
1961	12 849	243	62,4
1965	12 952	245	60,8
1969	12 403	234	58,0

Quelle: Helmut Steiner, a.a.O., S. 15; für 1969 W.u.S., H. 3/1970, S. 136 (Wachstum ab 1950 entsprechend der Bevölkerung des Bundesgebietes).

arbeitern (90,4 v. H.), 1965 dagegen bedeutend niedriger (49,9 v. H. gegenüber 60,8 v. H. für die gesamte Arbeiterschaft)⁷¹.

Daran zeigt sich, daß mehr und mehr Frauen aus Arbeiterhaushalten als Angestellte im Handel, Dienstleistungssektor usw. beschäftigt sind. Auch daraus ergibt sich, daß die unteren Gruppen der Angestellten als Gruppen der Arbeiterklasse angesehen werden müssen.

In den letzten Jahren hat sich ein absoluter Rückgang der Arbeiterbeschäftigung ergeben. Besonders schnell sank die Zahl der Landarbeiter, ferner trat im Zusammenhang mit den schon erwähnten Prozessen der Strukturveränderungen in der Industrie und innerhalb der einzelnen Industriezweige eine entsprechende Umgruppierung der Arbeiterschaft in der Industrie ein. 1969 waren in der Industrie 6,284 Mio Arbeiter beschäftigt, etwa die Hälfte aller Arbeiter. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiterbeschäftigung in der Industrie und im Baugewerbe am stärksten der zyklischen Entwicklung unterworfen ist.

Für 1968 ergibt sich folgende Struktur der Arbeiterschaft (nach Wirtschaftsbereichen)⁷²:

Land-, Forst-, Fischereiwirtschaft	296 000
Produzierendes Gewerbe	8 862 000
Handel und Verkehr	1 282 000
Sonstige Wirtschaftsbereiche	1 804 000
Insgesamt	12 244 000

Innerhalb des produzierenden Gewerbes ergab sich hinsichtlich der Arbeiterbeschäftigung für das gleiche Jahr folgende Aufgliederung: Industrie 5,68 Mio, Bergbau 0,285 Mio, Elektrizitätswerke 0,101

71 Angaben bei: H. Steiner, a.a.O., S. 15 ff.

72 Statistisches Jahrbuch . . . 1969, a.a.O., S. 125.

Mio, Bauhauptgewerbe 1,288 Mio, Verarbeitendes und Bauhandwerk 1,506 Mio⁷³.

Der Staat beschäftigte 1967 u. a. als Arbeiter in den Gebietskörperschaften 0,407 Mio, in der Bundesbahn 0,177 Mio, in der Bundespost 0,095 Mio, in Wirtschaftsbetrieben des Bundes ohne eigene Rechtspersönlichkeit 0,110 Millionen Personen⁷⁴.

Fast jeder zweite Arbeiter ist somit heute noch in Industrie und Bergbau beschäftigt. Der traditionelle Kern der Arbeiterklasse, die Arbeiterschaft, die Mehrwert erzeugt und durch das Kapital unmittelbar ausgebeutet wird, macht heute etwa 40 bis 45 v. H. der gesamten Arbeiterklasse aus⁷⁵.

Gehen wir davon aus, daß die ausländischen Arbeitskräfte, nach oben zitierten Angaben, nahezu vollständig als Arbeiter beschäftigt sind, so ergibt sich schon für Juni 1968, daß fast jeder 10. Arbeiter im produzierenden Gewerbe ein Arbeiter ausländischer Herkunft war und für 1970 aufgrund der verfügbaren Angaben mindestens ein Verhältnis von 3 von 20 angenommen werden kann. Der Anteil der Frauen an der Industriearbeiterschaft betrug 1966 18 v. H. und hat sich etwa auf dem Stand von 1951 (17 v. H.) gehalten. Es arbeiteten u. a. 1966 in der elektrotechnischen Industrie 16 v. H., in der Bekleidungsindustrie 15 v. H., der Textilindustrie 14 v. H. aller Industriearbeiterinnen⁷⁶.

Einen Einblick in die Struktur der Industriearbeiterschaft vermitteln die Angaben über die Besetzung der Leistungsgruppen (LG). Es bedeuten:

LG 1: Gelernte Arbeit mit abgerundetem Berufskönnen

LG 2: Ausbildung für weniger umfassendes Berufskönnen

LG 3: Ohne fachliche Ausbildung

Neben einer geringfügigen Abnahme der Leistungsgruppe LG 1 ist eine Zunahme der LG 2 auf Kosten der Hilfsarbeiter (LG 3) bei Männern festzustellen. Bei Frauen hat die qualifiziert eingestufte Arbeit zugunsten angelernter und Hilfsarbeiten stark abgenommen, Ergebnis der zielstrebigem Politik der Unternehmer zur zusätzlichen Ausbeutung der Arbeiterinnen.

Die Qualifikationsunterschiede zwischen Männern und Frauen sind beträchtlich.

73 Ebenda, S. 201, 229, 245. Die letzte Zahl kann nicht direkt aus den angegebenen Quellen entnommen werden. Sie ergibt sich als Differenz zwischen der Zahl der insgesamt im produzierenden Gewerbe beschäftigten Arbeiter und der Summe der vorher genannten Gruppen.

74 Ebenda, S. 402.

75 Ausgegangen wird von dem weiter oben geschätzten Anteil der Arbeiterklasse an der Erwerbsbevölkerung von 75 %. Einbezogen wird in den mehrwertproduzierenden Kern ein Teil der Landarbeiter, die Arbeiter der Industrie, des Bergbaus, der Bauindustrie, der Bundesbahn u. a. Wir schätzen den Personenkreis auf etwa 8 Millionen und gehen im folgenden von dieser Zahl aus.

76 W.u.S., Heft 3/1969, S. 188*.

Tabelle 4**Arbeiter nach Leistungsgruppen (LG)**

	Nov. 1951			Okt. 1966		
	LG 1	LG 2	LG 3	LG 1	LG 2	LG 3
männliche Arbeiter						
Industrie (einschl. Bau- industrie u. Handwerk)	58	25	17	57	32	11
darunter:						
Maschinenbau	69	22	9	63	30	7
Straßen- u. Fahrzeugbau	67	26	7	59	35	6
elektrotechn. Industrie	61	30	9	55	36	9
chemische Industrie	35	47	18	38	56	6
weibliche Arbeiter						
Industrie (einschl. Bau- industrie u. Handwerk)	12	46	42	6	49	45
darunter:						
elektrotechn. Industrie	1	49	50	2	41	57
Textilindustrie	14	56	30	8	66	26

Quelle: W.u.S., H. 3/1969, S. 146.

Für einige der stark expandierenden Industrien ist die Abnahme des Anteils der LG 1 und die Konzentration auf LG 2 bei Männern ebenfalls charakteristisch. Lediglich die chemische Industrie mit einem unter dem Durchschnitt liegenden Qualifikationsniveau weist auch ein leichtes Anwachsen der LG 1 auf.

In diesen Zahlen kommen die Auswirkungen des kapitalistisch genutzten technischen Fortschritts auf die Qualifikationsstruktur der Arbeiterschaft und der Druck, der damit auf ihre soziale Lage ausgeübt wird, zum Ausdruck.

Angesichts der tendenziellen Abnahme der Beschäftigung in den produzierenden Bereichen und den Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die innere Struktur dieser Bereiche selbst muß für die Zukunft ein absoluter Rückgang der Arbeiterzahlen angenommen werden.

Die Angestellten und Beamten

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Gruppen der Angestellten und Beamten.

Allein gegenüber 1950 hat sich die Anzahl der Angestellten mehr als verdoppelt, und die Anzahl der Beamten wuchs um über die Hälfte. Dabei ist der wachsende Anteil der Frauen an allen Angestellten hervorstechend (1882 18,0 v. H., 1950 42,9 v. H., 1965 49,8 v. H.). Die gleichen Relationen für weibliche Beamte lauten: 1882 6,8 v. H., 1950 10,6 v. H., 1965 12,6 v. H.⁷⁷.

77 H. Steiner, a.a.O., S. 25, S. 31.

Tabelle 5

Angestellte und Beamte in der BRD

	Angestellte			Beamte		
	in 1 000	Wachs- tums- index	Anteil an allen Lohn- arbeitern in v. H.	in 1 000	Wachs- tums- index	Anteil an allen Lohn- arbeitern in v. H.
1882	516	100	4,8	527	100	4,9
1925	3 786	734	17,7	1 391	264	6,5
1950	3 524	1 233	22,5	879	302	5,6
1961	6 847	2 267	31,5	1 245	428	6,1
1965	7 007	2 447	32,9	1 344	462	6,3
1969	7 540	2 634	35,4	1 412	486	6,6

Quelle: Helmut Steiner, a.a.O., S. 31 ff., S. 25 ff.
1969 nach: W.u.S., H. 3/1970, S. 135 ff.

Die weiblichen Angestellten stellen heute den Großteil der Beschäftigten des Handels und verschiedener Dienstleistungsbereiche, in denen sie vorwiegend die unteren Ränge besetzen.

Das Wachstum der Gruppen der Angestellten und Beamten ist hervorgerufen durch die Gewichtsverlagerungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen, die Ausdehnung der staatlichen Aktivitäten und in hohem Maß durch die Zunahme geistiger Arbeit in allen Bereichen des Reproduktionsprozesses.

Tabelle 6

Verteilung der Angestellten und Beamten auf die Wirtschaftsbereiche (in v. H. aller Angestellten und Beamten)

	Land-, Forst-, Fisch- wirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschafts- bereiche	
1882	11,4	18,5	53,4	17,0	= 100
1950	0,9	31,4	34,2	33,5	= 100
1967	0,3	30,9	27,9	40,9	= 100

Quelle: Helmut Steiner, a.a.O., S. 34; Statistisches Jahrbuch für die BRD 1968, a.a.O., S. 128.

Das wachsende Gewicht des Dienstleistungsbereichs kann nicht übersehen werden. Heute sind in diesem Sektor 40 v. H. aller Angestellten und Beamten beschäftigt. Im Bereich Handel-Verkehr war

1882 noch jeder zweite Angestellte/Beamte beschäftigt, 1967 waren es nicht mehr drei von jeweils 10 Angestellten/Beamten⁷⁸.

Die Angestelltenbeschäftigung in der Industrie (insgesamt war dort allerdings nur jeder 5. Angestellte beschäftigt) erreichte 1967 schon eine Quote (Anteil an allen Industriebeschäftigten) von 23,7 v. H. (1958 17,8 v. H.). Besonders hohe und schnell wachsende Quoten weisen dabei die technologisch fortgeschrittenen Branchen auf, so 1967 z. B. die chemische Industrie 36,9 v. H., die Mineralölverarbeitung 38,5 v. H., der Maschinenbau 30,0 v. H., die elektrotechnische Industrie 31,1 v. H.⁷⁹.

Bemerkenswert ist, daß die Quoten in den großen Konzernen noch beträchtlich höher liegen. So in der AEG/Telefunken-Gruppe 1967 bei 39 v. H. (1955 = 31 v. H.), wobei die technischen Angestellten von 1955—1967 ein schnelleres Wachstum (von 15 auf 20 v. H. aller lohnabhängig Beschäftigten) als die kaufmännischen Angestellten (von 16 auf 19 v. H.) aufweisen und dabei wiederum technische Angestellte mit Hochschulausbildung besonders schnell zunehmen (so stieg in der genannten Konzerngruppe der Anteil der Akademiker an den technischen Angestellten von 6 v. H. 1950 auf 17 v. H. 1966)⁸⁰.

Die Aufgliederung der männlichen Angestellten des verarbeitenden Gewerbes ergibt für 1968: technische Angestellte 38 v. H., Meister 18 v. H., kaufmännische Angestellte 54 v. H.⁸¹.

Es wird in der Industrie ein Prozeß sichtbar, zu dem H. Kolbe bemerkte: „Das Wachstum der Arbeiterklasse wird somit in der Gegenwart und noch stärker in der Zukunft durch die Verschmelzung von bestimmten Schichten der Intelligenz mit der Arbeiterklasse beeinflusst werden⁸².“ Kolbe stellte ferner fest, daß damit auch jenen Gruppen, die in der Vergangenheit die Rolle der Arbeiteraristokratie (hochqualifizierte manuelle Arbeiter, Meister u. a.) spielten, die materielle Basis entzogen wird.

Schon vor Jahren haben verschiedene Soziologen die soziale Polarisierung der traditionellen Angestelltenhierarchie konstatiert. Diese Prozesse beschleunigen sich mit dem Eindringen neuer technischer Verfahren (EDV, Büroautomation usw.) in die Bereiche der Angestelltentätigkeit. Damit erfolgt wie bei Arbeitern eine Entwertung der Berufsqualifikationen, die Lohndifferenzen werden größer, die Unsicherheit des Arbeitsplatzes nimmt zu, Arbeitsplätze werden wegrationalisiert, die sogenannten Aufstiegsmöglichkeiten verringern sich⁸³. Die soziale Lage der mittleren und unteren Gruppen der

78 Siehe weitere Angaben: Heinz Jung, *Angestellte und Beamte*, in: *Alternativen der Opposition*, Köln 1969, dort S. 289 ff.

79 Siehe: Justina Marx, a.a.O., S. 7.

80 Angaben bei: Willi Gerns, *Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik*, *Marxistische Blätter*, Nr. 5/1969, S. 54 ff.

81 Angaben bei Justina Marx, a.a.O., S. 7.

82 H. Kolbe, a.a.O., S. 88.

83 Schon 1959 hatten Dieter Claessens und Mitarbeiter bei der Untersuchung der Funktionsgruppen in Westberliner Betrieben festgestellt, daß 83,1 v. H. der Angestelltenarbeitsplätze nur Qualifikationsanforderungen

Angestellten und Beamten nähert sich also auch hinsichtlich der Arbeitssituation und der „Arbeitsmarktlage“ (wobei bei Beamten besondere Momente zu berücksichtigen sind) derjenigen der Arbeiter an. Das trifft nicht nur für die Industrie, sondern auch für andere Bereiche der Angestelltenbeschäftigung zu.

Die Mobilität zwischen beiden Hauptschichten der Arbeiterklasse verläuft wechselseitig. So wurden zwischen April 1966 und April 1967 nach Ergebnissen des Mikrozensus 53 000 männliche Angestellte zu Arbeitern und 84 000 Arbeiter zu Angestellten; gleichzeitig wurden 39 000 weibliche Angestellte zu Arbeiterinnen und 60 000 Arbeiterinnen zu Angestellten⁸⁴.

Schon längst hat sich der Rekrutierungsmodus der Angestellten völlig verändert. Kamen noch 1910 52,6 v. H. aller männlichen Angestellten aus selbständigen Familien, so 1958 nicht mehr als 1/4; dagegen 73,6 v. H. aus Lohnarbeiterfamilien⁸⁵.

Im wachsenden Maße werden Personen mit Hoch- oder Fachschulabschluss, also Spezialisten mittlerer oder höherer Qualifikation für vorwiegend geistige Arbeit (Angehörige der Intelligenz), Angestellte oder Beamte. Das Eindringen des Kapitals in die Sphären der geistigen Arbeit und die Polarisierung der traditionellen Hierarchie der kapitalistischen Unternehmen führt fortschreitend zur sozialen Differenzierung dieser Schicht⁸⁶ und damit zur Verschmelzung ihrer sozialen Interessen mit denen der Arbeiterklasse. Nach Ansicht des Verfassers muß diese *historische Tendenz* der Proletarisierung eines großen Teils der Intelligenz und ihres Verschmelzens mit der Arbeiterklasse betont werden. Dieser Prozeß beschleunigt sich mit dem sprunghaften Anwachsen dieser Schicht vor allem im Zusammen-

stellen, die denjenigen der Arbeitsplätze für Arbeiter vergleichbar sind. Für 35,5 % der Angestelltenarbeitsplätze war keine, für 49,6 % eine Berufserfahrung bis zu 1 Jahr erforderlich und nur 23,1 v. H. der Angestelltenarbeitsplätze waren mit Dispositionsbefugnissen verbunden (D. Claesens u. a., Angestellte und Arbeiter in der Betriebspyramide, Westberlin 1959). Eine von Jochen Fuhrmann im Auftrag der IG Metall durchgeführte Untersuchung über die Auswirkung des Computereinsatzes im Büro stellte fest: 35 v. H. aller Arbeitsplätze fielen weg, 21,5 v. H. wurden verändert (siehe: 3. Internationale Arbeitstagung... der IG Metall, a.a.O., Dokument S 2—68, S. 5). Von den 1 268 000 Angestellten der Berufsgruppen „Industrie, Verwaltungs-, Büroangestellte, Verwaltungssekretäre“ hatten nur 2/3 den ausgeübten Beruf auch gelernt (Statistisches Jahrbuch... 1968, a.a.O., S. 130).

84 W.u.S., Heft 9/1969, S. 507.

85 WWI-Mitteilungen, Köln, Nr. 4/5 1960, S. 122.

86 Der Umfang dieser Schicht wird auch aus folgenden Angaben deutlich: Im April 1964 war von 19,84 Millionen erwerbstätigen Männern für 0,642 Millionen eine Hochschul- bzw. Universitätsausbildung und für 1,08 Millionen die Ausbildung in einer Techniker-, Fach-, Ingenieurschule die Grundlage ihrer damaligen Tätigkeit (Bundesarbeitsblatt 1966/6, S. 182; zitiert nach: Friedrich Fürstenberg, Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1967, S. 121).

hang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution. Damit nimmt nicht nur die Verwandlung geistiger Arbeit in Lohnarbeit zu, sondern auch die Verwandlung der Arbeitskraft der Angehörigen der Intelligenz in variables Kapital. Von besonderem Interesse für die Entwicklung der Struktur der Arbeiterklasse ist dabei die wissenschaftliche und technische Intelligenz — vor allem in den Bereichen der kapitalistischen Warenproduktion — geworden. Ihr wachsendes relatives Gewicht wurde schon mit weiter oben angeführten Zahlen illustriert. Ihre innere Struktur wird etwa aus der Positionsgliederung von Ingenieuren deutlich⁸⁷. Mit dem Eindringen der Wissenschaft in den Fertigungsprozeß wird auch ein Teil der technischen Angestellten (Techniker, Ingenieure) zu Primärproduzenten des Mehrwerts. Aus ihrer Verschmelzung mit den traditionellen Gruppen der Produktionsarbeiter entsteht der neue Typ des hochqualifizierten Produktionsarbeiters, dessen Arbeitstyp vorwiegend durch geistige Arbeit bestimmt ist. Damit wird eine Tendenz zur Verwischung der Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sichtbar. Dieser Prozeß wird beeinflußt und verzerrt durch die Systeminteressen des Spätkapitalismus. Es muß betont werden, daß das Anwachsen geistiger Arbeit auf der einen Seite zur Dequalifizierung von Gruppen manueller und nichtmanueller Arbeiter auf der anderen Seite führt. Analoge Auswirkungen hat aber auch der wissenschaftlich-technische Fortschritt in anderen Bereichen auf die Verschmelzung von Teilen der Intelligenz mit den dortigen „Basisarbeitern“ den unteren und mittleren Angestelltengruppen und entsprechenden Arbeitergruppen; so im Bürosektor der Industrie, dem Bank- und Versicherungswesen, dem Verkehrswesen (hier etwa heute schon besonders weit fortgeschritten im Flugwesen) usw.

Nach Ansicht des Verfassers ist es erforderlich, den Prozeßcharakter dieser Vorgänge zu betonen und dabei den gegenwärtigen quantitativen Proportionen Rechnung zu tragen. Denn nach wie vor ist die Tätigkeit der Intelligenz durch spezifische Funktionen im Reproduktionsprozeß (einschließlich der Wahrnehmung von Kapitalfunktionen) und einen besonderen Typ der Arbeit gekennzeichnet. Eine relativ hohe Mobilität in Schichten der Bourgeoisie und der „Selbständigen“ (freie Berufe) — also kein Abschluß nach „oben“; höhere Einkommen, die gleichzeitig die Grundlage eines der Bourgeoisie angenäherten Lebensstils sind; eine noch *relativ* größere Unabhängigkeit ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten von der zyklischen Entwicklung und anderes — sind Faktoren, die sie als eine heute

87 Nach Angaben von J. Rink (Tätigkeit und Einkommen der Ingenieure in Deutschland, VDI-Information, Nr. 18, Düsseldorf, 1969; zitiert nach: Gerd Hortleder, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs, Frankfurt/Main 1970, S. 201 ff.) waren 1968 von den Mitgliedern des Verbandes Deutscher Ingenieure (24 v. H. Diplomingenieure u. a., 56 v. H. graduierte Ingenieure u. ä.) tätig: als Selbständige 12 v. H., im Spitzenmanagement 12 v. H., im Mittelmanagement einschließlich der qualifizierten Stabsfunktionen 34 v. H. und als Mitarbeiter, Sachbearbeiter, Gruppenführer 33 v. H.

noch geschlossene, aber sich tendenziell mehr und mehr zersetzende soziale Zwischenschicht von der Arbeiterklasse scheiden.

Die in diesem Abschnitt angeführten Prozesse und ihre quantitativen Proportionen unterstreichen die schon weiter oben betonte Notwendigkeit, die oberen Gruppen der Angestellten und Beamten *nicht* zur Arbeiterklasse zu zählen und liefern ferner weitere Anhaltspunkte für die vorgenommene quantitative Bestimmung dieser Gruppen. Das strukturelle Hauptmerkmal der Gruppen der Angestellten und Beamten besteht aber darin, daß ihr überwiegender Teil aus den dargelegten Gründen der Arbeiterklasse zugerechnet werden muß. Schicht- und gruppenspezifische Besonderheiten sind deshalb für diesen Sachverhalt keine gravierenden Momente, weil sie sich gegenüber der Arbeiterschaft mehr und mehr auf arbeitspezifische Besonderheiten des jeweiligen Beschäftigungssektors reduzieren. Diese Differenzierung besteht jedoch auch innerhalb der Arbeiterschaft selbst. „Der Prozeß der Angleichung zwischen Arbeitern und Angestellten im ökonomischen und arbeitsrechtlichen Bereich vollzieht sich dabei nach beiden Seiten⁸⁸.“ Er wird sich in den nächsten Jahren beschleunigt fortsetzen, wobei der Teil der Arbeiterklasse, der vorwiegend Lohnarbeit geistigen Typs verrichtet, absolut und relativ zunehmen wird.

Die gewerkschaftliche Organisiertheit

Die Gewerkschaften sind Organisationen der Arbeiterklasse zur Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Tabelle 7 enthält Angaben über die Entwicklung der einzelnen Lohnarbeitergruppen, während Tabelle 8 über deren Mitgliedschaft in den DGB-Gewerkschaften informiert. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit ist ein wichtiges Indiz für die Formierung der Arbeiterklasse und ihrer einzelnen Gruppen zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber dem Kapital und dem kapitalistischen Staat.

Die Anzahl der Lohnarbeiter hat sich schneller entwickelt als ihre Mitgliedschaft im DGB (Organisationsquote 1950 38,1 v. H., 1969 30,3 v. H.). Während der Organisationsgrad der Arbeiter nahezu gehalten werden konnte (1950 40,5 v. H., 1969 39,7 v. H.) und die Quote der Beamten stieg, sank der Organisationsgrad bei den Angestellten (1950 16,2 v. H., 1969 12,3 v. H.), trotz starker Zunahme der Gewerkschaftsmitgliedschaft von Angestellten.

Der Schwerpunkt des gewerkschaftlichen Einflusses liegt nach wie vor in den Großbetrieben der Industrie. Die angeführten Quoten sind Durchschnittszahlen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß beträchtliche Teile der Lohnarbeiter infolge ihrer Stellung in Kleinbetrieben, Haushalten usw. gewerkschaftlich nur schwer zu organisieren sind. Der Organisationsgrad liegt in der Industrie bedeutend höher. Von Interesse ist — darin liegt auch die Schwäche der Gesamtentwicklung —, daß die vorwiegend in den Sektoren der materiellen Pro-

Tabelle 7

Lohnarbeiter in der BRD 1950—69

	1950		1969		Entwicklung 1950—69 (1950 = 100)
	in 1 000	Anteil an allen Lohn- arbeitern in v. H.	in 1 000	Anteil an allen Lohn- arbeitern in v. H.	
Arbeiter	11 229	71,8	12 403	58,0	110,5
Angestellte	3 524	22,6	7 540	35,4	213,9
Beamte	879	5,6	1 412	6,6	160,6
alle Lohn- arbeiter	15 632	100,0	21 355	100,0	134,5

Quelle: Sieh die Grundzahlen der vorhergehenden Tabellen.

Tabelle 8

Mitglieder der DGB-Gewerkschaften 1950—69

	31. 12. 1950		31. 12. 1969		Entwicklung 1950—69 (1950 = 100)
	in 1 000	Anteil an der gesamten DGB- Mitgliedschaft in v. H.	in 1 000	Anteil an der gesamten DGB- Mitgliedschaft in v. H.	
Arbeiter	4 535	83,2	4 927	76,0	108,6
Angest.	571	10,5	930	14,3	162,9
Beamte	344	6,3	625	9,7	181,7
Gesamte DGB-Mit- gliedschaft	5 450	100,0	6 482	100,0	118,9

Quelle: Veröffentlichungen des DGB-Bundesvorstandes, Düsseldorf.

duktion tätigen Gewerkschaften (ohne Verkehrssektor) 1969 65,0 v. H. aller DGB-Mitglieder in ihren Reihen vereinigten (1950/51 = 68,4 v. H.); die Gewerkschaften, die vorwiegend Beschäftigte des Staates (Gebietskörperschaften, Bahn, Post usw.) organisieren, wiesen einen Anteil an der Gesamtmitgliedschaft des DGB von 1969 28,4 v. H. (1950/51 = 24,9 v. H.) auf⁸⁹.

⁸⁹ Alle, auch die folgenden Angaben, nach den Veröffentlichungen des DGB-Bundesvorstandes, Düsseldorf. Die Zahlen beziehen sich jeweils auf den Stand vom 31. 12. des Jahres. Bei der Quotenberechnung bleibt un-

Während das überproportional schnelle Wachstum der Angestellten insgesamt und dabei wiederum des Frauenanteils⁹⁰ sowie damit im Zusammenhang das Anwachsen der Beschäftigten im nichtproduzierenden Bereich, in dem die Gewerkschaften traditionell relativ schwach verankert sind, Momente darstellen, die zum Zurückbleiben der Organisationsquoten der Angestellten beitragen, spiegelt sich im gleichzeitigen Anwachsen des Organisationsgrades der Beamten nach Ansicht des Verfassers die Verstärkung integrationistischer Züge in der Gewerkschaftspolitik der verflissenen Periode.

Es muß hervorgehoben werden, daß objektive strukturelle Veränderungen zwar die Grundlage dieser Entwicklung sein können, daß jedoch darin kein Fatum besteht, sondern der entscheidende Faktor für die gewerkschaftliche Organisation von Lohnarbeitern die Orientierung und Aktivität der Gewerkschaften selbst ist. In der genannten Periode konnte z. B. die IG Metall die Zahl ihrer Angestelltenmitglieder nahezu verdoppeln und hier wiederum vor allem in den Großbetrieben. Ähnlich die IG Chemie-Papier-Keramik. Ein schnelles Wachstum, das sich seit Mitte der 60er Jahre beschleunigt hat, weisen hinsichtlich der Mitgliedschaft von Angestellten Gewerkschaften wie die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen auf, die ihre Angestelltenzahlen ebenfalls nahezu verdoppeln konnte.

Schließlich müssen hier auch die Mitgliederzahlen der DAG berücksichtigt werden, die sich am 30. 9. 1969 auf 468 000 Angestellte beliefen (1966 = 478 000)⁹¹.

Wichtig ist dabei, daß die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Angestellten schneller wächst als die Mitgliedschaft entsprechender berufsständischer Organisationen. Es sind allerdings z. B. bei den technischen Angestellten vor allem die unteren Gruppen, die sich in den Gewerkschaften organisieren⁹².

Auch die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften vermittelt Anhaltspunkte für die Auswirkungen der sozialstrukturellen Veränderungen der Arbeiterklasse auf den Prozeß ihrer Formierung und für die spezifischen Probleme, die sich daraus für die sozialisti-

berücksichtigt, daß in den Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften auch Personen mitgezählt werden, die aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden sind.

90 Die Organisationsquoten der Frauen liegen beträchtlich unter ihrem Beschäftigungsanteil. 1950 betrug der Anteil organisierter Arbeiterinnen an allen organisierten Arbeitern 16,5 v. H. (1969 12,9 v. H.), der Organisationsanteil weiblicher Angestellten an der Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Angestellten betrug 1950 27,8 v. H. und 1969 26,9 v. H.

91 Nach Mitteilungen des DAG-Vorstandes, Hamburg, an den Verfasser (vom 26. 6. 1970) und: Statistisches Jahrbuch . . . 1969, a.a.O., S. 140.

92 Gerd Hortleder (a.a.O., S. 177 ff.) gibt, gestützt auf Mitteilungen der Gewerkschaften, die Anzahl der im DGB organisierten Ingenieure und Techniker mit 370 000 (1968) an; DAG 60 000. Von den in der IG Metall 1968 organisierten Technikern und Ingenieuren waren 5 v. H. Diplomingenieure, 45 v. H. Ingenieure und 50 v. H. Techniker.

schen Kräfte in der Arbeiterbewegung ergeben. Sie ist ein sicheres Indiz dafür, inwieweit sich das Bewußtsein einer gemeinsamen Lage und gemeinsamer Interessen bei den verschiedenen Gruppen durchgesetzt hat. Die Notwendigkeit, die dem jeweiligen Entwicklungsstadium und den konkret-historischen Bedingungen entsprechenden Zugänge zur Entwicklung des Klassenbewußtseins der einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse in der politischen Praxis zu finden, liegt dabei auf der Hand.

Aber das Aufgreifen und die Vertretung schicht- und gruppenspezifischer Interessen kann nur dann erfolgreich sein, wenn dabei das gemeinsame Klasseninteresse, das alle Gruppen der Arbeiterklasse objektiv insbesondere gegen das Monopolkapital und den imperialistischen Staat stellt, hervorgehoben und transparent gemacht wird. Das strategische Hauptproblem besteht dabei in der Solidarität der einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse. Jedoch gewinnt gerade die Bündnisfrage hinsichtlich der Intelligenz wachsende Bedeutung, deren soziale Interessen, was ihren lohnabhängigen Teil betrifft, mit denen der Arbeiterklasse tendenziell verschmolzen und schon heute in den verschiedenen Bereichen die gemeinsame Kampffront vor allem zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz sichtbar werden lassen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Arbeiterschaft in der materiellen Produktion, und insbesondere in der industriellen Großproduktion, auch heute den Kern der Arbeiterklasse darstellt. Aber auch die innere Struktur dieses Kerns wird sich in verschiedener Hinsicht ändern. Es bleibt jedoch die Unmittelbarkeit der Ausbeutung und der durch die Großproduktion bedingte hohe Grad an Kommunikation und Organisiertheit, was sie zur Hauptkraft des Kampfes gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem der Bundesrepublik macht.

Frank Deppe und Hellmuth Lange

Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins

Ein kritischer Literaturbericht (1. Teil)

1.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind bei der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Problem des sozialen und politischen Bewußtseins der Industriearbeiter grob drei Phasen zu unterscheiden.

Etwa bis um die Mitte der fünfziger Jahre standen — vor allem in Westdeutschland — ein Industriearbeiter und die Industriegewerkschaften im Zentrum soziologisch-empirischer Forschungen¹. Diese Konzentration des Untersuchungsinteresses muß zugleich als Ausdruck der geschichtlichen Bedeutung gesehen werden, die die organisierte Arbeiterschaft in allen europäischen Industriestaaten nach dem Zusammenbruch des Faschismus — wenn auch nur für kurze Zeit — gewann (Volksfrontregierungen in Frankreich und Italien; Labour-Regierung in England; Auseinandersetzung um Sozialisierung und Mitbestimmung in Westdeutschland; Volksdemokratien in den osteuropäischen Staaten). Nahezu ausnahmslos waren diese Forschungen jedoch von der Fragestellung nach der gesellschaftlichen Integration der Industriearbeiterschaft bestimmt. Empirische Erhebungen über Arbeiter- und Klassenbewußtsein, über das Gesellschaftsbild der Unterschichten sollten überprüfen, in welchem Maße diese sozialen Gruppen weiterhin als Träger von sozialistischem Klassenbewußtsein betrachtet werden mußten, oder ob sich Tendenzen nachweisen ließen, die den Abbau von antikapitalistischen Einstellungen und Klassenbewußtsein andeuteten und damit einen Trend zur gesellschaftlichen Integration belegten.

Mit dem Aufschwung der Rekonstruktionskonjunktur, mit der politischen und ideologischen Stabilisierung des Nachkriegskapitalismus auf der Grundlage des Antikommunismus nahm dieses ursprüngliche Interesse an der Industriearbeiterschaft ab. Sozialwissenschaftliche Forschung konzentrierte sich fortan vornehmlich auf die Gruppe der Angestellten und deren Arbeitsbereich, das Büro. Dabei stand nicht nur die Untersuchung von Differenzierungs- und Qualifizierungsprozessen innerhalb der Gruppe der lohnabhängig Arbeitenden im Vordergrund, sondern auch das ideologische Motiv,

1 Vgl. dazu F. Deppe: Mitbestimmung und Fremdbestimmung im Bewußtsein der Arbeiter, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1969, S. 286—303.

einen objektiven Bedeutungsschwund der industriellen Arbeit — und damit auch der traditionell proletaroiden Situation — nachzuweisen. Als Resultat dieser „thematischen Wendung von der Fabrik ins Büro“ hält R. Dahrendorf zu Beginn der sechziger Jahre fest, „daß wir heute wieder von Arbeitern als einer unbekanntem Gruppe sprechen müssen, über die mehr Vorurteile als Kenntnisse verbreitet sind“². Sofern jetzt noch empirisches Interesse an der Lage und dem Bewußtsein von Arbeitern artikuliert wird, ist es meist auf das Phänomen des „Überflusses“ im staatlich organisierten Kapitalismus bezogen. Ebenso wie sich in dieser Periode die theoretische Soziologie um den Nachweis der Aufhebung der Klassenstruktur durch Nivellierungs- und Mobilitätsprozesse bemüht, so wird hier das Ansteigen der Einkommen und des Lebensniveaus der Arbeiter als endgültige Aufhebung der einst gesellschaftlichen Randstellung des Proletariats und der ihr entsprechenden oppositionell-radikalen Bewußtseinslage interpretiert.

Die sorglose und affirmative Identifizierung von wachsendem „Wohlstand“ und fortschreitender Anpassung der Arbeiterschaft ist inzwischen weithin von der realen Widersprüchlichkeit des Spätkapitalismus und der Wirklichkeit der Klassenauseinandersetzungen im Weltmaßstab falsifiziert worden. Auf der einen Seite hat — vor allem in Westdeutschland — das Ende der Rekonstruktionskonjunktur alle Legenden von der krisenfreien Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus und der sozialen Harmonie zerstört. Andererseits müssen die verschärften Klassenkämpfe in Frankreich, Italien, England und in Ansätzen — seit den Septemberstreiks — auch in der BRD als der Beginn einer Epoche gesehen werden, in der das industrielle Proletariat bewußt in die politischen und gesellschaftlichen Konflikte eingreift.

Diese Tendenzen haben zunächst zu einer kritischen Neuinterpretation der früheren Forschungsergebnisse geführt. Daraus ergab sich, daß von einem reibungslosen Anpassungs- und Identifikationsprozeß sowohl der sozialen Situation als auch des Bewußtseins der Arbeiter an die Normen und herrschenden ideologischen Postulate keineswegs die Rede sein konnte. Vielmehr erwies sich die von der bürgerlichen Soziologie als Affirmation deklarierte Einstellung bei näherer Analyse als Apathie, Resignation und Indifferenz der Arbeiterschaft³, — insgesamt als die — wenn auch nicht mehr politisch und klassenspezifisch artikulierte — Erfahrung einer objektiven gesellschaftlichen Randstellung und Unterordnung. Darüber hinaus sind inzwischen die gesellschaftlichen Auswirkungen des technischen Fortschrittes (Rationalisierung, Automatisierung) auf die Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterschaft, auf deren objektive sozial-

2 R. Dahrendorf: Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung, Tübingen 1963, S. II.

3 Vgl. dazu M. Feuersenger (Hrsg.): Gibt es noch ein Proletariat? Frankfurt/M. 1962 und S. Herkommer: Zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter. In: Neue Kritik, 28. Februar 1965, S. 10 ff.

ökonomische Situation und deren Gesellschaftsbewußtsein von der Sozialwissenschaft nicht mehr zu ignorieren: Die Entstehung neuer Schichten von hochqualifizierten Arbeitern in den fortgeschrittensten Sektoren der Produktion, die zugleich die herkömmliche Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten in Frage stellt, und die damit einhergehende Veränderung der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Qualifikationsstrukturen und der Bildungsanforderungen haben nicht nur soziologische Untersuchungen über die industrielle Arbeit neu belebt, sondern auch der politischen Diskussion über die aktuellen wie potentiellen Möglichkeiten der Veränderung des Spätkapitalismus durch eine bewußt agierende Arbeiterklasse neue Impulse verliehen⁴.

2.

Die Studien zum „Gesellschaftsbild des Arbeiters“⁵ und zum Verhältnis von „Technik und Industriearbeit“⁶, die Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt und Mitarbeiter um die Mitte der fünfziger Jahre durchführten, sind mittlerweile — sowohl in ihren Ergebnissen als auch nach ihren Untersuchungsmethoden — als „Klassiker“ der Literatur zum Arbeiterbewußtsein und zur Arbeitssituation anerkannt.

In diesen Untersuchungen wurden ca. 600 Arbeiter eines kombinierten Hüttenwerkes im Ruhrgebiet befragt. Die wesentlichen Ergebnisse werden von den Autoren so zusammengefaßt:

„Alle Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben, und die überhaupt ein Gesellschaftsbild in dem von uns definierten Sinne entwickeln, sehen die Gesellschaft als — unabwendbare oder abwendbare, unüberbrückbare oder ‚partnerschaftlich‘ zu vermittelnde — *Dichotomie* und sie beantworten die Frage nach ihrem eigenen gesellschaftlichen Ort durch ein *Arbeiterbewußtsein*, das es ihnen ermöglicht, sich innerhalb der Gesamtgesellschaft als Teil der Arbeiterschaft zu verstehen“ (S. 237).

Diese Ergebnisse hatten zunächst — empirisch wie politisch-theoretisch — all jene soziologischen Theoreme widerlegt, die — wie z. B. Helmut Schelsky⁷ oder Siegfried Landshut⁸ zu Beginn der fünfziger Jahre — die „westliche Gesellschaft“ unter Hinweis auf eine vorgebliche Angleichung in Lebensstil, -haltung, -gesinnung und Sprache als werdende „Einheitsgesellschaft“, als — gewissermaßen der Marx-

4 Als Beispiele für die gegensätzlichen Ausgangspositionen in dieser Diskussion sei verwiesen auf H. Marcuse: *Perspektiven des Sozialismus in der entwickelten Industriegesellschaft*. In: *Praxis*, 2/3, 1965, S. 260—270 und Serge Mallet: *La nouvelle classe ouvrière*, ebd. S. 271—284.

5 H. Popitz u. a.: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*, Tübingen 1957.

6 Dies.: *Technik und Industriearbeit*, Tübingen 1957.

7 Vgl. H. Schelsky: *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Stuttgart 1954.

8 S. Landshut: *Bestimmt die Klassenzugehörigkeit unser gesellschaftliches Dasein?* In: *Gesellschaft in der wir leben*. Fünftes Europäisches Gespräch 1957.

schen Dialektik zum Trotz — „klassenlosen Kapitalismus“ interpretieren wollten. Aus den Untersuchungen zum „Gesellschaftsbild des Arbeiters“ geht eindeutig hervor, daß die Arbeiter die Gesellschaft als in „oben“ und „unten“ gespalten erleben, daß sie ihre eigene Situation als relativ unveränderlich empfinden, daß sie sich in erster Linie als Teil der Arbeiterschaft (Kollektivbewußtsein) und weniger in Beziehung zur Gesamtgesellschaft definieren („wir“ gegenüber „denen da oben“), und daß diese Gesamteinstellung der Arbeiter von ausgeprägten Zügen der *Skepsis* und der *Resignation* bezeichnet wird.

Zwar wenden sich Popitz, Bahrdt u. a. ebenso gegen die Auffassung vom ungebrochenen Fortbestehen eines sozialistischen Klassenbewußtseins wie gegen die Nivellierungstheoretiker. Gleichwohl haben sie durch die differenzierte Analyse der Inhalte des „dichotomischen Bewußtseins“ die dominierende Erfahrung einer *Klassenlage* nachgewiesen. Das spezifische *Leistungsbewußtsein*, das die meisten befragten Arbeiter mit dem *Kollektivbewußtsein* verbanden (242), bezeichnet ebenso wie das politische und ökonomische *Selbstbewußtsein*, das vor allem Facharbeiter entwickeln, die solide „Verortung des Arbeiterbewußtseins, das nicht nur objektiv auf die eigene soziale Lage bezogen ist, sondern auch subjektiv eine relativ stabile Bewertung von gesellschaftlichen und politischen Sachverhalten und Werten hervorbringt“⁹. Auch im politischen Denken kommt diese klassenspezifische „Verortung“ des Arbeiterbewußtseins zum Ausdruck, wenn sie auch gegenüber früheren marxistischen Bestimmungen des Klassenbewußtseins, die auf der Einheit von Bewußtsein, proletarischer Aktion und Organisation gründen¹⁰, inkonsistent und widersprüchlich zu sein scheint:

„Das politische Denken der Arbeiter ... erweckt den Eindruck, als ob wir es mit einem eigentümlichen Zwischenstadium der Entwicklung zu tun hätten. Stücke der ideologischen Tradition des Vulgärmarxismus¹¹ haben sich erhalten. Teilweise sind sie aus der Helle grundsätzlicher Formulierungen in das Halbdunkel unerörterter Denkvoraussetzungen abgesunken. Trotzdem — oder gerade deshalb — prägen sie immer noch das politische Denken vieler Arbeiter... Aber es sind nur Stücke. Die utopische Verklammerung der einzelnen Gedankengänge fehlt. Damit fehlt auch die positive Antwort, die die Kritik davor bewahrt, zur Resignation und zum moralisierenden Raisonement abzusinken“ (S. 180).

9 Hier ist vor allem auf den hervorragenden theoretischen Ansatz der Untersuchung hinzuweisen, die Funktion der „sozialen Topik“ für Arbeitersprache zu analysieren (S. 81 ff. und S. 163 ff.). Vgl. dazu auch Oskar Negt: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen*, Frankfurt/M. 1968, S. 45 ff.

10 So z. B. Georg Lukàcs: *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923.

11 Offensichtlich ist es das intellektuelle Marxismus-Verständnis der Autoren, das die Umsetzung und Rezeption der marxistischen Kapitalismuskritik in der konkreten Massenaktion der Arbeiterbewegung als „Vulgärmarxismus“ klassifiziert.

Spätere Untersuchungen über das gesellschaftliche Bewußtsein von Angestellten haben diese empirischen und theoretischen Ergebnisse über ein relativ geschlossenes Arbeiterbewußtsein insofern erhärtet, als sich das Gesellschaftsbild der Angestellten in einer negativen Abgrenzung gegen das Arbeiterbewußtsein zu definieren scheint: Während Arbeiter die Gesellschaft als ein *Machtmodell* erleben, wird sie von Angestellten eher als *Prestigemodell*, d. h. als kontinuierliche Rangordnung gesellschaftlicher Werte, erfahren. Dementsprechend sieht sich der Arbeiter „unten“ (Kollektivismus), während der Angestellte sich „in der Mitte“ einordnet (Individualismus) und sein Lebens- und Berufsziel wesentlich in Kategorien des individuellen Aufstiegs bemißt. Insgesamt ist aus dieser — natürlich grob schematisierenden — Gegenüberstellung ersichtlich, daß Angestellte ein „*hierarchisches* Gesellschaftsbild“ haben, dem sich die Gesellschaft als differenzierte und wertbedingte soziale Hierarchie darstellt, während die Arbeiter vorwiegend ein „*dichotomisches* Gesellschaftsbild“ mit starken Zügen eines kollektivistischen Ethos haben¹².

Die Bedeutung der Untersuchungsergebnisse von Popitz, Bahrdt u. a. muß jedoch zugleich darin gesehen werden, daß sie in wesentlichen Punkten mit Forschungsergebnissen übereinstimmen, die — etwa im gleichen Zeitraum, wenn auch z. T. mit völlig anderen Untersuchungs- und Interpretationsmethoden — in den USA, in England, in der französischen Schweiz und in Frankreich ermittelt worden sind¹³. Richard Centers¹⁴ stellte einen deutlichen Zusammenhang zwischen beruflicher Schichtung und politischem Verhalten, zwischen Klassensituation und sozialer Identifikation (Kollektivbewußtsein) fest und folgerte, „daß der Status und die Rolle eines Individuums — bezogen auf die Produktionsmittel und den Austausch von Gütern und Dienstleistungen — in ihm selbst das Bewußtsein hervorbringen, daß er Mitglied einer sozialen Klasse ist, der diese Verhaltensweisen, Wertvorstellungen und Interessen gemeinsam sind“.

Die Arbeit von Richard Hoggart¹⁵ hat für die englischen Verhältnisse durch unzählige Beispiele aus dem Leben der Arbeiter und ihrer Familien die Popitzsche These von einem starken *Kollektivbewußtsein* erhärtet und illustriert. Alfred Willener schließt aus

12 Vgl. Siegfried Braun: Das Gesellschaftsbild der Angestellten. In: Atomzeitalter, 9/1967, S. 482—495.

13 Vgl. zusammenfassend Ralf Dahrendorf: Dichotomie und Hierarchie. Das Gesellschaftsbild der Unterschicht. In: ders.: Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 163—175.

14 Richard Centers: The psychology of social class. A study in class-consciousness, Princeton 1949.

Zu den amerikanischen Forschungsergebnissen zum Verhalten der Unterschichten vgl. zusammenfassend Geneviève Knupfer: Portrait of the underdog. In: R. Bendix/S. M. Lipset (Eds.): Class, Status and Power, Glencoe 1953, S. 255—263.

15 R. Hoggart: The uses of literacy, Penguin Book, A 431.

seinen Befragungsergebnissen¹⁶, es könne keinen Zweifel darüber geben, „daß es fundamentale Unterschiede zwischen dem Gesellschaftsbild derer an der Spitze der sozialen Skala und derer an ihrem Fuß gibt. . . Die ‚unteren‘ Kategorien der Befragten antworten vorwiegend nicht im Sinne von Schichten, sondern von Klassen; umgekehrt haben die Befragten aus den ‚höheren‘ Kategorien die Tendenz, häufiger von Schichten als von Klassen zu sprechen“ (208).

Die notwendige Kritik an den Forschungsergebnissen vom „Gesellschaftsbild des Arbeiters“ muß auf zwei Ebenen ansetzen: einmal auf der empirisch-methodologischen, zum anderen als theoretische Kritik der Kategorie „Gesellschaftsbild“. Zunächst ist gegen die Untersuchungen von Popitz, Bahrdt u. a. zu Recht der Einwand erhoben worden, daß sie weder statistisch repräsentativ (für Arbeiter anderer Branchen, Regionen, Betriebsgrößen etc.) noch zeitlich dynamisch sind, d. h. über eine mögliche Entwicklung der Kenntnisse, Erwartungen und Urteile der Arbeiter Schlüsse zulassen¹⁷. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen, die in den Untersuchungen offenbleiben: Hat sich die besondere politische und soziale Situation des Ruhrgebietes als bewußtseinsbildender Faktor ausgewirkt? Muß nicht die besondere Situation der Stahlindustrie nach 1945 und die Konzentration der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen auf diesen Produktionsbereich (Auseinandersetzungen um Sozialisierung und Mitbestimmung)¹⁸ als ein Einfluß gewertet werden, der nicht zu verallgemeinern ist? Zudem verwehrt die zeitlich völlig undynamische Anlage der Befragung die Untersuchung des Verhältnisses von technischem Fortschritt und der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins in verschiedenen Branchen mit unterschiedlichem Produktions- und Qualifikationsniveau¹⁹.

Über bloß methodologische Einwände hinaus erweist sich die Kategorie des „Gesellschaftsbildes“ als eine im Grunde positivistisch deskriptive, und nicht als eine analytische Kategorie, die über die gesellschaftlichen Bedingungen und Vermittlungszusammenhänge von Arbeiterbewußtsein Aufschluß geben könnte. Zweifellos ist — bei einem Vergleich — die Arbeit von Popitz, Bahrdt u. a. die wertvollste, da sie zumindest Ansätze zu einer theoretischen Analyse des Zusammenhangs von objektiver sozialer Lage und Arbeitssituation mit den subjektiven Erfahrungen und Wertungen entwickelt (so z. B. über die — wenn auch stark wissenssoziologisch und z. T. existential-philosophisch beeinflussten — Kategorien der Verortung, der Topik etc.). Bei Willener hingegen erweist sich der Begriffsapparat als vollends von der realen Lebens- und Arbeitssituation abstrahiert: Kate-

16 A. Willener: *Images de la société et classes sociales*, Berne 1957.

17 Vgl. R. Dahrendorf: *Das Mitbestimmungsproblem . . .*, a.a.O., S. 74—77.

18 Vgl. F. Deppe: *Mitbestimmung und Fremdbestimmung*, a.a.O.

19 Systematisch ist die Fragestellung erst behandelt bei Alain Touraine: *La conscience ouvrière*, Paris 1966. Vgl. auch Michael Schumann: *Was halten Industriearbeiter vom technischen Fortschritt?* In: *Atomzeitalter*, 5/1968, S. 259—265.

gorien wie „Klassenbewußtsein“ verwendet er ausschließlich als „operationelle Definitionen für die Wahrnehmung der sozialen Schichtung“²⁰.

Gleichwohl bleibt auch bei *Popitz* die Kategorie „Gesellschaftsbild“ wesentlich subjektive Reproduktion einer nicht näher differenzierten und analysierten objektiven Struktur. Die besondere gesellschaftliche Situation, die die verschiedenen Ausformungen und Modifikationen des Gesellschaftsbildes vermittelt, wird völlig ausgespart. Damit bleiben zugleich die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung „im Raum stehen“. Warum z. B. sind viele der Arbeiter skeptisch und wenig optimistisch? Welche realen Erfahrungen gehen in diesen Pessimismus ein? Allein die Analyse solcher Fragen wäre ein Ansatz für die Bestimmung realer Elemente von Klassenbewußtsein gewesen²¹.

Der geringe Aussagewert der *Popitz*schen Gesellschaftsbild-Typologie resultiert vor allem daraus, daß auf die Untersuchung des möglichen Zusammenhangs von Gesellschaftsbildern und der Wirkung der betrieblichen und der außerbetrieblichen Erlebnisbereiche verzichtet wird. Zwar wird festgehalten, daß *Facharbeiter* im allgemeinen ein höheres politisches und ökonomisches Selbstbewußtsein haben; zwar wird das Leistungsbewußtsein als entscheidende Vermittlung von Arbeitserfahrung und sozialer Identifikation herausgearbeitet; — dennoch fehlt eine Analyse, die den unmittelbaren Einfluß des betrieblichen Produktions- und Kooperationsprozesses auf die Bewußtseinsbildung zum Gegenstand hat. Dieser Einwand wiegt um so schwerer, als die Autoren zu gleicher Zeit in ihrer Studie „Technik und Industriearbeit“ Ansätze zur Interdependenz von Arbeitsprozeß und Arbeitsbewußtsein entwickelt haben. Dort wird z. B. richtig gefragt: „Wie weit ist sich der Arbeiter der sozialen Relevanz seines Arbeitsvollzuges bewußt und wie wirkt sich der Unterschied von teamartiger und gefügeartiger Kooperation auf diese Bewußtheit aus“²²?

Trotz dieser richtigen Fragestellung sind die Autoren bei der formalen Trennung von „Arbeitsbewußtsein“ und „Gesellschaftsbild“ stehengeblieben. *Alain Touraine* hat daher zu Recht an den Gesellschaftsbild-Typologien von *Popitz* und *Willener* kritisiert, daß die allgemeine „Form“ der Reaktionen von Arbeitern auf eine bestimmte Situation noch längst nicht den erlebten „Sinn“ erklärt, den die Arbeiter dieser Situation geben: „Die Untersuchung des Arbeiterbewußtseins muß das Bewußtsein als ein System von Bedürfnissen, das auf die Arbeitssituation bezogen ist, definieren“²³.“ An anderer Stelle weist *Touraine* auf die analytische Bedeutung der *Popitz*schen

20 Vgl. A. Willener: *Images de la société . . .*, a.a.O., S. 214.

21 Wesentliche Schwächen der Untersuchung sind darin begründet, daß die Autoren kein politisches Interesse mit der Frage nach der Existenz und den Entwicklungsmöglichkeiten von Arbeiter- bzw. Klassenbewußtsein verknüpfen; das reflektiert bereits der methodische Ansatz der Untersuchung (im Gegens. dazu d. Studie v. Serge Mallet).

22 *Popitz* u. a.: *Technik und Industriearbeit*, a.a.O., S. 72.

23 A. *Touraine*: *La conscience ouvrière*, a.a.O., S. 34.

Kategorien Leistungsbewußtsein-Kollektivbewußtsein hin, stellt jedoch fest, daß der konkrete Bezug auf das Produktionssystem und dessen technologisch-organisatorische Entwicklung nicht geleistet wurde²⁴.

Während die Untersuchungen von *Touraine* den Anspruch formulieren, über den *Popitz*schen Ansatz hinauszuführen, ist die Studie von *Andrieux/Lignon* „L'ouvrier d'aujourd'hui“ in ihrer Fragestellung, im methodischen Ansatz und in ihren Ergebnissen eher mit den Arbeiten von *Popitz* zu vergleichen. Um 1956 wurden 58 Arbeiter²⁵ eines metallverarbeitenden Betriebes und aus kleineren Werken befragt. Wesentliches Ergebnis der Untersuchung ist die vorherrschende Erfahrung der Arbeit als bedeutungs- und inhaltslos (*le travail est un vide*), das Bewußtsein der Unterdrückung während der Arbeit, der Wunsch nach Unabhängigkeit (Befreiung bzw. Flucht von der repressiven Arbeitssituation)²⁶ und die weitverbreitete Resignation. Zusammenfassend stellen die Autoren fest: „Die dichotomische Konzeption der Gesellschaft umfaßt das Bewußtsein, daß die Arbeiter das gleiche Schicksal einer gemeinsamen Ungerechtigkeit teilen, da sie gemeinsam die Funktion der produktiven Arbeit erfüllen“ (193).

Das Resumé der Untersuchung von *Andrieux/Lignon* kann gleichsam als Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der anderen, hier kurz referierten Forschungen zum Arbeiterbewußtsein und zum Gesellschaftsbild in der ersten Entwicklungsphase des Kapitalismus nach 1945 gelten: Obwohl die Arbeiter in ihrer Mehrheit nicht mehr — ihrem Lebensstandard und ihrem Bewußtsein nach — mit dem traditionellen, klassenkampforientierten Typus des Arbeiters zu identifizieren sind, sind sie auch noch kein neuer Typus, sie sind noch keine sozial integrierte Gruppe, deren homogene Bestimmungsmerkmale (objektive wie subjektive) sich aufgelöst hätten. Die Geschichte des Arbeiters — so schließen *Andrieux/Lignon* ihre Betrachtung — ist nicht die seiner *Integration*, sondern die seiner *Transformation*: aus dem Arbeiter, der von einer Lösung der Probleme seiner Existenz wußte, ist ein Arbeiter geworden, der keine Probleme mehr wahrzunehmen imstande ist (194). Diese innere Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins, nicht mehr revolutionäres Klassenbewußtsein, aber auch noch nicht „Mittelschichtenmentalität“ zu sein, ist von nahezu allen der hier behandelten sozial-

24 Ebd. S. 181 ff.

25 Die geringe Anzahl der Befragten macht natürlich von vornherein jeden — statistisch repräsentativ abgesicherten — Vergleich unmöglich. Zugleich liegt der Wert der Studie in der teilweise sehr intensiven Befragung einzelner — politisch militanter — Arbeiter.

26 Es werden drei Typen von Reaktionen auf die Arbeitssituation unterschieden: 1. die Evasionisten, die durch Berufswechsel (Handwerk, Laden) oder durch beruflichen Aufstieg der Arbeitssituation entfliehen wollen (ca. 50 %); 2. die Resignierten (ca. 30 %) und 3. die Resistenten (ca. 10 %), die organisierten, kollektiven Widerstand leisten. Vgl. *Andrieux/Lignon*: *L'ouvrier d'aujourd'hui*, Paris 1960, S. 102 ff.

wissenschaftlichen Forschungen festgestellt worden. Gleichwohl sind alle diese Forschungen insofern Produkte eines bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses, als nirgends die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Umsetzung von Resignation in kollektiven Widerstand, der Artikulation eines Klassenbewußtseins, das „auf der Höhe seiner Zeit“ ist — d. h. den veränderten Bedingungen der sozialökonomischen Organisation des Kapitalismus und der politischen Organisation der Klassenauseinandersetzungen entspricht — auch nur im Ansatz reflektiert wird.

3.

In diesem Abschnitt sollen Untersuchungen diskutiert werden, die sich mit dem Zusammenhang zwischen dem ansteigenden wirtschaftlichen Lebensstandard der Arbeiter und ihrem gesellschaftlichen wie politischen Bewußtsein beschäftigen. Dabei wird bei fast allen dieser Untersuchungen mit zwei — mehr oder weniger bewußten — Unterstellungen hantiert: Einmal wird der konjunkturelle Aufstieg, der in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften seit Anfang der fünfziger Jahre einsetzte, als „Wohlstand“ oder gar als „Überfluß“ interpretiert, d. h. der staatlich organisierte Kapitalismus habe die Ursachen für die krisenhafte Auf- und Abwärtsbewegung vergangener Jahrzehnte überwunden und gewähre der Arbeiterschaft auf der Grundlage eines stetigen ökonomischen Wachstums einen immer höheren Konsum- und Vermögensanteil am Sozialprodukt. Zum anderen wird vorausgesetzt, daß gehobenes Einkommen und steigende Konsumerwartungen der Arbeiterfamilien zur Anpassung des Bewußtseins und des politischen Verhaltens an die herrschenden gesellschaftlichen Normen führen²⁷.

Offensichtlich ist das gemeinsame Motiv solcher Überlegungen das einer doppelten Frontstellung gegen den Marxismus: Erstens wird der „Wohlstands-“ bzw. „Überflußkapitalismus“ als die endgültige Widerlegung der Marxschen Kapitalismus- und Revolutionstheorie, des „Marxschen Leichentuches²⁸“ propagiert. Zweitens wird gehobenes Einkommen und damit die Befriedigung ständig steigender Konsumerwartungen als das erfolgreichste Instrument begriffen, die Arbeiterschaft gegen die Beeinflussung durch die existierenden sozialistischen Gesellschaften und durch sozialistische Bewegungen im eigenen Land zu immunisieren. „Wohlstand“ erscheint so als die lebensnotwendige, materielle Basis des Antikommunismus der Arbeiterklasse in den spätkapitalistischen Gesellschaften²⁹.

27 Vgl. z. B. Viggo Graf Blücher: *Integration und Mitbestimmung*, Sennestadt 1966 (Arbeitgeber-Untersuchung z. Mitbestimmung). Dort wird die Identität von steigendem Einkommen und Integration selbstverständlich unterstellt.

28 Vgl. J. K. Galbraith: *Gesellschaft im Überfluß*, München 1963, S. 62 ff.

29 Vgl. K. Steinhaus: *Zu einigen Problemen der Einwirkung des sozialistischen Systems der DDR auf die Entwicklung der BRD*. In: *Marxistische Blätter*, 5/1969, S. 16—26.

Nun ist aber gerade diese zweite Maxime — auf die Marxsche Theorie bezogen — eine plumpe Fehlinterpretation; denn weder hat der Marxismus je von einer naturnotwendig fortschreitenden materiellen „Verelendung“ in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus gesprochen³⁰, noch hat die marxistische Theorie des Klassenbewußtseins je behauptet, daß die materielle Verelendung und die Bildung von revolutionärem Bewußtsein in einem linearen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Die Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung sprechen vielmehr dafür, daß sich die revolutionären Aktivgruppen der Arbeiterbewegung meist aus den qualifiziertesten Gruppen der Arbeiterschaft rekrutieren³¹. Auch die neuere Diskussion über die Entstehung einer „neuen Arbeiterklasse“ und die politische Bedeutung von Gruppen hochqualifizierter Arbeiter in den Kämpfen der letzten Jahre widerlegen all jene Ideologien, die eine stetig zunehmende „Verbürgerlichung“ des Proletariats im Gefolge eines angestiegenen Konsumniveaus behaupten.

Eine der flachsten Apologien solcher Ideologien ist ohne Zweifel Ferdynand Zweigs Untersuchung „The worker in an affluent society“. Zweig hatte zu Beginn der fünfziger Jahre eine Studie über die Situation der englischen Arbeiterklasse veröffentlicht³², auf die sich dann vor allem die Arbeiten von Richard Hoggart (The uses of literacy) stützte. Nun — zehn Jahre später — korrigiert er diese Ergebnisse als historisch und gesellschaftlich überholt: „Das Leben der Arbeiterklasse bewegt sich auf neue Mittelklassen-Werte und die Mittelklassen-Existenz³³.“ Zweig faßt sechs Entwicklungstendenzen zusammen, die die Transformation der Arbeitersituation und des Arbeiterbewußtseins unter den Bedingungen des ökonomischen „Überflusses“ charakterisieren sollen³⁴:

1. Sicherheitsbewußtsein,
2. steigende Konsumbedürfnisse,
3. steigende Erwerbsinstinkte (acquisitive instincts),
4. Familienbewußtsein und Heimorientierung (home-centeredness),
5. Auflösung der traditionellen engen Großfamilien- und Nachbarschaftsbeziehungen, und
6. die Personalisierung des Arbeiterbewußtseins.

Diese Tendenzen werden darauf zurückgeführt, daß das Arbeits-erlebnis selbst entscheidenden Wandlungen unterworfen ist: das Geldbewußtsein (*money-mindedness*) bestimmt in immer größerem Umfang das Verhalten zur Arbeit und diese wird vom Arbeiter als

30 Vgl. W. Hofmann: Verelendung. In: Folgen einer Theorie. Ed. Suhrkamp, Nr. 226, S. 27—60 — E. Mandel: *Traité d'économie marxiste*, Bd. 1, Paris 1962, S. 179 ff.

31 So z. B. die revolutionären Obleute der Berliner Metallindustrie, die in der Novemberrevolution von 1918/19 den Kern der Rätebewegung stellten.

32 F. Zweig: *The British Worker*, London 1952.

33 Ders.: *The worker in an affluent society*, New York 1961, S. IX.

34 Ebd. S. 205—209. Diese Merkmale finden sich immer wieder in Untersuchungen zum Bewußtsein von Angestellten (vgl. Anm. 12).

immer befriedigender empfunden (*job-satisfaction*)³⁵. Zweig belegt diese Hypothesen durch eigene Erfahrungsberichte, die zugleich das theoretische Niveau seiner Arbeit dokumentieren:

„In den fünf Betrieben, die ich besuchte, konnte ich feststellen, daß es kaum Anzeichen für das gibt, was oft die „Entfremdung“ (*alienation*) des Arbeiters von seiner Arbeit oder als „Entfremdung“ (*estrangement*) von der Gesellschaft bezeichnet wird“ (S. 69).

Zusammenfassend stellt Zweig fest, daß sich sowohl das Klassenbewußtsein als auch das „Klassenunterbewußtsein“ im Abklingen befinden (135). Gleichwohl enthält auch diese insgesamt eher verschleiernde als erhellende Untersuchung einige aufschlußreiche Punkte zur Diskussion des Arbeiterbewußtseins. Neben dem Hinweis, daß die Identifikation mit der Arbeiterklasse bei Facharbeitern intensiver ausgeprägt ist als bei angelernten und ungelernten Arbeitern (137), verdient vor allem die Erörterung des „Klassenunterbewußtseins“ Beachtung:

„Es . . . ruht in den verborgenen Spalten des Arbeiterbewußtseins; gespeist wird es durch vergangene Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne, ungerechte Behandlung, Klassendiskriminierung, durch den gemeinsamen Kampf gegen Ungerechtigkeit, durch all jene bitteren Erfahrungen der Vergangenheit, die nun im Schwenden begriffen sind; oft kommt es wieder an die Oberfläche des Bewußtseins — nämlich dann, wenn ein Arbeiter mit Handlungen und Situationen konfrontiert wird, die ihn gewaltsam an seinen Status erinnern.“ (S. 135—136)³⁶

Darüber hinaus macht Zweig auf ein Merkmal des Arbeiterbewußtseins aufmerksam, das auch in vielen anderen Untersuchungen sich abzeichnet: Einstellungen, Urteile und Verhaltensweisen der Arbeiter sind nicht mehr als homogen und kollektivistisch zu klassifizieren; sie sind dagegen zutiefst ambivalent (202) und von personalisierenden Einstellungen bestimmt. Zweig bezeichnet dies als einen Prozeß der „Diversifikation“ (138) des Klassenbewußtseins.

In England hat sich vor allem der Soziologe David Lockwood mit der These von der „Verbürgerlichung“ durch steigendes Einkommen und der proletarischen Anpassung an „Mittelklassen-Standards“ auseinandergesetzt. In einer ersten Kritik³⁷ an dieser Hypothese einer „neuen Arbeiterklasse“³⁸ konzidiert er zunächst die nicht zu ver-

35 Ebd. S. 68.

36 Zweigs Überlegungen zum „Klassenunterbewußtsein“ berühren sich mit den theoretischen Ansätzen, die Popitz, Bahrtdt u. a. im „Gesellschaftsbild des Arbeiters“ zur Funktion der Topik für die Sprache und das Bewußtsein von Arbeitern entwickelt haben.

37 D. Lockwood: The „New Working Class“. In: Archives européennes de Sociologie, Bd. 1, 1960, Nr. 2, S. 248—259. Vgl. auch Lockwoods Studie zum „Klassenbewußtsein“ von Angestellten: The blackcoated Worker, London 1958.

38 „Neue Arbeiterklasse“ bzw. „affluent worker“ wird hier immer auf das Kriterium des gehobenen Einkommens bezogen und nicht — wie etwa bei Serge Mallet — auf die berufliche Qualifikation und die Stellung im Produktionsprozeß.

leugnende Differenz zwischen der „Armut“ der Vorkriegsperiode und dem relativen „Wohlstand“ der Nachkriegsentwicklung. Zugleich lehnt er soziologische Schlußfolgerungen auf der Grundlage dieses Vergleichs ab; denn „es ist ein oberflächlicher Kontrast, — nicht nur, weil er von einer undifferenzierten Arbeiterklasse ausgeht, sondern auch, weil er darauf verzichtet, die sozialen und ökonomischen Determinanten des Bewußtseins der Arbeiterklasse zu berücksichtigen“ (249). Gegen *Zweig*, der die *Familienorientierung* und das *Konsumbewußtsein* in den Vordergrund gerückt hatte, beharrt *Lockwood* darauf, daß der entscheidende Ort für die Bestimmung und die Veränderung der Klassenbeziehungen nach wie vor in der gesellschaftlichen Organisation des Arbeits- und Produktionsprozesses zu lokalisieren sei (256).

Die vorläufige Kritik am Konzept der neuen, verbürgerlichten Industriearbeiterschaft hat bereits Ergebnisse einer umfangreichen Studie verarbeitet, die *Lockwood*, *Goldthorpe*, *Bechhofer* und *Platt* gegen Ende der fünfziger Jahre in der englischen Industriestadt Luton durchführten³⁹. Unter dem Titel „The Affluent Worker“ wurden 229 *Spitzenverdiener* aus drei Produktionsbereichen — Fließband (Automobilbau), Maschinenbau und Prozeßproduktion (Chemie) — auf ihr Verhalten am Arbeitsplatz, auf ihre politischen und gewerkschaftspolitischen Einstellungen sowie auf ihr Freizeitverhalten hin befragt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung scheinen zunächst die Hypothesen von *F. Zweig* zu bestätigen: Auf Grund der Einstellung zur Arbeit unterscheiden die Autoren drei idealtypische Grundmuster:

1. die „solidaristische“ Orientierung des traditionellen Arbeiters,
2. die „bürokratische“ Orientierung des Angestellten, und
3. die „instrumentelle“ Orientierung des neuen Typus, des „affluent worker“ (I, S. 38—41).

Die Kategorie „instrumentell“ bezeichnet eine Einstellung, die die Arbeit als ein Mittel zur Erreichung von Zielen und Bedürfnissen außerhalb der Arbeit begreift. Das wiederum zeitigt bei den „affluent workers“ eine außerordentlich geringe Arbeitszufriedenheit (job-satisfaction), (I, 25) eine schwache persönliche Bindung an den Betrieb (I, 50) sowie eine deutlich distanzierte Haltung gegenüber Vorgesetzten (je geringer der Kontakt, desto positiver die Einschätzung der Vorgesetzten) (I, 63). In diesem Erlebniszusammenhang wird die Arbeit in einem fundamentalen Sinn als *Lohnerwerb* betrachtet; d. h. die Arbeiter haben ein ausgeprägtes Bewußtsein, daß sie ihre Arbeitskraft zu einem höchstmöglichen Preis verkaufen. Auf den Betrieb bezogen erscheint der Lohn mithin als eine „rationale Ver-

³⁹ J. H. Goldthorpe, D. Lockwood u. a.: *The affluent worker*, Bd. 1: *Industrial attitudes and behaviour*, Bd. 2: *Political attitudes and behaviour*, Cambridge 1968. Vgl. auch Goldthorpe/Lockwood: *The affluent worker and the thesis of embourgeoisement*. In: *Sociology* No. 1, Vol. 1. Jan. 1967 und Goldthorpe/Lockwood: *Affluence and the British Class Structure*. In: *Sociological Review*, Vol. II, No. 2, Juli 1963.

tragsbasis“, die jedoch die Einstellung zur sozialen und technischen Organisation des Arbeitsprozesses kaum tangiert. Daraus resultiert, daß die meisten Arbeiter darauf abzielen, ihre Macht als *Konsumenten* und nicht als *Produzenten* zu erhöhen (I, 38).

Diese instrumentelle Orientierung gegenüber der Arbeit dominiert auch die Einstellung zur Funktion der *Gewerkschaften*. An die Stelle des traditionell „solidarischen Kollektivismus“ tritt ein „instrumenteller Kollektivismus“, d. h. die Ergebnisse der Gewerkschaftspolitik werden Zielsetzungen und Bedürfnissen zugeordnet, die — außerhalb des Arbeitsbereiches — als individuelle und private Erwartungen bestimmt sind (I, 106 ff.). Damit verändern sich weder die Auffassung, daß die Arbeiter nur durch gemeinsames und entschlossenes Handeln ihre Forderungen durchsetzen können noch die organisatorische Basis der Gewerkschaften bei den Arbeitern. Lediglich die Motivation gegenüber den Gewerkschaften und ihrer Politik hat sich geändert.

Auch in der Sphäre des politischen Verhaltens wollen die Autoren die Theorie der instrumentellen Orientierung der „neuen Arbeiterklasse“ verifizieren. Dabei ergibt sich zunächst ein scheinbarer Widerspruch; denn eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung wird darin gesehen, daß die feste und — zeitlich gesehen — auch stabile Bindung an die *Labour-Party* durch steigendes Einkommen und Konsumerwartungen in keiner Weise angegriffen wird (II, 47)⁴⁰. Gleichwohl soll diese Bindung nicht im Sinne einer traditionellen Klassenkampforientierung verstanden werden; alle Fragen in dieser Richtung weisen vielmehr darauf hin, daß die Intensität des Klassenbewußtseins, die mit der Einstellung zur *Labour-Party* verbunden wäre, außerordentlich gering ist (II, 25 ff.). Politisches Verhalten ist demzufolge ähnlich instrumentell motiviert wie das Arbeitsverhalten und die Einstellung zu den Gewerkschaften. Wenn auch die Mehrheit der Arbeiter meint, *Labour* sei die Partei des „Arbeiters“ oder der „Arbeiterklasse“⁴¹ (II, 17), so erweist sich doch beim Nachfragen, daß diese Mehrheit mit der Möglichkeit eines *Labour*-Wahlsieges und einer *Labour*-Regierung die „nüchterne Kalkulation auf materielle Vorteile“ für sich selbst verbindet (II, 31).

40 Im II. Band zeigt sich vollends die Fragwürdigkeit dieser Untersuchungsergebnisse. Einmal bezieht sich das tatsächliche wie das intendierte Wahlverhalten im Untersuchungszeitraum auf die Wahlen von 1955 und 1959. Es ist also auf jene Periode bezogen, in der *Labour* noch in der Opposition stand, nicht aber auf die — für die Beurteilung des politischen Bewußtseins der Arbeiter — entscheidende Phase der *Labour*-Regierung unter Harold Wilson mit ihrer restriktiven Einkommens-, Anti-Gewerkschafts- und Anti-Streikpolitik. Weiterhin werden wichtige Ergebnisse wie z. B. die 10 %, die überhaupt nicht wählen, oder die allgemeine negative Einstellung gegenüber den Parteien nicht näher analysiert.

41 Im englischen Sprachgebrauch hat „working-class“ freilich nicht die politisierte Bedeutung, die dem Begriff „Arbeiterklasse“ in Deutschland zukommt.

Insgesamt folgern die Autoren, daß die These von der „Verbürgerlichung“ der Arbeiter, von einer Integration in die „Mittelklasse“ falsch sei. Die objektive Arbeitssituation hat sich nicht verändert: Die Arbeiter verkaufen ihre Arbeitskraft; sie haben keine emotional-positive Beziehung zu ihrer eigenen Tätigkeit im Betrieb; die beruflichen Aufstiegsenerwartungen sind gering; die Zukunftsvorstellungen werden von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Status diktiert; die politische Fixierung an die *Labour-Party* ist unvermindert stark. Gewandelt hat sich aber wesentlich die objektive und subjektive Dimension, in der diese Situation erlebt und bewertet wird. Diese Veränderung ist einmal gesamtgesellschaftlichen Transformations- und Modernisierungsprozessen wie z. B. der Entwicklung des *Städtebaus* und des *Wohnungswesens*, damit zugleich einer größeren geographischen Mobilität geschuldet (I, 174). Zum anderen — und damit wird auch die bislang noch offene Frage beantwortet, auf welchen sozialen Focus die „instrumentelle“ Orientierung des Bewußtseins eigentlich stattfindet — ist mit dieser Auflösung traditioneller Lebens- und Kommunikationsstrukturen der Arbeiterklasse (proletarische Subkultur) eine „Privatisierung“ der sozialen Existenz verbunden; d. h. der wirtschaftliche Aufstieg des Individuums und seiner Familie erschienen wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer fest verbundenen Lebensgemeinschaft (II, 76). Während der Arbeitsplatz und die Wohngemeinde (community) als Faktoren der proletarischen Integration an Gewicht verlieren, gewinnt die „privatisierte“ *Kernfamilie* — als Fixpunkt der Orientierungen — eine neue, dominierende Bedeutung.

Der III. Band der Untersuchung⁴² faßt noch einmal die wesentlichen Merkmale der Arbeitsorientierung und des Wahlverhaltens als Widerlegung der „Verbürgerlichungsthese“ zusammen, wertet aber gleichzeitig das empirische Material zu den außerbetrieblichen Lebensbedingungen aus. Angesichts der zuvor entwickelten Kategorie der „instrumentellen Orientierung“ des Arbeiterbewußtseins gewinnt dieser Bereich natürlich besondere Bedeutung. Dennoch zeigt sich gerade hier, daß — trotz der Einkommenshöhe und des relativ „mittelständigen“ Konsumstandards — keine Assimilation in die kleinbürgerliche „Subkultur“ erfolgt: Die meisten Arbeiter haben keine sozialen Kontakte, die über den engeren Verwandtenkreis hinausgehen (III, 89 ff.); durch Überstunden, Schichtarbeit und Arbeit vieler Frauen ist die Freizeit außerordentlich restringiert (III, 99 ff.); die Kinder der „affluent workers“ liegen in ihren schulischen Leistungen signifikant unter denen der Mittelklassen-Kinder (III, 134 ff.). Auch die Verwendung der Einkommen markiert die Konsistenz einer Lebens- und Zukunftserwartung, die nicht von sozialem Aufstieg gekennzeichnet ist, d. h. die Konsumorientierung und der steigende Lebensstandard ist nicht mit der Erwartung einer grundlegenden sozialen Veränderung der eigenen Situation verbunden.

42 J. H. Goldthorpe, D. Lockwood u. a.: *The affluent worker in the class structure*, Cambridge 1969.

Dem entspricht, daß die „affluent workers“ — in deutlichem Gegensatz zu Angestelltenfamilien — die Verwendung ihres Einkommens in der Regel kurzfristig planen (III, 123 ff.).

So kommen die Autoren auf Grund der empirischen Ergebnisse zu der wichtigen Schlußfolgerung, daß erhöhtes Einkommen die objektiven und subjektiven Bestimmungsmomente der proletarischen Klassenlage nicht aufhebt: „Der Fabrikarbeiter kann sein Einkommen verdoppeln, bleibt aber trotzdem ein Mensch, der seine Arbeitskraft im Austausch gegen Lohn an einen Unternehmer verkauft; er kann vom Fließband an ein Steuerpult überwechseln, ohne daß sich seine untergeordnete Position in der Organisation der Produktion verändert; er kann ein eigenes Haus in einer typischen Mittelklassen-Wohngegend besitzen und dennoch von der Angestellten-Subkultur isoliert bleiben. Kurz: Klassen- und Statusbeziehungen verändern sich grundsätzlich nicht linear mit Veränderungen in der ökonomischen, technologischen und ökologischen Infrastruktur des gesellschaftlichen Lebens.“ (III, 162/163)

Die abschließenden politischen Schlußfolgerungen von *Goldthorpe*, *Lockwood* u. a. reflektieren die ganze Ambivalenz dieses Forschungsansatzes. Auf der einen Seite wird in scheinbar leninistischer Manier die Bedeutung der politischen Organisation für die — derzeit noch offene — künftige Bewußtseinsentwicklung der „affluent workers“ hervorgehoben. Sie fordern eine politische Aktionsbereitschaft der Partei der Arbeiterklasse, „... die darauf zielt, Bedürfnissen, Forderungen und Erwartungen, die bislang von eher sub-politischer Art waren, eine spezifische und politisch relevante Bedeutung zu verleihen und somit eine Massenbasis für ein Programm oder eine Bewegung zu schaffen“ (III, 189). Bei genauerer Analyse erweist sich diese Forderung jedoch als eine Empfehlung an die englische Labour-Party, ihre Politik und ihr Programm von Elementen der traditionellen „Klassenkampf-Politik“ zu reinigen und den Godesberger-Weg der westdeutschen SPD zu beschreiten. Diese Schlußfolgerung hebt aber die empirischen Untersuchungsergebnisse ideologisch auf; denn das Konzept einer mittelständisch orientierten Volkspartei bedeutet nichts anderes als die Integration bestehender Elemente des Klassenbewußtseins in das — sozialdemokratisch organisierte — System des Spätkapitalismus.

Die Kritik an der Studie über den „Affluent Worker“ muß sowohl bei den theoretischen Voraussetzungen als auch bei der Interpretation der Forschungsergebnisse ansetzen. Ebenso wie *Zweig*, unterstellen *Lockwood* und *Goldthorpe* den „Überfluß“ bzw. den „Wohlstand“ im Kapitalismus als undiskutierte Selbstverständlichkeit, als einen Fact, der in Form von Arbeiterspitzenlöhnen empirisch operationalisierbar ist. Die objektiven Grenzen, die Rezessionen oder Krisen im Kapitalismus der Ausdehnung des Arbeitslohnes und der Massenkaufkraft setzen, werden nicht reflektiert. Damit erweist sich diese Studie als eine soziologische „Momentaufnahme“, als ein aufwendiger Situationsbericht, der zur Erklärung von aktuellen und potentiellen Entwicklungstendenzen des Arbeiterbewußtseins und

des Klassenkonflikts unbrauchbar ist⁴³. Nichts vermag diesen Einwand überzeugender zu illustrieren, als die Lohnstop-Politik der Wilson-Regierung, die die englische Wirtschaftskrise der sechziger Jahre auf kapitalistische Weise bereinigen sollte und schließlich konsequent zum Scheitern dieser Politik führte.

Aber schon die vereinfachte Beziehung von „Überfluß“ und „privatem Konsum“ (affluence-consumption) lenkt von der kritischen Analyse des Zusammenhangs zwischen der materiellen und ideologischen Reproduktion des Spätkapitalismus und den zielgerichteten Pressionen auf das Arbeiterbewußtsein ab. Bei *Goldthorpe* und *Lockwood* wird unbesehen die Existenz außer der Arbeitszeit, die Freizeit in Heim und Familie, als gesellschaftlicher Freiheitsraum unterstellt, in dem es — zumindest im Vergleich zur Arbeitssituation — noch autonome und befriedigende Entscheidungen gebe:

„Die Existenz außerhalb der Arbeit stellt für unsere „affluent workers“ einen Bereich von wenigstens relativer *Freiheit* dar; als Konsumenten, als Heimgestalter (homemakers) können sie eine gewisse Autonomie und Kreativität ausüben und die Art und Weise ihres Lebens gestalten. Der Preis dafür ist jedoch, daß die Arbeit als Bereich der *Notwendigkeit* akzeptiert werden muß“ (I, S. 143).

Die Kategorie der „instrumentellen Orientierung“ ist — ähnlich der des „Gesellschaftsbildes“ — eine operationell-deskriptive Definition, die die Genesis und die Wirkungsweise gesellschaftlicher Zwangsmechanismen gerade in dem Bereich ausklammert, der hier mit dem Attribut der „Freiheit“ apostrophiert wird⁴⁴.

Die Untersuchungsergebnisse belegen aber die Tatsache, daß der „Freizeit“-Bereich allenfalls ideologisch kompensierende Funktionen hat. Die mangelnde Identifikation mit der eigenen produktiven, gesellschaftlichen Tätigkeit, die durch den Zwangscharakter der kapitalistischen Produktion erzwungen wird, schafft die Illusion von „Freiheitsräumen“ — im Haus, in der Familie, im Garten oder im Auto —, in denen die universelle Fremdbestimmung und Unselbständigkeit des Lohnarbeitsverhältnisses zu durchbrechen sei. Die Eigentums- und Freiheitsideologie außerhalb der Arbeit läßt aber nur den engen Spielraum der Wahl zwischen vorgefertigten Scheinalternativen der Konsumgüterindustrie und der Massenmedien zu und verdoppelt damit die Herrschaftsverhältnisse der industriellen Produktion — d. h. die erzwungene Anpassung an die Bedingungen der Kapitalverwertung und der Herrschaftssicherung.

43 So ist auch aus der gesamten Studie nicht abzuleiten, warum 1965 und 1967 bei Vauxhall (einem der untersuchten Betriebe in Luton) gestreikt wurde (I, S. 195 ff.). Hier hätte eine kritische Untersuchung der Einstellungen zur Labour-Party zumindest die Voraussetzungen bestimmen können, unter denen die Interessen der Arbeiter in Konflikt mit der Regierungspolitik — und damit auch der traditionell akklamierten Arbeiterpartei — geraten.

44 Vgl. dazu z. B. P. Schneider: Die Phantasie im Spätkapitalismus und die Kulturrevolution. In: Kursbuch, 16/1969, S. 1—37, h. S. 19.

Im Zusammenhang dieser zunächst ideologiekritischen Infragestellung der These vom autonomen und quasi herrschaftsfreien Lebensbereich außer der Arbeit und des betrieblichen Herrschaftsystems muß auch die These von der instrumentellen Orientierung des Arbeiterbewußtseins auf die Familie überprüft werden. Die Forschungsergebnisse von *Goldthorpe* und *Lockwood* legen den Schluß nahe, daß die Familienrollen des Arbeiters (Ehemann, Vater und Konsument) als Katalysatoren des Arbeitererlebnisses fungieren. Bezeichnend für die Abstraktion und Unverbindlichkeit dieser Aussage ist die Tatsache, daß — ebenso wie im Bereich des Freizeit- und Konsumverhaltens — auf eine detaillierte Analyse der Familiensituation verzichtet wird. Zwar erkennt *Lockwood* an, daß die Familie neben der Arbeit und der Wohngemeinde eine institutionalisierte Grundform gesellschaftlicher Organisation und damit auch der Bewußtseinsbildung ist⁴⁵. Dennoch werden die sozialen Normen und Leistungsansprüche, die in die Familie hineinwirken, sowie die besonderen sozialen Funktionen der Familie, Sozialisation und Erziehung zu organisieren, negiert. Gerade die Arbeiten von *Basil Bernstein*⁴⁶ haben nachgewiesen, in welchem Maße bereits in der frühkindlichen Entwicklungsphase — über die materiellen Lebensbedingungen, die Größe der Familie, die Vermittlung von Erziehungsnormen und -sanktionen, sowie durch die Sprache — die soziale Situation der Arbeiterfamilie die Voraussetzungen der proletarischen Milieugebundenheit in Verhalten, Intelligenz, Interessen und Sprache reproduziert. Die Veränderungen im Städtebau und im Wohnungswesen, in der geographischen Mobilität sowie in den Kommunikationsstrukturen (Verdrängung primärer Kommunikation durch die Massenkommunikationsmittel), auf die *Goldthorpe/Lockwood* und auch *F. Zweig* verweisen, haben jene soziale Situation der Arbeiterfamilie nicht aufgehoben, sondern auf eine andere Ebene von Widersprüchen und Konflikten verlagert.

So sind die hier diskutierten Untersuchungen zu Lage und Bewußtsein der Industriearbeiter in der kapitalistischen „Überflußgesellschaft“ insgesamt kaum geeignet, das Wechselverhältnis ökonomischer, sozialer, politischer und auch sozialpsychologischer Faktoren in der Lage der Arbeiterklasse, ihre Widersprüchlichkeit und das daraus resultierende Konfliktpotential verständlich zu machen.

(wird fortgesetzt)

45 Vgl. D. Lockwood: The „New Working Class“, a.a.O., S. 255.

46 Vgl. u. a. B. Bernstein und D. Henderson: Social class differences in the relevance of language to Socialization, in: *Sociology*, Vol. 3, No. 1, Jan. 1969, S. 1—20.

Frank Niess

Das Rechtskartell an der Universität und die Zukunft der angepaßten Wissenschaft

Bemerkungen zur Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“

I

Mit dem Abschluß der wirtschaftlichen Rekonstruktionsperiode in der Bundesrepublik ist gleichzeitig die Wissenschaft als Produktivkraft in das Bezugsfeld kapitalorientierter Interessen gerückt¹. Da sich bis in die ausgehenden fünfziger Jahre hinein das Problem der technologischen Innovationen nur insoweit stellte, als es die Bedingungen des Wiederaufbaus unmittelbar betraf, konnten Forschung und Lehre im institutionellen Rahmen der Universitäten gemeinhin noch als bloße Attribute des Kulturstaates gelten.

Diese Situation hat sich grundlegend verändert, seitdem expansive Tendenzen und die Frage der langfristig produktiven Investitionen den Gang der ökonomischen Entwicklung bestimmen². Wo allgemeine Wachstumsprobleme und Absatzschwierigkeiten die Expansion der Märkte zwingend vorschreiben und dieser wirtschaftliche „Fortschritt“³ wiederum vom Anschluß an technologische Standards abhängt, entsteht das Bedürfnis, Wissenschaft ihrer luxuriösen Isolation zu entziehen.

Darüber hinaus muß sich auch die Frage stellen, ob der privilegierte Status des Wissenschaftlers unangetastet bleiben kann, ohne daß sich die Ausgangslage für die Realisierung dieses Bedürfnisses sichtbar verschlechtert. Daß gerade die partielle Freistellung von sozialen und politischen Zwängen in Frage steht, die es überhaupt erst ermöglicht, über die spezialisierte Wissenschaftspraxis hinaus ihre emanzipatorischen Möglichkeiten gründlicher zu reflektieren⁴,

1 Vgl. Hirsch, Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus, in: DAS ARGUMENT, Nr. 50, Sonderband zum 10. Jg., S. 11, der die Analyse dieser Entwicklung vorrangig auf den veränderten Stellenwert der wissenschafts- und bildungspolitischen Thematik im Engagement der staatlichen Administration bezieht. Dazu ferner auch Leibfried, Die angepaßte Universität, Frankfurt am Main 1969, S. 32 f., sowie Miller, Formierung der Wissenschaft, in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 13. Jg., Nr. 5, Mai 1968, S. 518; ferner Hofmann, Universität, Ideologie, Gesellschaft, Frankfurt am Main 1968, S. 43 f.

2 Vgl. Miller, a.a.O., S. 518, sowie Leibfried, a.a.O., S. 24 ff.

3 Zur Problematik des wirtschaftlich-technischen Fortschritts-Begriffs, der gesellschaftlichen Notwendigkeiten nicht notwendig korreliert, Hirsch, a.a.O., S. 20.

4 Dazu kritisch Habermas, Demokratisierung der Hochschule — Politisierung der Wissenschaft?, in: DER MERKUR, 23. Jg., Juli 1969, Heft 7, S. 602.

gehört zu den wichtigsten Implikationen dieses funktionalistischen Interesses.

Denn erwartungsgemäß trifft der Versuch, Forschung und Lehre noch unverhüllter als bisher den Kriterien der ökonomischen Rationalität anzupassen, auf den entschiedenen Widerstand eines kritischen Potentials unter denen, die Wissenschaft im Bewußtsein ihrer gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung betreiben⁵. Dieser Integrationsprozeß, der sich zum Beispiel im Verhältnis zur wachsenden Bedrohung der bundesrepublikanischen Außenhandelsposition bereits merklich beschleunigte⁶, bedarf einer allgemeineren politischen Legitimation, die beiträgt, unerwünschte Reibungsverluste zu vermeiden.

Als funktionstüchtig in dieser Hinsicht hat sich bereits die Konstitution eines Allgemeinwohl-Begriffs von Wissenschaft erwiesen, der tatsächlich jenseits der Notwendigkeit gesellschaftlicher Transformation nur die herrschenden Interessen abdeckt⁷. Unversehens ist dabei das Wertfreiheitspostulat⁸ strukturell zum Pendant der Formel von der entideologisierten und -politisierten Wissenschaft geworden⁹.

Wo die Apologeten dieser wissenschaftstheoretischen Position gemeinhin vermuteten, daß Wissenschaft dem Kriterium ihrer Objektivität nur entsprechen könne, wenn sie wertneutral ist, sind die Protagonisten eines apolitischen Wissenschaftsbegriffs sichtlich be-

5 Zur Konvergenz eines bürokratischen und kapitalistischen Interesses an der Disziplinierung von Wissenschaft und zum potentiellen Widerstand gegen diesen außerwissenschaftlich motivierten Zugriff vor allen Dingen Hirsch, a.a.O., S. 33. Ähnlich auch Hofmann, Universität, S. 29.

6 Vgl. Leibfried, a.a.O., S. 27; zum weiteren Zusammenhang auch Hirsch, a.a.O., S. 23 ff.

7 Drastisch veranschaulicht Miller, a.a.O., S. 525 und passim die Implikationen dieses „Gemeinwohl“-Verständnisses am Beispiel spezifischer Konzerninteressen.

8 Dazu einführend Hofmann, Universität, S. 67 ff.

9 Die Parallelität ergibt sich daraus, daß die Protagonisten einer Entideologisierung der Wissenschaft „ihre eigene Position als eine wertfrei-analytische“ begreifen. Vgl. Kurt Lenk, Die These vom postideologischen Zeitalter, in: BLÄTTER, 13. Jg., Oktober 1968, Heft 10, S. 1061. „Entideologisierung ist demnach reiner Dezisionismus des einzelnen, der sich für wissenschaftliches Denken entscheiden könne, sofern er die damit verbundenen Voraussetzungen sich aneigne.“ Was ihre faktischen politischen Konsequenzen angeht, fällt aus diesem Zusammenhang entgegen ihrem antipositivistischen Credo und ihrer normativen Orientierung an der Praxis nicht einmal jene sozialwissenschaftliche Richtung heraus, auf deren Vertreter und ihr konkretes Engagement für einen entideologisierten Wissenschaftsbetrieb sich die folgende Darstellung im wesentlichen zu beziehen hat. Vgl. eine umfassende Analyse dieser Richtung bei Kammler, Politische Wissenschaft und Herrschaft, in: DAS ARGUMENT, Nr. 50, Sonderband zum 10. Jg., S. 159 ff. Allgemeiner zum Kontext auch Benzinger, Die Universität stand stets mitten in der Politik in: FRANKFURTER RUNDSCHAU, Nr. 172, 29. Juli 1970, S. 6.

müht, die Fiktion seiner allgemeinwohl-spezifischen Qualität zu sichern. Darin drückt sich unzweifelhaft das verkürzte Verständnis dessen aus, was unter dem Begriff des Politischen zu subsumieren ist: die Artikulation gruppenspezifischer Interessen in kompakten Parteibildungen und Fraktionierungen. Außerhalb dieses Begriffs bleibt zwangsläufig die kritische Reflexion gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse, die in die Zwecksetzungen von Wissenschaft einzugehen hat, sofern diese nur als letzthin politische Tätigkeit begriffen wird¹⁰.

Mit dem Ideologie-Verständnis solcher Observanz, das dazu dient, die Formierung der Wissenschaft unter kapitalorientierten ökonomischen Aspekten politisch zu legitimieren, verhält es sich kaum anders. Denn nur die Akzentuierung hochideologischer Interessenformationen, die mit der tatsächlichen Situation kaum noch in Einklang zu bringen ist¹¹, verhilft diesem Begriff zu seinem vordergründigen theoretischen Substrat. Gemeinsam ist den Implikationen derartiger Politik- und Ideologieauffassungen, daß sie das kritische Verhältnis zum gesellschaftlichen Status quo de facto verabschieden¹². Und auch insofern erweist sich ihre Kongruenz, als sie — auf die legitimatorischen Absichten ihrer Urheber zugeschnitten — über die Struktur des Verwertungszusammenhangs nicht hinreichend hinwegzutäuschen vermögen, in den wissenschaftliche Tätigkeit ohnehin integriert ist.

II

Die kritische Theorie der radikaldemokratischen und sozialistischen Studenten fand hierin einen konkreten Ansatz vor, als sie über den Bereich von Wissenschafts- und Hochschulpolitik hinauswies. Ihre politische Aktualität gewann sie gerade aus dem offenkundigen Mißverhältnis zwischen theoretisch-politischem Anspruch und argumentativer Stringenz, die den Versuch kennzeichnet, die unreflektierte und unkontrollierbare Indienstnahme des Wissenschaftsbetriebs für partikuläre ökonomische Zwecke in den Schein der gesellschaftlichen Notwendigkeit zu hüllen¹³.

Am Beispiel der Auftrags- und Kriegsforschung im allgemeinen¹⁴ und der Entwicklung von Strategien, welche die planmäßige Unter-

10 Vgl. Hofmann, Universität, *passim*.

11 Vgl. Lenk, a.a.O., S. 1063; allgemein dazu auch Schnädelbach, Was ist Ideologie?, in: DAS ARGUMENT, Nr. 50, Sonderband zum 10. Jg. S. 88 ff.

12 Vgl. Lenk, a.a.O., u. a. S. 1066.

13 Allerdings bedurfte sie zu ihrer inhaltlichen Entfaltung keineswegs allein dieses Bezugsrahmens, sondern konnte vielmehr prinzipiell auf die augenfällige Diskrepanz zwischen technischem Fortschritt und einseitiger Konzentration gesellschaftlichen Reichtums abheben. Vgl. das an solche Analyse unmittelbar anknüpfende wissenschaftspolitische Postulat von Hofmann, Universität, S. 39.

14 In diesem Zusammenhang gilt es festzuhalten, daß die Kampagne der sozialistischen Studenten gegen die Kriegsforschung an den Hoch-

drückung sozialer Bewegungen zum Inhalt haben, im besonderen¹⁵, konnten die politischen Studenten auch einer liberalen Öffentlichkeit gegenüber den anschaulichen Nachweis dafür erbringen, daß die perspektivische Verkürzung des Politik- und Ideologiebegriffs, wie sie für die Legitimationsfiguren der wissenschaftsbezogenen Formierungsinteressen typisch wurde, eben nicht nur aus theoretischen Unzulänglichkeiten resultierte, sondern sich vielmehr als Produkt seiner Herrschaftskonformität erwies.

Insbesondere die sozialistische Politik, die in den vergangenen Jahren an den Hochschulen formuliert wurde, nahm demgegenüber die Frage nach den gesellschaftlichen Zwecken von Wissenschaft jenseits ihrer faktischen Adaption an vorgegebene Interessenkonstellationen in die Theorie auf. Gemessen an diesem Vorgang und seinen unmittelbaren politischen Folgerungen mußten die „Legitimationsschwierigkeiten des Kapitals“¹⁶ nur noch drängender werden. Die ritualisierte Beschwörung eines entpolitisierten Wissenschaftsbegriffs allein konnte in dieser Situation nicht mehr hinreichen, die Problematik der ökonomisch determinierten Hochschulpolitik zu verdrängen. An die Stelle der formelhaften Immunisierung gegen die kritische Reflexion des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft trat eine Gegenstrategie, die primär auf das Mittel der Repression setzte, ganz gleich, ob sie sich nach außen zunächst noch als technokratischer Reformimpuls drapierte oder ein pluralistisches Gesellschaftsverständnis zu aktivieren schien. Unter verschiedenen politischen Etiketten und auf unterschiedlichen institutionellen wie auch informellen Ebenen konzentrierte eine gemeinsame Aktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft immer eindeutiger den Angriff auf die studentische Position einer demokratischen Universität, eine Position, die mittlerweile — gelegentlich unter dem Druck der auf breiter Basis vorgetragenen Protestaktionen — partiell zur Orientierungshilfe für Gesetzgebungsinitiativen geriet. (Dies, obwohl für die Studentenbewegung nach Lage der politischen Machtverhältnisse kaum jemals Erfolgchancen sichtbar wurden, Wissenschaft und Forschung ihrer unreflektierten und unkontrollierbaren Integration in den ökonomischen Verwertungszusammenhang zu entziehen.)

Sowohl in den Reformplänen des Wissenschaftsrates und des „Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft“ zur Bildungsökonomie¹⁷

schulen nicht primär einem relativ vagen pazifistischen Engagement entsprang, sondern vielmehr die Kritik an der systematischen „Absorption gesellschaftlichen Reichtums“, so Lefèvre, Reichtum und Knappheit, in: Bergmann-Dutschke-Lefèvre-Rabehl, *Rebellion der Studenten*, Reinbek 1968, S. 121, praktisch werden ließ. Dazu auch Hirsch, a.a.O., S. 23.

15 Dazu vor allen Dingen Irving L. Horowitz, *Rise and Fall of Project Camelot*, Cambridge/Mass. 1967.

16 S. ROTES FORUM, *Heidelberger Studentenzeitschrift*, Heft 4, Juli 1969, S. 23.

17 Vgl. Miller, a.a.O., S. 518 ff., sowie Leibfried, a.a.O., S. 29 ff.

als auch in individuellen hochschulpolitischen Konzeptionen¹⁸ kam jedoch schon frühzeitig das taktische Ziel zum Tragen, diese Repressionen „im Bewußtsein der Betroffenen selbst als ‚Sach-Zwänge‘ zu verankern¹⁹. So wurde unter anderem die Straffung der Studierendauer, die die Entfaltung der emanzipatorischen Perspektiven von Wissenschaft weitgehend verhindert, als Einrichtung „kleiner Ausbildungsgänge für die Masse²⁰ apostrophiert. Dies begründete man mit praktischen Zwängen, die als solche den Möglichkeiten ihrer Veränderung nicht zu unterliegen schienen. Während die amtlichen Bildungsplaner in enger Kooperation mit Repräsentanten der Großindustrie ähnliche Argumentationsmuster bemühten, um die studentische Demokratisierungsforderung mit dem undifferenzierten Verweis auf virtuelle Niveauverluste von Wissenschaft und Forschung zu desavouieren, halfen sie andererseits den Katalog repressiver Reformmaßnahmen um das Instrumentarium des Ordnungsrechts zu ergänzen, das die Relegation anpassungsunwilliger Studenten ermöglicht²¹.

Sei es, daß auf seiten der Reformstrategen die notwendigen theoretischen Kategorien überhaupt nicht zur Verfügung standen oder daß ihre prinzipiell mögliche Aktualisierung einem Zynismus zum Opfer fiel, der aus der objektiven sozioökonomischen Interessenkonstellation erwuchs: die inhaltliche Auseinandersetzung mit der radikal-demokratischen oder sozialistischen Politik der Studentenbewegung jedenfalls fand zu keinem Zeitpunkt statt. Der Rekurs auf formale Einwände gegen diese Position, verbunden mit der ständigen Funktionalisierung eines allenthalben verfügbaren Gewaltpotentials von Administration und Justiz, trat an ihre Stelle.

III

Auch der Versuch, außerhalb von Bürokratie und Justiz mittels einer engen informellen Zusammenarbeit zwischen den Exponenten

18 Vgl. „Bericht über die Lage: Studentenunruhen“, den der Tübinger Soziologie-Ordinarius Tenbruck im Mai 1969 für Harald Dyckerhoff, „den Vorstandsvorsitzenden der Dyckerhoff-AG und CDU-Aktivist“ schrieb; in: ROTES FORUM, a.a.O., S. 30 ff.

19 ROTES FORUM, a.a.O., S. 24.

20 So der Tenbruck-Bericht (wie Anm. 18), S. 34.

21 Die Funktion des Ordnungsrechts als politisches Disziplinierungsmittel steht in diesem Katalog nach wie vor an erster Stelle. Nachdem das Bundesverfassungsgericht innerhalb kürzester Frist — selbst dieses Faktum bietet sich angesichts der üblichen Praxis höchstrichterlicher Entscheidungen für eine politische Interpretation unmittelbar an — durch sein verbindliches Votum bisher noch bestehende formale Skrupel des Verwaltungsgerichts Karlsruhe („das Ordnungsrecht sei kein eigentliches Disziplinarrecht“, vgl. Flugblatt des AStA Heidelberg, 2. 9. 1970) gegenstandslos gemacht hat, steht einer konsequenten Ergänzung der sukzessive verwirklichten Kompression des Ausbildungsbereichs durch die Relegation anpassungsunwilliger Studenten nichts mehr im Wege; zur Handhabung des Ordnungsrechts auch INFO, Nachrichten für die Studenten der Universität Heidelberg, Hrsg. vom AStA, Nr. 112, 21. 9. 1970, S. 1 f.

einer unkritisch-funktionalistischen Wissenschaftspraxis und Repräsentanten der Großindustrie die studentische Systemkritik in ihren unmittelbaren politischen Folgerungen über den Angriff auf die Organisation des SDS zu paralysieren, blieb auf derselben Ebene angesiedelt. (Wenn solche Versuche im Gegensatz zur administrativen Repression in der Praxis einem peinlichen Dilletantismus verfielen, so konnte dies nur beweisen, daß der gängige Zynismus in den offiziösen Gegenstrategien die vorherrschende Theorielosigkeit noch nicht vollends substituiert hatte; die Modalitäten der Auseinandersetzung blieben sich indes gleich.)

Als die „Hochschulgesellschaft e. V. für die Erneuerung der deutschen Universität“²² im Frühjahr 1969 mit dem Versuch begann, das studentische Protestpotential im Zuge einer „gut koordinierten Generalstabsarbeit“²³ lahmzulegen, schien es dem Gelingen dieses präventiven Unternehmens von vornherein an praktischen Durchsetzungsmöglichkeiten zu fehlen. Denn allen Ernstes konnten wohl selbst die engagiertesten Gegenreformer — angesichts des Informationsstands in der Studentenschaft und der darin fundamentierten breiten Politisierung — nicht vermuten, ihre nur unzulänglich pluralistisch verbrämte Herrschaftsposition argumentativ mit einiger Aussicht auf Erfolg abzustützen²⁴. So entwickelte sich diese Aktivität zum Debakel, schon bevor sie überhaupt zur öffentlichen Entfaltung gelangte und obwohl eine ansehnliche Zahl großer Wirtschaftsunternehmen sie großzügig subventioniert hatte²⁵.

22 Zu den Mitgliedern ihres Beirats zählten u. a. Robert Bosch, Ralf Dahrendorf, Hans Maier und Philip Rosenthal; vgl. ROTES FORUM, a.a.O., S. 25.

23 Vgl. ROTES FORUM, a.a.O., S. 25 ff.; der Einzug militärischer Termini in das Vokabular der „Hochschulreformer“ (z. B. gut koordinierte Generalstabsarbeit, ausmanövrieren, Sprengungstechniken, ... auf ihrem eigenen Feld vernichtend geschlagen werden...; und nur durch eine Waffe..., Schlachtfeld der Hochschulpolitik etc.), der im übrigen für den Sprachgebrauch ähnlicher Unternehmungen ebenso symptomatisch ist, reproduzierte schon das völlige Mißverständnis der theoretischen Intentionen und Handlungsformen der politischen Kontrahenten, das im wesentlichen dann das Selbstverständnis der Funktionäre der „Hochschulgesellschaft“ ausmachte.

24 Zur totalen theoretischen wie auch praxeologischen Insuffizienz der „Reformstudien“, welche die Hochschulgesellschaft „mit Unterstützung der Ford Foundation, des Stifterverbandes, der Stiftung Volkswagenwerk und einer Anzahl deutscher Firmen“ entwickelte, vgl. ROTES FORUM, a.a.O., S. 25.

25 Vgl. dazu beispielsweise den Bericht unter dem Titel „Inoffizielle Zwischenbilanz der Spendenaktion“ (Stand vom 31. 1. 1969), in: ROTES FORUM, a.a.O., S. 25 f., der unter den potentiellen Geldgebern zirkulierte, um sie zu einer „Kombination von Spende und Anzeige“ in der Schrift „Muß den SDS bekämpfen, wer eine vernünftige Hochschulreform will?“ zu animieren. „Steuerbegünstigte Spendenquittungen“ über Beträge zwischen fünf- und zehntausend Mark erhielten demnach die Firmen Wacker-Chemie, Degussa, Ruhrchemie AG, Daimler Benz, Chemische Werke Hüls

In exemplarischer Weise offenbarten sich die „abergläubischen Hoffnungen“²⁶ der großindustriellen Kreise, ihre Legitimationsprobleme doch noch aus einer immanenten Kritik der studentischen Demokratisierungs- und Politisierungsforderung heraus lösen zu können, indem einige junge Hochschulabsolventen, die weder über einschlägige Erfahrungen noch übliche Referenzen verfügten, schlicht auf Grund ihrer Bereitschaft, Gegenstrategien zu entwerfen, wider sonstige Kalkulationen hohe Spendenbeträge für diesen Zweck bekamen.

Gleichzeitig erhielt schon in diesem Vorausunternehmen die Absicht Konturen, den Gegenentwurf der Privatuniversität, die zwar einerseits den erforderlichen out-put an fungiblen Spezialisten und verwertbaren Forschungsergebnissen garantiert²⁷, jedoch gleichzeitig auf der Ent-Sozialisierung der investiven Risiken beruht, solange zu stornieren, bis sich die Untauglichkeit der administrativen und privaten Interventionsversuche am Objekt der bestehenden Hochschulen erweist. Selbst die Erkenntnis der problematischen Situation der Kriegs- und Auftragsforschung²⁸ angesichts ihrer verstärkten öffentlichen Kontrolle²⁹ hat noch nicht das Bewußtsein zutage gefördert, daß dieser Zeitpunkt bereits gekommen ist. Bis heute hat man sich vielmehr noch mit Hilfskonstruktionen begnügt und auf die Restitution eines affirmativen Verständnisses der funktionalisierten Wissenschaftspraxis gesetzt.

Alle Absichten, den kritischen Teil der Studentenschaft mit besonderen Gratifikationen für die vermeintlichen Mitläufer zu isolieren³⁰ und die wachsende Solidarität dadurch zu brechen, daß man sie in ihren politischen Konsequenzen kriminalisierte, deuteten jedenfalls in diese Richtung. Selbst im Programm des „Wissenschaftszentrums Berlin“, das im übrigen vorerst noch eine neue Lage für die Verwertungspraxis unter den begrenzten örtlichen Bedingungen

und Henkel. „Zugleich mit ihren Spenden erwarben die Mitgliedschaft“ in der Hochschulgesellschaft die Unternehmen Maggi und Eckes.

26 ROTES FORUM, a.a.O., S. 24.

27 Dazu Hirsch, a.a.O., insbesondere S. 28 f. und passim, sowie Miller, a.a.O., S. 523; Lefèvre, a.a.O., S. 105.

28 Zur Problematik der „Verflechtung kapitalistischer Rüstungs- und Forschungspolitik“ allgemein Vilmar, Die Verflechtung von Rüstung, Wirtschaft und Wissenschaft, in: Senghaas (Hrsg.), Friedensforschung und Gesellschaftskritik, München 1970, insbesondere S. 91 f.

29 Zugeschritten auf die bestehenden Strukturen der Wissenschaftspolitik stellt diese Kontrolle ein zentrales institutionalistisches Element der Konzeption einer demokratischen Universität dar. Zum Gesamtkomplex Rilling, Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD, in: BLÄTTER, 14. Jg., Heft 12, 1969, S. 1272 ff., sowie 15. Jg., Heft 1, 1970, S. 52 ff.

30 Exemplarisch dafür die Strategie der Hochschulgesellschaft e. V.; vgl. ihren vertraulichen Aktionsentwurf „Notwendigkeit und Grundzüge einer Strategie zur Erhaltung der durch den SDS bedrohten Freiheitsräume“, in: ROTES FORUM, a.a.O., S. 27 ff.

schaffen sollte, blieb dieser abwartende Zug im wesentlichen erhalten³¹. Sein Modellcharakter für die kurzgeschlossene Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die das Risiko der Investitionen zu vermindern hat, stand zu dieser Situation nur in einem äußerlichen Widerspruch.

Solange nämlich scheint dieses Experiment nicht das gewünschte Ergebnis zu erzielen, solange eine Institution wie das Wissenschaftszentrum beim gegenwärtig noch bestehenden staatlichen Ausbildungsmonopol aus eben jenen „unruhigen“ Universitäten ihr Personal rekrutieren muß, zu denen sie als Gegenmodell entwickelt wurde. Unangepaßte Wissenschaftler dürften vermutlich kaum Garantien dafür bieten, daß die aus den bestehenden Hochschulen ausgelagerte Forschungspraxis reibungslos und effektiv vonstatten geht. (Unter den Bedingungen oligopolistischer Tendenzen entstand zwangsläufig das Bedürfnis, über die bisher geübte spezialisierte Forschungstätigkeit in einzelnen Industriezweigen hinauszugehen und im Verbund die finanziellen Lasten und Gesamtrisiken für langfristige und großangelegte Projekte der Forschung zu übernehmen. Daß die üblichen Anpassungsmechanismen auf diesem Gebiet schlechter als auf dem der streng spezialisierten Forschung funktionieren, liegt auf der Hand. Gerade darin zeigen sich die Widersprüche in der Konzeption des Wissenschaftszentrums). Somit kann ein solches Unternehmen vorerst kaum anderes leisten, als das Vorfeld der unverhüllten Anpassung des Wissenschaftsbetriebs an eine ökonomische Rationalität, welche auch die veränderten Bedingungen monopolistischer Tendenzen reflektiert³², unter organisatorischen und propagandistischen Gesichtspunkten zu bereinigen. Immerhin zeichnet sich jedoch in der Konstruktion des Wissenschaftszentrums die Richtung des sich anbahnenden Konflikts zwischen marktkonformen funktionalistischen Interessen an Forschung und Lehre und dem politischen Anspruch, diese instrumentell in die Problematik gesellschaftlicher Veränderungen einzubringen, bereits deutlich ab. In zweifacher Hinsicht wird sich dieser Konflikt seiner Natur nach in nächster Zukunft verschärfen müssen.

Denn einerseits besteht der Antagonismus zwischen einzelwirtschaftlicher Gewinnmaximierung und gesamtwirtschaftlichen Wachstumserfordernissen³³, wie dieses Hilfsmodell zeigt; andererseits unterliegt die Planungsfunktion der staatlichen Wissenschaftsbürokratie, die vor dem Hintergrund dieser Gegensätze ohnehin schon sicht-

31 Zur projektierten Funktion des Wissenschaftszentrums insbesondere die ausführliche Dokumentation von Leibfried-Niemann-Gessinger u. a., Die „GMBH-UNIVERSITÄT“ für die Mandarine der Zukunft, in: *MARBURGER BLÄTTER*, Jg. 21, Sonderdruck; dazu u. a. ferner auch *FRANKFURTER RUNDSCHAU*, Nr. 167, 23. Juli 1970, S. 3.

32 Zum Problem „technischer Fortschritt und Monopolisierung“, Hirsch, a.a.O., S. 19 ff.

33 Vgl. ebd., S. 33.

bar depravierte³⁴, um so mehr Einschränkungen, je deutlicher die formal-parlamentarische Vermittlung ökonomischer Interessen an Substanz gewinnt.

IV

Mit dem Regierungswechsel von 1969 ist hier kaum eine völlig neue Lage entstanden. Ein wenig hat sich die Situation jedoch schon insofern verändert, als das studentische Programm einer demokratisierten Universität wenigstens punktuell in legislatorische Akte der Länderpolitik eingegangen ist. Die Hochschulgesetze von Hessen und Berlin sind trotz aller technokratischen Reformintentionen, insbesondere in den Bestimmungen über Entscheidungskompetenzen im Bereich der Forschungsplanung, ohne die tendenzielle Rezeption eines kritischen Begriffs von Wissenschaftszwecken und die Neudefinition der Freiheitsräume, in denen wissenschaftliche Praxis sich entfalten kann, kaum denkbar. So ist es auch nicht verwunderlich, daß gerade diese Gesetze zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine überaus massive Kritik stoßen, die in letzter Konsequenz das Bedürfnis nach einer grundlegenden Restriktion des Kulturföderalismus zugunsten ausgedehnter bundesstaatlicher Rahmenkompetenzen zu implizieren scheint. Darin hat sich unzweideutig die Erkenntnis eines immensen Defizits an wissenschaftsbürokratischer Planung der gesamtwirtschaftlich notwendigen technologischen Vorleistungen im Kontext des Kapitalverwertungsprozesses niedergeschlagen, die wegen der Dringlichkeit ihres Umschlags in praktische Maßnahmen nicht einmal mehr formaldemokratischer Retuschen bedarf. Mithin ist zuallererst das verfassungskonforme, gleichwohl in mancher Beziehung eingegrenzte Demokratie-Verständnis, das diesen Gesetzgebungswerken zugrundeliegt, einer skrupellosen Denunziation ausgesetzt. (Wenn schon *dieses* Demokratie-Verständnis unwidersprochen als plebiszitär kritisiert wird, obwohl es faktisch doch nur den Repräsentationsgedanken bis in die zentralen Entscheidungsprozeduren hinein verfolgt, dann wird sichtbar, welchen Begriff von indirekter Demokratie diese Kritiker haben.)

Gleichzeitig müssen sich die demokratisch gewählten führenden Repräsentanten der an Berliner und hessischen Hochschulen neu etablierten Gremien politische Diffamierungen gefallen lassen, die in manipulativer Absicht nicht einmal die Frage der persönlichen Integrität aussparen. „Die Kampagne von WELT und FAZ gegen die Berliner Universitätspräsidenten Kreibich und Wittkowsky sowie das neuerliche Kesseltreiben dieser und anderer Blätter gegen den Bremer Gründungsrektor von der Vring“³⁵, das im übrigen auch von Sendungen des Zweiten Deutschen Fernsehens auf BILD-Niveau

34 Ebd.

35 S. Benzinger, Die Universität stand stets mitten in der Politik, in: FR, Nr. 172, 29. Juli 1970, S. 6.

flankiert wird³⁶, kennzeichnen die neue Ebene der Auseinandersetzung: die biedere Pluralismusformel, die bisher noch die dominante Rolle einer allgemeinen Interessenkonvergenz suggestiv im Bewußtsein verankern sollte und dem Verzicht auf institutionelle Kontrollen gleichkam, entfällt zugunsten des direkten Angriffs auf jedwede Demokratisierungstendenzen im Hochschulbereich.

Obwohl sie seit der Verabschiedung des Godesberger Programms für diesen Umschwung als Gesamtorganisation prädisponiert ist, wirft er für die SPD zumindest doch in ihren regionalen Gliederungen etliche substantielle und vor allen Dingen methodische Probleme auf. Die programmatischen Relikte eines demokratischen Sozialismus³⁷ sowie das historische Selbstverständnis einer Vielzahl von Funktionären auf der mittleren Parteiebene, das darin angelegt ist, lassen es fraglich erscheinen, daß dieser Angriff nicht hinter den Kulissen des hochschulpolitischen Scheingefechts als Vehikel der Auflösung grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Positionen erkannt wird. Diese Spekulation wird auch dadurch keineswegs gegenstandslos, daß entscheidungsrelevante Gruppen innerhalb der SPD den politischen Anschluß an die ökonomische Interessenlage administrativ zu unterbauen versuchen. Die formale Dürftigkeit der juristischen Begründung allein, die der baden-württembergische SPD-Innenminister Walter Krause für das Verbot des Heidelberger SDS lieferte³⁸, ist ein sicheres Indiz für diese Vorentscheidung. Sie erhellt im übrigen auch unmißverständlich aus der Wahl des Zeitpunkts und ihres unmittelbaren sachlichen Bezugspunkts: nachdem man die Universitäten amtlicherseits schon bis zu einem gewissen Grad für befriedet erklärt hatte, nahm man die massive Kritik der sozialistischen Studenten an der westlichen Entwicklungshilfe (Cabora Bassa Staudamm) und der ihr angeschlossenen Praxis der Ausbeutung unter selbst formal nur mühevoll zu legitimierenden Vorwänden zum Anlaß, diese in ihren Manifestationen der politischen Kriminalität zuzurechnen.

Gerade die liberale Öffentlichkeit — wegen ihrer besonderen Rezeptionsprobleme im allgemeinen sprachlos — bedurfte noch der spektakulären Anlässe, um den wachsenden Herrschaftskonformismus mancher sozialdemokratischer Kreise wahrzunehmen: hier wa-

36 So insbesondere im Bericht über die Lage an der Freien Universität Berlin, den das ZDF-Magazin am 15. Juli 1970 lieferte. Der Präsident der FU, Rolf Kreibich, reagierte in richtiger Einschätzung der eigentlichen Zielrichtung dieses Situationsberichts, der „mit gängigen Klischees arbeitete und unterschwellige Vergleiche suggerierte“, mit einem Brief an den Intendanten, die Mitglieder des Fernsehrates und des Ausschusses für Politik und Zeitgeschehen des ZDF, Vgl. dazu HEIDELBERGER TAGEBLATT, Nr. 209, 11. September 1970, S. 20.

37 Vgl. Gottschalch, *Lehrfreiheit und Politik*, in: DAS ARGUMENT, Nr. 50, Sonderband zum 10. Jg., S. 5.

38 Wortlaut der Verbotsbegründung in: RHEIN-NECKAR-ZEITUNG, Nr. 143, 26. Juni 1970, S. 3; dazu ferner auch die DIE WELT, Nr. 145, 26. Juni 1970, HEIDELBERGER TAGEBLATT, Nr. 143, 26. Juni 1970, MANNHEIMER MORGEN, Nr. 143, 26. Juni 1970, S. 21.

ren sie in reinster Form geschaffen. (Diese Entwicklung innerhalb der SPD resultiert jedoch nicht nur aus dem Verlust der Sensibilität für die Lage politischer Minderheiten; was sich hier als Herrschaftskonformismus dokumentiert, legt im Grunde die eigentliche Funktion der SPD — als Regierungspartei zumal — angesichts der Probleme der Kapitalverwertung offen: auch sie läßt die Interessen des Kapitals in legislativen und exekutiven Akten ungebrochen zur Geltung kommen.)

Daß dieses Faktum jedoch inhaltlich noch in den Mittelpunkt einer vereinzelt auch offen ausgetragenen innerparteilichen Kontroverse geriet, verdient Beachtung³⁹. Denn die Art und Weise, in der die SPD vor allem als Regierungspartei vom gesellschaftlichen Status quo profitiert, ist gerade angesichts der ständigen Vorleistungen auf ökonomisch determinierte Entwicklungen zur Entdemokratisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen allem Anschein nach noch keineswegs gänzlich unproblematisch geworden. Residuale Skrupel, die historisch als genuin demokratische ausgewiesen sind, kommen zumindest dem zeitlichen Ablauf des Formierungsprozesses kaum zustatten. Es liegt auf der Hand, daß hier manche künftigen innerparteilichen Konflikte für die SPD angelegt sind!

Sei es, daß der offene Ausbruch einer dieser Auseinandersetzungen die Spitzengremien der Partei tatsächlich überraschte oder daß sie nur deshalb zurückhaltend reagieren, weil sie die Kontroverse auf einer Ebene scheuen, auf der ihr Repräsentationsanspruch unmittelbar tangiert ist: fest steht, daß sie in jeder Weise bemüht sind, die Gegensätze einzudämmen.

V

Grundsätzlich anders taktieren mittlerweile die konservativen⁴⁰ Ordinarien. Nachdem sie sich in den vergangenen Jahren, insbesondere zu Zeiten der hochschulpolitisch begrenzten Aktivität der Studentenbewegung, außerstande oder unwillig gezeigt hatten, ihren Standort in der Reformdiskussion und in der Debatte über einen wissenschaftspolitischen Demokratie-Begriff zu definieren, suchen sie nunmehr den offenen politischen Konflikt. Die Deutlichkeit dieser Intention verwundert um so mehr, als gerade die Professoren den spektakulären studentischen Aktionen Ende der sechziger Jahre —

³⁹ Vgl. Bericht „SDS-Verbot teilt die SPD wieder in die ‚Fronten von Kehl‘“, in: DIE WELT, 2. Juli 1970; Kritik erfuhr dieses Verbot vor allen Dingen im Unterbezirk Frankfurt der SPD; vgl. FR, 30. Juni 1970, sowie OFFENBACH POST, 1. Juli 1970; der Tübinger Ortsvereinsvorstand der SPD mißbilligte in einer Entschließung das SDS-Verbot und forderte den Rücktritt von Innenminister Krause; vgl. dazu STUTTGARTER ZEITUNG, 1. Juli 1970.

⁴⁰ Die subjektive Verpflichtung auf eine entideologisierte Politik, die Nolte, Sinn und Widersinn der Demokratisierung in der Universität, Freiburg i. Br., 1968, S. 12, gegen den Vorwurf, „Berufskonservativer“ zu sein, geltend machen zu müssen glaubt, entlastet nur ungenügend.

Instituts- und Rektoratsbesetzungen, politisch motivierte Vorlesungsbesuche, Aktenkontrolle etc. — im allgemeinen nichts anderes entgegengesetzten als die märtyrerhafte Pose der Gelehrten, die im Reflex ihres subjektiven historischen Erfahrungsbestands und im Bewußtsein ihrer ständischen Interessen wissenschaftlicher Erkenntnis ein unpolitisches Asyl zu erhalten gedenken⁴¹. Ihr Unbehagen über die Misere der bundesdeutschen Hochschulen blieb vielfach, wo es nicht gelegentlich in skurrile Gegenaktionen umschlug, in ästhetisch-moralischen Kategorien befangen⁴².

Eine Disparität zwischen der individualistischen Vorstellung, wissenschaftspolitische und ausbildungspraktische Interessenkollisionen auf der Basis gegenseitigen Vertrauens bewältigen zu können, und dem völligen Unverständnis gegenüber kollektiven Kontrollbedürfnissen förderte eine allgemeine Sprachlosigkeit. Mit zunehmender Verschärfung der inneruniversitären Auseinandersetzung fanden die konservativen Professoren im übrigen auch immer seltener Gelegenheit, ihre theoretische Hilflosigkeit dadurch wettzumachen, daß sie ihr liberales Selbstverständnis einigermaßen täppisch nach außen kehrten. Beim Stand des hochschulinternen Konflikts, der eben nicht mehr die Kritik der subtilen Unterdrückungsmechanismen innerhalb der Ordinarienuniversität allein zum Mittelpunkt hatte, konnte diese Abwehrfigur ihre politische Tauglichkeit kaum noch erweisen. Denn ihr emotionaler Kern verstellte letztlich auch den Zugang zu ihren individuellen historisch-biographischen Bedingungen, die wenigstens im Gesichtskreis der liberalen Studenten für eine punktuelle Legitimierung der konservativen Position einer Mehrzahl der Professoren noch hingereicht hätte.

Im Grunde stellte das „Marburger Manifest gegen die Politisierung der Hochschulen“⁴³ den einzigen Versuch einer ambitionierten Gruppe unter diesen Ordinarien dar, die Gegenposition ohne Rücksicht auf den unausweichlichen Verlust des liberalen Images konsequent zu formulieren. Ungeachtet mancher terminologischen Unbestimmtheiten, die dieses gegenreformerische Programm charakterisierten, legte es doch die eigentliche Interessenrichtung offen. Fragmentarisch setzten die Unterzeichner des Manifests jene Erkenntnis programmatisch um, die den Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Forschung und marktwirtschaftlichem Wettbewerb systematisiert⁴⁴. Obwohl damit erstmalig und paradigmatisch die übliche Absage an Demokratisierungstendenzen im Wissenschaftsbetrieb unter den Auspizien einer stärker als zuvor ins Blickfeld gerückten ökonomischen Rationalität objektiviert wurde, blieb diese Einsicht insgesamt freilich noch hinter dem konstatierbaren Faktum der veränder-

41 Vgl. dazu insbesondere Benzinger, Freiheit der Wissenschaft — bedroht?, in: SPD-PRESSEDIENST, 29. Juni 1970.

42 Beispielhaft dafür Hennis, Die deutsche Unruhe, Hamburg 1969.

43 Im Wortlaut und mit beigefügter Liste der Unterzeichner in: BLÄTTER, 13. Jg., Nr. 8, August 1968, S. 881 ff.

44 Ebd., S. 883.

ten Stellung von Bildung und Wissenschaft als bedeutender Produktionsfaktoren zurück, die eben gerade auf der Basis des weithin ideologisierten liberalen Wettbewerbs allein nicht voll zur Entfaltung gelangen können⁴⁵. Immerhin ist jedoch die grundsätzliche Bedeutung des Anpassungsprozesses kaum zu unterschätzen, in dessen Verlauf zahlreiche konservative Ordinarien den Anschluß an die Kriterien der wissenschaftsspezifischen Verwertungspraxis überhaupt erst fanden. Denn abgesehen von allen explikatorischen Ungereimtheiten des Manifests erreichten sie damit das Niveau, auf dem sie, letztlich als Komparsen, für die Politik der Formierung des Wissenschaftsbetriebs fungibel werden.

VI

Damit ist die Phasenverschiebung zwischen den Kulminationen studentischer und professoraler Aktivität hinreichend erklärt: eine Verschiebung, die jenseits der Verfügbarkeit relevanter historisch-analytischer Kategorien entweder unverständlich bleiben mußte oder nurmehr im Bezugsfeld psychologisierender Interpretationen plausibel zu werden versprach. Spätestens seit der Akzentverlagerung in der Strategiediskussion der radikaldemokratischen und sozialistischen Studenten, nämlich der Verlagerung des theoretischen wie auch praktisch-organisatorischen Interesses in außeruniversitäre Bereiche, scheiden diese selbst unter den Bedingungen manipulativ verzerrter Meinungsbilder als sinnvolle Objekte der Globaldenunziation weitgehend aus. Wo sie entgegen der mittlerweile weitverbreiteten Auffassung, daß die studentischen Protestformen die bestehende wissenschaftlich-ökonomische Interessenlage qualitativ nicht zu verändern vermochten, heute noch gezielten Diffamierungen ausgesetzt werden, offenbart dies nur die Zählebigkeit bequemer argumentativer Stereotypen. In Wirklichkeit hat sich die Interessenkollision, in der die studentische Politik gleichwohl noch eine Rolle spielt, bereits auf eine andere Ebene verlagert. Ohne diese Entwicklung wäre es schier undenkbar, daß die Theoretiker wissenschaftspolitischer Entideologisierung heute die Organisationsfrage stellen.

Seinen Ausgang nahm dieses Bedürfnis, der Apathie in den Reihen der konservativen Ordinarien entgegenzuwirken, im politischen Engagement einer Gruppe von Soziologen und Politologen der jüngeren Professorgeneration, die in den letzten Monaten angetreten sind, dem „brodelnden Kessel Universität“⁴⁶ den Deckel ihres restriktiven Demokratieverständnisses aufzusetzen.

Vor rund anderthalb Jahren begründeten sie den sogenannten „Frankfurter Kreis“⁴⁷. „Das waren nicht mehr als fünfzehn, zwanzig Professoren, miteinander befreundet, im Kern Schüler von Arnold

45 Vgl. Hirsch, a.a.O., S. 11.

46 So der Münchner Politologe Hans Maier laut DER SPIEGEL, Nr. 28, 6. Juli 1970, S. 32 (im folgenden zit.: 28).

47 Vgl. Grunenberg, Die Prügelknaben schlagen zurück, in: DIE ZEIT, Nr. 32, 7. August 1970, S. 11.

Bergsträsser, die den Namen ihres Lehrers wie ein Adelsprädikat tragen: die Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis, Hans Maier, Friedrich H. Tenbruck, Dieter Oberndörfer und einige ihrer Assistenten“⁴⁸. (Es scheint nicht unerheblich, eine in sich relativ homogene wissenschaftliche Schule als Kristallisationskern für die politischen Ambitionen ihrer Mitglieder auszumachen⁴⁹. Denn in der aktuellen hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskussion sind es gerade diese Repräsentanten von herkömmlichen Schulen, die mit aller Vehemenz „wissenschaftstheoretische Parteibildungen“⁵⁰ wegen ihrer politischen Implikationen bekämpfen und unbesehen dem Korruptionsverdacht aussetzen⁵¹.)

Gemeinsam mit einigen Teilnehmern der „Marburger Hochschulgespräche“, die schon nach 1946 in der Phase der hochschulinternen „Einübung in politische Abstinenz“⁵² auf den Gang der wissenschaftspolitischen Entwicklung Einfluß genommen hatten, entfalten die Mitglieder dieses Kreises eine zunächst noch begrenzte agitatorische Tätigkeit. Sie schrieben Leserbriefe und bekundeten in ähnlichen propagandistischen Formen ihren Widerstand gegen das Konzept einer demokratisierten Universität⁵³.

Als sich die Gesetzgebungsorgane in einzelnen Bundesländern punktuell an diesem Programm orientierten, mußten die Angehörigen des „Frankfurter Kreises“ die Unzulänglichkeit solchen Vorgehens konstatieren. In dieser Situation lag es nahe, daß sie nach Möglichkeiten der konkreten organisatorischen Vermittlung ihres „Widerstandswillens“ suchten: „Sie gründeten die ‚Wissenschaftliche Gesellschaft e. V.‘, die als gemeinnützig anerkannt wurde⁵⁴ und auch für die Spenden notwendig war⁵⁵.“

Neben die Gesamtorganisation trat ein beratendes und im Zweifel wohl auch für den notwendigen Spendenfluß zuständiges Gremium in Form des Kuratoriums, das in seiner personellen Zusammensetzung — ohne Kompromisse an eine sonst zumindest weithin beachtete formale Repräsentation in ähnlichen Organen — in exemplari-

48 Ebd.

49 Vgl. die umfassende Analyse der wissenschaftstheoretischen Position dieser Schule bei Kammler, a.a.O., S. 159 ff., der darin den Versuch „einer Rekonstruktion der Politischen Wissenschaft an Hand der klassischen politisch-theoretischen Begriffe der ‚guten und gerechten Ordnung‘, des ‚guten politischen Handelns‘ des ‚Gemeinwohls‘ etc.“ angelegt sieht. Dazu im übrigen Anm. 7.

50 Vgl. Hennis, Unruhe, S. 57.

51 So Scheuch und Hennis in der Fernsehdiskussion zum Thema „Reformuniversität oder Kaderhochschule?“ am 30. Juli 1970; vgl. dazu auch die kontroverse Position von Habermas, a.a.O., S. 598.

52 Vgl. Leibfried, a.a.O., S. 39 ff.

53 Vgl. Grunenberg, a.a.O., S. 11.

54 Der herrschaftskonforme Allgemeinwohl-Begriff kommt ihnen demnach nicht nur als programmatisches Raster, sondern gleichfalls auch als praktische Gratifikation zugute; vgl. auch Anm. 7.

55 Grunenberg, a.a.O., S. 12.

scher Weise deutlich werden ließ, nach welchen Kriterien sich die „Verbindung zur Gesellschaft“ zu definieren hatte, für die es repräsentativ sein sollte. Vertreter von Industrie und Bankwesen dominierten neben Politikern vom rechten Flügel der etablierten Parteien, und zwar nicht zuletzt wohl deshalb, um die Entwicklung ihrer Investitionen aus nächster Nähe kontrollieren zu können ⁵⁶.

Die programmatische und organisatorische Vorarbeit für die konzertierte Aktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die zwar bisher schon mit Vermittlung der staatlichen Bürokratie auf anderer Ebene einigermaßen perfekt, gleichwohl jedoch in vieler Hinsicht allzu umständlich gewesen war ⁵⁷, wurde in der Folgezeit vom Büro der „Wissenschaftlichen Gesellschaft“ geleistet, das man in München etablierte ⁵⁸. Da die führenden Mitglieder der Gesellschaft von Anfang an mit der mangelnden Bereitschaft ihrer älteren Kollegen rechnen mußten, sich politisch zu exponieren, kam der konsequenten und breit angelegten Pressearbeit sehr bald eine überaus wichtige Funktion zu. Denn es galt, ein diffuses, meist biographisch angelegtes Sicherheitsbedürfnis der weniger couragierten Professoren zu befriedigen. Dies konnte nur ein publizistischer Vorschub an Affirmation leisten. Hier ging die mit der Aufnahme des ZDF-Intendanten Holzamer in das Kuratorium der „Wissenschaftlichen Gesellschaft“ ⁵⁹ verbundene politische Kalkulation frühzeitig auf. Die Mainzer Fernsehproduzenten ebneten ohne Rücksicht auf ansonsten vielfach propagierte methodologische Skrupel das politische Terrain ein, auf dem die konservativen Ordinarien die ersten Schritte mit dem Ziel der entdemokratisierten Wissenschaftspraxis tun können.

DIE WELT tat ein übriges, um den Formierungsprozeß unter den Professoren propagandistisch abzusichern und zu beschleunigen. Daß rechte Presseorgane bis hin zur NATIONALZEITUNG ihr Aufbegehren mit Vorschlußlorbeeren bedachten, löste kein nennenswertes Unbehagen mehr aus. Trotz des nach außen gekehrten liberalen Anspruchs, den er tendenziell diskreditierte, konnte dieser Beifall nicht mehr als solcher von der falschen Seite gelten. (Einige der Hauptinitiatoren der professoralen Kampagne dürften sich damit in Anbetracht ihrer eigenen langjährigen politischen Praxis auf der extremen Rechten ohnehin vollauf identifizieren: so zählte der Münchner Politologe und CSU-Berater Hans Maier zu den Mitgliedern der „Abendländischen Akademie“, die vor dem drohenden Verbot wegen Verfassungswidrigkeit von Würzburg nach Madrid auswich und dort unter der Bezeichnung „Europäisches Dokumentationszentrum“ weiter reaktionäre Pläne schmiedet ⁶².)

56 Dazu gehörten der Aufsichtsratsvorsitzende der Salamander-AG, Michel, der Präsident der Landeszentralbank Hessen, Bröker, sowie Stoltenberg, Heck und Schmitt-Vockenhausen; vgl. ebd.

57 Vgl. Miller, a.a.O., S. 528 f.

58 Vgl. Grunenberg, a.a.O., S. 12.

59 Vgl. ebd.

60 Vgl. Baukloh, „Freiheit“, die sie meinen, in: BLÄTTER, 15. Jg., Heft 8, August 1970, S. 784 ff.; er hatte sich im übrigen „schon in den fünf-

Vor dieser publizistischen Kulisse fiel es den Mitgliedern der „Wissenschaftlichen Gesellschaft“ und ihren potentiellen Verbündeten unter den Hochschullehrern einigermaßen leicht, ihre Hemmungen gegenüber öffentlichen politischen Aufritten⁶¹ aufzugeben. Die Idee der großen Manifestation gegenreformerischer Attitüden konnte Profil gewinnen. Darüber hinaus nahmen die langfristigen organisatorischen Perspektiven Gestalt an. Nur die Suche nach einer geeigneten Titulatur für das Unternehmen, in die noch restständige legitimatorische Skrupel eingingen, bereitete anfangs einige Sorgen. In unbeabsichtigter, immerhin aber doch recht symptomatischer Anlehnung an „Rainer Barzels antikommunistischen Kriegerverein gleichen Namens aus den fünfziger Jahren“⁶², wollte man die suggestive Parole „Rettet die Freiheit!“ ausgeben. Dem „Frankfurter Kreis“ indes erschienen die damit verbundenen Risiken einer einfachen formalen Desavouierung seines Unternehmens wohl zu groß; der Alternativvorschlag des Faschismus-Forschers Nolte, die künftige Organisation „Bund Freiheit der Wissenschaft“ zu nennen, fand demgegenüber allgemeine Zustimmung.

VII

Unter dieser präventiven Etikette traten am 22. Juni 1970 im renommierten Bonner Hotel Steigenberger rund hundert gegenreformerisch ambitionierte Professoren zur konstituierenden Sitzung zusammen⁶³. Die Einladung hatte die „Wissenschaftliche Gesellschaft“ in München „unter ihrem Vorsitzenden Hans Maier“ übernommen⁶⁴. Dieser und der kürzlich aus Protest von seinem Rektorenamt zurückgetretene Frankfurter Soziologe Walter Rüegg hatten die Kongreßleitung inne, während der Philosoph und ehemalige nordrhein-westfälische Staatssekretär Hermann Lübke, der Berliner Hochschullehrer Horst Sanmann, der Marburger Faschismus-Forscher Ernst Nolte und der Tübinger Soziologe Friedrich H. Tenbruck⁶⁵ „über die gegenwärtige Lage der deutschen Hochschulen“ referierten⁶⁶.

ziger Jahren durch seine tätige Mithilfe bei der Aktion ‚Saubere Leinwand‘ einen Namen gemacht.“ S. DER SPIEGEL, 28, S. 32.

61 Vgl. Grunenberg, a.a.O., S. 11.

62 Grunenberg, a.a.O., S. 12, sowie DER SPIEGEL, 28, S. 33.

63 Zu diesem Treffen: DER SPIEGEL, 28, S. 32, sowie Grunenberg, a.a.O., S. 11; allgemein auch Richard Löwenthal, Die Hochschulkrise und die Zukunft unserer Demokratie, in: SPD-PRESSEDIENST, 6. Juli 1970, S. 3.

64 Vgl. FR, Nr. 143, 25. Juni 1970, S. 4.

65 Er ist der einzige unter den namentlich bekannten führenden „Bund“-Mitgliedern, der das „Marburger Manifest“ unterzeichnete; vgl. SOZIOLOGEN-INFO, a.a.O., S. 1; und er „initiierte das sog. ‚Tübinger Manifest‘, bei dessen ursprünglicher Fassung sich sogar konservative Professoren weigerten zu unterzeichnen.“ Vgl. BLÄTTER, 13. Jg., Nr. 8, August 1968, S. 886.

66 Vgl. DIE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG (DUZ), 13. Jg. 1970, S. 17.

Im Mittelpunkt der Bonner Diskussionen stand „eine sehr scharfe Kritik an der bisherigen Hochschulgesetzgebung“⁶⁷: in seiner Eröffnungsansprache hatte Tenbruck bereits apodiktisch formuliert: „Von Hochschulgesetzen wird das Positive nicht zu erwarten sein“⁶⁸. Diese Grundposition und eine generelle Absage an das Prinzip der universitären Autonomie, das eben gerade zu einem guten Teil die Möglichkeiten eines herrschaftskonformen wissenschaftspolitischen Funktionalismus eingrenzt, blieben in allen Beiträgen zum Thema Hochschulreform invariant. Sie spiegelten sich selbst in der Detailanalyse zur Gesetzgebung der Länder wider⁶⁹. Auf diese Weise ließen die „Bund“-Professoren die eigentliche Zielrichtung ihres Protests gegen die Politisierung⁷⁰ und „Lateinamerikanisierung“⁷¹ der Hochschulen, den sie im Bewußtsein der gravierenden Legitimationsprobleme in die gängigen pluralismuskonformen Floskeln verpackten, ohne weiteres sichtbar werden.

Die allgemeine Verurteilung des „Linksextremismus“⁷² war offenkundig nur noch Vorwand für den gezielten Angriff gegen sozialliberale oder sozialdemokratische Regierungen. Das Mehr an Demokratie, das die Bonner Koalition im vergangenen Herbst für alle gesellschaftlichen Bereiche avisierte⁷³, ist den „Bund“-Promotoren gerade im Blick auf die wissenschaftspraktischen Anpassungsprozeduren suspekt. Mit einigem Recht befürchten sie, daß sich zwischen diesem

67 So Hans Maier, Für eine freie Wissenschaft kämpfen, in: DUZ, a.a.O., S. 15.

68 Vgl. Tenbruck, Was wir brauchen, ist die Sammlung, welche uns Stimme verleiht, in: DUZ, a.a.O., S. 7.

69 Sanmann unterzog die „Hochschulgesetzgebung der Länder einer eingehenden Kritik“. Vgl. ebd., S. 17. Zur Kritik Löwenthals an den Hochschulgesetzen von Berlin und Hessen s. auch FR, Nr. 143, 25. Juni 1970, S. 4; dazu auch Benzinger, Freiheit der Wissenschaft.

70 Vgl. ebd.; dazu explizit u. a. Tenbruck, a.a.O., S. 10; auch Maier, a.a.O., S. 15; ferner auch Löwenthal, Hochschulkrise, S. 5; frühzeitig auch schon der Tenbruck-Bericht, a.a.O., S. 35.

71 So Richard Löwenthal nach FR, Nr. 143, 25. Juni 1970, S. 4.

72 Vgl. Ebd.

73 Vgl. Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969, Köln 1969; ferner Holz, Verschobene Entscheidungen, in: BLÄTTER, 14. Jg., Heft 11, November 1969, S. 1154, sowie Baukloh, a.a.O., S. 785.

74 Laut DER SPIEGEL, 28, S. 32, korrespondiert diese Forderung im thematischen Bereich der Hochschulreform nach Auffassung des Freiburger Politologen Hennis einem „schwachsinnigen direkten Demokratie-Verständnis“. In einem hochschulpolitischen Streitgespräch mit dem Bremer Gründungsrektor von der Vring und dem hessischen Kultusminister von Friedeburg, das vom ZDF am 30. Juli 1970 gesendet wurde, sprach er sich im übrigen „gegen alle Neugliederungsgesetze, vor allem gegen das hessische Hochschulgesetz und gegen die Drittelparität“ aus; vgl. Baukloh, a.a.O., S. 785.

Postulat⁷⁴ und den herrschenden ökonomischen Interessen eine starke Divergenz entwickeln kann, die den letzteren zum Nachteil gerät⁷⁵.

Über die inhaltliche Bestimmung der gegen Demokratisierungstendenzen gerichteten Offensive hinaus⁷⁶ signalisierte auch die Parteizugehörigkeit einzelner „Bund“-Professoren die Absicht, den anstehenden Konflikt in die Gesamtorganisation der SPD hineinzutragen und somit zum allgemeineren gesellschaftspolitischen zu machen. Lübke, Schmitt-Vockenhausen und Richard Löwenthal⁷⁷, die zwar von einem nicht unbedeutenden Teil ihrer Parteifreunde in der SPD als „konservative Figuren“⁷⁸ angesehen werden, gleichwohl jedoch in eben dieser Partei eine wichtige Rolle spielten und zum Teil noch spielen, beteiligten sich maßgeblich daran, diese Interessenkollision von der Seite der ökonomischen Rationalität wissenschaftlicher Forschung her zu strukturieren.

Obwohl angesichts der schwierigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse der offizielle Trend innerhalb der SPD vorläufig noch dahin geht, diesen gezielten Angriff auf ihre punktuellen Demokratisierungsambitionen grundsätzlich zu ignorieren oder aber den An-

75 Terminologisch unzweideutig kennzeichnete Tenbruck, a.a.O., S. 9, diese Interessenlage, als er am 22. Juni formulierte: „Wer will den Abnehmern rechtzeitig sagen, an welchen Orten und in welchen Fächern eine ernsthafte Ausbildung nicht mehr stattfindet...?“

76 Daß es darin auch um die Restauration lädierten Standestabus geht, liegt auf der Hand; vgl. Benzinger, *Freiheit der Wissenschaft*; der Entscheidung der „Bund“-Professoren, in diesem Zusammenhang mit dem politischen Mandat der Hochschullehrer (dazu allgemein Gottschalch, a.a.O., S. 3) noch weniger skrupulös als bisher umzugehen, kommt im übrigen objektiv auch die wohl dosierte Verwirrung zugute, die einzelne von ihnen stifteten, um die Kontinuität des eigenen Engagements zu akzentuieren. So glaubt etwa Hennis, *Unruhe*, S. 41 und passim, vermittels der Kritik einer „Hypostasierung des Körperschaftsgedankens“, wie sie angeblich die radikale studentische Position in den vergangenen Jahren mit konstituierte, vergessen machen zu können, daß diese sich in der ersten Phase der hochschulpolitischen Kontroversen primär vom Angriff auf herrschaftsfunktionale korporative Privilegien her bestimmte.

77 Richard Löwenthal, der als „Exponent des konservativen Professoren-Klubs ‚Freiheit der Wissenschaft‘“ neben seinem Freiburger Kollegen Hennis die Aufgabe übernommen hat, sein und seiner Mitstreiter politisches Engagement theoretisch abzusichern, kann erste — wiewohl noch rudimentäre — Erfahrungen mit einer Organisationsform, wie der am 22. Juni avisierten, in die Aktivität des „Bundes“ einbringen: es galt linken Studenten als suspekt, „daß er sich an der Gründung einer ‚kapitalistischen Gegenuniversität‘, des privaten ‚Wissenschaftszentrums Berlin‘ beteiligt hatte“. S. DER SPIEGEL, 29, S. 73, sowie S. 66.

78 So etwa der SPD-Wissenschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau; vgl. DER SPIEGEL, 28, S. 33. Hennis, einer der Gründer des Göttinger SDS, gab im Verlauf des Treffens vom 22. Juni seinen Austritt aus der SPD bekannt.

schein zu erwecken, als richte er sich auf die Hochschulpolitik allein⁷⁹, läßt sich heute doch bereits mit einiger Sicherheit abschätzen, inwieweit in den führenden Parteigremien Klarheit über den Gang der Auseinandersetzung herrscht.

Dies wohl spätestens, seitdem die CDU deutlich gemacht hat, daß sie den professoralen Kampfbund so weit wie möglich zu ihrem lobbyistischen Instrument umzufunktionieren gedenkt. So belebten Gerhard Schröder und Paul Mikat als Anwälte einer funktionierenden und funktionalisierbaren Universität die Szene während des Bonner Treffens⁸⁰. Und Bruno Heck, der Generalsekretär der Oppositionspartei, sprang in die Bresche, als der Hilfsreferent im Bonner Wissenschaftsministerium Josef Benzinger in einem Namensartikel im SPD-PRESSEDIENST vom 26. Juni gegen das „seltsame Demokratieverständnis dieser ‚couragierten Professoren‘“ polemisierte⁸¹. Somit sind die Chancen, den innenpolitischen Aktionsrahmen mit Hilfe der Professoren zu erweitern, wohl allenthalben erkannt.

Auch die Randgruppen auf der extremen Rechten machten sich nach dem 22. Juni mit zustimmenden Erklärungen bemerkbar. So offerierte der Kölner Byzantinist Berthold Rubin, der in zahlreichen spektakulären Aktionen — als Mauerbrecher und Fallschirmspringer unter anderem — seinen Ruf als skurriler Einzelkämpfer begründete, politische Kontakte zwischen den CSU-Freundeskreisen und dem „Bund“ herzustellen⁸². Es besteht kaum Anlaß, daran zu zweifeln, daß dieses Angebot dem Kreis um den „Bund“-Gründer Maier nicht grundsätzlich ungelegen kam. In uneingestandener Sorge um den virtuellen Verlust an demokratischer Glaubwürdigkeit mußte er indes diesem Koalitionsansinnen wenigstens mit einem halbherzigen Dementi begegnen⁸³. Wo man während der Bonner Tagung in martialischen Stilisierungen studentischer Aktivität zum Terror⁸⁴ und ihrer Konsequenzen zu „Rechtsverlusten“⁸⁵ dem Extremismus ent-

79 Allem Anschein nach nahm die SPD bewußt Abstand von einer offiziellen Stellungnahme zum Bonner Treffen der Professoren: im Benzinger-Artikel wurde die sozialdemokratische Position in dieser Frage gleichwohl transparent; vgl. DER SPIEGEL, 28, S. 33.

80 Vgl. DER SPIEGEL, 28, S. 32; Löwenthal, Hochschulkrise, S. 4; FR, Nr. 153, 7. Juli 1970, S. 4, sowie Nr. 143, 25. Juni 1970, S. 4; ferner auch Baukloh, a.a.O., S. 784 f.; DUZ, 13. Jg., 1970, S. 17; „Zu den Förderern des ‚Bundes‘ gehört auch Gerhard Stoltenberg (CDU)“; vgl. FR, Nr. 143, 25. Juni 1970, S. 4.

81 Vgl. die Antwort Hecks auf Benzinger, Freiheit der Wissenschaft, in: DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, 1. Juli 1970, teilweise zitiert in: DUZ, 13. Jg. 1970, S. 17.

82 Vgl. FR, Nr. 155, 9. Juli 1970, S. 4; ferner auch Benzinger, Die Universität, a.a.O.

83 Vgl. FR, Nr. 156, 10. Juli 1970, S. 4.

84 Zum „unglaublichen“ Zynismus, der sich darin ausdrückt, vor allen Dingen Haug, Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt am Main 1967, S. 146.

85 Vgl. DER SPIEGEL, 28, S. 32.

sagte, schien es wenig opportun, von Anfang an das Bündnis mit offen reaktionären Kräften zu suchen.

Welche Route der Kampfbund in dieser Hinsicht letzten Endes einschlägt, wird spätestens der Kongreß in seinen Verlautbarungen und organisatorischen Aspirationen erweisen, der am 18. November 1970 in Bad Godesberg einige hundert Ordinarien zum Protest vereinigen soll⁸⁶. Um diese Großkundgebung der um eine „wirkliche“ universitäre „Reformpolitik für die 70er Jahre“ bemühten Professoren angemessen vorzubereiten und gleichzeitig die Organisationsstatuten des künftigen „Bunds“ zu entwickeln, konstituierten die Teilnehmer des Bonner Treffens einen Initiativausschuß, der in seiner personellen Zusammensetzung die praktischen Bedürfnisse des gegenreformerischen Impulses widerspiegelte⁸⁷. Während die Professoren Nipperdey und Löwenthal Erfahrungen aus der exemplarischen Vorarbeit auf regionaler Ebene in der Berliner „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ beisteuern, der „mehr als hundert Mitglieder aller Gruppen der Universität und auch der drei Westberliner Parteien im Abgeordnetenhaus angehören“⁸⁸, bürgt die Mitgliedschaft des ZDF-Moderators Gerhard Löwenthal für die publizistische Flankierung des Unternehmens⁸⁹.

Einen Vorgeschmack darauf hat Löwenthal bereits gegeben: er, dessen „Moderation mit dem Zeigefinger“ mittlerweile schon in CDU-Kreisen einige Kritik auslöst, schöpfte am 15. Juli in einem Bericht über die Situation an der FU Berlin, den das „ZDF-Magazin“ ausstrahlte, die manipulativen Möglichkeiten seines Mediums zugunsten der „Bund“-Programmatur voll aus⁹⁰. Bei dieser Gelegenheit erwies sich sein ansonsten allenthalben zur Schau gestelltes methodologisches Pluralismusverständnis als Täuschung. Während sich die Hamburger WELT zur Verfügung stellte, „diverse Verlautbarungen im Wortlaut abzudrucken und mit ausführlichen Berichten und Kom-

86 Eine Teilnehmerzahl von fünf- bis sechshundert prognostizierte DIE WELT; vgl. Baukloh, a.a.O., S. 784; ferner Grunenberg, a.a.O., S. 12. Dieser Kongreß fand am 18. November 1970 in Bad Godesberg statt. Da das Manuskript des vorliegenden Aufsatzes bereits im Oktober abgeschlossen war, beobachtete der Verfasser diese Gründungsversammlung von rund fünfzehnhundert Hochschullehrern und Akademikern „aus Wirtschaft, Industrie und Politik“, um bei dieser Gelegenheit notfalls eine mögliche Revisionsbedürftigkeit mancher seiner Thesen festzustellen. Tatsächlich brachte der Kongreß jedoch weder in programmatischer noch in organisationspolitischer Hinsicht etwas Neues. Somit erübrigt sich auch ein informatorischer Nachtrag: zum Verständnis der Problematik würde er nichts mehr beitragen. Hier vermittelt u. a. DER SPIEGEL, Nr. 48, 24. Jg., vom 23. Nov. 1970, S. 108 ff., einen brauchbaren ersten Überblick.

87 Vgl. Baukloh, ebd.; DUZ a.a.O., S. 17; sowie FR, Nr. 143, 25. Juni 1970, S. 4.

88 Vgl. Joschko, Rechter und linker Pulverdampf vernebeln Fortschritt, in: FR, Nr. 151, 4. Juli 1970, S. 3; sowie DER SPIEGEL, 29, S. 59.

89 Vgl. Baukloh, a.a.O., S. 784.

90 Vgl. Anm. 36.

mentaren im Sinne des Initiativausschusses zu interpretieren“⁹¹, sind die „ausgewählten Gäste... aus der Wirtschaft“⁹², die am 22. Juni zu den professoralen „Freiheitskämpfern“⁹³ stießen, unzweifelhaft bereit, für seine finanzielle Grundlage zu sorgen⁹⁴. Somit ist das Gesamtunternehmen des „Bundes“ schon heute nach fast allen Seiten hin abgesichert.

VIII

In der sichtbaren organisatorischen Konsolidierung, die sich nicht zuletzt als Produkt der integrationistischen Komponenten dieses Schutzes von außen erweist, ist jedoch der augenfällige Mangel der Theorie, die klare Zielprojektion liberalreformerisch mit Anspruch auf Glaubwürdigkeit und Konsistenz zugleich nicht mehr etikettieren zu können, keineswegs aufgehoben. Um diesem Zustand zu begegnen, sind die „Bund“-Professoren auf den historisch-biographischen Rekurs angewiesen. Sie sehen sich in zunehmendem Maße dem Zwang ausgesetzt, ihr liberales Selbstverständnis um das Komplement seiner antifaschistischen Züge zu bereichern. Dies gelingt jedoch nur, indem sie, die Immunisierungstendenzen gegen den „Einbruch des Politischen“⁹⁵ in den Hochschulbereich legitimierend, der demagogischen und letztlich zynischen historischen Parallelisierung der universitären Situation von 1933 und 1968 oder 1969⁹⁶ zur quasi

91 S. Baukloh, a.a.O., S. 784. Im gleichen Zusammenhang gewinnt der Hinweis von Grunenberg, a.a.O., S. 12, an Bedeutung, daß die potentiellen Gründungsmitglieder des „Bundes“ erfreut von den Schwierigkeiten der „linken Presse“ — gemeint sind allem Anschein nach liberale Blätter wie die *FR* und die *ZEIT* — „sie als Klub der Reaktionäre einzustufen“, Kenntnis nahmen. Überhaupt ist eine auffallende, im Zweifel politisch motivierte Idiosynkrasie in allen Fällen, in denen sie Gefahr laufen, das Image der Reaktionäre anzunehmen, für die Abwehrreaktionen der „Bund“-Professoren typisch: statt ihre prätendierte kritische Liberalität substantiell auszuweisen, verfallen sie der Versuchung, klassifikatorischen Interpretationen ihres politischen Standorts — auch im Bewußtsein der Kollegialität — formal zu begegnen. So nahm schon im Februar 1969 Hennis, *Unruhe*, S. 119 — um die Beweiskraft seiner Argumentation bemüht — Richard Löwenthal pauschal gegen den Vorwurf des Konservatismus in Schutz, und so stellt heute Löwenthal, *Hochschulkrise*, S. 4, Paul Mikat das Zeugnis des „reformfreundlichsten Hochschulpolitikers der CDU“ aus.

92 Vgl. Grunenberg, a.a.O., S. 11.

93 Vgl. Benzinger, *Freiheit der Wissenschaft*.

94 Auch der eilige Beifall, den das Deutsche Industrie-Institut, „Propagandazentrale des Bundesverbandes der Deutschen Industrie“, der professoralen Initiative spendete, vgl. Baukloh, a.a.O., S. 785, deutet, abgesehen von seinen wichtigeren politischen Implikationen, darauf hin.

95 Vgl. Nolte, *Sinn und Widersinn*, S. 10; zum weiteren historischen Kontext auch Leibfried, a.a.O., S. 9.

96 Selbst in der begrenzten unmittelbaren Konfrontation der konservativen Ordinarien mit der Studentenbewegung fiel bereits auf, daß sie ihr überaus problematisches Demokratieverständnis nurmehr vermittels formaler Analogien zu aktualisieren vermochten; zu diesem Vorgang allgemein schon frühzeitig u. a. Haug, a.a.O., S. 143 ff.

wissenschaftlich-politischen Dignität verhelfen. Und sie müssen die nationalsozialistische und die sozialistische Studentenbewegung formal analogisieren⁹⁷, um die Virulenz eines Faschismus-Bedarfs assoziativ denen anlasten zu können, die in Wirklichkeit gerade explizit zur politischen Offensive gegen solche Tendenzen angetreten sind. Die Tauglichkeit dieses Strategems wird unter anderem auch darüber entscheiden, inwieweit die Tätigkeit des „Bundes“ im allgemeinen und die Mitwirkung großindustrieller Kreise im besonderen der Diskretion zu unterliegen haben.

Will der „Bund“ nicht in einer Hinsicht die Mehrzahl seiner Mitglieder um ihr pluralistisches Selbstverständnis betrügen, so wird er die Öffentlichkeit seiner Aktivität, der Tenbruck vorwegnehmend die „aufklärerische“ Motivation unterlege, nur insoweit reduzieren können, als die zweifelhaften Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Wissenschaft, nämlich der unmittelbare Anschluß der Ausbildungs- und Forschungspraxis an die Marktbedingungen, tangiert sind⁹⁸. Die Faktizität dieser Kooperation selbst hingegen scheint

97 So implizit Löwenthal, *Die Hochschulkrise*, a.a.O., S. 4; ferner ders., *Zum politischen Engagement der Studenten*, in: *AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE*, 1. November 1967, S. 15; aus dieser naiven oder zynischen Analogie heraus gipfelt sein hochschulpolitisches Lamento heute in dem etatistisch eingefärbten historischen Imperativ, den „Willen zur Selbstverteidigung“, der gerade dem demokratischen Staat eigen zu sein habe, nicht neuerlich bis zur institutionellen Ebene des Wissenschaftsbetriebs hinauf zu paralisieren. Zur historischen Absicherung dieser Analogie, welche im übrigen die Korporation der Ordinarien von der politischen Verantwortung für den Zustand des Wissenschaftsbetriebs im Dritten Reich weitgehend zu entlasten hat, Nolte, *Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich*, in: *AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE*, 17. November 1965, S. 4 f.

In subtilerer Form, in der Reduzierung des studentischen Protests auf seine psychologischen Momente, die als Korrelat von individuellen Frustrationen und politischem Aktivismus auch die Ausgangspositionen der nationalsozialistischen Bewegung bestimmt haben sollen, verfolgt Hennis, *Unruhe*, S. 131 ff., die gleiche Strategie. Zusammenfassend auch Grunenberg, a.a.O., S. 12. Die Diagnose des Linksfaschismus — vgl. zu dessen begrifflicher Genese insb. Haug, a.a.O., S. 144 — die „in internen Richtungskämpfen auf der Linken“ gestellt, Grenzen der Bündnisfähigkeit einem theoriefeindlichen und blanquistischen Potential innerhalb der Studentenbewegung gegenüber anzugeben bestimmt war, als optimierendes Element in den entstehungsgeschichtlichen Zusammenhang dieser Parallelisierungs-Strategie interpretativ einzufügen, hieße ihren kausalen Bezug zum Syndrom des hilflosen Antifaschismus und einem daraus resultierenden problematischen Demokratieverständnis ohne Not zu eliminieren; typisch für diesen Bezug sind wiederum die Ausführungen von Hennis, *Unruhe*, S. 124.

98 Bedenken in dieser Richtung formulierten schon vor Jahresfrist die Funktionäre der in Heidelberg ansässigen Hochschulgesellschaft: „Sie (einzelne Spender, d. Verf.) glauben, der guten Sache würde es schaden, wenn bekannt würde“, daß ihre Firma (oder „die“ Industrie) unsere Arbeiten finanzierte“. S. *ROTES FORUM*, a.a.O., S. 25.

nunmehr vor dem Hintergrund des in naiver oder zynischer Manier verstümmelten Repräsentationsgedankens der Publizität unbedingt zu bedürfen. Nicht zuletzt diese Entwicklung, die den organisatorischen Absichten der potentiellen Kampfbund-Mitglieder in mehrfacher Hinsicht entspricht, legt unabhängig davon, daß ihre objektive politische Funktion bereits unschwer einzuschätzen ist, die analytische Frage nach ihren ursprünglichen Motivationen zwingend nahe. Denn der Rekurs auf die verkürzte Einsicht in die gesellschaftliche Relevanz von Wissenschaft⁹⁹, der die grundsätzliche Dominanz eines der Objektivität verpflichteten Verantwortungsbewußtseins suggerieren soll¹⁰⁰, in Wirklichkeit jedoch die Widersprüche eben dieser aktualisierten Erkenntnis und der ihr angeschlossenen politischen Praxis nur unzulänglich retuschiert — sie steht tatsächlich dem theoretisch geltend gemachten Entpolitisierungsanspruch wie eh und je diametral gegenüber —, kann trotz aller Eindeutigkeit der legitimatorischen Absicht, die ihn kennzeichnet, sinnvollerweise nicht allein den Bezugspunkt der Analyse ausmachen. Im Blick auf die mit einiger Sicherheit voraussehbaren politischen Konsequenzen der Tätigkeit des „Bundes“ sind demgegenüber jene Motivationen zu eruieren, die im Geschichts- und Demokratieverständnis seiner Mitglieder zum einen und in ihrem Wissenschaftsbegriff zum anderen begründet sind. Die nahezu ausschließliche Repräsentation sozial- und geschichtswissenschaftlicher Fachrichtungen unter den maßgeblichen Initiatoren des Kampfbundes gilt es gerade in diesem Zusammenhang zu betonen. Daß sie bisher noch in keiner Weise Kritik hervorrief, steht im auffälligen Gegensatz zur ansonsten gängigen Instrumentalisierung außerwissenschaftlicher Ressentiments gegen eine Disziplin wie die Soziologie¹⁰¹: weil anders der pauschale denunziatorische Angriff auf das gesellschaftskritische Potential innerhalb der politisierten Studentenschaft nicht zu bewerkstelligen war, mußte Zeit ihrer Aufklärungskampagnen der bloße Verweis auf die von ihr

99 Vgl. dazu u. a. die Klage Richard Löwenthals über eine angeblich von „radikalisierten Studenten und zum Teil Assistenten“ initiierte „Emanzipation der Hochschule von den Bedürfnissen der demokratischen Gesellschaft“, in: DER SPIEGEL, 29, S. 68, die er vorher schon als „Latein-amerikanisierung“ apostrophiert hatte. Vgl. FR, Nr. 143, 25. Juni 1970, S. 4. Charakteristisch in diesem Zusammenhang ferner ders., Hochschulkrise, S. 4 f. Ähnlich Hennis, Unruhe, S. 12 f., sowie S. 27.

100 Nolte, Sinn und Widersinn, S. 14 f., expliziert darüber hinaus, was unter dieser Verantwortlichkeit zu verstehen sei: die Negation radikaler Gesellschaftskritik, die a priori wissenschaftstheoretisch fundiert ist. Der vulgär-dialektische methodologische Ansatz, den er im Interesse kritischer Distanz zu Staat und Gesellschaft propagiert, („wissenschaftliches Denken dagegen verhält sich zu der Gesellschaft, in der es sich jeweils befindet, zugleich bejahend und verneinend, daß heißt verantwortlich und forttreibend“) ist in letzter Konsequenz indes paradigmatisch für „die Einordnung der Wissenschaft in eine fertige Welt der kompakten, nicht mehr zu befragenden Faktizität“. Vgl. Hofmann, Universität, S. 26.

101 Vgl. ebd., S. 27.

favorisierte Studienrichtung herhalten, um im Ansatz eine Gegenstrategie zu konstituieren. Allem Anschein nach besteht im Gegensatz dazu mittlerweile in jenen politischen und wirtschaftlichen Kreisen, welche die Gründung des Kampfbundes wohlwollend beobachten oder praktisch fördern, ein unausgesprochener Konsensus darüber, daß von einer Soziologie oder Politikwissenschaft, deren Vertreter die gezielt gegenreformerische Zusammenarbeit mit ihnen suchen, keine Gefahren mehr für die Stabilität des gesellschaftlichen Status quo zu erwarten sind. Unter den davon prinzipiell verschiedenen gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Implikationen ihres demokratischen Engagements gelangt die studentische Kritik an den Sozialwissenschaften solcher Observanz *vice versa* zum gleichen Ergebnis¹⁰².

IX

Wo in der Argumentation der „Bund“-Professoren, die sichtlich um die Produktion reizauslösender Mythologeme bemüht sind, die gegenwärtige Krise der Hochschulen leichthin zum politischen wie auch historischen Pendant ihrer Faschisierung in den dreißiger Jahren gerät, ist nach der Struktur eines Faschismus-Begriffs zu fragen, der diese Parallelisierung abdeckt. Diese Frage erscheint umso dringlicher, als einzelne Urheber dieses Identitätstheorems entweder den biographisch bedingten Vorsprung profunder Einsichten des Zeitgenossen in beiden historischen Situationen den Studenten gegenüber für sich reklamieren¹⁰³ oder aber — wie der Marburger Historiker Ernst Nolte — die eigene Forschungspraxis dem Anspruch nach unmittelbar der Analyse der historischen Bedingungen von Nationalsozialismus und Faschismus gewidmet haben¹⁰⁴. Hinzu kommt, daß der vermeintliche Nachweis eines Problembewußtseins, der überhaupt erst diesem Vergleich den Anschein der Inhaltlichkeit geben soll, notwendig ein antifaschistisches Selbstverständnis impliziert. Daß dieser Antifaschismus trotz seines geschichtlichen Anspruchs inhaltslos oder doch wenigstens äußerlich bleibt und daß er politische Ambitionen, die ihn im Grunde essentiell auszehren, nur vorder-

102 Die Basisgruppe Soziologie Heidelberg, vgl. SOZIOLOGEN-INFO, a.a.O., S. 1, motivierte die Aussperrung Tenbrucks, der eine Lehrstuhlvertretung übernehmen sollte, beispielsweise u. a. damit, daß er die Aufforderung der Tübinger Studenten völlig ignorierte, auf ihre materiale Kritik an seinem Wissenschaftsbegriff zu antworten, die sich in erster Linie auf die Unfähigkeit zur Reflexion der „außerwissenschaftlich gesetzten Erkenntnisgrenzen“ im Kontext seiner Soziologie bezog.

103 So vor allen Dingen etwa Hennis, Unruhe, S. 123; implizit auch Richard Löwenthal, Hochschulkrise, S. 5; vgl. auch Haug, a.a.O., S. 84 ff.

104 Vgl. Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1965; ders., *Die faschistischen Bewegungen*, München 1968; ders., *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968; eine informative zusammenfassende Kritik dazu bei Saage, *Bemerkungen zur Faschismusinterpretation Ernst Noltens*, in: DAS ARGUMENT, 12. Jg., August 1970, S. 292—304.

gründig-propagandistisch einzukleiden vermag, ist offenkundig¹⁰⁵. Je deutlicher — in der politischen Argumentation ebenso wie auch in einer Historiographie, die sie fundamentierte — die historische Auseinandersetzung mit dem Faschismus zum rein typologischen oder bestenfalls phänomenologischen Interesse gerinnt und auf der anderen Seite retrospektiv die psychischen Aversionen gegen seine Erscheinungsformen mobilisiert, desto selbstverständlicher muß dieser Zustand erscheinen¹⁰⁶.

Die Faschismus-Interpreten unter den künftigen „Bund“-Mitgliedern haben von jener Methode Gebrauch gemacht, einen Begriff ihres Erklärungsobjekts zu konstituieren, die im Ganzen statisch-strukturell bleibt. Während sie einerseits einen gleichsam unästhetischen Mobilismus und ähnliche Erscheinungen zur beherrschenden Signatur des Faschismus stilisieren¹⁰⁷ und dergestalt unausweichlich subjektive Empfindsamkeit und Innerlichkeit zum Ansatz ihrer Kritik und damit auch ihres antifaschistischen Anspruchs erheben, begnügen sie sich auf der anderen Seite, eine Systematik faschistischer Organisations- und Artikulationsformen in der Abstraktion von ihren sozialen Inhalten zum Substrat des historischen Verständnisses zu machen¹⁰⁸.

105 Vgl. Nolte, Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, 17. November 1965, S. 3—14, sowie Tenbruck, a.a.O., S. 10.

106 Hennis, Unruhe, S. 32, bringt diesen Sachverhalt auf den Begriff, indem er die Bedingungen von Widerstand zuvorderst als charakterliche definiert. In gegenläufiger politischer Absicht, gleichwohl jedoch mit dem gleichen theoretischen Effekt, transponiert Rüegg, Die studentische Revolte gegen die bürgerliche Gesellschaft, Zürich 1968, S. 10, diese individualisierende Hypothese auf das Protestverhalten der Studenten: die Deprivation seiner charakterlichen Voraussetzungen infolge veränderter Sozialisations- und Kommunikationsstrukturen erlaube nunmehr einen „Protest gegen den vereinfachten Gegner“.

107 Vgl. Hennis, Unruhe, S. 116 ff., dem es am unbedenklichsten erscheint, die politisch intendierte Parallelisierung über den Leisten dieses Interpretationsschemas zu schlagen, da offensichtlich sein Ansatz schlechterdings nicht objektivierbar ist. Der undifferenzierte Vorwurf gegen die politischen Studenten, der wiederum die Inhalte ausschließt, bezieht sich im historischen Vergleich dann ohne weiteres auf „sterile Aufgeregtheit“, ebd., S. 119, „politischen Aktivismus“, ebd., S. 131, sowie implizit auf „Aventurismus“, ebd., S. 135. Methodisch muß der Absicht, auf solche Weise die materiale Diskussion zu umgehen, der Versuch entsprechen, diese Erscheinungsformen des Protests als Produkte spezifischer Habitualisierungsprozesse auszugeben. Vgl. auch Anm. 79. Ähnlich auch Hans Maier, Reform in der Demokratie, in: Reform als Alternative, S. 25. Dazu ferner Stolle, Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit, in: DAS ARGUMENT, 12. Jg., August 1970, S. 384 ff.

108 Vgl. dazu Nolte, Die faschistischen Bewegungen; zum Komplement der interpretatorischen Abstinenz, die sich auf den Zusammenhang „von ökonomischer Reproduktion der Gesellschaft, Gesellschaftsstruktur und Form der darauf basierenden öffentlichen Herrschaft“ bezieht, s. Kliem, Kammler, Gripenburg, Zur Theorie des Faschismus, in: Faschismus und

Beide Arten der Konstitution eines Faschismus-Begriffs, die gleichermaßen Antifaschistisches zu involvieren vorgeben, machen blind für die Erkenntnismöglichkeiten, welche die gesamtgesellschaftliche Funktion des Faschismus betreffen: die Hypostasierung peripherer Begleiterscheinungen¹⁰⁹ — die im übrigen, was die existentielle Situation von Arbeitern im allgemeinen und physisch bedrohten politischen Gegnern im besonderen unter faschistischer Herrschaft angeht, elitäre Bewußtseinlagen reproduziert¹¹⁰ — genauso wie ein theorieloser Eklektizismus, der im Gegensatz dazu wissenschaftlich ambitioniert ist.

Unter anderem auch aus diesem Grund können die starken Affinitäten zum Faschismus, die den deutschen Universitätsbetrieb unzweifelhaft schon vor 1933 durchsetzten und seine Selbstgleichschaltung späterhin ermöglichten¹¹¹, denn auch nicht ins Blickfeld der Deutungsversuche geraten. (Der große Spielraum für antidemokratisches Denken in personeller, sowie die fortschreitende Enttheoretisierung und Spezialisierung der Teildisziplinen in wissenschaftspolitisch-institutioneller Hinsicht sind als wesentliche Bedingungen dieser Ausgangslage zu benennen¹¹².) Hilfskonstruktionen der Erklärung, die den Eindruck, als sei die wissenschaftliche Bastion von Objektivität und Wahrheit nicht aus sich selbst verfallen, sondern vielmehr mit den Mitteln der Ideologisierung und Politisierung von außen zerstört worden, implizit bis in die aktuelle politische Argumentation verlängern, müssen stattdessen für die historisierende Selbstverständigung unter den „Bund“-Professoren herhalten¹¹³. Diesem in deutlicher Entlastungsmotivation fetischisierten Empiremen, das wissenschaftlicher Überprüfung kaum mehr standhalten dürfte, entspricht in den aktuellen Legitimationsfiguren des professoralen Engagements der Affekt gegen „den Einbruch der Politik in die Universitäten“¹¹⁴. Das Mißverständnis, welches diese Parallelisierung abdeckt, hat allem Anschein nach System: denn schwerlich kann einer sinnvollen Faschismus-Analyse entgehen, daß die nationalsozialistische Politisierungsformel nichts anderes als die radikale

Kapitalismus, S. 7, wird notwendig die Mystifikation von Herrschaft, die den Begriff ihrer sozialen Funktion hinter sich läßt; diesem Vorwurf bleibt der Faschismus-Begriff Noltes, wie Czeskleba, *Faschistische Ideologie*, in: *DAS ARGUMENT*, 7. Jg., Heft 2, Mai 1965, exemplifiziert, unbedingt ausgesetzt.

109 „Eine Variante des Ungeist-Motivs bringt der Münchner Politologe Hans Maier, nach dessen Worten es spezifisch für den NS war, daß er in blindem Pragmatismus und radikalem Tätertum (vgl. auch Anm. 80) den Primat des Geistigen verneinte.“ S. Haug, a.a.O., S. 38. Vgl. Maier, *Nationalsozialistische Hochschulpolitik*, in: *Die Deutsche Universität im Dritten Reich, Eine Vortragsreihe der Universität München*, München 1966, S. 74.

110 Dazu vor allen Dingen Haug, a.a.O., S. 74 f.

111 Ebd., S. 60.

112 Dazu u. a. Hofmann, *Universität*, S. 19 f.

113 Vgl. Haug, a.a.O., S. 88 ff.

114 Vgl. Nolte, *Sinn und Widersinn*, S. 10.

Entpolitisierung der Wissenschaften meinte. Es zeigt sich gerade in diesem Zusammenhang deutlich, daß in die vermeintlich antifaschistische Position derjenigen Mitglieder des „Bundes“, die diese formale Analogie propagandistisch nutzbar machen, der faschistische Politik-Begriff unreflektiert eingegangen ist¹¹⁵. Dagegen gilt es das Politisierungs-Postulat, wie es die Studentenbewegung gegen die herrschende politische Indienstnahme der Universität formulierte, als diejenige Forderung zu umschreiben, die sich auf „von Praxis nicht getrennte Reflexion der politischen Ziele von Wissenschaft“ bezieht¹¹⁶.

So wie die studentischen Organisationen als Hilfstruppen des Nationalsozialismus den Wissenschaftsbetrieb politisierten und damit gleichsam auch denaturierten¹¹⁷, versuchen die radikaldemokratischen und sozialistischen Studenten heute angeblich, den autonomen Raum wissenschaftlicher Wahrheitsfindung nach den Kategorien ihres Sozialutopismus einzugrenzen. Unabhängig von der individuellen Interessenlage der „Bund“-Professoren, die einer Demokratisierung der Hochschulen entgegensteht¹¹⁸ und auch abgesehen von der politisch-ökonomischen Bedürfniskonstellation, aus der heraus sie ihr Engagement objektiv vortragen, hat die unter ihnen vorherrschende Tendenz, Analogien zu konstruieren, und zwar entgegen dem Formalismus, in den sie sich gemeinhin kleidet, auch ein historisch-inhaltliches Moment aufzuweisen. Die gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik im allgemeinen und der Übergang der Hochschulen von der politischen Isolation¹¹⁹ zu ihrer sozio-ökonomischen Funktionalisierung im besonderen¹²⁰ bezeichnen dabei den entwicklungsgeschichtlichen Rahmen: die „Identifikationsdoktrin“¹²¹, die der schematischen Parallelisierung der

115 Vgl. Haug, a.a.O., S. 22.

116 Vgl. Politisierte Wissenschaft — Ein Diskussionsbeitrag, in: Leibfried (Hrsg.), Wider die Untertanenfabrik, S. 339. Ähnlich auch Habermas, a.a.O., insbesondere S. 604.

117 So die These von Nolte, Typologie des Verhaltens, S. 4 f.

118 Vgl. u. a. Benzinger, Freiheit der Wissenschaft.

119 Nicht von ungefähr beschwört Hennis, Unruhe, S. 13, die Erinnerung an die Universität der Jahre nach 1945 herauf: „... ist wohl selten mit soviel Freude und wahren Gewinn an deutschen Universitäten studiert worden.“ Abgesehen von einem spezifischen Hang zur Innerlichkeit, der in dieser Feststellung deutlich wird, und der Kritikwürdigkeit des offenkundigen Anachronismus, die es festzuhalten gilt, ist auf die Bedingungen dieser Situation hinzuweisen: Die temporäre Politik- und auch weitgehende Staatsfreiheit (vor dem Hintergrund eines anfänglich stark akzentuierten Föderalismus) von Forschung und Lehre als Resultat der besonderen ökonomischen Ausgangslage der Rekonstruktionsperiode; vgl. Leibfried, a.a.O., S. 39 ff. Zur Identität von Politik- und Interessenfreiheit und zur Terminologie selbst, die im übrigen geeignet ist, gezielte Mißverständnisse der studentischen Politisierungsforderungen abzuwehren, Hofmann, Universität, S. 36.

120 Dazu Leibfried, a.a.O., S. 39 ff.

121 S. Wolfgang Schieder, Faschismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Band 2, Spalte 468.

historischen Situation von 1933 und 1969 im Universitätsbereich zugrunde liegt, erweist sich als spätes Produkt der „Umpolung“ des Antifaschismus zum Antisozialismus¹²², wie sie dies als Totalitarismus-Konzeption schon lange war. Obwohl gerade diese Konzeption in ihren theoretischen Ausprägungen „inzwischen durch das Abebben des Kalten Krieges in ein agonales Stadium“¹²³ eingetreten ist, hat sich ihre politisch-propagandistische Funktion, leerformelhafte Invektiven in den Schein wissenschaftlicher Seriosität zu hüllen, noch zu einem Teil erhalten; die ehemals gängigen Argumentationsmuster anti-ideologischer Präventionen wurden bis über den Abschluß der Konsolidierungsphase studentischen Protests hinaus auf den veränderten Bezugsrahmen denunziatorischer Kritik übertragen¹²⁴.

Wo die bürgerliche Totalitarismus-Kritik¹²⁵ als Ausdruck einer tradierten liberal-demokratischen Abwehrreaktion auch gegen punktuelle Problematisierungen der gesellschaftlichen Verhältnisse im besonderen¹²⁶ und als Ausfluß konservativen Denkens im allgemeinen¹²⁷ ursprünglich definiert war als Zusammenfassung der „wesentlichen Strukturmerkmale der kommunistischen wie der faschistischen Herrschaftsordnung“¹²⁸, systematisiert sie heute noch um vieles augenfälliger die Einwände gegen antikapitalistische Innovationsforderungen: allerdings — wie es dem Bewußtsein eines möglichen Anachronismus entspricht — mit dem Akzent auf der Geschichtlichkeit der Erscheinungsformen des Totalitären¹²⁹.

122 Im Ergebnis interpretiert Haug, a.a.O., S. 144, diesen Prozeß „als Frontstellung gegen Demokratisierung schlechthin“. Diese Bewertung scheint — historisch gesehen — um so plausibler, als schon die westlich-alliierte Besatzungspolitik nichts anderes als einen fungiblen Formal-Demokratismus kreierte; ähnlich Stolle, a.a.O., S. 388.

123 Siehe Neusüss (Hrsg.), Utopie, Begriff und Phänomen des Utopischen, S. 37.

124 Die Analyse von Stolle, a.a.O., S. 375 ff., macht implizit deutlich, daß gerade die Instrumentalisierung der Totalitarismus-Theorie in der Absicht, die Zielvorstellungen der politischen Studenten zu diskreditieren, das einzige Moment der gegenreformerischen Bemühungen darstellt, das die vorherrschende Intention einer bewußt entpolitisierten, auf psychologisierende Erklärungsmodelle abgestellten Auseinandersetzung punktuell transzendiert.

125 Zu ihrer Begrifflichkeit, Genese und Funktion ausführlich Neusüss, a.a.O., S. 36 ff.; ähnlich auch Kliem, Kammler, Griepenburg, a.a.O., S. 13 ff.; vgl. Blanke, Rot gleich Braun, in: DAS ARGUMENT, 7. Jg., Heft 2, Mai 1965, S. 27 ff.; zur Kritik des egalisierenden Totalitarismus-Verständnisses ferner Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, u. a. S. 16 ff.; mit konkretem Bezug auf die gegenwärtige Auseinandersetzung Haug, a.a.O., S. 143 ff.; komprimierte Kritik der Totalitarismus-Kritik auch bei Stolle, a.a.O., S. 390.

126 Vgl. Schieder, a.a.O., Sp. 468.

127 Vgl. Neusüss, a.a.O., S. 36.

128 Vgl. Kliem, Kammler, Griepenburg, a.a.O., S. 13.

129 So vor allen Dingen Hennis, Unruhe, S. 128 ff.; Richard Löwenthal, Hat die Revolution eine Zukunft?, in: AUS POLITIK UND ZEITGE-

So gerne sie auch sonst unter dem Druck ihrer eigenen Legitimationsprobleme die genuin politische Motivation des Studentenprotests leugnen, so scheint doch auch den künftigen Mitgliedern des „Bundes“ eingegangen zu sein, daß die Totalitarismus-Kritik als Mittel der Globaldenunziation der Anwendung auf Programme und Zielvorstellungen widerspricht, die projektiv nichts anderes als gesellschaftliche Segmente umgreifen. Das normative Element im Begriff der westlich-parlamentarisch verfaßten Gesellschaft, das in der Bundesrepublik gleichzeitig mit der Genese des Antikommunismus seine kritischen Implikate einbüßte, hat sich als apologetisches nunmehr politisch zu bewähren, der Gegner hochschul- und wissenschaftspolitischer Restauration „Gegner unserer Demokratie“ schlechthin zu sein¹³⁰. Nur so kann der noch weithin unvermittelte Totalitarismus-Verdacht, der sich im übrigen, um an Glaubwürdigkeit zu gewinnen, in letzter Konsequenz auf die „These vom postideologischen Zeitalter“¹³¹ stützen muß, das gegenutopische Strategem freigeben, das sich durch ihn erst konstituiert¹³². Während die „Bund“-Professoren in herkömmlicher Manier die studentische Hochschulpolitik und damit auf Umwegen auch die sozialdemokratischen Vorstellungen von inneruniversitärer Demokratie in ihren langfristigen Perspektiven einem globalen Utopie-Vorwurf aussetzen, der mit dem Verdacht eines Defizits an praktischer Rationalität motiviert wird, mobilisieren sie Affekte, die sie selbst der Notwendigkeit entheben, für alternative Konzeptionen den Nachweis der tatsächlich „wertfreien“ Praktikabilität zu erbringen; und andererseits scheint es ihnen nurmehr auf diese Weise zu gelingen, ihr restriktives Demokratieverständnis zu verkleiden¹³³.

SCHICHTE, 7. April 1965, u. a. S. 4; ders., Totalitäre und demokratische Revolution, in: DER MONAT, 13. Jg., 1960, Heft 146, u. a. S. 30; sowie ders., Staatsfunktionen und Staatsform in den Entwicklungsländern, in: Die Demokratie im Wandel der Gesellschaft, Berlin 1963, S. 192, bringt bezeichnenderweise die ansonsten für seinen interpretatorischen Bezugsrahmen typische egalisierende Totalitarismus-Kritik nicht in dieser Form in die Analyse der studentischen Zielvorstellungen ein. Prinzipiell erhebt auch Nolte, Sinn und Widersinn, S. 12, den Totalitarismus-Vorwurf.

130 Vgl. Richard Löwenthal, Hochschulkrise, S. 4.

131 Vgl. Lenk, a.a.O., S. 1061 ff.

132 Als integrierende Elemente gegenutopischer Einwandmuster nennt Neusüss, a.a.O., S. 36, das Kriterium der Realisierbarkeit, den Totalitarismus-Verdacht und den eschatologischen Einwand. Der Vorwurf des Sozialromantizismus und des Sektierertums, den Rüegg, a.a.O., S. 21, formuliert, ist kontextual als Einwand nach dem erstgenannten Kriterium zu interpretieren. Die Definition utopischer Forderungen, wie sie Hennis, Unruhe, S. 118, liefert — „und das sind genau solche in denen alle Bedingungen zur Disposition des Menschen stehen“ — gleichfalls. Zum zweiten Argumentationsstrang der Utopie-Denunziation in diesem konkreten Zusammenhang s. Anm. 101.

133 Für das Demokratieverständnis unter den „Bund“-Professoren ist — zumal in politikwissenschaftlicher Hinsicht — Hennis, Politik als praktische Wissenschaft, S. 48 ff., aufschlußreich, der den Möglichkeiten

X

Unabhängig von der Kritik an seiner objektiven politisch-ökonomischen Funktion im Kontext zunehmender Kapitalisierung des Wissenschaftsbetriebs, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts anderes darstellt als die Sozialisierung der investiven Risiken, wird sich die mit Sicherheit zu erwartende inneruniversitäre wie auch öffentliche Auseinandersetzung um die Aktivitäten des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ unzweifelhaft auch danach strukturieren, in welchem Ausmaß dieses Demokratieverständnis zum theoretischen Substrat anti-demokratischer Tendenzen gerät. Daß die Gefahr einer solchen Entwicklung nicht von der Hand zu weisen ist, haben die bisherigen programmatischen Bekundungen und organisatorischen Initiativen im Ansatz bereits gezeigt.

Die vielfachen Klagen über die mittlerweile verschlechterten Bedingungen der Kriegsforschung an den Hochschulen¹³⁴ weisen noch darüber hinaus. Sie geben unvermittelt den Blick auf eine bedenkenlose Bereitwilligkeit frei, nicht nur die demokratischen Fragmente innerhalb der Gesellschaft aufzulösen, sondern ganz allgemein der wissenschaftlich und politisch erzeugten Inhumanität in allen Lebensbereichen vorzuarbeiten.

Die Entscheidung in diesem Konflikt wird über die langfristige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kapital- und Wissenschaftsinteressen im allgemeinen und die tatsächliche Funktion des „Bundes“ im besonderen allerdings noch wenig aussagen. Zwar wird sie möglicherweise im einen oder anderen Fall auf die taktischen Überlegungen des „Bundes“ in der Weise korrigierend zurückwirken, daß spektakuläre Manifestationen anti-demokratischer Züge künftig ausbleiben und an ihre Stelle politisch gereinigte, sach-motivierte programmatische Äußerungen treten.

Eine sinnvolle Kritik der „Bund“-Aktivität kann jedoch nicht allein Nuancen zu ihrem Gegenstand machen, die zwischen den je verschiedenen Artikulationsfiguren des darin sich dokumentierenden Konservatismus, Rechtsradikalismus oder Technokratentums liegen. Denn ohne Zweifel würde sie auf diese Weise leichthin den subjektiven Verständigungsschwierigkeiten zum Opfer fallen, die zwischen den „Bund“-Professoren selbst bislang noch herrschen, weil ständische Interessen allein für einen breiteren politischen Konsens unter ihnen nicht hinreichen. Analyse und Kritik werden stattdessen vielmehr auf die Art und Weise abzuheben haben, in der diese Probleme der Standortbestimmung das Bewußtsein der politischen und ökonomischen Bedingungen reflektieren, unter denen sich die Aktivität des „Bundes“ zu entfalten hat.

Die verbalen Radikalismen, die das bisherige Auftreten seiner Gründungsmitglieder mitunter begleiteten, vermitteln in der Tat

plebiszitärer Willensbildung gegenüber apodiktisch den Amtsgedanken im Kontext der repräsentativen Demokratie akzentuiert.

¹³⁴ So Hennis in der Fernsehdiskussion am 30. Juli 1970; implizit auch Maier, Für eine freie Wissenschaft kämpfen, a.a.O., S. 15.

einen Eindruck, der die Gesamteinschätzung möglicherweise verfälscht. So deutlich sie auch die ideologische Ausgangslage markieren: die langfristigen Perspektiven der „Bund“-Politik scheinen in ihnen allein kaum richtig eingefangen zu sein. Denn gerade jenen Ordinarien, die nicht erst heute dem Verbund zwischen Wissenschaft und Kapital vorarbeiten, dürfte kaum verborgen bleiben, daß offenkundige Rechtstendenzen in ihrem eigenen politischen Programm dieses nicht nur einer demokratischen Öffentlichkeit gegenüber der völligen Unglaubwürdigkeit aussetzen würde, sondern daß sie im Grunde auch zur Disfunktionalisierung der Tätigkeit des „Bundes“ nicht unwesentlich beitragen. Schon heute gibt es manche Anzeichen dafür, daß diese Professoren erkannt haben, auf welche Weise die Chancen der Systemstabilisierung am ehesten verbessert werden können.

In den Tendenzen zur Fraktionsbildung zwischen Technokraten auf der einen sowie dezidiert Konservativen und Reaktionären auf der anderen Seite, die sich vor dem Hintergrund der organisatorischen Konsolidierung des „Bundes“ schon vor dem Zeitpunkt seiner offiziellen Gründung abzeichnen, hat diese Einsicht zu ersten sichtbaren Ergebnissen geführt. Soll die Gesamtorganisation in Zukunft unter der Voraussetzung der langfristigen Konvergenz zwischen Kapitalinteressen und liberal-technokratischen Reformmaßnahmen ihrer Funktion optimal gerecht werden, so müssen sich diese Tendenzen notwendigerweise noch weiter verstärken, muß die Polarisierung zwischen beiden Gruppen möglicherweise mit der völligen Abspaltung der Konservativen enden. Die Arrangements, die man zwischen „Bund“-Kreisen und politischen Parteien forciert zu treffen versucht¹³⁵ und die im übrigen die Kritik an den Hochschulgesetzen als Versuch einer sauberen Trennung von technokratischer Strategie und links-demokratischen Tendenzen deutlich relativieren, lassen ungefähr erkennen, daß ein diffuses rechtsorientiertes Protestpotential innerhalb des „Bundes“ auf die Dauer kaum eine politische Chance haben dürfte. Denn seinen Initiatoren kann es in der derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Konstellation weniger darum gehen, ein ständisches professorales Unbehagen an den Universitätsverhältnissen zu mobilisieren: sie haben es sich allem Anschein nach vielmehr zum Ziel gesetzt, eine Clearing-Stelle zu etablieren, die es erlaubt, die Interessen des Gesamtkapitals ungefiltert in technokratischen Reformimpulsen zur Geltung kommen zu lassen. Daß die „Bund“-Ideologie in dieser Konzeption viel eher als im latenten Rechtsradikalismus ihre politische Entsprechung findet, ist derzeit kaum noch in Zweifel zu ziehen.

135 Vgl. Kotthaus, Auch Professoren machen mobil, in: HEIDELBERGER TAGEBLATT, Nr. 257, 6. Nov. 1970.

Besprechungen

Philosophie

Blumenberg, Hans: Die Legitimität der Neuzeit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1966 (599 S., Ln., 38,— DM).

Dieses Buch überzeugt als der gelungene Versuch einer kritischen Darstellung und Analyse repräsentativer Ausschnitte aus der europäischen Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte. Methodisch hält sich Blumenberg an die Verfahrensweisen immanenter Interpretation von Texten, die jedoch von Fragestellungen angeleitet sind, wie sie erst mit dem historischen Materialismus möglich wurden. Daher kommt in dieser Untersuchung die historische Kritik ‚reiner‘ ideengeschichtlicher Nachkonstruktionen der Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte ausführlich zur Sprache, und Blumenberg trägt dazu bei, Fragestellungen zu entwerfen, die sich entweder aus dem statischen Verständnis der Philosophiegeschichtsschreibung als Toposforschung und Typenlehre ergeben oder von Ursprungs- und Endzeitbehauptungen motiviert bzw. den geschichtsphilosophischen Verfalls- und Höhepunktkonstruktionen assimiliert sind.

Blumenberg eröffnet die Kontroverse mit diesen Interpretations-schemata und Forschungsstrategien, indem er den ihnen gemeinsamen Topos ‚Säkularisierung‘ einer gründlichen Analyse unterzieht; er versteht ihn als eine Kategorie, mit der in zahllosen Publikationen versucht worden ist, den eigentümlichen historischen Stellenwert der ‚Neuzeit‘ genannten Geschichtsformation bestimmbar zu machen. Behauptungen wie diese: ‚Weltlichkeit‘ ist ‚Signatur‘ der Neuzeit und ‚Verweltlichung‘ einer ihrer ‚Grundzüge‘, wodurch das moderne Geschichtsbewußtsein, welches das theologisch gebundene, durch Vernunftverzicht und Unterwerfung verhinderte des Mittelalters ablöste, oft charakterisiert wird, decouvriert Blumenberg als Vorstellungen, die erfolgreich zur Verschleierung des im Begriff Neuzeit präsenten Geltungsanspruchs beigetragen haben, sowie zum begrifflichen Arsenal der Verhinderung dessen gehören, was im Kampf um die Legitimität dieses Anspruchs essentiell ist: das Selbstverständnis des Denkens als Aufklärung und die Gewißheit des durch die modernen Wissenschaften ermöglichten innerweltlichen Fortschritts.

Blumenberg bezieht diese These auf Versuche theologischer, geschichtsphilosophischer und vor allem kulturkritischer Provenienz, die Erfolge der Naturwissenschaften, die Fortschritte der sozialen und politischen Theorien als Derivate einer im theologischen Absolutismus der Ontologien des Mittelalters optimal vorhandenen Weltdeutung zu disqualifizieren. Säkularisierung bedeutet dann in drei

Richtungen ein und dasselbe: Enteignung oder Aneignung, Illegitimität des Anspruchs auf dieses Angeeignete sowie die Einseitigkeit, d. h. auf Weltimmanenz gerichtete Ausbeutung dieses Angeeigneten: der im theologischen Absolutismus adäquat repräsentierten, der Vernunft transzendenten, absoluten ‚Substanz‘. Blumenberg zeigt, daß sämtliche Säkularisierungstheorien, wie verschlüsselt auch immer, zuletzt auf eine substantialistische Geschichtsontologie rekurrieren, die das rationale Verständnis von Prozessen der Realgeschichte und der Theoriengeschichte verhindert. Dies geschieht in ausgezeichneter Weise, sobald die substantialistische Geschichtsphilosophie unter dem Titel der Kritik des Substanzverlustes der Neuzeit als ihre progressive ‚Seinsvergessenheit‘ den kulturkritischen Vorwurf einer konstitutiven ‚Kulturschuld‘ der Neuzeit gegenüber ihrer Vergangenheit führt, und damit die Denunziation von Aufklärung und Fortschritt als einer Strategie der Abtragung dieser Schuld rechtfertigt.

An einer These aus Carl Schmitts ‚Politische Theologie‘, nach der alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre säkularisierte theologische Begriffe sind, zeigt Blumenberg, wie diese Geschichtsauffassung politisch einsatzfähig wurde: Carl Schmitts absolute Qualifizierung politischer Situationen als Reaktion auf anstehende und ungelöste gesellschaftliche und politische Probleme intendiert ihre Verschleierung mit anachronistischen Mitteln. Die Substitution des theologischen Absolutismus durch den Absolutismus des modernen Staates bringt die innergesellschaftlichen Widersprüche hinter der Fiktion universeller äußerer Freund-Feind-Verhältnisse zwischen den Staaten zum Verschwinden: ein ‚Schein der Säkularisierung‘ verhindert die Wahrnehmung realer Konflikte und die Reflektion auf sie ebenso, wie er ihre Lösung im Kampf der Staaten zugleich suggeriert.

Die Säkularisierungsthesen haben aber auch ihr ‚fundamentum in re‘. Blumenberg belegt in ausführlichen Analysen exemplarischer Texte aus der Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte die bedeutenden Anstrengungen, die von den neuzeitlichen Wissenschaften auf den Nachweis ihres Legitimitätsanspruches gegenüber ihrer mittelalterlichen und antiken Vergangenheit verwandt wurden. Jedoch das Insistieren auf ‚Authentizität‘ des in den Wissenschaften dokumentierten neuzeitlichen Bewußtseins einem Überangebot an von der Theologie und der Antike vorgegebenen Fragen und Antworten gegenüber, provoziert die von Blumenberg hervorragend explizierte Dialektik des Emanzipationsstrebens der Wissenschaften und der dadurch stimulierten Anwendung traditioneller oder neugebildeter Methoden der Unterdrückung. Der Schein der Säkularisierung entsteht, sobald die Wissenschaften ihre Autonomie unter der Bedingung der unbestrittenen Geltung theologischer Prämissen ihrer Fragestellungen behaupten und sich dann die Fortschritte des Denkens auf das Prämissensystem des theologischen Absolutismus als von diesem ermöglichte und determinierte zurückverlagern lassen.

Aufschlußreich wegen seines mehrdimensionalen Bedeutungsinhalts ist in Blumenbergs Untersuchung der Begriff ‚theoretische

Neugierde (curiositas), ein Schlüsselbegriff für die Analyse dieses Prozesses: theoretische Neugierde ist seit dem Ende der Antike ein repräsentativer Topos für die Bemühung, das materielle Glückstreben der Menschen und ihren Erkenntniswillen im Zusammenhang zu formulieren und diesen gegen überlieferte und jeweils aktuelle Widerstände durchzuhalten. Blumenberg zeigt — und das ist ein Stück Dialektik der Aufklärung —, wie gerade im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit unter dem Gewicht permanenter Anstrengungen, die wissenschaftliche Neugierde mit theologischen Antworten zu beruhigen, die Wissenschaftstheorie Descartes' beispielsweise und später Kants mit dem Versuch, Autonomie der Forschung systematisch nachzuweisen oder als widerstandsfähige Methode zu retten, die gleichzeitige Bemühung um die Garantie humaner Bedürfnisse preisgegeben hat. Die Theorie postuliert dabei als Verzicht, was ihr im Interesse des Nachweises ihrer Authentizität bereits vorgegeben ist: die Trennung von Erkenntnisfortschritt und Glücksgewinn; Aufklärung als eine Manifestation neuzeitlichen Legitimitätsbewußtseins ist schließlich ohne konstitutive Unterdrückung essentieller Bedürfnisse nicht mehr zu denken. Für den Protest gegen diese Konsequenz zitiert Blumenberg das Kommunistische Manifest, das in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf einem Höhepunkt wissenschaftlichen Fortschritts diese Legitimität erneut in Frage stellt.

Bernhard Heidtmann (Berlin)

Werhahn, Hans: *Das Vorschreiten der Säkularisierung* u. g. H. Bouvier u. Co. Verlag, Bonn 1969 (182 S., kart., 24,— DM).

Der Autor rechtfertigt die Veröffentlichung seiner Arbeit, die er nicht ohne Selbstironie eine Versammlung „zwanzig Jahre alte(r) Naivitäten“ nennt, als eine fällig gewordene „Denkbemühung“ inmitten einer „Situation, in der ein Begriff wie ‚permanente Revolution‘ in aller Munde ist und das ‚Schlachten heiliger Kühe‘ als fortschrittliche Lieblingsbeschäftigung gelten kann“. Solche „Kennworte“ signalisieren dem Autor einen Bewußtseinsstand, für den er die „weniger heilige Allianz von Soziologie und Philosophie“ und die politische Opposition der Studenten verantwortlich macht. Substantiell scheint dem Autor der Verfall des „ganz allgemeinen Geschäfts der Philosophie“, ihm zu begegnen und damit die Philosophie vor der Soziologie und die herrschende Politik vor der Opposition zu retten, reichen „soziologisch orientierte und dialektisch konstruierte Denkmodelle . . . ebensowenig (aus), wie die konfessionellen Schemata der traditionellen Konfessionen“. Diese müssen modernisiert werden. Die sozialen Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern sind nur vordergründig real gegenüber der Erfahrung von größerer Tragweite, wonach „das Ganze unseres erfahrbaren Geschehens . . . sich als ein stetes Zerbrecen von Abgeschlossenheiten . . . oder als ein stetes Schwinden der menschlichen Naivität (erweist)“. Diesen seit dem Mittelalter gleichermaßen politischen und theoretischen progressiven

Naivitätsverlust bezeichnet der Autor als das „Vorschieben der Säkularisierung“. Politischer Protest und (in unausgewiesenem Zusammenhang) auch die Naturwissenschaften zerstören von jeher „echte Religiosität, (die) stets den einheitlichen Grund eines möglichen Sinnes zur Voraussetzung und zur Bedingung hat“. Dem aufgeschlossenen Katholizismus des Autors ist es zuwider, die Probleme der modernen Gesellschaft auf der Folie mittelalterlicher Glaubensgewißheit abzuhandeln, daher bedarf die Sinnfrage einer neuen modernen Dimension, die der Autor in der Philosophie Heideggers fand. Elemente eines vorwiegend verbal und atmosphärisch rezipierten Heidegger beherrschen das Buch, wo der Autor die denkerische Strategie entwickelt, mit der dem unkontrollierten Davonlaufen der Säkularisierung zu begegnen sei. Befangen im eigenen Denkmilieu weiß der Autor sich zugleich der Antwort ganz nahe: „Das Ausdrücklichwerden dieses Vorganges, den wir das Vorschieben der Säkularisierung nennen, stellt die Sinnfrage unentrinnbar, weil sie die Bedrohung des menschlichen Lebenkönnens im Schwinden der Naivität aufzeigt. Wie den Eumeniden nur der nicht verfällt, der sich ihnen zuwendet, so erschließt sich das Ruhen in der erfüllten Lebendigkeit von Sinn nur dem als möglich, der unter dem Ja zum Schwinden des Lebenkönnens im vorschreitenden Säkularisierungsvorgang an der Front der Offenheit um die Ermöglichung kämpft.“

Bernhard Heidtmann (Berlin)

Schelauske, Hans Dieter: Naturrechtsdiskussion in Deutschland. Ein Überblick über zwei Jahrzehnte: 1945—1965. Verlag Bachem, Köln 1968 (384 S., Ln., 28,— DM).

In diesem Buch will Schelauske eine zwanzigjährige Diskussion darstellen über etwas, das es nie gegeben hat: Natur-Recht. Der Zirkelschlußcharakter aller aus irgendeiner „Natur“ abgeleiteten Rechte ist hinreichend oft belegt worden. Allein, die bürgerliche Rechtswissenschaft von heute — ein 18seitiges, engbedrucktes Literaturverzeichnis am Schluß des Buches veranschaulicht dies exemplarisch — schert sich darum wenig. So will auch Schelauske seine Dissertation als einen Beitrag zu der Bestandsaufnahme gewertet wissen, die allen weiteren Bemühungen um das Naturrecht Grund legen soll (19). Nach einer solchen programmatischen Erklärung könnte man sich die weitere Lektüre ersparen, wenn nicht die Naturrechtslehre noch einer jeden Zeit als politicum ernst genommen werden müßte.

Einzig deshalb verdient es Beachtung, wenn zeitgenössische Naturrechtler sich „der Rückbesinnung auf die ‚klassische‘ * Naturrechtslehre der antiken und mittelalterlichen Philosophie“ (249) hingeben und ihre Systeme in bewußtem Gegensatz zu denen der Aufklärung

* Der Begriff ›klassisches Naturrecht‹ wird gewöhnlich auf die Aufklärung angewandt. Schelauske gebraucht ihn auch nur für das mittelalterliche Naturrecht.

konzipieren, welchen bekanntlich „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ oberste Prinzipien waren. Es ist die durch Thomas von Aquin im 13. Jahrhundert vollendete scholastische Naturrechtsauffassung, deren „ewige Wiederkehr“ Schelauske „durch die Literatur der letzten beiden Jahrzehnte eindrucksvoll bestätigt“ (103) sieht. Seine Darstellung der „entscheidenden Grundlinien der neueren Erörterungen“ (Vorwort) zeigt, wie vorzüglich das thomistische Lehrgebäude, welches einst der katholischen Kirche zur ideologischen Verbrämung ihres gegen die Kaiser erhobenen Machtanspruchs diente, von der Neoscholastik durch die eklektizistische Hereinnahme phänomenologischer und existentialistischer Gedanken für die Belange der Bourgeoisie hergerichtet worden ist.

Das „merkliche Unbehagen“, das moderne neothomistische Autoren angesichts „der zu einer gewissen Überspitzung der Rationalität der Naturrechtsdeduktionen neigenden traditionell-scholastischen Auffassung“ (165) überkam, hat sie dazu veranlaßt, das statische Naturrecht des Aquinaten in ein dynamisches zu verwandeln. Schelauske, dessen Buch den inzwischen vollzogenen Abschluß dieses Prozesses markieren kann, unterscheidet zu diesem Zweck primäres und sekundäres Naturrecht. „Die Bezeichnung ‚primäres Naturrecht‘ erfaßt jenen unveränderlichen Teil des Naturrechts, welcher sich auf die allgemeine Menschennatur berufen kann; er erscheint als eine Summe von Leitsätzen, die in ihrer Allgemeinheit nur als oberste Gerechtigkeitsgrundsätze und weniger als unmittelbar anwendbare Normen angesehen werden können. Ihre Geltung ist unverbrüchlich, so daß sie das statische Element der Naturrechtslehre bilden. Mit ‚sekundärem Naturrecht‘ ist der veränderliche Teil gemeint, welcher die konkreten Normierungen enthält und somit das dynamische Element der Naturrechtslehre repräsentiert“ (351).

Was der Autor für unverbrüchlich gültig hält, teilt er nicht mit. Der Inhalt oberster Leitsätze interessiert ihn weniger als ihre formale Beschaffenheit. Sie müssen „mit der Veränderlichkeit abgeleiteter rechtlicher Regelungen in Einklang zu bringen“ (350) sein, denn: es ist „unabdingbar, daß die Naturrechtslehre so gestaltet werde, daß sie offenbleibt für den Wandel, der mit dem Leben stets gegeben ist“ (253). An den obersten Prinzipien des scholastischen Systems („Jedem das Seine“, die Goldene Regel usw.) hält Schelauske somit nur noch der Form halber fest. Es scheint, daß nur die Berufung auf Thomas ihm verbietet, sie völlig fallenzulassen.

Die Gefahr, daß sich eine andere Klasse als die Bourgeoisie auf die — wegen ihres Ewigkeitsanspruchs notwendig abstrakten und damit zweischneidigen — obersten Prinzipien scholastischen Naturrechts beruft und sie zu revolutionären Forderungen ummünzt, die die Neothomisten bisher durch den Einbau eines irrationalistischen Widerstandsrechts zu mindern gesucht hatten, bannet Schelauske endgültig, indem er seinem (sekundären) Naturrecht die Aufgabe zuweist, „dem Rechtsschaffen das an die Hand“ zu geben, „was dem jeweiligen ›Heute‹ entspricht“ (244). Denn dieses Rechtsschaffen bleibt selbstverständlich nur wenigen Einsichtigen vorbehalten: „Es ist zu einem

bedeutenden Teil werdendes Naturrecht, weil die Verwirklichung von Naturrechtsforderungen stets Einsicht in die Natur der Sache voraussetzt, die oft nur schwer der umfassenden Beurteilung ihrer naturrechtlichen Bedeutsamkeit zugänglich ist“ (351). Zu den Einsichtigen gehört nach Meinung des Autors Ernst Bloch zum Beispiel nicht. Sein Buch „Naturrecht und menschliche Würde“ sei „ein Versuch, selbst den extremen (!) Sozialismus ›naturrechtlich‹ zu rechtfertigen . . . und mehr wegen seiner Eigenwilligkeit zu erwähnen als um eines sachlichen Beitrages willen“ (252). (Die von Schelauske bereitwillig übernommene Ideologie von der „Natur der Sache“ hat übrigens folgende Ahnen: Coing, Husserl, Scheler, Carl Schmitt und Gustav Ritter von Hugo; das „werdende Naturrecht“ ist eine Erfindung Fechners.)

Das neue, dynamische Naturrecht soll nach dem Willen seiner Schöpfer dem positiven Recht immanent sein (67) und dabei gleichzeitig „Kriterium und Wertmaßstab für die notwendige Prüfung der Richtigkeit und des Geltungsanspruchs der vom Gesetzgeber zu schaffenden Gesellschaftsordnung“ (73) enthalten. Entscheidend für die Richtigkeit der gesellschaftlichen Ordnung, über die zu befinden hier ein elitärer Zirkel sich anmaßt, ist — nach Schelauske — „ihre Übereinstimmung mit der Wesensnatur des Menschen und den ›Verantwortlichkeiten‹, die sich aus deren ›existenziellen Zwecken‹ ergeben“ (24). Wie leicht diese Leerformel faschistischer Interpretation zugänglich ist, kann nicht übersehen werden. Die Unbefangenheit, mit der Schelauske Autoren zitiert, die den Nationalsozialismus in ihre „ewigen Wiederkehren“ einschlossen oder ihn naturrechtlich mystifizierten, und die Unverfrorenheit, mit der er den Rechtspositivismus durch das „Ereignis des Zusammenbruchs (!) kompromittiert“ (14) sein läßt, sind nicht gerade geeignet, diesbezügliche Befürchtungen des Rezensenten zu mildern.

Hans Joachim Dohmeier (Berlin)

Herwegh, Georg: Literatur und Politik. Hrsg. von Katharina Mommsen. si 37, Insel Verlag, Frankfurt/M. 1969 (173 S., Ln., 7,— DM).

Die Sammlung Insel, unter dem Anspruch aufgetreten, „das Aufklärerische und Fortschrittliche im Alten zu suchen und auf das Aktuelle in der Geschichte zu zielen“, liquidiert: Katharina Mommsen, die ihren wissenschaftlichen Ruf mit Arbeiten über Goethe, ihren politischen mit der Unterzeichnung des Marburger Manifests und der Verpflichtung ihres Seminars auf schriftliche Distanzierung von kritisierenden Kommilitonen begründete, edierte und versah mit einem Nachwort literaturkritische Aufsätze Herweghs. Der Titel der Sammlung spekuliert auf das Interesse derer, die K. Mommsen an der Universität bekämpft; sein Versprechen vermögen die Aufsätze Herweghs heute nicht mehr einzulösen, vom Nachwort der Herausgeberin ganz zu schweigen.

Herwegh ist ohne Frage unter die poetisch-publizistischen Wegbereiter der 48er Revolution zu rechnen. Mit 22 Jahren bereits Emigrant, ist er 24jährig durch die „Gedichte eines Lebendigen“ (1841) die anerkannte Stimme seiner Generation; 1848 verunglückt sein illusionistischer Versuch, von Frankreich aus an der Revolution teilzunehmen, völlig. Anders als etwa Freiligrath läßt er sich nicht von einer Pension kaufen, sondern stößt 1861 zu Lasalle und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein; 1869 wird er, sechs Jahre vor seinem Tod, Mitglied der SPD. Für den Arbeiterverein schrieb er das Bundeslied, das die Zeilen enthält: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“

Die vorliegenden Aufsätze aus den Jahren 1839—41 repräsentieren ein „politisch unbestimmtes bürgerliches Freiheitssehnen ... in jugendlich-rebellischem Enthusiasmus“¹. Herweghs Position schwankt zwischen der Forderung nach arbeitsteiliger Partnerschaft und der nach Identifizierung von Literatur und Politik für Ziele, die er mit „Emanzipation des Bürgers“ — „Freiheit des Menschen“ (7) und „Verbesserung unserer Zustände“ (8) umschreibt. Unter dem Eindruck der politischen Situation um 1840 neigt er dazu, in der Literatur kompensatorisch „unsere schönste, wahrhaftigste Republik“ (7) zu sehen und überschätzt die politische Literatur so weit, daß er ihr zuschreibt, „eine Menge bedeutender sozialer Fragen ... in der jüngsten Zeit in poetischer Weise ... erledigt“ zu haben (39). Trotzdem galten seine Forderungen, daß die Literatur ihr Teil beizutragen habe, soziale Fragen anzugehen und die „demokratische Richtung unseres Jahrhunderts“ zu befördern, für revolutionär, was eher seine Zeit als sein politisches Bewußtsein bezeichnet. Feststellbar ist in den Aufsätzen ein allmählicher Wandel seiner Ansichten, etwa am Begriff der Freiheit, der zunehmend real-politischen Gehalt annimmt, statt bloß als „Freiheit des Geistes“ gefeiert zu werden (vgl. etwa 36 mit 122).

An dieser Auswahl ließe sich nun darstellen, welchen Stellenwert Herweghs Gedanken für die Vorbereitung der bürgerlichen Revolution hatten und wo eine Art Ideen-Überschuß darüber hinausweist, so daß sie lohnen, heute zur Diskussion um die Politisierung der Literatur herangezogen zu werden. Katharina Mommsen hingegen präsentiert als „politisches Gedankengut ... von verblüffender Aktualität“ (156) all die Sätze Herweghs, die von der Geschichte so weit überholt sind, daß sie als Begründung der Interessen der Herausgeberin verwandt werden können. Als „prophetisch“ gilt ihr Herweghs Bemerkung, daß die „laut ausgesprochene Reform unsrer sozialen Mißstände die moderne Religion sein wird“, die als Einsicht acht Jahre vor dem Kommunistischen Manifest noch durchgehen mag, deren Bekräftigung über einhundert Jahre nach Erscheinen des „Kapital“ nur noch von einem verkürzten Wissenschaftsbegriff zeugt. Die einseitige wissenschaftliche Ausbildung der Herausgeberin dokumentieren auch die Fußnoten, die jede Erwähnung Goethes reich kommentieren, die Theorien des Pfarrers Malthus jedoch, hinter

1 H. G. Werner in Herwegh, Werke, Berlin 1967, S. XII.

Herwegh zurückfallend, zur schieren Wissenschaft erklären (vgl. 140 mit 65). Gänzlich unkommentiert läßt sie die klarsichtige Einschätzung der Göttinger Sieben durch Herwegh, der ihnen politische Naivität, ja Unmündigkeit vorwirft (126 f.); gerade sie, die noch heute als das Vorbild politisch bewußter Wissenschaft gefeiert werden, hätten einen historisch-politischen Exkurs erfordert².

Eine Schwierigkeit, mit der sich Herwegh immer wieder beschäftigt, ist die Einheit von politischer Tendenz und ästhetischer Schönheit, die er entgegen seinem Postulat selber in der poetischen Produktion kaum verwirklichen konnte. Selbst wenn man der Herausgeberin zustimmt, daß nach dem Zeitpunkt des „Wandels von Herweghs politischen Gesinnungen“ — 1842, dem Jahr der Bekanntheit mit Marx — „das Beste, was Herwegh ... zu leisten vermochte“ (155), geschrieben sei, bleibt die Frage offen, ob das an Herweghs zu starker Beeinflussung durch die Politik, seiner „Abwendung von den Liberalen, (und) Hoffnung auf revolutionäre Massenbewegung“ (150) lag oder ob seine politische Einsicht nie weit genug fortschritt, um wieder poetisch fruchtbar werden zu können. K. Mommsen jedenfalls sieht nur einen Einbruch der Politik in die Poesie und versucht, Herweghs Entwicklung als Beleg eines unvermittelbaren Widerspruchs festzuhalten. Im Dienste ihres Aktualisierungsinteresses kommt sie zu der Ansicht, daß das Bündnis der politischen Literatur mit der „schönen Form“ bis heute deshalb nicht zustande kam, „weil Schönheit in Sprache und Form die Verständlichkeit beeinträchtigt“ (165). Die intendierte Gleichsetzung von Kunstlosigkeit und Verständlichkeit, Dunkelheit und Schönheit genügt, die Herausgeberin in die Tradition der Gegenaufklärung einzuordnen. Scheint ihr freilich Herwegh als Eideshelfer gegen die heutige studentische Linke nützlich, ist sie bereit, selbst auf diese Art Wissenschaft zu verzichten. „Man (vor allem K. Mommsen) spürt (!): hier spricht ... das reine Gewissen eines, der noch (!) echte (!) Probleme, wahre (!) Mißstände bekämpft. Freiheitsbeschränkungen, soziales Unrecht, Volksbedrückung, all das bildete zur damaligen (!) Zeit eine nur allzu beklemmende Wirklichkeit“ (165 f.). Hier liegt es ihr fern, einen „Inhalt von überzeitlicher Bedeutung“ (156) festzuhalten, wie ihr auch Herweghs Angriff auf die deutschen Professoren: „geschworener Feind aller Politik“, „Untertänigkeit, Kriecherei, Speichelleckerei“ (104) verständlicherweise auf das bloße „damals“ schrumpft (164).

Dazu ebenso wie zur Bedeutung Herweghs hätten die Mitarbeiter der von sozialistischen Studenten und Assistenten am Institut für Germanistik der FU Berlin organisierten Seminare, die sich ausgiebig mit der Literatur vor 1848 — für K. Mommsen „das Krisenjahr“ (168) — beschäftigt haben, sicher Qualifizierteres beitragen können.

Gerhard Voigt (Berlin)

² Noch Peter Szondi reagierte auf die Ereignisse des 2. Juni 1967 mit Paraphrasen der Schrift Jacob Grimms über seine Entlassung.

Metscher, Thomas: Sean O'Caseys dramatischer Stil. Archiv für das Studium der neueren Sprachen und Literaturen. Beiheft 3. Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1967 (214 S., kart., 25,— DM).

Um Bedeutung und Funktion dieser Schrift richtig einschätzen zu können, soll zunächst die bis heute gestörte Wirkungsgeschichte des großen Iren rekapituliert werden. Bei keinem anderen von auch nur annähernd vergleichbarer Bedeutung haben Publikum und Fachwelt seit Jahrzehnten so versagt, wie im Falle Sean O'Caseys. Und das gilt keineswegs nur für den angelsächsischen Sprachbereich, es gilt ebenso auch für uns, woran einzelne Achtungserfolge auf unseren Bühnen, woran auch der jüngste durchschlagende Erfolg, den das „Berliner Ensemble“ mit „Purpurstaub“ („Purple Dust“) erzielen konnte, ebenso wenig zu ändern vermochten, wie das Erscheinen der mehrbändigen Autobiographie, die wir dem Leipziger List-Verlag verdanken (Lizenzausgabe beim Zürcher Diogenes Verlag) und der man seinen Respekt auch dann nicht versagen wird, wenn man sich einigen gegen Übersetzung und Editions-methode erhobenen Vorwürfen nicht ganz wird verschließen können. Nur der „halbe O'Casey“ werde hier vorgestellt, schrieb ein namhafter Kritiker und bezog sich dabei doch nur auf das Prosawerk. Aber auch um den Dramatiker — neben dem weit jüngeren Brecht vielleicht der bedeutendste unseres Jahrhunderts — ist es, trotz einiger weniger Ausnahmen, nicht besser bestellt. Nur ein höchst unvollkommenes, schiefes Bild vermitteln unsere Bühnen, sofern sie O'Caseys Stücke überhaupt aufführen. Die Texte selbst sind deutsch kaum zugänglich; bis heute liegt keine deutschsprachige Gesamtausgabe des dramatischen Werkes vor. Die Rechte liegen nunmehr beim Suhrkamp Verlag (als Lizenzträger des Henschel Verlages, Ost-Berlin); es bleibt abzuwarten, ob da eine auch nur einigermaßen hieb- und stichfeste, werkgetreue Ausgabe entstehen wird, denn die Übersetzungsschwierigkeiten sind enorm, wie ich als Übersetzerin (oder Mitübersetzerin) mehrerer O'Casey-Stücke aus eigener Erfahrung weiß. Zu erkennen, was da Zitat, was und worauf etwas Anspielung sei, das erfordert eine exzeptionelle Kenntnis der irischen Verhältnisse und Geschichte, wie sie einem Übersetzer kaum abzuverlangen ist. Infolgedessen wimmelt es in den meisten der bisherigen Übersetzungen von primitivsten Fehlern und Mißverständnissen.

Doch sind es keineswegs nur die Übersetzungen, die den Zugang zu O'Casey erschweren. Auch in der Originalsprache ist die Wirkungsgeschichte bis zum heutigen Tag recht fragwürdig geblieben. Es fällt offenbar schwer, den Stellenwert zu erkennen, den die Sprache im dramaturgischen Gefüge O'Caseys einnimmt. Auch läßt sich diese Sprache nicht, wie das üblicherweise geschieht, am Gebrauch einer englischen Hoch- und Literatursprache messen. Das Ergebnis ist dann nicht nur eine lächerliche Beckmesserei, sondern ein völliges Verkennen der dramatischen Grundsubstanz. Das ist einer der Gründe, weshalb O'Casey-Aufführungen in Irland und den angelsächsischen Län-

dem über Jahrzehnte zu einer nicht abreißenden Kette von Skandalen und Mißverständnissen geworden sind. Man nahm Anstoß an einer nach überlebten dramaturgischen Begriffen unstatthaft erscheinenden Mischung von Hoch- und Vulgärsprache, was in Wirklichkeit der sehr bewußte und differenzierte Einsatz der Sprache als Stilmittel ist. Natürlich spielten bei der Verkennung und Ablehnung O'Caseys politische Gründe mit; selbst den irischen Rebellen war das so andersgeartete Rebellentum O'Caseys ebenso verdächtig wie seine unkonformistische Haltung, seine spätestens mit „Silver Tassie“ („Preispokal“) einsetzende Abwendung vom Illusionstheater, die ihn in die Nähe von Brecht bringt. Kein Zufall, daß gerade Brecht seine Freunde und Mitarbeiter immer wieder auf O'Casey verwies.

Gegen diesen Hintergrund ermißt sich die Bedeutung von Thomas Metschers Untersuchung, die weit über den Rahmen einer sprachwissenschaftlichen Untersuchung hinausreicht. Nicht nur bietet sie einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des Stückeschreibers O'Casey, sondern zugleich eine Darstellung der politisch-sozialen Spannungen Irlands, wie die anglo-irische Sprache sie spiegelt. Der Verfasser gibt zunächst einen knappen Überblick über die historische Entwicklung des Anglo-Irischen, das sich aus der Sprache der englischen Siedler Irlands im 17. Jahrhundert herleitet und in dem sich vielfach Sprachelemente aus jener Zeit erhalten haben, die im Mutterlande selbst längst einer Wandlung unterworfen worden sind. Dieses Elisabethanische Englisch wurde dann angereichert durch das Gälische der ansässigen Bevölkerung, wobei als weiterer Faktor noch in Betracht kommt, daß die einheimische Landbevölkerung sich in ihrer Gesamtheit erst relativ spät, etwa zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der Sprache ihrer englischen Herren zu bedienen begann. Eine ganz spezielle Variante stellt das im „Waste Land“ der Dubliner Slums gesprochene Idiom des städtischen Proletariats dar, also der Sprache von O'Caseys eigentlicher Welt, aus der er seinen ganz spezifischen dramatischen Stil entwickelte. Besonders das Kapitel über „die Konfrontation verschiedener Idiome als Mittel des dramatischen Stils“ erhellt das, wenn beispielsweise aufgezeigt wird, wie in „Purpurstaub“ nicht nur Engländer und Iren einander gegenüberstehen, sondern in ihnen auch zwei Klassen, die Entlarvung des Klassencharakters damit auch zum treibenden Motor der Handlung wird. Beispiele für sämtliche bei O'Casey vorkommende Idiome und Dialekte werden angeführt (zum Anglo-Irischen kommt dann auch noch das Ulster Englisch, Cockney und jener Devon-Cornwall Dialekt, den O'Casey erst so recht nach seiner Abkehr von Irland kennen lernte). Der Verfasser untersucht die historischen Wurzeln von Wortschatz, Wendungen und Satzkonstruktionen (etwa den für O'Casey so typischen Gebrauch der Inversion) und kommt dann auf die Rolle der „irischen Renaissance“ im Schaffen O'Caseys zu sprechen, also auf jenen Versuch der Erneuerung der dichterischen Sprache aus dem gesprochenen Wort, wie er Yeats, Synge und Lady Gregory vorschwebte und in der Gründung der irischen Nationalbühne, des Abbey Theaters, seinen Höhepunkt fand. Yeats hat O'Casey bekanntlich

in dessen Anfängen gefördert, später ist es dann aber wegen der Ablehnung von „Silver Tassie“ für das Abbey Theater zum Zerwürfnis gekommen. Vorwand der Ablehnung war die nach Yeats Meinung unstatthafte Mischung von Vulgärsprache und expressionistisch stilisierter Hochsprache. In Wahrheit stand hinter diesem Konflikt eine viel tiefer reichende, politisch-ideologisch begründete unüberbrückbare Differenz. Liturgie und Bibelsprüche werden in diesem Schauspiel (aber auch in anderen Stücken O'Caseys), wie Metscher ganz richtig sieht, umfunktioniert, hier im Sinne eines militanten Pazifismus, was gewiß die eigentliche Ursache dafür war, daß es bei der endlich doch zustande kommenden Uraufführung 1928 zu einem Skandal kam. Der hier enthaltene Explosivstoff erwies sich noch 25 Jahre später, bei der 1953 im Schiller-Theater in Berlin stattfindenden deutschsprachigen Erstaufführung, die allerdings im Schatten der Juni-Ereignisse in Ostberlin vor sich ging, als so brisant, daß es abermals zu einem Theaterskandal kam. (Vgl. meinen Bericht in den „Frankfurter Heften“, Aug. 1953.)

Daß O'Casey das von Yeats, Synge und Lady Gregory entworfene Programm der „irischen Renaissance“ in geradezu exemplarischer Weise erfüllt hat, allerdings im Idiom der Dubliner Slums, was das Literatentrio, mit Ausnahme vielleicht von Lady Gregory, auf Grund seiner Klassenlage nicht begreifen konnte, ist meines Wissens in Metschers Schrift zum erstenmal in dieser Schärfe gesehen. Nach Metscher liegen die frühen Stücke O'Caseys (etwa „Juno und der Pfau“) noch ganz in der von Zola über den frühen Hauptmann bis Gorki reichenden Tradition des Naturalismus. Als Motto stellt Metscher seiner Arbeit ein Wort G. B. Shaws voran, der O'Caseys überragende Bedeutung früh erkannte und anlässlich von „Silver Tassie“ schrieb: „Hier steigt aus noch unausgeloteten Tiefen ein neuer Typ von Drama auf, der meine und meiner Zeitgenossen harmlose bürgerliche Bemühungen in den Ascheimer fegen wird.“ — Was Metscher über das tragikomische „Stil-Pattern“ zu sagen hat, das so sehr der herkömmlichen, reinlichen Scheidung von Tragödie und Komödie widerspricht, stellt die Verbindung zu unserer heutigen Bewußtseinslage her. Der Verfasser zeigt, wie sich bei O'Casey allmählich „die Akzente des tragischen Effekts“ verlagern, wie sich Solidarität mit Hoffnung, einer Hoffnung im Sinne Ernst Blochs, verbindet, wie dadurch dem Tod der Stachel genommen wird, sich der Sieg der kommischen über die tragische Welt vollzieht. — Auch auf die „didaktische Komponente“ wird verwiesen, auf jenen Autorenkommentar, den O'Casey schon vor Jahrzehnten vorausgenommen hat. Eine gewisse Zurückhaltung in Tonfall und Formulierung dürfte auf die Entstehung dieser Schrift als Dissertation zurückzuführen sein, was nicht hindert, daß sie auch oder gerade für den Praktiker, für künftige Übersetzer und Regisseure zu einem unerläßlichen Handbuch werden könnte. Auch für den angelsächsischen Sprachbereich müßten von hier wichtige Impulse für eine Revision des O'Casey-Bildes ausgehen.

Soziologie

Mayntz, Renate (Hrsg.): Formalisierte Modelle in der Soziologie. Soziologische Texte, hrsg. von Heinz Maus und Friedrich Fürstenberg, Band 39. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1967 (260 S., Ln., 34,— DM).

Das Unternehmen von Renate Mayntz, Professorin für Soziologie an der FU Berlin, eine Einführung in und einen Überblick über die Möglichkeiten der Formalisierung von qualitativen Analysen der Soziologie zu geben, sollte eine Lücke in der soziologischen deutschsprachigen Literatur ausfüllen, die von vielen Seiten als Mangel empfunden worden war. Aus einer Seminararbeit mit „interessierten und qualifizierten“ Studenten entstand die vorliegende Textsammlung von Arbeiten angelsächsischer Soziologen, der R. Mayntz noch eine Einleitung als Einführung vorausschickte. Im Vorwort sagt die Herausgeberin: „Das Buch wird niemanden überzeugen können, der Gegner der Modellkonstruktion ist; es soll nicht missionieren, sondern informieren“ (6). Weiter meint sie, man lerne zumindest, „was sich prinzipiell tun läßt“ (7).

Einerseits muß man Mayntz recht geben: Der Leser lernt, daß sich mit der Formalisierung von soziologischen Analysen „prinzipiell“ viel Wind um nichts machen läßt. Andererseits muß man sagen: Eine wirklich informierende Einführung hätte die Problematik deutlicher werden lassen müssen, die hinter den zahlreichen Versuchen der Formalisierung und Mathematisierung steckt. Die Frage müßte beantwortet werden, warum man nun eigentlich so viel Wind um nichts macht.

Der Einleitung ist zu entnehmen, daß die Formalisierung, Modellkonstruktion und Simulation — eine zweite Stufe der Mathematisierung nach der Übernahme statistischer Methoden — nichts anderes leistet, als daß empirische Beobachtungen oder verbale Thesen in symbolischer Sprache formuliert, präzisiert und geschlossen dargestellt werden, „allerdings oft unter Verlust ihrer Wirklichkeitsnähe“ (13). Weiter spricht die Einleitung — sehr ausführlich und informativ — von den verschiedenen Möglichkeiten einer Modellkonstruktion: der Verbindung von isomorphen empirischen Theorien, von isomorpher empirischer Theorie mit mathematischem System, der formalisierten Theorie, der mathematisierten Theorie, der axiomatischen Theorie. In jedem Falle wird entweder eine empirische Regelmäßigkeit mathematisch ausgedrückt (z. B. durch „Anpassen“ einer Kurve) oder aber werden über ein zusätzliches wahrscheinlichkeitstheoretisches (stochastisches) Modell empirische Versuchsergebnisse reproduziert. Dieses „zusätzliche Modell“ läßt sich dann noch seinerseits inhaltlich interpretieren und kann so zu neuen Ergebnissen führen. Ein Teil der Modelle ist jedoch von vornherein ohne jeden praktischen Wert, lediglich mit dem Zweck, eine „hypothetische Vorklärung möglicher Zusammenhänge“ (18) zu leisten. Mayntz sieht hier die Gefahr „des Abrutschens in die rein intellektuelle Spielerei“ (18). Die Simulations-

modelle dagegen sind Nachbildungen von Vorgängen in sozialen Systemen durch einen Computer, der erlaubt, auch dynamische Systeme, Systeme in Aktion, darzustellen.

Mayntz sieht den Sinn der Formalisierung in der Raffung und ordnenden Zusammenfassung empirischer Daten, im Zwang zur Präzisierung, zu ausdrücklichen Annahmen, d. h. „latente Theorie“ wird bewußt gemacht, in neuartiger Aufgabenstellung und Ableitung neuer Hypothesen. Der Nachteil sei vor allem der Zwang zur Vereinfachung und damit verbunden der Verlust an Wirklichkeitsnähe; weiter der Verlust der „Aura des assoziativ Mitgedachten“, die Systemlücken überbrückt, ohne die immanente Logik einer Theorie zu gefährden. Im Vergleich mit den Vorteilen wiegen die Nachteile für Mayntz gering. Ein Einwand sei allerdings unwiderlegbar: „Er besagt, daß die Sprache der Modelle dem (soziologischen) Gegenstand nicht adäquat ist ... Formale Modelle sind geschichtslos und klammern alles, was schöpferisch und daher nicht voraussagbar ist, aus“ (31). Soll man daraus nur eine gewisse Vorsicht bei der Anwendung der Modellkonstruktion ableiten oder aber diese Konstruktion als Hilfsmittel ganz verwerfen? Mayntz weiß darauf ausdrücklich keine verbindliche Antwort zu geben.

Wir stoßen hier auf den Grundmangel des ganzen Unternehmens. Um die entscheidende Antwort auf diese Frage geben zu können, müßte zunächst eine bis ins Detail gehende Einführung in die Methode der Formalisierung gegeben werden. Die Arbeit von Barton und Anderson genügt hier keineswegs. Die qualitative Studie als „erzählende Beschreibung“ (35), in der die „Ausdrücke hoch — mittel — gering anstelle genauer Zahlen stehen“ (35), müßte in ihrem Zweck bestimmt werden; ihre genaue wissenschaftliche Leistung müßte ins Blickfeld der Analyse geraten. Statt dessen wird lediglich vorgeführt, wie die qualitative Beschreibung in die quantitative Systematik übersetzt wird. Selbst das geschieht nicht ausführlich genug; viele Schritte muß der Leser von sich aus finden und vollziehen — für den Anfänger wäre es ein hoffnungsloses Unterfangen. Anders verhält es sich mit Kapitel 8. Die Einführung in die Simulationstechnik von Hauff und Lutz erscheint als der gelungenste Beitrag des ganzen Buches.

Für eine befriedigende Antwort auf die entscheidende Frage, die Mayntz nicht beantwortet, müßte darüberhinaus eine genaue Analyse des Zweckes eines formalisierten Modells am Einzelfall geleistet werden. Statt dessen folgt auf die jeweilige Einführung lediglich der Abdruck verschiedener Modelle, ohne Kommentar und ohne Analyse. So wird keine Anleitung zu einem Gesamturteil gegeben, die Voraussetzung dafür nur unvollkommen geschaffen.

Nach gründlicher Lektüre der einzelnen Beispiele bleibt immer wieder dieselbe Frage: Welche neue Erkenntnis wurde gewonnen? Welcher Praxis dient dies oder kann sie dienen? Bereits die erste Studie von Barton und Anderson (nicht nur als Einführung gedacht) endet nach vielen Seiten akribischer Kleinarbeit bei einer in mathematische Formeln gekleideten Erklärung eines soziologischen Sachverhalts, die in gar nichts — auch nicht in ihrer Genauigkeit — der

qualitativen Erklärung, von der die Studie ausging, überlegen wäre, weshalb die Verfasser am Ende auch meinen, quantitative Studien müßten durch qualitative „geleitet und ergänzt werden“ (52). Gerade die Ergänzung scheint in der Tat unumgänglich zu sein; allerdings fragt man sich ernstlich, weshalb die qualitative Analyse nicht ausreichen sollte. Als weiteres Beispiel diene noch die Studie von McPhee, Ferguson und Smith zum Verhältnis von politischen Wahlen und sozialem Einfluß. Das Simulationsmodell zeigt nicht mehr als eine spielerische Möglichkeit (unter anderen sicherlich möglichen), nach der schicht- oder gruppenspezifisches Wahlverhalten mit der Abhängigkeit des Verhaltens von äußeren (d. h. politischen) Stimuli und individuellen (d. h. psychischen) Neigungen zu vereinbaren ist. Diese Möglichkeit ist ohne allen empirischen Wert, eine rein spielerische. Sie stellt keine neue Verifikationsmethode zur Verfügung; sie ist lediglich gegründet auf bereits ermitteltes Material und daraus abgeleitete Theorie.

Der eigentliche Verwendungszweck auch dieser Analyse bleibt im Dunkeln. Lediglich ein Satz weist auf einen solchen hin: „Es (das Modell) wurde entworfen und wird verwendet für Untersuchungen auf nationaler Ebene“ (192). Gerade die Beantwortung der Frage nach der praktischen Verwendung aber hätte weitergeführt. Das Problem hätte sich in aller Schärfe gestellt, ob es sinnvoll ist, für solche „Spieleereien“ nicht nur Geld auszugeben, sondern ganze Wissenschaftsapparate aufzubauen. Vor allem aber fehlt jeder Hinweis auf die Herrschaftsstrukturen verschleiende Funktion einer Soziologie, die angesichts krassester sozialer Ungerechtigkeiten und gesellschaftlicher Ausbeutung eine entscheidende Aufgabe darin sieht, mathematische Planspielchen für den soziologischen Sandkasten auszuhecken. Eine Einführung in die soziologische Modelltheorie, die diese Fragen mitberücksichtigt, steht weiterhin aus.

Karl Theodor Schuon (Marburg/L.)

Mayntz, Renate (Hrsg.): Bürokratische Organisation. Neue wissenschaftliche Bibliothek Bd. 27. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1968 (460 S., kart., 22,80 DM).

Unter den meist recht ansprechenden Textbüchern dieser ambitionierten Reihe ist dies eines der unbefriedigendsten. Das liegt freilich zunächst weniger an der Herausgeberin als am Stand der Disziplin selbst. Die systematische Ausklammerung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse und die Beschränkung auf eine vorwiegend instrumentalistisch begriffene Analyse isolierter Strukturen unter reinen Zweck-Mittel-Gesichtspunkten kennzeichnet zweifellos den vorherrschenden Trend in der soziologischen Bürokratieforschung. Es läßt sich eben kaum verbergen, wie sehr diese im Dienst industrieller und administrativer Management-Technik steht.

Mayntz hat die gesammelten Beiträge um fünf Schwerpunkte gruppiert: Neuere Beiträge zur Theorie, Grenzen der Anwendbarkeit

bürokratischer Organisationsformen, Hierarchie und Spezialisten, Stabilität und Wandel sowie endlich Bürokratie und Herrschaft. Was den Stand der Theorie angeht, so fällt auf, wie wenig man bisher über Max Weber hinausgekommen ist. Dessen theoretischer Ansatz stellt offenbar einen unerschöpflichen Fundus für ganze Wissenschaftlergenerationen dar, wobei die Reflexion auf seinen historischen Stellenwert freilich gänzlich unterbleibt. Der Webersche Idealtypus wird allerdings nun strikt positivistisch aufbereitet und ins Empirische gewendet, indem man variationenreiche Untersuchungen darüber anstellt, ob, in welcher Kombination, mit welchen Funktionen und Wechselwirkungen seine einzelnen Komponenten in konkreten Organisationsgebilden auftauchen. Im Vordergrund steht offenbar das Ziel einer generalisierenden Typenbildung im Hinblick auf optimale Effizienz unter spezifischen Zwecksetzungen. Die Mehrzahl der aufgenommenen Arbeiten folgt in etwa dieser Methode, wobei die Ergebnisse — gemessen am Aufwand — meist nicht übermäßig eindrucksvoll sind. Allein der systemtheoretische Ansatz (*Luhmann*, 36 ff., 324 ff.) scheint es bisher zu erlauben, den Bannkreis Webers zu verlassen. Mit seiner Hilfe mag es auch gelingen, die schwierigen Funktions- und Vermittlungszusammenhänge komplexer Organisationen besser in den Griff zu bekommen. Man muß dabei allerdings kritisch fragen, wohin es führt, wenn Zwecke — systemtheoretisch integriert — selbst vorwissenschaftlicher Reflexion entzogen werden, konkrete Sozialgebilde zu sich selbst genügenden Monaden geraten und „Gesellschaft“ endgültig zu einer abstrakten „Umwelt“ stilisiert wird.

Am Erbe Webers und wohl auch Taylors trägt die Bürokratiethorie offensichtlich schwer. Zwischen „allgemeinen“ Modellen und isolierten Fallstudien ist kaum eine theoretische Verbindung herzustellen, solange das einzelne als Konkretes begriffen wird, das Ganze jedoch zur „generalisierten“ Abstraktion verkümmert. Und so nimmt es nicht wunder, daß der Abschnitt über Bürokratie und Herrschaft besonders schwach ausfällt. Zwar findet man bei *Bendix* (359 ff.) wenigstens einige relevante Fragestellungen, doch ausgeführt werden sie kaum.

Die Misere der Bürokratiethorie ist freilich allgemein. Sie betrifft auch kritische oder „linke“ Ansätze, die zwar den gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsaspekt in den Vordergrund stellen, ihrerseits nun aber über Globalaussagen kaum hinauskommen. Hier wäre eine Neuformulierung des beispielsweise von *Luhmann* einseitig in Blickrichtung auf Stabilisierung des gesellschaftlichen Status quo ausgeführten systemtheoretischen Ansatzes ebenso interessant wie wichtig. Ein Weg aus den bisherigen Sackgassen und hin zu einer leistungsfähigen kritischen Theorie der Bürokratie ist wahrscheinlich nur dadurch zu finden, daß man den Versuch unternimmt, gesellschaftlich umfassende Systemzielmodelle mit zugleich hohem Komplexionsgrad zu entwerfen.

Zum Schluß wäre allerdings nun doch etwas zur Auswahl der Beiträge zu sagen. Zwar vermerkt die Herausgeberin mit Recht, daß die „enge Beziehung bürokratischer Strukturformen zum Zweck der

Herrschaftsausübung und Herrschaftssicherung“ immer noch leicht vergessen wird (12), aber mit diesem Hinweis entzieht sie sich etwas vorschnell der Überlegung, ob nicht beispielsweise die Einbeziehung historischer oder sozialpsychologischer Arbeiten dem Leser eine nicht nur immanente Kritik der herrschenden positivistischen Richtung geboten hätte. Die Ausklammerung kritischer Gegenpositionen zu einer sich vorwiegend instrumentalistisch begreifenden Disziplin wiegt in einem zur allgemeinen Orientierung bestimmten Band besonders schwer und hat gewissermaßen grundsätzliche Bedeutung. Denn, so kann man mit *Luhmann* (328) fragen, „wohin käme man, wenn ein Soldat, dem eine Wenn/Dann-Weisung erteilt ist, über Zwecke nachdächte“? That's the question! Joachim Hirsch (Frankfurt/Main)

Etzioni, Amitai: Soziologie der Organisationen. Band 12, Grundfragen der Soziologie, hrsg. v. D. Claessens. Juventa Verlag, München 1967 (191 S., br., 10,80 DM/Ln., 14,80 DM).

Organisationen definiert Etzioni als zielgerichtete „soziale Einheiten“, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet seien: „1. Arbeitsteilung, Machtteilung und Verantwortungsdelegation“, „2. die Existenz eines oder mehrerer Machtzentren, welche die gemeinsamen Anstrengungen der Organisation kontrollieren und sie ihren Zielen anpassen“, und „3. die Substitution von Arbeitskräften, d. h. die Ersetzung schlechter Arbeitskräfte durch bessere“ (12). Ausgehend von diesem ahistorischen Organisationsbegriff, fragt er nach den Kriterien für den Erfolg einer Organisation und votiert gegen das Zielmodell, das „den Erfolg als eine vollständige oder wenigstens teilweise Realisierung des Organisationsziels (definiert)“ (33), für das Systemmodell, das sich an der Mittel-Zweck-Relation orientiert und berücksichtigt, „daß die Organisation auch gewisse andere Probleme als diejenigen löst, welche direkt mit der Verfolgung des Zieles zusammenhängen“ (34). Die Aufteilung des Systemmodells in ein „Bestandsmodell“ und ein „Erfolgsmodell“ (37) kennzeichnet die Thematik der Etzionischen Organisationssoziologie: es geht um die Frage, wie bei (relativer) Zielverwirklichung die Existenz der Organisation erhalten bleibt.

Obwohl er weder eine systematische Abgrenzung der Organisationssoziologie gegenüber anderen Disziplinen (etwa Betriebswirtschaftslehre, -soziologie, -psychologie; Religions- und Kirchensoziologie usw.) noch eine Darstellung der Geschichte der Organisationssoziologie vorlegt, liefert er eine ausgezeichnete Darstellung der klassischen Organisationslehre (Scientific Management) sowie der Human-Relations-Schule; beide Schulen konzentrierten sich hauptsächlich auf den Betrieb als Forschungsfeld — ein Umstand, der die Geltung ihrer Lehrsätze erheblich einschränkt. Demgegenüber bezeichnet Etzioni seinen Forschungsansatz als strukturalistisch; er zeichnet sich dadurch aus, daß generell alle sozialen Systeme, die sich dem Begriff der Organisation im oben angegebenen Sinne subsumieren lassen, untersucht werden.

Dabei wähnt er sich in der (partiellen) Nachfolge Marx' und Webers: die kritische Darstellung der Herrschaftstypologie und des Bürokratiebegriffs Max Webers übersieht aber, daß es sich bei Webers Ausführungen nicht um Real-, sondern um Idealtypen handelt. An Marx knüpft Etzioni über den (mißverstandenen) Begriff der Entfremdung an, der bei ihm „zur Beschreibung dieses Gefühls“, nämlich der Unzufriedenheit des Arbeiters (72), verflacht.

Die Problematik des Funktionierens der Organisation sieht Etzioni in der „mangelnde(n) Übereinstimmung zwischen der Persönlichkeit der Organisationsmitglieder und ihren Rollen. Wenn Persönlichkeiten so geformt werden könnten, daß sie den spezifischen Rollen in der Organisation voll gerecht würden, oder wenn die Rollen an die jeweiligen Persönlichkeiten angepaßt werden könnten, dann würden viele Versuche unterbleiben, Ziele zu ändern; der Kontrollbedarf könnte verringert und die Unzufriedenheit gemildert werden“ (120). Da das nicht der Fall ist, widmet er dem Thema „Kontrolle“ ein ganzes Kapitel, während die Rollentheorie fast völlig vernachlässigt wird; lediglich zwei Rollenaggregate — die Verwaltungs- und die Fachautorität — werden, allerdings sehr ausführlich, behandelt.

Methodologische Reflexionen fehlen ganz: Ergebnisse empirischer Forschung werden ohne Begründung generalisiert; der Tatsache z. B., daß das Forschungs„material“ einer rein empirischen Organisationssoziologie auf legale Organisationen beschränkt ist, ist sich Etzioni offensichtlich nicht bewußt. Diesen Mangel an Methodologie wiegt die flüssige Darstellung weder auf noch entschuldigt sie ihn.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin)

Bottroper Protokolle. Aufgezeichnet von Erika Runge. Vorwort von Martin Walser. Frankfurt 1968, edition suhrkamp 271 (164 S., kart., 3,— DM).

Diejenigen, die unsere bundesdeutsche, sich als sozial gerierende Demokratie und deren „marktrationale“ Wirtschaftsbasis als die gerechteste aller nur denkbaren politischen beziehungsweise ökonomischen Verfassungen wännen, die von der Existenz einer realen Chancengleichheit in diesem sogenannten „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ überzeugt sind und Unterprivilegierung als eine dem organisierten Kapitalismus nicht mehr eigentümlichen Erscheinung erachten, die jene verbleibenden gesellschaftlichen Differenzen allenfalls als anthropologisch konstant und naturbedingt beiseite schieben, all denen sind die „Bottroper Protokolle“ als Pflichtlektüre zu empfehlen. Die von der Fernsehautorin Erika Runge vom Tonband notierten Lebensläufe, Ansichten und Ausdrucksweisen von Bewohnern einer Stadt im Ruhrgebiet — eines Zechenarbeiters, einer Putzfrau, eines Beatsängers, eines Pfarrers, eines Verkäufers u. a. — verweisen auf für Intellektuelle sonst selten erfahrbare Sozialräume, Lebensumstände und Bewußtseinsformen. Deren erstaunlich frei-

zügige und unverfälschte Selbstdarstellung verleiht den Protokollen den Wert von Dokumenten, von Signaturen unserer gesellschaftlichen Realität.

Auch der im gleichen Band abgedruckte Mitschnitt einer Belegschaftsversammlung der Bottroper Zeche Möller/Rheinbaben und die sich daran anschließende Diskussion einiger Zechenarbeiter und ihrer Frauen geben Aufschluß über die Mentalität unterprivilegierter, gesellschaftlich exterritorialer Gruppen. Überdies erfährt man einiges über die bei jenen Menschen vorherrschende Einschätzung ihrer wirtschaftlichen und politischen „Herren“.

Insgesamt läßt die Qualität dieses Materials bei einigen den sogenannten unteren Schichten angehörenden Menschen ein bislang kaum gekanntes Gesellschaftsbild erkennen, welches noch der begrifflichen Deutung durch die Soziologie harrt. Mancher Leser wird nach der Lektüre veranlaßt sein, gängige Vorstellungen zu revidieren und üblich gebotene Deutungsschablonen — auch manche soziologische Erklärungsversuche — nicht länger zu akzeptieren. Durch jene Aussagen wird die pauschale Kennzeichnung der industriellen Gesellschaft Westdeutschlands als einer mobilen Lügen gestraft. Darüber hinaus machen die in den Protokollen artikulierten Erfahrungen der von gesellschaftlichen Entwicklungen zutiefst geformten und betroffenen Menschen die mangelhafte Schärfe qualitativ ausgerichteter Methoden der empirischen Sozialforschung evident. Die „Bottroper Protokolle“ entlarven einige kurzschlüssig verallgemeinerte Thesen der empirischen Soziologie als nur halbrichtig, wenn jene Aussagen sie nicht gar als bloße Ideologie enthüllen.

Der zentrale Ort, um den die meisten Schilderungen der befragten Bottroper immer wieder kreisen, ist die Notwendigkeit zur materiellen Erhaltung der eigenen Existenz, ist mithin die Arbeitssphäre. Das rührt gewiß daher, daß beinahe alle Bewohner Bottrops von der geplanten Stilllegung der benachbarten Zeche in irgendeiner Weise betroffen sind. Die Furcht vor jenem ihnen unerklärt gebliebenen und unbegriffenen Ereignis mag diese Personen überhaupt erst aus ihrer privaten Reserve gelockt und ihren sozialen Erfahrungen zum Ausdruck verholten haben. Diese Erfahrungen wirken auf ihr Bewußtsein zurück:

Hausfrau Erna E.: „Ja, dat wird noch wat geben, dat steht fest. Aber wat soll man dagegen tun? Wir Armen könn ja auch nichts dagegen tun, daß die Zeche stillgelegt wird... Unsereiner, der maloocht und arbeitet und arbeitet und hat doch nichts“ (53—54). Verkäufer Dieter V.: „und jetzt plötzlich stillgelegt wird. Da muß doch irgend etwas verkehrt gelaufn sein... Aber was ich nicht verstehe beim ganz großen Werk, ... daß die Feierschichten machen müssen, während andere voll arbeiten. Also, s kapier ich einfach nich. Und daß direkt genausoviel produziert wird wie vorher, wo mehrere Arbeiter, beziehungsweise mehr Stunden gearbeitet wurden“ (71).

Der Arbeiter Ludwig in der Diskussion: „... und hinterher geht man hin und sagt: ‚Hör mal du, Kamerad, du hast zu viel

krank gefeiert, du wirst abgeschoben. Du hast n Niernleiden, und du hast ne halbe Leber weggeschnitten gekriegt, da kannst du ja nichts für, aber wir könn dich nicht leiden. Und deine 4 Kinder, die sollst du woanders satt kriegen. Weg. Entlassen“ (150). Arbeiterfrau Helga: „Ich meine, wenn ein Mann 8 Stunden schwer gearbeitet hat und soll dann noch weiß Gott wie maloochen, das ist doch überflüssig. Warum solln die Dicken et denn oben so gut haben, warum solln wir et denn so schlecht haben, warum solln wir uns denn totmaloochen?“ (152)

Wenngleich solche Überlegungen, die in diesen zitierten Äußerungen zum Ausdruck kommen, sich an das konkrete Ereignis der Zechenstilllegung halten, weisen sie doch auch darüber hinaus. Intuitiv rühren sie an den verdeckten Nerv unserer Gesellschaft, legen den Finger auf die „wunden Stellen“ ihrer spezifischen Strukturen.

Bei der Lektüre der „Protokolle“ fällt vor allem auf, daß jene durch die Schließung der Zeche ausgelösten sozialen Veränderungen bei den davon Betroffenen durchweg so etwas wie Reflexionen über die Gesellschaft, in der sie leben, und über die Möglichkeit beziehungsweise die Unmöglichkeit ihrer Veränderung zur Folge haben. Damit wirken diese eigentümlichen realistischen Überlegungen bewußtseinsverändernd bei denen, die sie anstellen. Freilich ist dieser Widerspruch überaus vage und unartikuliert. Die Menschen, denen hier Gelegenheit gegeben ist, sich frei zu äußern, haben keine Hoffnung auf Veränderung ihres Daseins; sie sind sich der Ohnmacht ihres isolierten „Dagegenseins“ voll bewußt. Wenn sie über ihre Existenz nachdenken, herrscht bei den Angehörigen der Unterschicht Nüchternheit vor. Sie haben längst erfahren müssen, daß die Entscheidungen über ihren Köpfen getroffen und ihnen kaum Möglichkeiten eines wirksamen Einspruchs geboten werden. Nicht zuletzt dies beweist die im Bändchen wiedergegebene Aufzeichnung der Betriebsversammlung. Das elementare Bedürfnis nach Ausübung der gelernten Arbeit oder nach Umschulungsbeihilfe, nach einem angemessenen Leben also, welches die Zecharbeiter insbesondere während ihrer Betriebsversammlung bekunden, hat noch die größten Chancen, im politischen Raum Berücksichtigung zu finden. Dann zumindest, wenn eine organisatorische Vertretung dieser Interessen gelingt und die Arbeiter willens sind, ihren berechtigten Forderungen durch systemstörenden, kollektiven Leistungsentzug Nachdruck zu verleihen, wie sie es während der vor einigen Monaten erfolgten „wilden Streiks“ anschaulich demonstriert haben. In den mit Betonung erhobenen Ansprüchen zumindest der von Runge interviewten Arbeiter findet sich wohl auch noch ein „Restbestand“ von Klassenbewußtsein, das nach politischer Artikulation drängt. Nicht zuletzt dies kommt in den Protokollen ans Licht.

Ganz anders geht es freilich jenen Personen, deren individuelle Widersprüche kein systemgefährdendes Konfliktpotential darstellen: diese fallen, ohne Resonanz zu finden, ins Leere. Da die politischen und sozialen Bedürfnisse etwa der Hausfrau Erna E. oder der Putzfrau Maria B. kaum organisationsfähig sind, finden diese Menschen

durch keine Partei und keine Interessengruppierung eine wirksame öffentliche Vertretung. Mit einer solchen rechnen sie ebensowenig, wie sie es verlernt haben, Forderungen zu stellen. Bezeichnenderweise erzählen sie ihre Lebensgeschichten mit einem resignierten, ja stellenweise verzweifelten Unterton. Daß sich jemand für sie interessiert, setzt sie allenfalls in ungläubiges Erstaunen. Kaum, daß sie von den Medien der Massenkommunikation als Kuriosum registriert werden, gehen die persönlichen Schicksale dieser unscheinbaren Menschen unter als Randphänomene des sozialen Funktionszusammenhangs, als allenthalben ignoriertes Nebenprodukt der Überflußgesellschaft.

So gesehen, wird man kaum sagen können, daß das politische Bewußtsein von Bottrops Zechenarbeitern, schon gar nicht das überaus selbstsichere des Arbeiters und Betriebsratsvorsitzenden Clemens K., repräsentativ für die Haltung der sogenannten unteren Schichten ist.

Wenn sich auch in den protokollierten Lebensschilderungen ein Objektives äußert, etwas, das hinter der geglätteten Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft seinen Ort hat, so muß man sich gleichwohl hüten, alle Aussagen der Bottroper ungeprüft unter den Marxschen Klassenbegriff zu subsummieren, wie es das Vorwort von Martin Walser nahelegt. Denn die soziale Lage, in der sich Hausfrau, Rektor, Angestellter und Arbeiter befinden, ist trotz mancher Gemeinsamkeiten durchaus verschieden, was sich im Bewußtsein dieser Personen niederschlägt. Immerhin mag die Walsersche Kennzeichnung der „Protokolle“ als „Berichte aus der Klassengesellschaft“ angehen, denn die erbärmliche materielle und elende intellektuelle sowie psychologische Situation, in der sich die Befragten durchweg befinden, ist Produkt dieser und nur dieser kapitalistischen Klassengesellschaft.

Stefan Müller (Gießen)

Möbius, Hanno: Arbeiterliteratur in der BRD. Eine Analyse von Industriereportagen und Reportageromanen: Christian Geissler, Max von der Grün und Günter Wallraff. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970 (150 S., kart., 11,80 DM).

Bewußt beschränkt Möbius seine Analyse von Arbeiterliteratur auf die Prosa, denn sie hat gegenüber der Lyrik, die bis in die zwanziger Jahre das Hauptgenre der Arbeiterschriftsteller war, in der BRD an Bedeutung gewonnen. Von den drei gesellschaftlichen Positionen, die die Arbeiterliteraturen in der Gesellschaft der Weimarer Republik einnahmen — die irrationalistisch-faschistoide, die sozialistisch-revolutionäre und die bürgerlich-aufklärerische ist in der BRD der fünfziger Jahre vor allem die irrationalistisch-faschistoide Tradition, als deren Vertreter Möbius einzig Gluchowski erwähnt, fortgesetzt worden. Gluchowski, der in seinem Roman „Der Durchbruch“ (erschienen 1964 als Prosafassung des gleichnamigen Theaterstückes von 1937) einen schweren Unfall unter Tage dar-

stellt, beschreibt ihn als einen Schicksalsschlag der Natur, gegen den allein ein paramilitärischer Kampfverband die Betroffenen schützen kann. Bedingungslose, kritiklose Unterordnung unter den Willen des Stärkeren, weil angeblich Erfahreneren, wird als Notwendigkeit und einzige Bedingung zum Überleben gezeigt. Die Situation am Arbeitsplatz und die Hierarchie im Betrieb sind für Gluchowski problemlos, als naturgegebene Phänomene sind sie unabänderlich. Mit Gründung der Dortmunder Gruppe 61 wurde in der BRD an die Tradition der aufklärerischen Arbeiterliteratur angeknüpft. Als ihre Vertreter untersucht Möbius Günter Wallraff, Max von der Grün und Christian Geissler, der zwar der Gruppe 61 nicht angehört, aber ähnliche Intentionen hat.

Es kennzeichnet die Untersuchung von Möbius, daß er die Werke der Arbeiterliteratur nicht unvermittelt zur gesellschaftlichen Realität sieht, Die Anwendung des „Marxschen Konfliktmodells des Historischen Materialismus“ (20) ermöglicht Möbius eine theoretische Bestimmung von Arbeiterliteratur, die sowohl deren gesellschaftliche Funktion in der Gegenwart wie ihre mögliche Funktion im Klassenkampf aufweist. In Abgrenzung zur Lukács'schen Reportage-Theorie von 1932 („Reportage oder Gestaltung“) entwickelt Möbius eine Theorie von Industriereportagen und Reportageromanen, die die falsche und normative Lukács'sche Alternative, die Reportagen hätten Sachprobleme, die Romane menschliche Probleme zu behandeln, überwindet. Möbius bedient sich dabei der industriesoziologischen Begriffe formelle und informelle Organisation. Sowohl formelle wie informelle Organisation bezeichnen menschliche Organisationsmodelle. „Die Industriereportage thematisiert mit dem Industriebetrieb als Schwerpunkt die formelle Organisation, d. h., nicht nur eine „Sache“, sondern eine Organisation von Menschen und Sachen zum Zweck der Produktion, wobei die Sachen zumeist und die Organisation immer Ergebnisse menschlicher Arbeit sind“ (20).

Thematisiert die Reportage hauptsächlich die formelle kapitalistische Organisation der Industrie, gestaltet sie „die in ihr auftretenden Menschen vorwiegend als Produktivkräfte oder Repräsentanten der Produktionsverhältnisse“ (42), „so kann im Reportageroman dagegen eine vielseitige Darstellung einzelner Menschen in ihrem Verhältnis zueinander und zu der formellen Organisation der Gesellschaft geleistet werden“ (37 f.). Mit Hilfe des Marxschen Begriffs der Entfremdung arbeitet Möbius die Unterschiede zwischen Reportageroman und Industriereportage heraus. Zeigt letztere vorrangig die Entfremdung des Menschen vom Produkt der Arbeit und von seiner eigenen Tätigkeit, so thematisiert der Roman darüber hinaus die Entfremdung des Menschen von seinem Gattungswesen und der Menschen untereinander (vgl. Marx: Ökonomisch Philosophische Schriften). Indem im Roman in den Reportageteilen der formelle Bereich der Industrie dargestellt wird, wird der Ort der Entstehung von Entfremdung deutlich. In den konkreten Analysen der Romane Max von der Grüns und Christian Geisslers Erzählung arbeitet Möbius vor allem die Darstellung von Entfremdung heraus.

Indem er aufzeigt, wie dort Arbeit und Freizeit durch „Konsumzwang“ verbunden sind, verweist er darauf, wie sich ein weiteres wichtiges Charakteristikum der spätkapitalistischen Gesellschaft auch auf die Ausprägung von Literatur auswirkt. So können in von der Grüns Roman „Irrlicht und Feuer“ Ingeborg und Jürgen Fohrmann nur durch verstärkte Arbeit dem Konsumzwang entsprechen. Die Beziehungen zwischen beiden werden durch die Beziehungen zu den Sachen, die angeschafft werden „müssen“, ersetzt. Geissler charakterisiert seine Protagonisten durch mangelnde Selbstbestimmung und Selbstsicherheit. Nur durch libidinöse Besetzung von Konsumartikeln kann die Verunsicherung kompensiert werden.

Überzeugend ist Möbius' Argumentation daß die soziale Herkunft von Autoren von Industriereportagen sekundär ist. „Da ein Betriebsfremder die Grenze von Information und Öffentlichkeit im Betrieb in wenigen Wochen erreicht hat, kann er quantitativ Gleiches mitteilen wie ein beteiligter Arbeiter, der auch bei langer Betriebszugehörigkeit kein größeres Wissen erreichen kann“ (18). Das begrenzte Wissen über Betrieb und Arbeit strukturiert die Darstellung der Reportagen. Das Endprodukt ist dem Reporter ebensowenig bekannt wie den anderen Arbeitern. Die Funktion des Meisters und, allgemeiner, der Betriebshierarchie bleibt in allen Wallraffschen Reportagen unklar, entsprechend willkürlich erscheinen alle Anweisungen und Befehle. So tüfteln „Leute“, in der Reportage „Im Akkord“, „die Zeiten der Arbeiter“ aus. Solidarisches Verhalten unter den Arbeitern wird durch die Arbeitsorganisation und ihre Ideologie systematisch verhindert. Die Arbeit im Akkord wird zu „einem Wettlauf mit der Zeit“ (vgl. 35), sie verursacht Vereinzelung unter den Arbeitern, wozu die nicht-funktionale räumliche Trennung als weitere Ursache für die Vereinzelung hinzutritt.

Alle Wallraffschen Reportagen enthalten Kritik an den Gewerkschaften. Vielfach machen bereits die Eingangsszenen die „Zusammenarbeit“ von Betriebsleitung und Betriebsräten deutlich. Beide bedienen sich derselben Argumentation, sie vertreten die Ideologie von der sozialen Partnerschaft und von der sozialen Mobilität, beide diffamieren sie Ausländer. Möbius arbeitet in seiner Analyse der Wallraffschen Reportage „Im Akkord“ vor allem die Widersprüche zwischen der Darstellung und ihrer Interpretation durch den Autor heraus. Es sind nicht allein das Akkordsystem und die schlechte Bezahlung, die die Arbeit „fürchterlich“ machen, sondern auch die Entfremdung in der Arbeit, die Vereinzelung des Arbeiters und die extreme Ausbeutung der Arbeitskraft. Mit seiner Forderung nach „Normallöhnen für Normalleistungen“ (vgl. 36) vertritt Wallraff dann doch gewerkschaftliche Forderungen. Der Klassengegensatz, „der in der Darstellung alle Wallraffschen Industriereportagen bestimmt“, „wird kaschiert“ (37).

Ähnliche Widersprüche zwischen Darstellung und Raisonement des Autors lassen sich auch in den Romanen Max von der Grüns „Irrlicht und Feuer“ und „Männer in zweifacher Nacht“ und in Geisslers Erzählung „Kalte Zeiten“ feststellen. Möbius interpretiert

die Tatsache, daß die Autoren in den Kommentaren die Darstellung der Konflikte zu entschärfen versuchen, als Rücksichtnahme auf herrschende Politik und Ideologie, wie sie sich im Bewußtseinsstand der Arbeiter niedergeschlagen hat. Die scharfe Kritik an der BILD-Zeitung in Wallraffs Reportagen und in Geisslers Erzählung verdeutlichen jedoch, daß die Autoren keine Rücksicht auf die in der herrschenden Presse vertretene Ideologie nehmen.

Möbius begreift die Arbeiterliteratur als abhängig vom Stand des Klassenkampfes. So wird es zu einem seiner Hauptanliegen, die Repräsentativität der in der Literatur dargestellten Verhältnisse zu untersuchen. Die Arbeiten Wallraffs, von der Grüns und Geisslers sind vor den September-Streiks 1969 entstanden. Sie drücken ein Unbehagen an der Gesellschaft der BRD aus. Die Protagonisten von der Grüns und Geisslers fühlen eine unbestimmte Angst, die sie zu verdrängen suchen. Das dichotomische Weltbild, durch das von der Grün seine Personen charakterisiert und das typisch für die meisten Arbeiter der BRD ist (nach der inzwischen allerdings veralteten Untersuchung von Popitz, Bahrdt, Jüres, Kesting „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“), verzerrt die Darstellung und die Einordnung gesellschaftlicher Phänomene durch die Arbeiter im Roman. Keiner der Protagonisten der von Möbius behandelten Arbeiterromane hat klassenkämpferisches Bewußtsein, Sie sind ratlos und resigniert. Es wird in den Reportagen und Romanen keine gesellschaftliche oder politische Kraft gezeigt, die die Interessen der Arbeiter vertritt und durchsetzen könnte. Gewerkschaften und SPD werden als in das kapitalistische System voll integriert dargestellt. Nur einige Arbeiternebenfiguren wie der Gewerkschafter Lehnertz in „Irrlicht und Feuer“ und der alte Arbeiter in „Kalte Zeiten“ verhalten sich solidarisch gegenüber den anderen Arbeitern, sie zeigen annähernd klassenkämpferisches Bewußtsein; die schärfste Kritik am gesellschaftlichen System der BRD und an der Arbeiterklasse wird von ihnen geäußert. Da sie jedoch die Handlung kaum beeinflussen, da ihr Einfluß auf die Protagonisten gering ist, enthält ihr Verhalten keine Perspektive zur Veränderung der Situation der Arbeiter. Mit Recht kritisiert Möbius, daß, gesellschaftsverändernde Intentionen zu zeigen, nicht heißt, „die Gesellschaft der Bundesrepublik im Roman verfälscht darzustellen“ (97). „Das Lesepublikum, das diese Autoren ansprechen, ist folgerichtig nicht der bewußteste Teil der Arbeiter, der einen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Konflikte erwarten würde, sondern die „Öffentlichkeit“ (98). Die aufklärerische Arbeiterliteratur fördert zwar die Kritikfähigkeit ihrer Leser, sie verfestigt aber wegen ihrer Perspektivlosigkeit auch deren Ratlosigkeit.

Elke Nyssen (Düsseldorf)

Wallraff, Günther: 13 unerwünschte Reportagen. Verlag Kiepenheuer u. Witsch, Köln 1969 (226 S. br., 10,— DM).

Wallraffs „13 unerwünschte Reportagen“ lassen sich in vier Themengruppen einteilen: 1. Sensationen aus Extrembereichen; 2. Idiotie

bundesdeutscher Bürokraten; 3. Lebensbedingungen der Unterschicht hinter den Fassaden; 4. bundesrepublikanischer Alltag mit kriminellem Einschlag. Eine Sonderstellung nimmt „Napalm? Ja und Amen“ ein: hier verknüpfen sich in gespenstischer Weise Elemente der 2. und 4. Gruppe. Darüber später Genaueres. Von den 13 Berichten scheinen mir drei dem Gegenstand nach am ehesten einem Journalismus anzugehören, der dem Leser Sensationelles aus dem bunten Leben bieten will, also mehr handelsübliche Ware: „Asyl ohne Rückfahrkarte“, „Als Alkoholiker ins Irrenhaus“ und „Sauberes Berlin“. Es sind Ausnahmesituationen außer Reichweite; der Bürgerzorn gegen linke Studenten, den Wallraff mit seinem Komitee „Sauberes Berlin“ im Juli 1967 testet, ist zwar durchaus symptomatisch, wurde aber in ähnlicher Art schon von anderen dargestellt. Eine andere Themenkategorie ist Trottelei von Behörden, Ämtern und Institutionen: „Spitzel-Bewerbungen“ und „Tausend Tips zum Überleben“. Was Verfassungsschützer, Beamte der politischen Polizei und Funktionäre des Bundesluftschutzverbandes an dämlicher Sturheit, an politisch eingebrannter Unfähigkeit zu denken da an den Tag legen, ist geeignet, das Fürchten zu lehren.

Mehr Betroffenheit noch erwecken die Berichte aus dem Alltag für viele in einem reichen Land: „Winterreise ins Revier“, „Lehensdienste in Westfalen“ und „Absprachen“. Wie sich der tatsächliche oder mögliche Verlust des Arbeitsplatzes in Rezessionsperioden auf die vielen einzelnen in ihren unterschiedlichen persönlichen Konstellationen auswirkt, ja allein schon, wie es da auf dem Arbeitsamt zugeht, das sollte Pflichtlektüre im Sozialkundeunterricht sein. Lehrreich illustriert das ungenierte Treiben einer Schloßbesitzerin in Westfalen die Realisierungschancen des Artikels 1 unseres Grundgesetzes im Rahmen bestehender Eigentumsverhältnisse. Zum Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes bietet der Fall des Maschinen-schlossers Bauder Material, der als Kriegsdienstverweigerer und Kandidat der Demokratischen Linken verrufen in 22 württembergischen Firmen keinen Arbeitsplatz fand, obwohl die offenen Stellen in der Gegend eine vierstellige Zahl ausmachten. Selbst die „Zeit“ druckt dazu folgende Beurteilung: „Gerade weil die Beispiele soziologisch und geographisch so breit gefächert sind, sind diese Verhaltensmuster und Denkstrukturen repräsentativ. Man kann sie nur als antidemokratisch bezeichnen. In ihnen manifestieren sich obrigkeitsstaatliche Traditionen ebenso wie genau definierbare, handfeste ökonomische Interessen. Sie dienen der Aufrechterhaltung privilegierter Herrschaft, der Verhinderung von Chancengleichheit und Mündigkeit.“ (Hans-Albert Walter, 28. 9. 1969)

Diese Feststellungen gelten in ganz besonderem Maße für die vier Reportagen, die sich unter dem Stichwort „bundesrepublikanischer Alltag mit kriminellem Einschlag“ zusammenfassen lassen: „Vergangenheitsbewältigungen“, „Töten um Gottes Willen“, „Wiederaufnahme einer Verfolgung“ und „Wehe, wenn sie losgelassen!“ Sie enthalten folgendes: Kesseltreiben Paderborner Honoratioren gegen den Archivrat Molinski, der eine Dokumentation über die Vorgänge

in Paderborn während des Dritten Reiches zu gründlich vorbereitete Soldatenexerzitien der katholischen Militärseelsorge. Den Fall eines Obstbauern, dessen jüdischer Vater im KZ umkam und der seinerseits von seinen schwäbischen Mitbürgern zum Outsider gestempelt und als „Jud“ boykottiert wird. Bei „Wehe, wenn sie losgelassen!“ handelt es sich um die vielbesprochene Werkselfschutzreportage (Juni 1967 in „Pardon“ veröffentlicht), die dem Autor eine Anzeige wegen Amtsanmaßung eintrug, erstattet vom damaligen Bundesinnenminister Lücke. Das Verfahren endete nach zwei Jahren im Dezember 1969 mit „Freispruch auf Kosten der Staatskasse“, begründet mit „Tatbestandsirrtum“ seitens Wallraffs, der den Vorsatz und eine Bestrafung wegen Fahrlässigkeit ausschließe.

Neben der Selbstschutzreportage erlangte die größte Publizität der Bericht: „Napalm? Ja und Amen“, der dem Leser in einer Galerie katholischer Kleriker aller Bildungs- und Rangstufen eine fast unglaubliche Mischung von Trottelhaftigkeit und kriminellern Zynismus vor Augen führt. Von 23 befragten Kirchenmännern rieten nur vier davon ab, den Amerikanern Napalm zu verkaufen. Hierzu Gerd Hirschauer in seinem Vorwort „Wallraffs Methode und Moral“: „... die Funktion der kirchlichen Moraldoktrin als Dienstleistung für die staatliche oder sonstwelche Autorität... Kirche, Unternehmerschaft und Staat erscheinen am Ende — und offenbar nicht zufällig — in ein unentwirrbares Interessenknäuel verschlungen“ (9).

Wallraffs Argwohn gegenüber der integrierten Kirche als Säule der Gesellschaftsordnung ist seit seinem in „Kürbiskern“ 4, 1966, im Auszug veröffentlichten Bundeswehrtagebuch bekannt. Erfahrungen dieser Art sind im vorliegenden Band in der Napalmreportage und in „Töten um Gottes Willen“ beherrschend, finden sich aber auch in „Lehensdienste in Westfalen“ und „Vergangenheitsbewältigungen“ (Fall Molinski). Für die Schwierigkeit, Moraltheologie und Lebenspraxis zu verbinden, stehe die Frage eines Ordensgeistlichen (164): „Napalm, was ist das?“ und dann noch: „Vietnam, was geht denn da eigentlich vor sich?“ Auch der Münchener Moraltheologe Professor Richard Egenter kennt Napalm nicht (169), dagegen hat er genaue Vorstellungen von einer „menschlich korrekten Kriegsführung“ (170) und davon, „was der Menschheit droht, wenn die freie Welt vom Kommunismus überfallen wird...“. Der Moraltheologe Professor Schöllgen (Bonn) zitiert respektvoll den Militärsachverständigen der FAZ, Adelbert Weinstein: „Der Weinstein sagt, wenn die Amerikaner mit ihrer Taktik noch eine gewisse Zeit fortfahren, dann würde einfach der Partisanenkrieg austrocknen“ (173). Als Zeitgenosse beider Weltkriege ist er auch sonst gut im Bilde: „Man hat ja jetzt auch den endgültigen Nachweis geliefert, daß der Zweite Weltkrieg durch Verrat entstanden ist. Es hat angefangen damals in Tokio mit dem Sorge...“ (174).

Für die Aufnahmebereitschaft einer breiteren westdeutschen Leserschaft typisch ist es, daß ein so dummes, nichtsnutziges Buch wie Neills „Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung“ im Laufe von sechs Monaten das 275. Tausend erreicht, während die Wallraff-

reportagen, die hinsichtlich ihres Informationsgehaltes ihresgleichen suchen, in der doppelten Zeit eine Art Geheimtip geblieben sind. Davon ganz unabhängig ist schon jetzt sicher, daß Wallraff innerhalb von vier Jahren zu einem Klassiker seiner Literaturgattung geworden ist. Wenn überhaupt Heranwachsende durch Lektüre Vorstellungen von unseren realen Verhältnissen gewinnen und damit Impulse zum Nachdenken bekommen können, dann mit Hilfe von Wallraffs Berichten. Alles von Wallraff Verfaßte ist uneingeschränkt und dringend zu empfehlen für die Arbeit mit Schülern und Jugendlichen von 12—20 Jahren, sei es im Deutschunterricht, in der Sozialkunde oder bei anderen Gelegenheiten. Versuche mit allen genannten Altersstufen verliefen sehr günstig, Interesse, Staunen, Kritik und Engagement stellten sich unfehlbar ein.

Wallraff ist kein großer Stilist. Sein Vorgänger Egon Erwin Kisch, der 1910 fünfundzwanzigjährig drei Wochen als Hopfenpflücker in der Umgebung Prags arbeitete und darüber eine Reportage verfaßte, ist ihm methodisch vergleichbar, übertrifft ihn jedoch an Sicherheit und Glanz in der sprachlichen Gestaltung. Daß auch erzählende Literatur Arbeitsbedingungen und Arbeitsvorgänge authentisch darstellen kann, beweist exemplarisch Gorkis „Mein Kamerad Konowalow“ — leider ein seltener Fall. Schriften dieser und der Wallraffschen Art braucht man sehr nötig, und doch gibt es sie kaum. Gratulieren wir uns also zu diesem zeitgenössischen Reporter, der uns über die Verhältnisse, in denen wir leben, mehr konkrete und wichtige Informationen beschafft, als der einzelne bei noch so viel Spürsinn aufreiben kann.

Sibylle Haberditzl (Berlin)

Friedmann, Wolfgang: *Recht und sozialer Wandel*. Mit einer Einleitung von Spiros Simitis. Aus dem Englischen übertragen von Monika Weiss. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1969 (XV, 453 S., kart., 38,— DM/Ln., 48,— DM).

Gegen die Einsicht, die Recht und soziale Verhältnisse verknüpft, stehen hierzulande noch mancherlei Widerstände zumal der Juristen. Mehr von einem Symptom als von einer Ursache her betrachtet liegt das daran, daß Juristen zwar in rechtlicher Dogmatik und Kasuistik ausgebildet werden, nicht aber systematisch in Sozialwissenschaften. Das trägt wesentlich dazu bei, daß sie vielfach Recht als ein statisches und ideologisch resistentes Phänomen verstehen.

Gegen diesen Zustand stehen die bisher eher spärlichen Versuche, Recht von seinem sozialen Bezug her zu begreifen. Als ein solcher Versuch interessiert die Arbeit von Friedmann. Grundsätzlich verfolgt er, wie Recht sich innerhalb eines Rechtskreises — vorwiegend des anglo-amerikanischen — mit den sozialen Sachverhalten verändert. Damit vergleicht er, wie Recht sich in anderen Rechtskreisen entwickelt. Obwohl die anglo-amerikanischen Quellen überwiegen, löst er sein Versprechen (I) ein zu verdeutlichen, „wie sehr die Probleme der Wechselbeziehung zwischen Recht und sozialer Entwicklung nicht an die Grenzen eines einzelnen Landes gebunden sind“. Das rechtsver-

gleichende Konzept erweist erstaunliche Kongruenzen zwischen den einzelnen Rechtsordnungen; es erlaubt aber auch bei Divergenzen, am Maßstab anderer Rechtsordnungen lokal zugespitzte Fragen zu relativieren und zu erwägen, andernorts bewährte Antworten zu übernehmen. Die deutschen Verhältnisse berücksichtigt die Arbeit nicht ausführlich. Soweit ihre Kenntnis nicht vorauszusetzen ist, informiert die Einleitung von Spiros Simitis (III—XV) jedenfalls über Ehescheidung, Schadenshaftung, Unternehmensverfassung und Rechtsstaatlichkeit.

Die hier nur angedeutete Breite und Vielschichtigkeit der Arbeit beantworten Friedmanns scheinbar unvermittelte Frage nach dem Verhältnis von Recht und sozialem Wandel. Friedmann baut die Gemengelage von Technik und Ideologie überholten Rechtsbewußtseins ab und Verständnis für Recht als Funktion sozialen Wandels auf. Vor den Maßstäben einer ihrem Anspruch immanenten Kritik vermag die Arbeit zu bestehen¹.

Das Verständnis für Recht als Funktion sozialen Wandels hängt allerdings davon ab, welche von widerstreitenden sozialen Tendenzen Recht sanktioniert. Soziale Konflikte stellen die — eingangs schon aufgeworfene — Frage nach der wissenschaftlichen Theorie. Darauf antwortet Friedmann nicht. Zwar fordert er den Juristen auf, „ebenso Rechtstheoretiker zu sein wie praktischer Jurist“, doch begründet er diesen Anspruch mit dem „Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft“ (445), ohne zugleich dem Juristen die rationale Analyse ihrer Struktur als Arbeitsgrundlage vorzugeben. Obwohl er als Kern richterlicher Urteile durchaus politische Probleme erkennt (48), überläßt er sie letztlich „richterlichem Einfühlungsvermögen“ (53, „judicial tact“ in der englischen Ausgabe). Im Ergebnis nimmt Friedmann damit in Kauf, daß aus einem sozialen Sachverhalt ein beliebiges, nicht ein bestimmbares Recht folgt.

In dieser Konsequenz rächt sich die Prämisse, der Jurist könne, wenn er Recht gestaltet, ausgehen von einem als naturwüchsig begriffenen, brauche nicht unbedingt den sozialwissenschaftlich erforschten Sachverhalt zugrunde zu legen, der sich seinen Erkenntnismitteln nicht erschließt. Wegen des nicht uneingeschränkt nachvollziehbaren Vorgangs der Apperzeption sozialer Verhältnisse bleiben die Kriterien der Rechtspolitik unverbindlich. Die Konkretion von Demokratie, Rechts- und Sozialstaat in der einzelnen Rechtsregel avanciert selbst nicht zum Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis, kann irrationalen Einflüssen erliegen.

Aus dem Kontext dieser Kritik sei noch herausgehoben: Sie trifft das „herrschende“ Selbstverständnis von Rechtswissenschaft. Ein solcher Widerpart berechtigt zu düsteren Prognosen. Rudolf Wietölter vergleicht denn auch das Unternehmen, zwischen Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaften zu vermitteln, mit einer Kreuzung

1 Auch zu Bedenken in einzelnen Punkten vgl. die ausführliche Rezension von Peter Römer, *Das Recht als Basis und Überbau*, NPL, H. 3/70, S. 300 ff.

zwischen Pferd und Auto². — An Friedmann orientiert sich die Kritik als am relativ untauglichen Objekt, denn er kommt ihr ja entgegen: Indem er Recht als Funktion sozialen Wandels darstellt, drängt er Irrationalität zurück; er schließt ihren Einfluß nur nicht aus, weil er die Rolle von Recht im sozialen Wandel nicht unbedingt sozialwissenschaftlich fixiert.

Peter Thoss (Gießen)

Wieacker, Franz: *Privatrechtsgeschichte der Neuzeit*. 2. Neubearb. Aufl. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Zürich 1967 (659 S., kart., 40,— DM/Ln., 50,— DM).

Mit diesem Werk liegt die erste umfassende Darstellung des deutschen Privatrechts nach dem Zerfall des römischen Rechts in Europa vor. Der Autor beginnt mit einer geistesgeschichtlichen Auseinandersetzung über das römische Erbe an die westeuropäischen Völkergemeinschaften. Drei Teile sind innerhalb dieser Erbschaft zu unterscheiden: 1. die Bürokratie des römischen Imperiums und das Recht der Kaisergesetze als Produkt einer Fachwissenschaft, 2. eine religiöse Organisation mit ihrer Verwaltungserfahrung und 3. der Bildungsgedanke der „paideia“, der über die Klosterschule überliefert wurde.

Jedoch ist der Übergang von einer „Rechtskultur“ zur nächsten nicht nahtlos. W. erbringt den Nachweis, daß zwischen dem Untergang des römischen Reiches und der systematischen Aneignung des römischen Rechts in der Gestalt des „studium civile“ im 12. Jahrhundert in Bologna keine Kontinuität besteht, wohl aber einzelne Teile in das germanische Recht übernommen wurden. Die im 11. Jahrhundert einsetzende Rückbesinnung auf die Antike, insbesondere die Wiederentdeckung der römischen Kaisergesetze bewirkten eine Auseinandersetzung mit den in diesen Kodifizierungen verkörperten Autoritäten. Ziel dieser Wissenschaft war es, „mit dem Organ der Vernunft — der Schullogik — sich der umstrittenen Wahrheit der Autorität zu vergewissern“ (54). Die Glossierung jener Texte führte zu einer Rationalisierung des öffentlichen Lebens. Festzuhalten ist, daß entgegen der Idee, die in dem Begriff der „Rezeption des römischen Rechts“ in Europa zwischen dem 11. und dem 17. Jahrhundert steckt, nicht so sehr die juristischen Inhalte rezipiert wurden, sondern in der Hauptsache die juristische Kasuistik und Dogmatik, die die Beamten zur Verwaltung der neuen politischen Einheiten benötigten, nämlich die Juristen der Kirche und der Fürsten. Inhaltlich wurden Teile des Grundstücksrechts aus dem römischen Recht übernommen, weil auf diesem Gebiet die Identität zwischen den römischen Gesellschaftsverhältnissen und den mittelalterlichen

² Rudolf Wiethölter, *Didaktik und Rechtswissenschaft*, in: *Neue Juristenausbildung*, hrsg. vom Loccumer Arbeitskreis, Neuwied und Berlin 1970, S. 25 ff., 30. Wiethölter wendet sich mit diesem Vergleich gegen ein „additives“ Verfahren, Sozialwissenschaften in die Rechtswissenschaft einbringen zu wollen.

am größten war (vgl. dazu Marx, Kapital, MEW, Bd. 25, Berlin 1964, S. 610—612). Die katholische Kirche trug zur Rechtsgeschichte durch ihre lange schriftliche Tradition und ihre zentrale kuriale Rechtsetzung bei. Speziell das Prozeß-, das Ehe- und das Erbrecht sind durch sie entscheidend beeinflußt worden. Aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entstanden das Handels-, das Gesellschafts- und das Wertpapierrecht. Zusammenfassend ist als Ergebnis der Rezeption des römischen Rechts „die methodische Disziplinierung der europäischen Rechtsordnung durch ein autonom gewordenes fachjuristisches Denken und in der Herleitung vernünftiger und sicherer Entscheidungen“ (151) festzuhalten.

Mit der Entfaltung der naturwissenschaftlichen Forschung wird nicht mehr die Frage nach der Übereinstimmung zwischen Rechtsanwendung und gesetzlicher oder himmlischer Autorität gestellt, vielmehr wird der Mensch als Element einer naturgesetzlich begriffenen Welt erkannt. Die Suche nach dem Naturgesetz der Gesellschaft führt bei einer fortschreitenden Rationalisierung und Mathematisierung der Naturwissenschaften zur Konstruktion eines geschlossenen Systems der Gesellschaft — eines Naturrechts. Nunmehr „orientierte das Vernunftrecht jetzt alles öffentliche Handeln an einem der Vernunft erkennbaren und daher allgemeinmenschlichen Logos“ (272). Die Souveränität der Fürsten wie alle anderen Verfassungspositionen mußten zwar rationell begründet werden, doch trug in Deutschland das Bündnis des Naturrechts mit dem aufgeklärten Absolutismus zur weiteren Konsolidierung des Obrigkeitsstaates bei.

Das Bündnis des Bürgertums mit dem Absolutismus überlebte die Revolutionen. Der Rationalität des Vernunftrechts und ihren gesetzgeberischen Ansprüchen wurde in der neu begründeten „historischen Rechtsschule“ die deutsche juristische Tradition entgegengehalten (vgl. dazu Marx, Das philosophische Manifest der historischen Rechtsschule, MEW, Bd. 1, Berlin 1958, S. 78—85: „Ist daher Kants Philosophie mit Recht als die deutsche Theorie der französischen Revolution zu betrachten, so Hugos [der Begründer der historischen Rechtsschule. BB] Naturrecht als die deutsche Theorie des französischen ancien régime“ 80 f.). Der bedeutendste Vertreter dieser neuen „historischen Rechtsschule“ war Savigny. Mit ihm wird Recht zur „Rechtswissenschaft“. „Die ‚Geschichtlichkeit‘ des Rechts in der ‚historischen‘ Rechtsschule ist . . . nicht Rechtsgeschichte, sondern wissenschaftliche, d. h. philosophische, philologische und geschichtliche Legitimierung des Rechts der Gegenwart“ (R. Wietölter, Rechtswissenschaft, Funkkolleg Ffm 1968 S. 72). Diese Art der wissenschaftlichen Betrachtung führt zu einer Trennung des Rechts in Form und in Stoff, einerseits in Rechtsbegriffe und in Rechtssystem, andererseits in Rechtsstoff als Gegenstand der Wissenschaft. Die System- und Begriffsbildung des jüngeren Vernunftrechts wird auf den gemeinrechtlichen Stoff übertragen. Diese rechtswissenschaftliche Methode ist als „Konstruktionsjurisprudenz“ charakterisiert worden, d. h. sie leitet Rechtssätze und deren Anwen-

dung ausschließlich aus System, Begriffen und Lehrsätzen ab, „ohne außerjuristischen Wertungen und Zwecken rechtserzeugende oder rechtsändernde Kraft zuzugestehen“ (431). Der „rechtswissenschaftliche Positivismus“ begreift Rechtsbegriffe als verselbständigte „zeitlos gültige Aussagen über richtiges Recht, (so) daß deren logische Anwendung ... notwendig auch wiederum zur richtigen (d. h. gerechten) Entscheidung führen muß“ (433). Damit wird ein lückenloses System geschaffen, aus dem alle Zweckmäßigkeits- oder Gerechtigkeitserwägungen verbannt sind. Dem methodischen rechtswissenschaftlichen Positivismus entsprach der Gesetzespositivismus, demzufolge alles Recht vom staatlichen Gesetzgeber erzeugt wird. Er erfüllt das Bedürfnis der kapitalistischen Konkurrenz nach Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit des Rechtssystems und garantiert ein Minimum an Freiheit und Gleichheit. W. schildert den weiteren Schritt, der aus der Abhängigkeit des Rechts von Zwecken (die sog. Interessenjurisprudenz) nun das Recht nach Zwecken setzen will (der sog. juristische Naturalismus). Doch wird diese äußerste Konsequenz im Hinblick auf die „Katastrophen unseres Jahrhunderts“ von W. abgelehnt.

Im letzten Kapitel „Auf der Suche nach der Gerechtigkeit“ versucht W. zwischen der Charybdis Naturrecht und der Scylla Naturalismus hindurchzukommen. Zwar teilt er nicht die Überzeugung der obersten ordentlichen Gerichte, daß der Rechtsprechung die Aufgabe zukomme, vorgegebene, absolute (sprich religiöse i. S. des Naturrechts neothomistischer Prägung oder weltanschaulich postulierte) Werte „in allgemeine Normen fassen zu können und gleichsam durch bloße Subsumtion des Einzelfalls zu verwirklichen“ (616), doch denkt auch er zeitlos idealistisch, insofern er „ein überpositives unbedingtes rechtliches Sollen“ annimmt, das bestimmt ist durch „die Personenhaftigkeit des Menschen, seine Angewiesenheit auf den Mitmenschen und seine geschlechtliche Differenziertheit“, und so einen „Kernbereich unbedingter Rechtssätze“ voraussetzt. Jenes Sollen ist im Rechtsgewissen lebendig. Es wird in der konkreten geschichtlichen Situation aktualisiert. Die Rechtsinhalte orientieren sich zwar an den vorgegebenen Wirklichkeiten, doch ändern sich damit nicht die Werte selbst, sondern nur das subjektive Wertbewußtsein, anders ausgedrückt: die „persönliche Werterfahrung (sic!) (ist) der Geschichte (nicht) unterworfen“, denn „geschichtlich sind immer nur Sachverhalte, auf welche Werteinsicht bezogen wird“ (613, Fußn. 114). Geschichte ist der Anwendungsbereich für die „Befehle“ des überzeitlichen Rechtsgewissens.

Bernhard Blankenhorn (Freiburg)

Rottenecker, Heribert: Strukturwandel der Familie im industriellen Zeitalter und Jugenddelinquenz.
Feger, Gottfried: Die unvollständige Familie und ihr Einfluß auf die Jugendkriminalität. Familie und Jugendkriminalität — Band 1. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1969 (244 S., kart., 34,— DM).

Hupperschwiller, Lutz: *Gewissen und Gewissensbildung in jugendkriminologischer Sicht. Familie und Jugendkriminalität* — Band 2. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1970 (132 S., kart., 25,— DM).

Die Arbeiten sind Teilergebnisse eines Forschungsprojektes, das 1962 im Institut für Kriminologie und Strafvollzugskunde der Universität Freiburg begonnen wurde und 1967 zum Abschluß kam. Die Verfasser versuchen, die auf das Anlage-Umweltproblem fixierte kriminologische Forschung multidisziplinär zu erweitern und das Ausmaß der Beziehungen zwischen familialen Strukturen und Jugenddelinquenz aufzudecken. Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen die Prozesse der Sozialisation und Enkulturation in Kindheit und Adoleszenz, wie sie etwa von Spitz, Bowlby, Anna Freud, Dorothy Burlingham und Erikson beschrieben wurden.

Rottenecker untersucht den historischen und strukturellen Wandel der Familie von dem Großverband der vorindustriellen Zeit zur heutigen Kleinfamilie als einer Nukleargruppe. War ursprünglich das „ganze Haus“ als umfassendes personales und sachliches Agglomerat Sozialisationsvehikel junger Menschen, so beginnt sich die „soziokulturelle Geburt des Menschen“ (1) im 19. Jahrhundert infolge der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen im Zuge des Kapitalismus in der Beziehung Eltern-Kinder zu vollziehen. Das führt, so meint Rottenecker, nicht nur zu einer Funktionsänderung, sondern zu einem Funktionsabbau, zur Desorganisation und Desintegration der Familie, was er immerhin „wertfrei“ verstanden wissen will (46). Die Desorganisationstheorien von Cooley, Thomas-Znaniacki, Shaw und MacKay, die einem familialen Ganzheitsdenken mit dem Leitbild vorindustrieller Familienorganisation anhängen, lehnt Rottenecker zu Recht ab (61 f.) und überprüft den Einfluß von durch Spannungen und Ehestreitigkeiten geschädigten, von unvollständigen oder durch Berufstätigkeit der Frau beeinflussten Familienverhältnissen auf abweichendes Verhalten, Banden- und Subkulturbildungen. Broken homes sind nicht schlechthin der Grund für personale Desorganisation, vielmehr erst dann, wenn schon vorher Identifikationsmöglichkeiten fehlten, insbesondere auch die Vater-Sohnbeziehung übermäßig geschwächt war. Kann die Familie bei ihren heute weitgehend auf die Kleinkindzeit reduzierten Sozialisations-techniken den Jugendlichen auf die außerfamiliären Aufgaben schon nicht mehr vorbereiten, so kommt durch die prononcierte Betonung binnenstruktureller Bindung die Gefahr hinzu, die Loslösung von der Herkunftsfamilie erheblich zu erschweren.

Feger erörtert im einzelnen die Auswirkungen der unvollständigen Familie auf den Sozialisationsprozeß des Kindes und deren Einfluß auf späteres delinquentes Verhalten. Er unterscheidet die funktional gestörte (zerrüttete) — aber vollständige — von der strukturell, d. h. personell unvollständigen, gestörten Familie. Im Anschluß an Arbeiten von McCord, McCord und Thurber und von Abrahamsen wird dargelegt, daß zerrüttete Familien ebenso starke Fehlentwicklungen

der Kinder zur Folge haben können wie strukturell unvollständige Familienkonstellationen. Mit dem Märchen, daß Scheidung der Eltern immer zur Frustration des Kindes, zu Verwahrlosung und leicht zu Jugenddelinquenz führe, wird aufgeräumt (157). Feger verzichtet leider darauf, den Einfluß der Primärgruppen auf den Enkulturationsprozeß eingehender zu eruieren¹. Am Beispiel der „Multi-problemfamilie“ — Familien mit nicht nur singulären, sondern komplexen Fehlentwicklungen, Mängeln und Störfaktoren — zeigt er auf, daß es nicht nur genügt, „die Unvollständigkeit der Familie in eine lineare Beziehung zur Jugendkriminalität zu bringen“ (204 f.), sondern daß eine Untersuchung delinquenten Verhaltens und seiner Abhängigkeit von Familienstrukturen mehrdimensional, unter Einbeziehung umfassender sozialwissenschaftlicher Methoden zu erfolgen hat, z. B. auch durch Rekurs auf moderne Lerntheorien (205).

Hupperschwiller katalogisiert die Verinnerlichungsprozesse von Gruppennormen und Werten bei Jugendlichen und stellt die Hindernisse, die der Internalisierung entgegenstehen, zusammen. Mit den „Elementen Mensch, Situation und Norm“ (43) umschreibt er die Kriterien, die bei der Ausbildung eines autonomen Gewissens die entscheidende Rolle spielen. Es fehlt ein Hinweis, daß Gewissen in seiner inhaltlichen Ausgestaltung ein jeweils gesellschaftlich vermittelter Topos ist. Das methodische Vorgehen zur Decodierung und Erfassung der Genese kennzeichnet Hupperschwiller als „Phänomenanalyse“ (2), übersieht aber dabei, daß es sich hier um ein Epiphänomen insofern handelt, als Gewissen vermittelte, variierende und normative Instanz ist — mit repressivem Charakter —, die nur durch die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Klassenstrukturen zureichende Erklärung finden kann. Davon zu trennen ist Gewissen als anthropologische Konstante — in diesem Sinne durchaus Phänomen — und einer, wenn man so will, „Phänomenanalyse“ zugänglich, wiewohl der Gefahr der Hypostasierung ausgesetzt. Hupperschwillers Versuch, kategoriale Strukturen zu finden, scheint die Grenze der Binsenwahrheit knapp zu verfehlen, wenn er als Grundformen das „gute Gewissen“ und das „schlechte Gewissen“ unterscheidet. Letzterem komme die überwiegende Bedeutung zu, es zeige jeweils ein normwidriges Verhalten an (43). Das Gewissen erweise sich als ein „normaktualisierendes, auf eine bestimmte Verhaltensform hinweisendes selbsttätiges Regulativ der Beziehung Mensch-Norm (-Instanz)“ (44).

Hupperschwiller definiert den Prozeß der Gewissensbildung als integralen Bestandteil der Enkulturation. Ausgangspunkt sei die Mutter-Kindbeziehung, im Verlaufe des zweiten Lebensjahres entwickle sich ein erstes „Primitiv-Gewissen“, das sich nach dem dritten Lebensjahr zu einem heteronomen auswachse (64). Werde die Fremdbestimmung überwunden, so sei der Weg frei für ein auto-

1 Vgl. hierzu Joachim Witzel, *Der Außenseiter im Sozialisationsprozeß der Schule. Eine jugendkriminologische Studie*, Stuttgart 1969. Diese Arbeit entstand ebenfalls im Rahmen des hier angezeigten Projektes.

nomes Gewissen mit der Folge „geglückter Personalisation“ (a.a.O.). So eindrucksvoll Hupperschwiller dies entwickelt, neu ist es keineswegs. Fehlentwicklungen und Beeinträchtigungen („Entmachtung“) des Gewissens können durch Störungen im Verhältnis zu den Bezugspersonen entstehen, andererseits durch Intelligenzdefekte, Neurosen oder Psychopathien (100). Letzterer Begriff wird unreflektiert übernommen². Auch die unterschiedslose Einreihung neurotischer Prozesse unter „personenbedingte Umstände“ (100) im Gegensatz zu umweltbedingten, zu denen Hupperschwiller die Beziehung zu den Eltern rechnet, scheint sehr zweifelhaft angesichts der Erkenntnis, daß neurotische Familienkonstellationen und Arrangements sehr häufig der Grund für Fehlentwicklungen des Kindes sind³. Hupperschwiller meint, ein heteronomes Gewissen könne durch quantitativ unzureichende Normvermittlung wie durch die Mitübertragung von Umgehungsmöglichkeiten in seinem Aktionsradius beschränkt sein und schließlich abweichendes Verhalten postulieren. Zwar gelinge es einem autonomen Gewissen, diese Einbrüche weitgehend auszugleichen, jedoch dann nicht, wenn abweichende Normen in einem geschlossenen Bereich mit normativ abweichender Kultur ohne Außenkontakt vermittelt würden (101). Entmachtung des Gewissens könne insbesondere auch eintreten, wenn bei Gleichzeitigkeit verschiedener Bezugspunkte sich eine Strukturierung ergebe, die eine Motivierung der Gewissensinstanz gänzlich entziehe, ferner bei starken Bedürfnisstauungen. bei Schuldentlastungsprozessen mit ungenügender Verarbeitung, wenn die Anstauung zu Entlastungstechniken führe, die nur noch den Weg zu kriminellm Agieren offen zu lassen scheinen. Hupperschwiller nennt abschließend „unzureichenden inneren Halt“ und „mangelhaften Willen“ als Gründe der Ausschaltung des Gewissens (111 f., 114). Eine Klärung dieser schillernden Verbalisierungsversuche äußerst komplexer Desozialisierungserscheinungen unterbleibt, sie gewinnen keine begriffliche Schärfe. In allen Arbeiten werden nur sehr zaghaft die Prämissen kritisch überdacht. Es wird darauf verzichtet, die Beziehungen zwischen Leistungsgesellschaft und Familie, ihre immanenten Verschränkungen, zu analysieren, obwohl die Notwendigkeit der begrifflichen Herauslösung familialer Strukturen und Interaktionen aus ihrer ideologischen Verfestigung, aus ihrem unablässig verkündeten, nichtsweniger lächerlichen, natürlich-kategorialen, institutionelle Vorgegebenheit postulierenden Unabänderlichkeitsmythos längst erkannt ist. Die Frage bleibt auch unerörtert, wie sich Familienverhalten ändern lasse, um einen weniger gestörten Sozialisationsprozeß zu ermöglichen: etwa durch gesteigerte Kommunikation, Spontanität, Abbau der Binnenbindung mit fortschreitender Adoleszenz und gezielter Verschiebung der Interaktion auf außerfamili-

2 Zum Psychopathiebegriff vgl. neuerdings etwa Wolfgang Kallwass, *Der Psychopath*, Berlin-Heidelberg-New York 1969.

3 Dazu H.-E. Richter, *Eltern, Kind und Neurose. Psychoanalyse der kindlichen Rolle*, Stuttgart 1963.

liäres Feld. Die Arbeiten beschränken sich weitgehend auf Literaturauswertung. Man gewinnt den Eindruck, daß die Hypothesen, die entwickelt werden, nun auch empirisch überprüft zu werden verdienten. Das findet nicht statt. Ziel der Untersuchungen war jedoch, zunächst eine Literaturlaufbereitung und -aufbereitung zu leisten als Vorstufe künftiger kriminologischer Arbeit. Ihren Wert erhalten sie so durch stringente interdisziplinäre Fragestellung, die Psychologie, Sozialpsychologie, Psychoanalyse und Psychiatrie aus der Kriminologie nicht mehr ausklammert.

Heiner Christ (Gießen)

Kaiser, Jürgen: Jugenddelinquenz in rollentheoretischer Sicht. Familie und Jugendkriminalität — Band 3. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1970 (X, 131 S., kart., 25,— DM).

Kaiser erörtert zunächst die — wie er meint — wichtigsten in der amerikanischen Kriminologie entwickelten soziologischen Theorien zur Jugenddelinquenz: die value conflict-Theorie (Kobrin, Miller), die von Sutherland und Shulman initiierte differential delinquent association-Theorie und die anomie-Theorien von Merton, Cohen, Cloward und Ohlin. Er „überträgt“ (38 f.) dann jeweils diese theoretischen Ansätze in kriminologische Rollentheorien und versucht eine Theorie der Lösung von Rollenkonflikten zu konzipieren. Dabei trennt Kaiser hinsichtlich der Gründe für die Wahl oder Ablehnung einer delinquenten Rolle in soziologische und sozialpsychologische Gesichtspunkte. Soziologisch komme es auf die Wirksamkeit von Sanktionen durch Organe der sozialen Kontrolle und auf die strukturelle Stärke der geltenden Normen an. In sozialpsychologischer Hinsicht rücken die individuellen psychischen Eigenschaften des Rollenträgers, seine Motive und die psychosozialen Aspekte seiner Entwicklung in den Vordergrund. Unter delinquenten Rolle werden dabei Verhaltenserwartungen subsumiert, die sich an einen Statusträger in einer kriminellen Subgruppe richten und von ihm — gemessen an den Normen des Strafgesetzbuches — abweichendes Verhalten fordern.

Nach diesem mehr an der Delinquenz als Gruppenphänomen orientierten Teil der Arbeit folgt der Versuch der Entfaltung einer psychoanalytischen Rollentheorie (16, 45 ff.). Kaiser nennt rollengemäß im psychoanalytischen Sinn solche Verhaltensweisen, die sich als Antwort auf psychisch strukturierte Erwartungshandlungen einer anderen Person darstellen, d. h. wenn ein mit einem psychopathologischen Konflikt behafteter Rollenpartner das Verhalten des anderen Partners in konflikthaft geprägter Weise zu beeinflussen sucht (16). Im Anschluß an Erikson und insbesondere Richter beschreibt Kaiser die Übertragung und die narzißtische Projektion als Grundtypen fehlerhaften elterlichen Rollenverhaltens gegenüber Kindern im Verlaufe des Sozialisationsprozesses. Kaisers idealtypische Betrachtungsweise klammert dabei weitere Einflüsse und Korrektive aus und beschränkt sich auf das Verhältnis eines Elternteiles zu einem Kind (67). Er zeigt, daß Delinquenz oft das äußerste Mittel ist, mit dem das

Kind seine erschütterte Identität verteidigt oder überwältigende Schuldgefühle und (unbewußte) Selbstbestrafungswünsche beschwichtigt. In enger Anlehnung an Richters Schrift „Eltern, Kind und Neurose“ (Stuttgart, 1963) werden die Klassifikationen von „Konfliktrollen“typen (67) — vom Kind als Substitut für eine Elternfigur, als Gatten-Substitut, als Substitut für eine Geschwisterfigur, als Substitut für einen Aspekt wie auch als getreues Abbild des eigenen (elterlichen) Selbst, als Ersatz des idealen Selbst, als Träger der negativen Identität, schließlich als Bundesgenosse und Opfer elterlicher Auseinandersetzungen — dargestellt und diese Prozesse jeweils kurz kriminologisch interpretiert. Kaiser übernimmt dabei in ziemlich einfallloser Weise die vollständige Nomenklatur Richters ohne dessen rollentheoretischen Ansatz einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Man war im Hauptteil der Arbeit auf eine psychoanalytische Kriminalitätstheorie — sei es auch unter rollentheoretischem Blickwinkel — vorbereitet. Die lediglich die Untersuchung Richters wiederholende Darstellung ist in ihrer außerordentlichen Verkürzung und Ausdünnung des psychoanalytischen Potentials nicht zu rechtfertigen und auch nicht überzeugend. Man vergleiche dagegen etwa die kürzlich erschienene vorzügliche Studie von Tilmann Moser (Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt, 1970), in der in differenzierter Weise eine Kriminalitätstheorie auf der Grundlage des bisherigen Forschungsstandes der Psychoanalyse entwickelt und erweitert wird. Kaisers Arbeit erscheint demgegenüber dürr und intellektuell pauperisiert.

Heiner Christ (Gießen)

Psychologie

Hofstätter, Peter R., und Werner H. Tack: Menschen im Betrieb. Zur Sendung „Rädchen im Getriebe“. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1967 (178 S., kart., 9,80 DM).

Die Industriepsychologie verdankt — entgegen dem Selbstverständnis ihrer Vertreter — ihre Entwicklung zur eignungsdiagnostisch und sozialpsychologisch fundierten Wissenschaft nicht dem Bestreben, die Arbeitswelt menschlicher zu gestalten, sondern den spätkapitalistischen Erfordernissen einer möglichst intensiven Ausbeutung der Produktivkraft Mensch bei gleichzeitiger Sicherung einer systemerhaltenden Massenloyalität. Erst die Reflexion dieser gesellschaftlichen Funktion könnte eine Alternative in den Blick rücken, etwa die Erforschung der Auswirkungen kapitalistischer Arbeitsbedingungen auf das Bewußtsein und die sozialen Beziehungen der Arbeiter, und umgekehrt deren Vorprogrammierung zu reibungslos funktionierenden „Rädchen im Getriebe“. Daß das Getriebe selbst nicht hinterfragt, sondern ideologisch gerechtfertigt wird durch Rekurs auf Sachnotwendigkeit der Industrialisierung — deren kapita-

listisch bestimmte Anwendung dabei unterschlagen wird — und auf alle Varianten des topos von der Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit, ist in der Industriepsychologie üblich. Was in wissenschaftlichen Publikationen, allen Wertfreiheitsversicherungen zum Trotz, an Apologie des Kapitalismus steckt, muß in einer Populärdarstellung notwendig vergrößert sich finden, denn es soll den von den Produktionsbedingungen unmittelbar Betroffenen eingebleut werden.

Hofstätter hat neben der Methode, offenkundige Widersprüche zu harmonisieren, noch eine zweite: er konstruiert Widersprüche, die keine sind, um dann klarzumachen, daß sie keine sind. Als aufklärend aufzuhebender Grundwiderspruch erscheint der von Technik und Menschlichkeit. Das Unbehagen an der Technik soll entkräftet und dem Staatsbürger „ein Gefühl für seine tatsächliche Beteiligung am Endprodukt des Zusammenwirkens aller“ (20) gegeben werden. Wer sich einem undurchschaubaren Maschinensystem subsumiert fühlt, wird belehrt, daß er die Maschine nur personifizierend als Partner anreden muß, um die Entfremdung zu überwinden (33). Betriebsleitungen wissen, was sie der Menschlichkeit schuldig sind; sie „sprechen den Jubilaren ihren Dank aus, Geschenke werden als Zeichen der Anerkennung verteilt“ (134). Zwar sind „industrielle Betriebe in erster Linie an ihrer Produktivität interessiert“ und an möglichst hohen Profiten. „Es wäre töricht, diese Tatsache zu verkennen“ (132). Aber da eine Firma dies Ziel nicht erreichen kann, wenn die Arbeiter nicht mit „ihrem“ Betrieb sich identifizieren, und die Firma daher den „Menschen als Menschen ernst“ (143) nehmen muß, ist ja durch eine List der Situation alles aufs beste geregelt.

Die Vermittlung des Gefühls der Produktionsgemeinschaft ergänzt Hofstätter damit, daß er kulturpessimistisch verlorenegegebene Werte der Industriegesellschaft als positive Errungenschaften wieder unterstellt. Die Individualität etwa, nach Ansicht von Kulturkritikern der Vermassung und damit der Passivität und geistiger Regression gewichen, erhalte durch technisch bedingte Freizeitverlängerung einen „ungemein weite(n) Spielraum“. H. belegt es mit drei Arbeitern, die in der Montagehalle dieselbe Arbeit tun, sich in der Freizeit aber mit Schnitzereien, Ponyaufzucht und Photographieren vergnügen. Wer möchte da noch die These von der Verkümmern menschlicher Fähigkeiten beim Teilarbeiter aufrechterhalten!

Die Industriegesellschaft verlangt hohe Leistungsmotivation und durch rationalisierungsbedingte Arbeitsplatzunsicherheit hohe Flexibilität. Mit letzterem fördert sie aber nicht nur ein Wesensmerkmal des Menschen (32), auch Gemüt ist keineswegs verdrängt — belegt an der bei Industriearbeitern beliebten Brieftaubenzucht: „Das ist wirkliche Lebendigkeit aus einer Tiefe, die nur fast unhörbar mitschwingt, und mit einer Oberfläche, in der sich die Fürsorglichkeit aufs schönste entfaltet“ (153). Ein Ersatz für Reisen in die Welt ist dies nicht, denn reisen können die Arbeiter ohnehin, auch wenn H.s statistischer Beweis aufgewertet werden muß durch Prozente erwachsener Deutscher (153). Einziges Problem ist, daß die Leute das

Reisen als Kunst nicht verstehen, hier müßten „Normen und Richtlinien“ (154) für Freizeitaktivität entwickelt werden.

Was übrigens die Motivation zur Arbeit betrifft, so ist die Notwendigkeit der Reproduktion des leiblichen Daseins in der BRD längst sekundär gegenüber der grundgesetzlich gewährten „Erreichbarkeit der tiefer liegenden Ziele“ (86). Eine Herrensneiderin bestätigt, daß sie „aus Spaß“ (85) arbeite. Die Entfremdung ist überwunden, die Verelendung hat nicht stattgefunden, Marx hatte unrecht. Der Kapitalismus ist nicht nur grundsätzlich gut, es gibt auch keine Ausbeutungssymptome, die als „Auswüchse“ zu beseitigen wären — weder die Situation der Frau im Betrieb noch die der ausländischen Arbeiter (163) wird bei H. zum Problem.

Wer seine Persönlichkeit in dieser heilen Welt nicht entfalten kann, ist selber schuld. Wer borniert schuftet wie der im Gartenzweig symbolisierte Bergmann, muß sich von H. vorwerfen lassen, daß hinter seiner Arbeitsamkeit sich Leere verbirgt, selbstverschuldete Leere, denn unter den Bedingungen dieser Gesellschaft könnte er „besser, voller und interessanter“ leben (166). Wäre er doch Professor geworden!

Irmingard Staeuble (Berlin)

Soziale Bewegung und Politik

Fischer, Ernst: *Erinnerungen und Reflexionen*. Rowohlt Verlag, Reinbeck 1969 (477 S., Ln., 28,— DM). — zit (a)

von Mayenburg, Ruth: *Blaues Blut und rote Fahnen*. Verlag Fritz Molden, Wien 1969 (400 S., Ln., 25,— DM). — zit (b)

Zwei Autoren, zufällig ein Ehepaar, erleben Lehr- und Wanderjahre im Frühling der Wiener KP mit anschließender Emigration in die stalinbeherrschte Sowjetunion; nach vollzogener Trennung schreibt jeder eine Autobiographie.

Der siebzigjährige Ernst Fischer bewältigt die Aufgabe, seinen Lebensbericht über alle Wandlungen, Wendungen, Widersprüche, über Stalinkult, Titoschmähung, NKDW-Terror, Prozesse, Kominternarbeit, Marxismus-Leninismus (und dessen Abwertung) heil hinwegzubringen, mittels eines literarischen Kunstgriffs: „Ich bin nicht ich.“ Mit der Einblendung einer „Pluralität des Ich“ soll der Lebensweg vom Rebellen gegen Vaterwelt und Vaterland zum führenden Kominternfunktionär und wieder zurück glaubhaft gemacht werden.

Fischers Selbstbekenntnissen ist zugute zu halten, daß sie über das eigentliche Ich („das Ich seines Ich“ nach Novalis) präzise Auskunft geben. Eine geistige Kontinuität wird sichtbar, vom Aufstand gegen die Autorität des Vaters bis zur Identifizierung mit der antiautoritären Jugend. In dem emotionellen nihilistischen „Rebellentum“ seiner Frühzeit um 1919 erkennt der Rückblickende „nicht nur den, der ich damals war, sondern auch die Identität“ (a 10). Angesichts der plaka-

tierten Sympathie des einstigen ZK-Mitgliedes mit den Pariser Mai-Rebellen, die die „Machtergreifung der Phantasie“ proklamierten, ist es von Interesse aus der Feder Fischers zu erfahren, daß er eigentlich (das wahre Ich) nie etwas anderes gedacht und empfunden hat. Das Schlüsselwort fällt, als der Verfasser seine Beziehung zu Stalin deutet: „Am 1. Mai 1934 sah ich Stalin zum erstenmal. Mein Entschluß, ihn als Inkarnation des Sozialismus zu sehen, wäre nie gefaßt worden, hätte ich gewußt, was wir heute wissen; er war teilweise subjektiv bedingt als Niederwerfung des kritischen, anarchischen Intellektuellen in mir, als Entscheidung gegen ein Ich, dem jede Autorität zuwider war“ (a 300). Das zweite, durch Stalin dogmatisierte Ich wurde über Bord geworfen, als das Idol zerbrach. Der „anarchische Intellektuelle“ war aus der Betäubung auferstanden.

Man kann diesem Bekenntnis, so gewunden es ist, die Anerkennung nicht versagen; offenerherzig beklagt Fischer die Fehlentscheidung, Politiker geworden zu sein, nachdem er für viele junge Sozialisten mit seiner Schrift über die Krise der Jugend (1931) zu einer Hoffnung geworden war. „Ohne mir dessen sofort bewußt zu sein, hatte ich, der bisher anarchisch Verantwortungslose, eine mich überfordernde Verantwortung übernommen“ (a 230). So erweist sich nach des Autors eigener Darstellung, daß der Urheber zahlreicher Schriften und Reden für die kommunistische Bewegung unter dem marxistischen Kleid seinem Jugendideal von der „Revolution an sich“, gegen jede Autorität gerichtet, treu geblieben ist. Dem anarchistischen Ideengehalt adäquat ist auch die rhetorisch gequollene Sprache, in der aussagearme Worte (Chaos, Nacht, Tod, Verwesung, Meer, Wolke, Abgrund, Ozean, Mythos) Begriffe ersetzen.

Ruth v. Mayenburg, Fischers langjährige Gattin, begnügt sich mit *einem* Ich. Dieses Ich erlebt dieselbe Zeit und Welt völlig ungleich. Der philosophisch geschulte Leser wird an den subjektiven Idealismus gemahnt, der das Objekt bekanntlich in der subjektiven Apperzeption auflöst. Aber die Frage, in welchem der beiden Subjekte sich die Welt zwischen Wien und Moskau, zwischen 1934 und 1944, objektiver spiegelt, wird in der vergleichenden Betrachtung zuungunsten Ernst Fischers beantwortet werden müssen. Wenn schon aus keinem anderen Grund, so wegen der verdächtigen Ich-Brechung. Liest man den Lebensbericht der Mayenburg, ist es, als ob ein schwüler Dunst sich verflüchtigt. Da ist alles handfest greifbar und zureichend begründet. Zweimal wird in diesem Buch der volle Einsatz des Lebens zum Bericht. In Moskau stellt sich die Emigrantin dem sowjetischen Militärapparat als Kundschafterin in Hitlerdeutschland zur Verfügung; sie ist mit dem früheren Chef der Heeresleitung, Generaloberst Freiherr v. Hammerstein, seit ihrer Jugend befreundet. Ein zweites Mal liegt sie mit ihrem Lautsprecherwagen im Feuer der deutschen Artillerie, „von Angesicht zu Angesicht“ mit dem faschistischen Feind. — Stalin? Zweifel? Probleme? Die Autorin notiert: „Die große Sache des Sozialismus brauchte weder im Guten noch im Bösen die Verkörperung durch *einen* Menschen . . . Diese große gemeinsame Sache des Sozialismus erhielt ihren Glanz durch jeden

einzelnen, der sie als die Zukunft der Menschheit zu erkennen vermochte und für sie zu kämpfen bereit war. Selbst wenn sie jetzt hier ... ein deformiertes schmerzliches Antlitz zeigte, wenn ihr Gewalt angetan wurde durch Maßnahmen desselben Staates, der als erster diesen Menschheitstraum auf seine Fahnen geschrieben hatte — so war das kein Grund für kleinmütige Zweifel an der Richtigkeit des Leninschen Weges zum Sozialismus. Ihn zu verlassen, ihn auch nur innerlich aufzugeben, zu resignieren — das hätte bedeutet, all das zu leugnen, zunichte zu machen, was unserem Leben Inhalt und Sinn gab, was wir moralisch und historisch für gerechtfertigt hielten“ (b 254). — Wenn nur ein Teil davon Tatsache ist, was die Verfasserin über ihre Erlebnisse in Hitlerdeutschland und an der Kriegsfront erzählt, sind dieser Frau jene Charaktereigenschaften zuzusprechen, die man an Fischers Selbstdarstellung vermißt: Echtheit, Eindeutigkeit, Einsatzbereitschaft. Von den Deutschen in der Komintern spricht sie abfällig (mit Ausnahme von Wehner, dem auch Fischer ein Denkmal setzt). Was sie nicht kann, ist schreiben, mögen auch die zahlreichen Entgleisungen des Geschmacks das Ungeköstelte, Naive der Agierenden unterstreichen. Ihrem Dichtergatten plappert sie den lyrischen Unfug vom „Eros und Internationale“ nach (b 100).

Die Identität des Stoffes der beiden Autobiographien erscheint in einem Kontrast der Aussagen. Die zu erwartende Parallelität weicht einer unerwarteten Verschränkung. Wo bei Fischer literarisches Feuerwerk die dünne politische Substanz überblendet, läßt Ruth v. Mayenburg ihr inhaltlich fundiertes Bekenntnis in literarischem Kitsch versickern.

Bruno Frei (Wien)

Poulantzas, Nicos: Pouvoir politique et classes sociales de l'état. Librairie François Maspero, Paris 1968 (398 S., geb., 24,65 F).

Man findet bei den marxistischen Klassikern eher Antworten auf drängende Probleme ihrer eigenen politischen Praxis als eine systematische Aufarbeitung dieser. Indem Nicos Poulantzas ihre Werke analysiert, entwickelt er die klassenspezifische Funktion des kapitalistischen Staates. Dieser ordnet, organisiert und reguliert, quasi als „Kohäsionsfaktor“ innerhalb eines instabilen Gleichgewichtssystems, die verschiedenen „niveaus“ der kapitalistischen Gesellschaftsformation. So dämmt die öffentliche Sozialpolitik den gesellschaftlichen Konflikt ein, indem sie die ökonomische Macht der Bourgeoisie zugunsten der sozialen Interessen der Arbeiterklasse zähmt — Paradigma hierfür der ideologisierte „Wohlfahrtsstaat“ im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang stellt sich nach wie vor das Transformationsproblem: Kann der kapitalistische Staat eine solche Autonomie entwickeln, daß auf parlamentarischem Wege der Übergang zum Sozialismus gelingt, ohne den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen? Entmachtete der monarchistische Staat unter Bismarck

auch die herrschende feudale Klasse, als er die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie politisch konsolidierte, so entlarvt Poulantzas die fragwürdige Analogie zu einer sozialistischen Transformation als sozialdemokratischen Revisionismus. Doch fehlt hier eine detaillierte Analyse des Klassenantagonismus in der gegenwärtigen Phase des Spätkapitalismus, die durch die spezifischen Zwänge des Monopolkapitalismus gekennzeichnet ist.

Statt dessen wird vornehmlich auf Marx' Bonapartismusanalyse zurückgegriffen, ohne zu einer fundierten Faschismustheorie vorzustoßen. Insofern bleibt der Autor auch bei einer abstrakten Bestimmung der parlamentarischen Republik als politisches Vehikel bürgerlicher Klassenherrschaft stehen. In ihr setzt sich der dem kapitalistischen Staat inhärente Widerspruch zwischen exekutiver Gewalt als Ausdruck der Fremdbestimmung der Nation (Marx) und parlamentarischer Repräsentation in der sozialen Kategorie der Bürokratie und dem politischen Prinzip der Öffentlichkeit fort. Den Funktionswandel politischer Institutionen, z. B. die Indienstnahme des Parlaments zur Glättung gesellschaftlicher Konflikte, je mehr der autoritär sich verfestigende Staat zum partiellen Träger und unerläßlichen Regulator eines monopolistischen Kapitalverwertungsprozesses ist, streift Poulantzas aber nur am Rande.

Paul Oehlke (Marburg)

Copic, Hans: Grundgesetz und politisches Strafrecht neuer Art. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1967 (XII, 257 S., brosch., 22,— DM/Ln., 26,— DM).

Nach dem Erscheinen des hier zu besprechenden Buches hat der Gesetzgeber durch das Achte Strafrechtsänderungsgesetz am 1. August 1968 das Staatsschutzstrafrecht erneuert. Diese Novelle zum Strafgesetzbuch ist seither durch Aufsätze¹ und Neuauflagen gängiger Kommentare² in die juristische Literatur eingeführt worden. 1968 haben auch sechzehn Strafrechtslehrer, die an einem Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches arbeiten, ihren Vorschlag zur Neufassung des politischen Strafrechts veröffentlicht³. Dadurch gewinnt Copic's Monographie zu der ihr im Augenblick des Erscheinens bereits immanenten eine weitere historische Dimension. Gerade an ihr erweist sich, ob der Gegenstand noch aktuell ist, ob er eine Diskussion provoziert.

1 Vgl. bes. Woesner, Horst, Das neue Staatsschutzstrafrecht, Müller-Ermert, Adolf, Die Reform des politischen Strafrechts, beide in: NJW 1968, S. 2129 ff. und S. 2134 ff.; Krauth, Hermann, Kurfess, Werner, Wulf, Helmut, Zur Reform des Staatsschutz-Strafrechts durch das Achte Strafrechtsänderungsgesetz, Juristenzeitung 1968, S. 577 ff., 609 ff., 731 ff.

2 Bes. Schwarz-Dreher, Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen und Verordnungen, 30. Aufl., München 1968; Schönke-Schröder, Strafgesetzbuch, 14. Aufl., München und Berlin 1969.

3 Baumann, Jürgen, u. a., Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches, Besonderer Teil, Politisches Strafrecht, Tübingen 1968.

Der Ansatz impliziert die Frage nach dem unter Juristen berichtigten Phänomen, ob der Federstrich des Gesetzgebers — oder ein Versuch aus dessen Vorfeld — auch diesmal ein rechtswissenschaftliches Werk makuliert hat. Das trifft hier aus einem Grunde nicht zu, in dem der beschriebene Vorgang und die Frage danach wurzeln. Beide setzen nämlich ein ausschließlich rechtlich determiniertes Selbstverständnis von Rechtswissenschaft voraus. Copic dagegen begreift sein Rechtsproblem als Teil eines politischen Konflikts. Seine Argumentation setzt deshalb vor „reinen“ Rechtsfragen an und führt über sie hinaus — was ihn in seiner Disziplin noch immer auszeichnet. Ein Gesetz oder der Entwurf dazu können deshalb nicht seine Analyse, höchstens einzelne Aspekte seiner Ergebnisse aufheben in einem positiven oder negativen Sinn.

Indem Copic seinen Gegenstand historisch entwickelt, geht er aus vom Grundgesetz als einem Gegenmodell zu Weimar und dem Dritten Reich, vom politischen Strafrecht, das auf das Erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951 zurückgeht, als einer von der Koreakrise beeinflussten Emanation des Kalten Krieges. Beide Grundlagen materialisieren den Konflikt des Ideals einer freiheitlichen, sich in gewaltloser politischer Auseinandersetzung behauptenden Demokratie mit der Realität des Staatsschutzes durch justizförmige Repression politisch systemfeindlich eingestellter einzelner oder Gruppen. Die Rolle der strafrechtlichen Sanktion erweist sich insoweit als dem Verständnis von Demokratie funktional. Divergiert dieses Verständnis als Konstituens von Grundgesetz und Strafrechtstatbestand, so legt das die Verfassungswidrigkeit der Strafrechtsnorm offen. Das weist Copic für weite Teile des bis zum 31. Juli 1968 geltenden politischen Strafrechts sowie für dessen Auslegung in einschlägigen Judikaten nach.

Für die Kritik am politischen Strafrecht erschließt sich Copic auf Grund seines umfassenden Begriffs von Rechtswissenschaft ein reichhaltiges Arsenal von Maßstäben. Er mißt die Tatbestände des Staatsschutzstrafrechts nicht ausschließlich an verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, sondern auch — besonders im 2. Teil des Buches — an allgemein rechtspolitischen neben immanent strafrechtlichen Erwägungen. In diesem breiten Spektrum der Argumentation jedoch dominiert seine Diskussion um den Vorrang des verfassungsprozessualen Staatsschutzes. Besonders aus Artikel 18 des Grundgesetzes extrapoliert er die grundsätzliche Subsidiarität der strafrechtlichen Sanktion gegenüber der Befugnis des Bundesverfassungsgerichts, die Verwirkung von Grundrechten — oder zufolge Artikel 21 Abs. 2 das Verbot einer Partei — auszusprechen. An diesem Prüfstein — geschärft auch mit Konsequenzen aus Erkenntnissen des Bundesverfassungsgerichts — reduziert Copic den vorhandenen Normenbestand strafrechtlicher Provenienz auf ein verfassungskonformes Minimum, das wesentlich den Ungehorsam der Adressaten gegenüber einem Spruch des Bundesverfassungsgerichts verhindern soll: „Statt in totalitärer Weise politische Diskriminierungen ungehemmt in die privatbürgerliche Freiheitssphäre übergreifen zu lassen, beschränkt

das Grundgesetz den Staatsschutz gegen Personen unter Verzicht auf jeden Schuldvorwurf und jede Entehrung auf den teilweisen oder völligen Entzug des staatsbürgerlichen Teilhabestatus und läßt weitergehende Eingriffe nur insoweit zu, als es zur politischen Entmachtung und Ausschaltung gefährlicher Verfassungstörer erforderlich ist“ (126).

Die zentrale Position des verfassungsprozessualen Staatsschutzes in Copic's Analyse legt es nahe, wenigstens punktuell die Aktualität seiner Gedanken mit Hilfe dieses Instituts an der Gesetzesnovelle vom 1. August 1968 und am Alternativ-Entwurf zu prüfen. Während der Alternativ-Entwurf in seinem Titel „Friedens- und Verfassunggefährdung“ die Sperrfunktion der Verfahren nach den Artikeln 18 und 21 Absatz 2 des Grundgesetzes konsequent realisiert, verschließt sich das geltende politische Strafrecht einer so durchgreifenden, notwendigen Reform. Zwar knüpft es verschiedentlich in den §§ 84 ff. an vorausgegangene Maßnahmen des Bundesverfassungsgerichts an, verharnt aber im übrigen weitgehend bei der schon von Copic kritisierten Hypertrophie der Strafsanktionen — obwohl dafür letztlich kein anderer Grund erkennbar ist als der vom Abgeordneten Güde in der Sitzung des Bundestages am 29. 5. 1968 allen Ernstes erwähnte, daß nämlich eine Regelung im Sinne des Alternativ-Entwurfs „drei Viertel oder vier Fünftel der Straftätigkeit auf dem Gebiet der politischen Justiz ausschalten würde“⁴.

Diese Hinweise zeigen die ungebrochene Aktualität der Untersuchung von Copic, die in der ohnehin bescheidenen Literatur, die Strafrecht und Grundgesetz gleichermaßen kompromißlos reflektiert, auch über den Aspekt des Staatsschutzes hinaus einen einzigartigen Rang einnimmt. Wenngleich die Neufassung des politischen Strafrechts eine Synopse mit dessen Bestimmungen nicht mehr ermöglicht und sich deshalb die Lektüre manchmal etwas mühsam gestalten mag, führt doch kein Weg an Copic's Analysen vorbei, wenn es um eine fundierte Kritik des bestehenden und um die Konzeption eines künftigen strafrechtlichen Staatsschutzes geht, der einer Konfrontation mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Verfassung standhalten soll.

Peter Thoss (Gießen)

Busch, Otto: Toleranz und Grundgesetz. Zur Geschichte des Toleranzdenkens. Schriften zur Rechtslehre und Politik, Band 54. Hrsg. von Prof. Dr. Ernst von Hippel, Köln. H. Bouvier u. Co. Verlag, Bonn 1967 (109 S., kart., 14,80 DM).

Toleranz bedeutet ihrem ursprünglichen Sinn nach die relative Existenzberechtigung der Glaubensfreiheit. Hervorgerufen wurde die offizielle Anerkennung verschiedener Glaubensbekenntnisse durch das Interesse an der staatlichen Einheit. Sie sollte den Staat über die kämpfenden Gruppen stellen. Um dessen Vormachtstellung

⁴ Zit. nach Ammann, Walther, Bemerkungen zum 8. Strafrechtsänderungsgesetz, Kritische Justiz 1968, S. 66 f.

zu stärken, mußten partikulare Gewalten, wie die Kirche, vernichtet werden.

B. stellt klar den Zusammenhang dar, der zwischen staatsförderndem und staatserhaltendem Interesse und allgemeiner geistiger Entwicklung, besonders deutlich an Voltaire festzustellen, besteht. Jedoch vergißt er über dem wachsenden Interesse an Toleranz zu fragen, wen es angeht. Das erwerbende Bürgertum brauchte einen starken rationalen Staat, in dem die Verwaltung und die Rechtsprechung vereinheitlicht waren und der seine ökonomische Freiheit durch politische Freiheit sicherte. Die Freiheit des Glaubens gehört in diesen Rahmen.

B. weist darauf hin, daß die lange obrigkeitsstaatliche Tradition dem Bürger Rechte gewährt hat und daß erst mit dem Grundgesetz ein originärer vorstaatlicher Rechtsanspruch auf einzelne Freiheiten zugestanden wird. Damit ist allenfalls die bürgerliche Demokratie in Westdeutschland erreicht worden, die auf einem status quo innerhalb gesellschaftlicher Gruppen wie der Kirchen und der Parteien beruht, einem Zustand, den man auch Toleranz nennen kann.

Bernhard Blankenhorn (Freiburg)

Seifert, Jürgen: Der Notstandsausschuß. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1968 (246 S., kart., 16,80 DM).

Jürgen Seifert ist als engagierter Gegner der (zusätzlichen) Notstandsgesetzgebung bekannt geworden. Nicht ohne Skrupel beschränkt er sich in dieser — 1965 als Dissertation abgeschlossenen, nun nach der Vorlage des Entwurfs 1967 umgearbeiteten — Abhandlung auf die immanente verfassungsrechtliche und verfassungsgeschichtliche Analyse des Gremiums, das inzwischen auf Vorschlag Hermann Höcherls — „ein kleiner psychologischer Trick!“ — als „Gemeinsamer Ausschuß“ in das Grundgesetz eingeführt worden ist.

Davon ausgehend, daß es Willen weder des Konvents von Herrenchiemsee noch des Parlamentarischen Rates gewesen sei, das Prinzip der Gewaltentrennung und -balancierung nur „für den Normalfall“ gelten zu lassen, untersucht Seifert, ob der Notstandsausschuß geeignet ist, die „Stunde der Exekutive“ zu verhindern und die Trennung der Gewalten auch im Ausnahmezustand aufrechtzuerhalten.

Er macht deutlich, daß der Notstandsausschuß keineswegs konsequent als ein mit Bundesrat und Bundestag identisches Ersatzorgan konzipiert worden ist und darum die Gefahr, daß er sich zu einem „Neben- und Überparlament“ entwickelt, nicht zu gering veranschlagt werden darf; tendenziell ist diese Möglichkeit bereits angelegt sowohl in der begrenzten Zahl seiner Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder als auch in dem schon für Friedenszeiten zwingend vorgeschriebenen regelmäßigen Zusammentreten (90). Über die „Schubladenentwürfe“, die diese Gefahr, wenn sie allein dem Notstandsausschuß vorgelegt würden, sofort zu einer akuten machen, wird zwar im letzten Schriftlichen Bericht zu dem entsprechenden Artikel des Grundgesetzes (Art. 53 Abs. 2 GG) nicht mehr gehandelt,

nach Seifert war es jedoch — wie er anhand von Reden mehrerer Bundestagsabgeordneter belegt (169 ff.), „außerhalb der Diskussion“, daß ein „kleiner Rest“ dieser Entwürfe, zur Tarnung mittlerweile auch „Verteidigungsbuch“ genannt, Bundestag und Bundesrat weiterhin vorenthalten werden sollte. Dann erschiene der Notstandsausschuß freilich als eine Art Nebenorgan der Exekutive und würde die Struktur der parlamentarischen Demokratie antasten.

Ein Stück föderativer Struktur der Bundesrepublik ist mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ohnehin abgebaut: da der Notstandsausschuß schon bei Beschlußunfähigkeit nur des Bundestages — und die ist von einer böswilligen Mehrheit schnell herzustellen — seine Arbeit aufnehmen kann und bei der gemeinsamen Beschlußfassung in diesem Gremium die Vertreter der Länder überstimbar sind, verliert der Bundesrat im Ausnahmezustand die Position der „Legalitätsreserve“, die er im Normalfall innehat (153).

Seifert geht gründlich auf viele andere Fragen ein, die hier nicht referiert werden können, darunter den ohne Proklamation möglichen Einsatz der Bundeswehr im Innern, die nicht ausgeschlossene Umgehung der $\frac{2}{3}$ Mehrheit zur Feststellung des äußeren Notstandes durch die Anwendung der einfachen Notstandsgesetze und den automatischen Eintritt des Verteidigungsfalles, der durch provokatives Vorgehen deutscher Militäreinheiten hergestellt werden könnte.

Das Buch ist außerordentlich gründlich gearbeitet und exakt belegt. Die angedeuteten politischen und gesellschaftlichen Aspekte werden durch entsprechende Verweise sinnvoll erweitert; den Band ohne die diesbezüglichen Arbeiten zu lesen, macht der Autor schwer. Die Sorge über die „Ermächtigungsgesetze mit Zeitzünder“ spricht aber auch hier aus jeder Zeile.

Wünschenswert wäre eine zweite, die endgültige Fassung der Notstandsgesetze berücksichtigende Auflage, in deren Anhang dann auch die den Notstandsausschuß betreffenden Gesetze und Entwürfe abgedruckt sein sollten.

Hans-Joachim Dohmeier (Berlin)

Samper, Rudolf: *Demonstrations- und Versammlungsrecht.* Eurobuch-Verlag August Lutzeyer, Freudenstadt 1968 (69 S., br., 6,80 DM).

Der Autor, Oberstaatsanwalt beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, unternimmt in der vorliegenden Schrift den wohl gelungenen Versuch, das geltende Versammlungsrecht, vor allem das Gesetz über Versammlungen und Aufzüge vom 24. 7. 1953 gemeinverständlich darzustellen.

Ausgangspunkt seiner aus Fragen zu zentralen Begriffen dieses Rechtsgebietes entwickelten Darstellung bildet eine Betrachtung des Art. 8 GG, der die Versammlungsfreiheit verfassungsrechtlich sanktioniert. Modernem Grundrechtsverständnis entsprechend will Samper die Versammlungsfreiheit — wie sich aus ihrer Apostrophierung als „altliberales Grundrecht“ (11) „auf Freistellung von staatlichem Eingriff, staatlicher Behinderung und staatlichem Zwang“ (9) einer-

seits und Recht auf „kollektive gesellschaftliche Betätigung“ (11), auf „staatsbürgerliche Betätigung in öffentlichen Angelegenheiten“ (21) andererseits ergibt — nicht mehr nur als ein einen negatorischen Anspruch begründendes Abwehrrecht gegen den Staat, sondern auch und „im Kern“ (21) als ein einen ‚status activus‘ einräumendes demokratisches Teilhaberecht verstanden wissen.

Von diesem Ausgangspunkt her hätte es nahegelegen, das Versammlungsgesetz — insbesondere § 14, der die Veranstalter von Versammlungen unter freiem Himmel und von Aufzügen zu deren fristgemäßen Anmeldung verpflichtet — und die bei Demonstrationen am ehesten verletzten Strafgesetze der §§ 113 ff. StGB — hier insbesondere den Auflaufparagrafen — unter dem im Vorwort anvisierten „Gesichtspunkt des Spannungsverhältnisses von Freiheit und Ordnung“ (7) einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Leider läßt Samper diese Untersuchung jedoch dahingestellt sein (ausdrücklich S. 60; passim). Das ist um so bedauerlicher, weil eine Darstellung des Versammlungsrechts aus der Feder des Kommentators des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes in der Praxis besondere Beachtung finden dürfte.

Eberhard Brandt (Gießen)

Ökonomie

Frank, Andre Gunder: *Capitalism and Underdevelopment in Latin America. Historical Studies of Chile and Brazil.* Monthly Review Press, New York 1969 (344 S., Pb., 3,45 \$).

Deutsche Ausgabe: *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika.* Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (342 S., kart., 15,— DM).

Bemerkenswert ist das Vorwort des Autors, in dem er seine eigene frühere widersprüchliche Haltung als die eines „wertfreien“, liberalen bürgerlichen Ökonomie-Professors beschreibt. Das Studium in den unterentwickelten Ländern selbst brachte ihn zu der Einsicht, daß Wertfreiheit und politische Neutralität der Wissenschaft benutzt werden, „um gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit, pseudowissenschaftliche Wissenschaftlichkeit und politische Reaktion zu verteidigen“ (S. XVIII zitiert nach der englischen Originalausgabe, Übers. der Verf.).

Frank untersucht in diesen historischen Studien die Entwicklung und den Fortbestand der Unterentwicklung in Chile und Brasilien sowie das Indioproblem und die Wirkung ausländischer Investitionen in Lateinamerika. Er setzt sich dabei besonders mit der These kritisch auseinander, daß das entscheidende Hindernis für den wirtschaftlichen Aufbau sowohl in der Vergangenheit als auch heute in der Feudalstruktur und wirtschaftlichen Abgeschlossenheit dieser Länder liege.

Im Mittelpunkt der Analyse steht die dialektische Beziehung zwischen der Entwicklung der kapitalistischen Metropole in Europa und

in den USA und der Unterentwicklung der Satelliten. Diese Beziehung war und ist erstens dadurch gekennzeichnet, daß sich Europa und Nordamerika einen großen Teil des volkswirtschaftlichen Überschusses dieser Länder aneignen, ins eigene Land transferieren und für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung verwenden. Daraus ergibt sich zweitens eine Konzentration des ökonomischen Reichtums in der Metropole und eine wachsende Armut bei den Satelliten, so daß „ein und derselbe historische Prozeß der Ausdehnung und Entwicklung des Kapitalismus über die ganze Welt gleichzeitig sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die strukturelle Unterentwicklung hervorgebracht hat und fortführt hervorzubringen“ (S. 9, Übers. d. Verf.). Drittens zeichnet sich dieser Ausbeutungsprozeß durch wechselnde Formen aus: koloniale Ausbeutung, Aneignung eines Teils des Mehrprodukts mit Hilfe des Freihandels und ausländischer Investitionen. Die Verminderung und Vergeudung des volkswirtschaftlichen Überschusses bei den Satelliten als Inhalt der Ausbeutung änderte sich nicht. Dabei ließ die Metropole es jedoch nicht bewenden, sondern gestaltet im Laufe der Jahrhunderte die wirtschaftliche Struktur der Satelliten vollkommen nach den Bedürfnissen der kapitalistischen Länder um, wobei Ansätze zur selbständigen Entwicklung zerstört wurden.

Frank versäumt es allerdings, diese Dialektik der Entwicklung und Unterentwicklung in bezug auf die entwickelten kapitalistischen Länder zu problematisieren. War es eine notwendige und allgemeine Bedingung für die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und für die weitere Entwicklung des Kapitalismus, daß außereuropäische Länder ausgebeutet wurden? Zumindest für Deutschland läßt sich diese Frage für die Anfänge der kapitalistischen Entwicklung nicht eindeutig bejahen (s. Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin—DDR 1960).

Brasilien, das die Portugiesen eroberten, wurde während des 16. Jahrhunderts in das merkantilistische System durch den Anbau von Zuckerrohr eingegliedert; damit schufen die Eroberer die erste Voraussetzung zur Unterentwicklung in der sozialen und ökonomischen Struktur des Landes. Negersklaven, die Portugal von seiner westafrikanischen Küste importierte, arbeiteten auf den Plantagen, da die Indios nicht bereit waren, freiwillig ihre alte Produktionsweise aufzugeben und sich den neuen Ausbeutungsverhältnissen zu unterwerfen. Niedrige Kosten und hohe Zuckerpreise auf dem Weltmarkt erbrachten hohe Profite für die europäischen Kapitalgeber (um 1650 zur Hälfte Holländer). Die Gewinne wurden nach Europa transferiert oder für europäische Importwaren (Ausrüstungsgegenstände für die Zuckermühlen und Luxuskonsumgüter) verwendet. Einheimische Investitionen blieben gering. Portugal geriet während des 17. Jahrhunderts in steigende politische und ökonomische Abhängigkeit von England, das Portugal gegen Spanien unterstützte, so daß es britischen Händlern und Waren den gesamten inländischen und kolonialen Markt öffnete. Als die Holländer am Ende des 17. Jahrhunderts durch die Engländer aus Brasilien vertrieben worden waren,

pflanzten sie in ihren eigenen eroberten Gebieten Zuckerrohr an, so daß das Zuckerangebot stieg und die Preise fielen. Brasiliens Zuckerexport und das Prokopfeinkommen sanken um die Hälfte. Nach 1680 verfiel die Zuckerwirtschaft. — Um die Exportwirtschaft mit Lebensmitteln zu versorgen und Zugtiere für die Zuckermühlen zu liefern, hatte sich in der Nähe der Plantagen eine Viehwirtschaft entwickelt. Deren Produkte wurden von den ökonomisch stärkeren Plantagenbesitzern oft unter ihrem Wert bezahlt. Diese Kette der Abhängigkeit und Ausbeutung pflanzte sich fort von der europäischen Metropole bis zu den Indios. Ihnen wurde das Land durch die sich ausbreitende Viehwirtschaft weggenommen. Daher waren sie gezwungen, sich in unwegsame Gebiete zurückzuziehen oder wegen Landmangel ihre Arbeitskraft an die Viehbesitzer zu verkaufen. Die „Isolation“ der Indios kann daher nur als Folge ihrer Flucht vor den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen verstanden werden, worauf Frank in dem Kapitel über das Indioproblem näher eingeht. Nach dem Verfall der Zuckerwirtschaft gab es einen *allgemeinen* ökonomischen Rückgang im Nordosten Brasiliens. Dort produzierten die Menschen fast nur noch für den eigenen Verbrauch. Diese Unterentwicklung war somit als Folge der von den europäischen Bedürfnissen bestimmten Strukturen entstanden, die vom Beginn der kolonialen Eroberung an eine am europäischen Markt orientierte, kapitalistische war und mit einer Feudalstruktur nicht das geringste zu tun hat. Ähnliche Auf- und Abschwünge, die ein Reflex auf Erfordernisse des kapitalistischen Weltmarktes sind, lassen sich im 18. und 19. Jahrhundert feststellen, wobei die strukturelle Unterentwicklung der betroffenen Regionen jedesmal das Resultat war. Dahingegen konnte sich in den Gebieten, die für die Exportwirtschaft, d. h. für europäische und nordamerikanische Interessen, ungeeignet waren, eine Fertigwarenindustrie (Eisenwerke, Schiffbau, Textilindustrie) entwickeln. Diese wurde im 19. Jahrhundert durch die billigen englischen Waren ruiniert. Gerade mit dieser Entwicklung läßt sich zeigen, daß der Aufbau einer verarbeitenden Industrie durchaus möglich war, sofern keine Bindungen an die Metropole bestanden. Entgegen der These vieler liberaler bürgerlicher Apologeten, daß die Unterentwicklung durch die geschlossene, feudale Wirtschaft erzeugt sei, kommt Frank zu dem entgegengesetzten Schluß: Je mehr die Satelliten in das kapitalistische Weltsystem integriert worden sind, desto unterentwickelter ist die Wirtschaftsstruktur. — Noch überzeugender wäre die Argumentation Franks, wenn er die Entstehung und Entwicklung der einzelnen Monokulturen (Baumwolle, Gummi) und den „goldrush“ genauer analysiert hätte und es nicht bei kurzen deskriptiven Aufzählungen bewenden ließe. Fragen in bezug auf die Herkunft des Anfangskapitals, die ausländische Beteiligung, die spezifische Verwendung des Mehrprodukts und der Steuern bleiben leider unberücksichtigt.

Auch in Chile gab es Ansätze zu einer industriellen Entwicklung. Sowohl die Salpeter- als auch die Kupferproduktion wurde zum größten Teil mit chilenischem Kapital aufgebaut; im 19. Jahrhundert

gab es Ansätze zur Schwerindustrie. Doch die Interessengruppen der Rohproduktexporteure, der Vertreter von Importfirmen und der landwirtschaftlichen Exporteure duldeten keine Politik zugunsten der Entwicklung einer eigenen Industrie, d. h. eine Wirtschaftspolitik, die Schutzzölle gegen Importwaren errichtet, die ausländischem Kapital Beschränkungen auferlegt, die für die Verarbeitung der Rohprodukte im eigenen Land sorgt. Die Vertreter jener Gruppen sind bestrebt, dieses System der Unterentwicklung und Ausbeutung aufrechtzuerhalten, weil sie nur so ihre eigene begünstigte Position aufrechterhalten können. Neben dem Mehrprodukt ihrer Arbeiter eignen sich besonders die Großgrundbesitzer, die auch den Handel beherrschen, Mehrwert aus nichtlandwirtschaftlichen Sektoren an. Sie bezahlen keine Steuern, profitieren aber von öffentlichen Ausgaben; sie nehmen öffentliche Kredite zum Landkauf in Anspruch, bezahlen keine Zinsen und werden bei der Rückzahlung durch die Inflation begünstigt. Der von den Großgrundbesitzern angeeignete Surplus wird zu einem großen Teil für ausländische Luxuskonsumgüter und unproduktive, aber profitable Investitionen im tertiären Sektor verwendet, so daß auch die Landwirtschaft unterentwickelt bleibt. Franks Folgerung aus seinen Studien lautet: Wollen die Volksmassen in den unterentwickelten Ländern die wirtschaftliche Rückständigkeit und damit ihre eigene Unterdrückung und Ausbeutung beseitigen, ist es notwendig, daß sie die kapitalistische Gesellschaftsstruktur abschaffen.

Die Analysen des Autors hätten hin und wieder durch Fallstudien ergänzt werden können, die z. B. zeigen, wie bei dem Import einer industriellen Ware die betreffende Industrie in dem unterentwickelten Land zerstört wird, und die andeuten, wie Ausländer einheimische schon aufgebaute Wirtschaftszweige übernehmen.

Die deutsche Übersetzung ist an einigen Stellen nicht befriedigend, deshalb zitiert die Verfasserin aus der englischen Originalausgabe.
Ilse Steinfeldt (Berlin)

Hofmann, Werner: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfadens für Lehrende. (rororo-aktuell 1149) Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1969 (185 S., br., 2,80 DM). — zit. I

Mück, J. (Hrsg.): Die Wirtschaftsgesellschaft. Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde, Bd. I. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden o. J. (170 S., kart., o. P.). — zit. II

Hofmann leitet sein Buch mit einem Abschnitt über die „Methodik sozialwissenschaftlichen Arbeitens“ ein, um dann im ersten Teil Grundbegriffe der Gesellschaftstheorie einzuführen, wie: „Arbeit“ und „Arbeitsteilung“, „Macht“ und „Herrschaft“, „Klasse“ und „soziale Schicht“. Nach einer Skizzierung vorkapitalistischer Gesellschaftsformen wendet er sich im dritten Teil der „Erwerbsgesellschaft (Ka-

pitalismus)“ zu: „Unter Kapitalismus ist eine Wirtschaftsweise zu verstehen, in welcher die Verwertung von Kapital vorherrschend geworden ist. Die systematische Kapitalverwertung beruht auf einer fundamentalen sozio-ökonomischen Funktionsteilung zwischen Kapitalverwertern und Unselbständigen.“ (I/60) Teils informierend (z. B. Definition des BSP, NSP etc.), teils kritisierend (z. B. „Lohn-Preis-Spirale“) gibt Hofmann eine komprimierte Übersicht über die wichtigsten ökonomischen Phänomene des Kapitalismus und deren wechselseitigen Zusammenhang. Schließlich wird im letzten Teil die sozialistische Gesellschaft behandelt, die sich durch die „güterwirtschaftlichen Zielvorstellungen“ (I/119) der ökonomischen Entscheidungen von der kapitalistischen Volkswirtschaft mit ihrer „Renditenorientierung“ (I/119) unterscheidet. Den Abschluß des Buches bilden ein Leseanhang mit Texten zu den wichtigsten Grundbegriffen, sowie ein Gliederungsvorschlag zur Behandlung des Stoffs im Fach „Wirtschafts- und Sozialkunde“.

Werner Hofmann schreibt im Vorwort, der „Leitfaden“ wolle „kein Lehrbuch, sondern eine Orientierungshilfe“ sein, „er will vorab nicht feststellen, sondern richtigstellen“ (I/11). Die Funktion einer Orientierungshilfe (z. B. für Lehrer) erfüllt das Buch gewiß, und vermutlich sogar besser als manch groß angelegtes Lehrbuch. Gleichwohl scheint es fraglich, ob es den Intentionen seines Autors immer nützt. Seine beiden Funktionen der Information und der Kritik sind keineswegs optimal kombiniert. Warum wird etwa die dubiose „Quantitätsformel“ („Verkehrsgleichung“) angeführt (I/83)? Was soll die Unterscheidung von „NSP zu Faktorpreisen“ und „NSP zu Marktpreisen“, wenn nicht deutlich gemacht wird, zur Beurteilung welcher Fragen die Kenntnis dieser Termini nötig ist? Andererseits fehlt in dem Abschnitt über sozialistische Gesellschaften jegliche Information über das konkrete „Funktionieren“ einer sozialistischen Volkswirtschaft — und ist nicht die diesbezügliche Unkenntnis Voraussetzung für den Erfolg der antikommunistischen Methode, jede „Panne“ in einer sozialistischen Wirtschaft als notwendig aus der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln resultierende darzustellen?

Auch zu dem zweiten zu besprechenden Buch hat Hofmann einen Aufsatz beigetragen: eine nochmalige Kürzung des dritten Teiles des „Leitfadens“ („Grundsachverhalte unserer Wirtschaftsgesellschaft“, II/11—30). Interessanterweise sind in dem Buch nicht nur die Arbeiten zweier Ökonomen enthalten, die dieselbe Thematik unter den Prämissen der herrschenden Nationalökonomie abhandeln (G. Gutmann: „Grundfragen der Wirtschaft und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft“; W. Mieth: „Grundprobleme der Wirtschaftspolitik“), sondern auch eine „Anmerkung“ Gutmanns zu den Ausführungen von Hofmann und eine Replik des letzteren. Gegen Hofmanns „Kapital“-Definition wendet Gutmann ein, daß „Definitionen, die nur den Gebrauch sprachlicher Zeichen regeln und deren Bedeutung festhalten, (...) nicht dazu da (sind), Erkenntnis zu gewinnen.“ (II/36) Zweifellos gehört die Art, in der Hofmann seine Begriffe einführt, zum Proble-

matischsten seiner Arbeiten. Wenn Hofmann entgegnet, man dürfe nicht so tun, als ob die auf dem Gebiet der Wissenschaftstheorie „vertretenen Positionen bereits längst in das Stadium völliger Abgeklärtheit gelangt seien“ (II/39), so müßte zumindest auch er seine eigenen Methoden problematisieren — worauf die apodiktische Art, in der er seine Begriffsbestimmungen setzt, nicht schließen läßt. Es sind übrigens „innerhalb der Lehren des logischen Positivismus“ gerade nicht, wie Hofmann behauptet, die „Begriffe und Definitionen“, sondern die Hypothesen, die „empirisch gehaltvoll und falsifizierbar sein (müssen)“ (II/39). — Eine Reihe der Hofmannschen Begriffe verleugnen ihre Verwandtschaft mit dem Marxismus nicht; da dessen Systematik aber nicht übernommen wird, bleibt gerade an den Zentralbegriffen (Kapital, Herrschaft u. a.) ein Rest von Willkür haften.

„Die Wirtschaftsgesellschaft“ ist der erste der auf sechs bis sieben Bände geplanten „Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde“. Es macht den Reiz des Buches aus, daß in ihm gleiche oder ähnliche Themen von Autoren behandelt werden, die entgegengesetzten theoretischen bzw. methodologischen Positionen verpflichtet sind: neben den „Grundfragen“ auch das Thema der sozialhistorischen Entwicklung Deutschlands seit der Industriellen Revolution (H. Maus: „Industrialisierung und Gesellschaft“; I. Bog: „Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der industriellen Revolution“). Maus und Bog skizzieren die soziale und ökonomische Entwicklung Deutschlands bis etwa 1914/18, wobei Maus speziell der Darstellung der Arbeiterbewegung großen Platz einräumt, während Bog — ohne die sozialen Änderungen zu vernachlässigen — das Schwergewicht seiner Analyse auf die allgemeine ökonomische Entwicklung legt. Leider nehmen die beiden Autoren keinerlei Notiz voneinander, obwohl man dies bei derart unterschiedlichen Konzeptionen erwarten sollte: während Maus (der sich in einigen Punkten marxistischen Auffassungen nähert) Methodenfragen offenbar für so unwichtig hält, daß er nicht einen einzigen Satz hierzu schreibt, schickt Bog seiner Arbeit eine zehneinseitige Ausführung zu der von ihm verwendeten Methodologie voraus. Die Aufgabe der Theorie sieht Bog darin, aus dem konkreten historischen Geschehen empirische Regelmäßigkeiten (z. B. Preis-Mengen-Relation) zu isolieren; sie erklären zwar nichts, strukturieren aber das Material und erlauben die Beurteilung gewisser politischer oder ökonomischer Entscheidungen z. B. des Staates. Aufgabe des Historikers bleibe, „zu sagen, warum geworden ist, was wurde“ (II/93). Es ist nicht zu sehen, wie Bog hierbei über die individualisierende Analyse einzelner konkreter Situationen hinauskommen will, zumal er die Aktivitäten „der Obrigkeit“, die Politik, als „einen relativ autonomen Bereich“ (II/93) ansieht. Hierin dürfte die Hauptschwäche seiner Konzeption liegen, obwohl nicht bestritten werden soll, daß sein Beitrag — abgesehen von einigen Schnitzern (z. B. die Mittel „sind generell knapp. Diese Behauptung hat Evidenz und damit ist sie wahr“. II/90) — in sich schlüssig und sehr informativ ist.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin)

Ortlieb, Heinz-Dietrich, u. Friedrich-Wilhelm Dörge (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialpolitik (Modellanalysen politischer Probleme, Band 1). Leske Verlag, Opladen 1964, 4. Aufl. 1969 (296 S., Kunststoff, 16,— DM). — zit. I

Dies.: Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik (Modellanalysen, Band 2). Leske Verlag, Opladen 1968 (396 S., Kunststoff, 19,80 DM). — zit. II

„Unsere Jugend neigt auf Grund unserer Vergangenheit heute dazu, den Wert des Nationalen zu unterschätzen.“ Von den Verfassern dagegen wird eine „richtig verstandene Liebe zur eigenen Volkfamilie (. . .) als Voraussetzung für eine demokratische Friedensordnung empfunden“ (I/256). Grund genug besteht für eine solche Liebe: bildet doch die „Persönlichkeitsentfaltung“ das Leitbild, „den goldenen Kern freiheitlicher Gesellschaftsordnungen“ (I/102). Und positiv ist zu werten, „daß der Bauer diesem Leitbild nahekommmt“ (ebd.). Unser bäuerliches Leitbild hat noch andere Vorzüge: „Urbild des selbständigen Menschen, der über sein Privateigentum frei verfügt“, ist das „Bauerntum (. . .) der Kraftquell der Nation, den es zu erhalten gilt“ (I/99). Was ja schon die Nazis wußten. Denn: „Ein freier Bauer ist kein Kommunist“ (ebd.). Die Freiheit unserer „freien Bauern“ hat solche Ausmaße angenommen, daß die Subventionen in die Milliarden gehen. Aber auch die anderen Bevölkerungsteile kommen in den Genuß der Freiheit: „Freiheit wird unmittelbar im Verbrauch erlebt, weil jeder seine (!) Güter nach seiner individuellen Zielsetzung und seinem persönlichen Geschmack erwerben kann“ (I/126). „Die Konsumentensouveränität der Marktwirtschaft findet ihre Parallele in der Volkssouveränität der Demokratie“ (II/229). Allerdings muß der „Souverän“ sich stark einsetzen: „Hausherr und Hausfrau brauchen dafür“ (für die Konsumwahl) „eigenhändige (?) Wertmaßstäbe, die ihre Auswahl bestimmen“ (II/221). So ist es.

Die „Modellanalysen“, aus denen die Zitate stammen, sind nach folgendem Muster aufgebaut: Einleitung; Lageanalyse; Untersuchung der politischen Zielsetzung; Analyse der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen. Am Schluß jedes Kapitels finden sich „didaktische und methodische Hinweise“ sowie „wirtschafts- und sozialkundliche Erläuterungen“. Trotz dieser Struktur verdient kaum eine der Untersuchungen ernsthaft den Namen „Modellanalyse“. Oft handelt es sich um simple Beschreibungen, z. B. bei dem Kapitel über „sowjetische Wirtschaftspolitik im Wandel“; in ihm erfährt der erstaunte Leser von der „Weltrevolution, die den ‚Sozialismus in einem Lande‘ verwirklichen sollte“ (II/239). In manchen „Analysen“ werden völlig konträre Aussagen gemacht, ohne daß die Widersprüche diskutiert würden; über die angeblich humanitären Motive der Entwicklungshilfe wird ebenso geschwätzt (II/333) wie erwogen wird, „ob man Indien vielleicht sich selbst ‚gesund hungern‘ lassen sollte, wodurch möglicherweise ein entwicklungs-konformeres Verhalten der ganzen indischen Gesellschaft erzwungen“ würde (II/337).

In einer Analyse heißt es: „Eine ‚objektiv richtige‘ Lösung kann es hier — wie in allen solchen Fällen — nicht geben, weil die Entscheidung von politischen Werthaltungen bestimmt wird“ (II/148). Dieser Satz, den man beiden Bänden als Motto hätte voranstellen sollen, bezeichnet das Dilemma einer modernen bürgerlichen Politökonomie. Untersuchungen, die „wirtschaftliche und soziale Prozesse durchschaubar“ machen wollen, weil die Kontroversen „zwischen Parteien, Verbänden und der Regierung (. . .) manchem als Ringen anonymer Mächte (erscheinen), denen er sich ausgeliefert fühlt“ (I/7; II/7), wird man als politische Ökonomie ansprechen dürfen. Diese wurde von den bürgerlichen Ökonomen als ideologische Waffe im Kampf der aufsteigenden Bourgeoisie gegen Feudalismus und Aristokratie entwickelt; indem sie die Frage aufwarfen, welche Klasse den gesellschaftlichen Reichtum produziere (und als Antwort darauf die Arbeitslehre schufen), bestritten sie auf ideologischer Ebene die Legitimation der Herrschaft der Feudalaristokratie. Und auch nachdem der Kapitalismus sich etabliert hatte, definierten die bürgerlichen Theoretiker die Aufgabe der politischen Ökonomie als „Untersuchung der Gesetze (. . .), welche die Verteilung der Erzeugnisse der Industrie unter die Klassen bestimmen, die zu ihrer Herstellung beitragen“ (Ricardo, 1820). Erst als die Theoretiker des Proletariats die Arbeitstheorie fortentwickelten und gegen das Bürgertum wendeten, wurde sie von den bürgerlichen Theoretikern aufgegeben zugunsten der Grenznutzenlehre. Was kann eine politische Ökonomie heute leisten, die weder eindeutig die Interessen des Proletariats, noch explizit die des Kapitals vertritt? Denn der funktionalistisch temperierte Neoliberalismus, der die theoretische Grundlage der „Analysen“ abgibt, erscheint zunächst als klassenneutral und „ideologiefrei“. Die obigen Zitate wird man nämlich kaum als ideologisch definieren können: Postulate wie die der Erhaltung des „freien Bauern“ u. ä. können nicht zu realen Zielen der Wirtschaftspolitik erhoben werden, ohne die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu hemmen; die Zitate verdanken sich eher der Gedankenlosigkeit ihrer Verfasser und charakterisieren eine Gesellschaft, deren Existenz man in keiner Weise mehr rational begründen kann. Was man ideologisch nennen kann, ist vielmehr der konflikttheoretische Ansatz der beiden Bände (I/7; II/7): er erweckt den Anschein, als könnte diese Gesellschaft die ihr immanenten Konflikte austragen, wenn nur die staatliche Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik regulierend eingreife. Allerdings werden die entscheidenden Konflikte, die in der Klassenstruktur des Kapitalismus begründet sind, übergangen: die Lohnarbeiter sind nicht mehr die Produzenten des Mehrwerts, sondern Steuerzahler, Volksaktien-Besitzer, Wohnungsmieter, Sozialversicherte, Lohnempfänger, Sparer, Konsumenten. Diese Eigenschaften bestimmen nicht nur die Thematik der Analysen, sondern auch die Inhalte der „Konflikte“. In einem Kapitel über „Gerechte Steuern“ besteht beispielsweise der „Konflikt“ in der verschiedenen steuerlichen Belastung der einzelnen; von der sehr viel brisanteren und wichtigeren Frage der Verwendung der Steuern wird ganz abgese-

hen; es heißt vielmehr: „Es liegt also letztlich im Interesse jedes einzelnen, wenn er heute eine wachsende Steuerlast auf sich nimmt“ (II/177). Man wüßte gern, im Interesse welcher einzelnen dieses Faktum erstlich liegt.

In beiden Bänden besteht die Grundtendenz in der Bejahung der Verhältnisse, wie sie nun einmal bestehen; daraus folgt der Kompromiß als das Nonplusultra politischer Weisheit: „Auseinandersetzungen bilden das Wesen einer freien Gesellschaft. Wer sie scheut, bejaht die Herrschaft des totalen Staates. Diese Feststellungen verpflichten jedoch die Tarifpartner und darüber hinaus die Gesellschaft, darüber zu wachen, daß die lohnpolitischen Auseinandersetzungen sich in den Bahnen des Rechtsstaates bewegen und alle Beteiligten neben dem Gruppeninteresse das Gesamtinteresse im Auge behalten“ (I/205). Besteht das Ergebnis einer Analyse dann doch einmal in der Entscheidung für eines der konfligierenden Interessen, so geschieht dies nach folgendem Muster: in dem Kapitel über „Mitbestimmung im Betrieb“ wird zunächst der Konflikt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften so dargestellt, als ob es sich dabei um eine für diese Gesellschaft schlichtweg alles entscheidende Frage handelte; sodann wird dargelegt, daß sich an der ökonomischen Macht der Unternehmer wenig, an den Grundsätzen der „Marktwirtschaft“ nichts ändert, m. a. W., daß der Kern des Konflikts recht bedeutungslos ist — danach läßt sich leicht für die Mitbestimmung votieren.

Die Grenzen der konflikttheoretischen Konzeption zeigen sich, sobald die Widersprüche nicht wegeskamotiert werden können, wie z. B. bei der Analyse der Landwirtschaft: daß bei der steigenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals der „freie Bauer“ allenfalls ein Wunschbild ist, liegt auf der Hand; die Bauern, so heißt es nun, seien „nicht die besten Demokraten“ (I/102), sondern tendierten zu „einer politischen Radikalisierung und pochen gern auf die Macht ihres Stimmzettels an der Wahlurne“ (I/103) — als ob kollektives Wahlverhalten der Bürger undemokratisch wäre! Aber hier zeigt sich die Labilität des gesellschaftlichen Gleichgewichts: vertreten nämlich alle Interessengruppen in ähnlich kompromißloser Weise wie die Bauern ihre Interessen, so sähe sich der Kapitalismus in kürzester Zeit vor die Alternative Faschismus oder Sozialismus gestellt. Daß diese Alternative an keiner Stelle der „Modellanalysen“ auftaucht, liegt an der Auswahl der Konflikte, deren keiner den Kapitalismus als Produktionsweise zum Inhalt hat; das erleichtert überdies, den Marxismus als „Harmoniegläubige“ zu diffamieren (I/16).

Ihre „Reinheit“ erlaubt es der „reinen“ ökonomischen Theorie, zu Forschungsergebnissen zu gelangen, die — würden sie mit „ordnungspolitischen“ Problemen verknüpft — nicht ohne Brisanz wären; es verwundert deshalb nicht, daß die politische bürgerliche Ökonomie in bestimmten Punkten hinter die Ergebnisse der „reinen“ Ökonomie zurückfällt: während selbst bürgerliche Ökonomen immer intensiver die Preisbildungsprozesse auf „oligopolistischen“ und monopolistischen Märkten analysieren, schicken die Verfasser der „Modellanaly-

sen“ ihre Leser auf den Wochenmarkt, auf daß sie dort der Bildung des Kartoffelpreises beiwohnen. Dem Einwand, „daß die freie Preisbildung auf dem Wochenmarkt heute eine Ausnahme darstellt“, begegnen sie mit dem Hinweis auf die „Preisbindung 2. Hand u. a. für Fernsehgeräte“ (I/108) — ein wahrhaft schlagendes Argument, da die Konstruktion von Kartoffeln und ähnlichen hochwertigen Konsumgütern auf der einen, der Anbau von Fernsehgeräten und anderen Feldfrüchten auf der anderen Seite in bezug auf Produktion, Preisbildung und Absatz in nichts sich voneinander unterscheiden.

Die Tatsache, daß es heute keine konsistente bürgerliche ökonomische Theorie (geschweige eine politökonomische Theorie) gibt, dürfte den Lesern aufgrund der angewandten Methode der isolierenden Darstellung in Form einzelner, unzusammenhängender „Modellanalysen“ entgehen: „Will man den Einfluß eines einzelnen Faktors genauer analysieren, so müssen alle anderen Faktoren als gegeben und unveränderlich angenommen werden. (Diese Methode der isolierenden Abstraktion ist für die *Disziplinierung des Denkens* sehr gut geeignet.“ (I/109; Hervorhebung im Text!). So können die „Modellanalysen“ ihren Anspruch: „wirtschaftliche und soziale Prozesse durchschaubar zu machen“, nicht einlösen. Das „Gefühl einer Abhängigkeit von anonymen Organisationen“ verschwindet nicht, weil lediglich „deutlich werden (soll), daß eine dynamische Wirtschaftsgesellschaft sich in einem dauernden Wandlungsprozeß befindet, der (...) die Gesellschaft zwingt, (...) neue, der veränderten Lage adäquaten Sicherungsformen zu schaffen“ (I/183). Nötig wäre dagegen eine Reflexion auf diese „dynamische Wirtschaftsgesellschaft“ selbst (d. h. auf den Kapitalismus) zur Erklärung des von ihr ausgehenden Zwanges zu dem „dauernden Wandlungsprozeß“. Das leisten die „Modellanalysen“ in keiner Weise. Karl-Ernst Lohmann (Berlin)

Krüsselberg, Hans-Günter: Marktwirtschaft und ökonomische Theorie. Ein Beitrag zur Theorie der Wirtschaftspolitik. Mit einem Geleitwort von Theodor Wessels. „Beiträge zur Wirtschaftspolitik“, Band 9. Verlag Rombach, Freiburg 1969 (328 S., Ln., 29,— DM).

Krüsselberg will die Theorien des „spätklassischen Formalismus“ daraufhin untersuchen, „ob und inwieweit hier Abweichungen von der klassischen marktwirtschaftlichen Tradition, die stets eine Theorie der Dynamik und der Politischen Ökonomie anstrebte, zu beobachten sind. Weiterhin wäre zu fragen, welche Konsequenzen sich aus etwaigen Veränderungen in den Grundannahmen der Theoriebildung für das ordnungspolitische Konzept der Gegenwartswirtschaft ergeben mögen“ (16).

Im ersten Teil seiner Studie repetiert er die Kritiken an den statischen Gleichgewichtsmodellen, indem er zeigt, daß die ihnen zugrunde liegenden Voraussetzungen in der ökonomischen Realität nicht gegeben sind. — Der zweite Teil ist der Kritik der Wohlfahrtsökonomik gewidmet, in deren Verlauf der Verfasser zu der erstaun-

lichen Feststellung kommt, „daß die abwertend-kritische Einstellung zur marktwirtschaftlichen Ordnung“ (seitens der bürgerlichen Ökonomen!) „lediglich Ausdruck einer gegenüber der Klassik veränderten geistigen Haltung ist: die fortschreitende Formalisierung des Denkens impliziert eine Orientierung auf das Denkmögliche zu und wirkt insofern (gesellschaftsphilosophisch betrachtet) ‚radikal, konstruktiv und egalitär‘: egalitär im Argument für die Gleichverteilung, radikal in der Befürwortung (!) einer ‚Revolutionierung‘ der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, konstruktiv in der Art, in der theoretische Konstrukte, ohne ihre Übereinstimmung mit der (bestehenden kapitalistischen, KEL) Realität zu prüfen, zur Grundlage wirtschaftspolitischer Urteile erhoben werden“ (86). In diesem Sinn fordert Krüsselberg neben einer Wohlfahrtsfunktion, in der die wirtschaftspolitischen Ziele formuliert werden, eine „soziale Transformationsfunktion“, die über die Realisierbarkeit eines derartigen Zielbündels entscheidet. Die Ökonomie müsse „als Sozialökonomik konzipiert werden (...), weil es nicht angeht, zentrale Tatbestände der gesellschaftlichen Realität außer acht zu lassen, wenn Urteile über die anzustrebende Wirtschaftsordnung gefällt werden sollen“; nur so könnten „utopische Lösungsvorschläge (...) vermieden werden“ (85). Solchen Realismus exemplifiziert er an einem von Boulding erstellten Zielbündel; das Ergebnis: „Ein einziges der genannten Zielkriterien läßt sich nicht in diese Zielkombination einfügen: die Gleichheit der Einkommensverteilung“ (115); auf den „fundamentale(n) Tatbestand menschlicher Ungleichheiten“ hinweisend, folgert er: „Gleichheit der Einkommensverteilung dürfte aber im Widerspruch zu grundlegenden Fakten menschlicher (!) Handlungssysteme stehen“ (115/116).

Im dritten und vierten Teil seines Buches trägt Krüsselberg die Umriss einer eigenen Theorie vor. Er geht davon aus, daß jeder Markt aus „heterogenen“, d. h. verschieden großen Unternehmen besteht. „Funktionsfähig ist dann ein Marktsystem, wenn es nicht nur in hinreichendem Umfang heterogene Unternehmensgrößen anzubieten vermag, sondern darüber hinaus (...) eine im Zeitablauf deutlich zu registrierende Zirkulation der Eliten aufweist“ (228). Mit diesem letzten (von Pareto stammenden) Ausdruck wird gefordert, daß auch die größten Unternehmen sich dem Konkurrenzkampf nicht entziehen dürfen und in der obersten Spitze der Unternehmens-„Hierarchie“ (222) ständig Positionswechsel (Auf- und Abstiegsprozesse) stattfinden. Dabei stützt sich der Verf. auf eine Studie Kaplans, wonach sich „in den USA für die Zeit zwischen 1909 und 1960 unter den 100 nach der Summe der Aktiva größten industriellen Unternehmungen nur 31 an der Spitze haben halten können. Noch in den Jahren 1948 bis 1960 verschwanden wiederum 24 Unternehmungen aus der Liste der 100 größten Unternehmungen“ (230/231). Nun wird die „Höhe der Wachstumsrate einer Unternehmung“ (und damit ihre Position innerhalb der Unternehmens-„Hierarchie“) von ihren „effektiven Profitraten“ (227) bestimmt: der Profitbegriff wird damit zur zentralen Kategorie einer Theorie, die nicht nur „dynamisch“

sein, sondern auch mikro- und makroökonomische Theorie miteinander verbinden will — allerdings bezieht sich Krüsselberg aus guten Gründen lediglich auf die Wachstumstheorie: „Der Kontrollmechanismus für das Wachstum des Gesamtsystems mag (!) darin zu sehen sein, daß ein zu rasches allgemeines Wachstum ebenso wie ein zu langsamer Fortschritt zu Profiteinbußen führt. So wird (?) das Streben nach einem Maximalprofit den ‚richtigen‘ Prozeßablauf ermöglichen“ (298). Endlich ist die „invisible hand“ identifiziert! Kein Wunder, daß dem Verf. „die Thesen von der Unvollkommenheit des marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus fragwürdig (werden)“ (306).

Die Schwächen dieser Doktrin liegen auf der Hand. Erstens verwechselt Krüsselberg sein Modell mit der Realität: er abstrahiert nämlich völlig von der ökonomischen Aktivität des Staates und beschränkt sich auf „den Bereich der privaten Wirtschaft“ (20), d. h. er konstruiert ein Modell — macht dann jedoch Aussagen, die nicht nur für sein Modell, sondern für die ökonomische Realität gelten sollen. Zum zweiten verschwände die harmonistische Illusion von den alles bestens regelnden Profitraten sehr schnell, wenn der Verf. die Verbindung zur makroökonomischen Theorie nicht (nur) über die Wachstums-, sondern über die Konjunkturtheorie herstellen würde: das bloße Phänomen der Konjunktur würde zeigen, daß „das Streben nach einem Maximalprofit“ eben nicht „den ‚richtigen‘ Prozeßablauf“ ermöglicht. Aber das wäre ein Ergebnis, das ins Weltbild des „Ordnungstheoretikers“ Krüsselberg nicht paßt.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin)